

7. Parteitag, 1. Tagung der Partei DIE LINKE
Erfurt, 30. Oktober bis 1. November 2020

Antragsheft 2

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Anträge	Seite 5
Anträge zu den Regularien des Parteitags	Seite 7
Zeitplan	Seite 7
Gremien	Seite 8
Anträge zur Satzung	Seite 12
Beiträge zu Finanzen	Seite 16
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 19
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 74
Berichte	Seite 111
Berichte des Bundesfinanzrates	Seite 113
Bericht der Delegation im Europäischen Parlament	Seite 123
Bericht der Europäischen Linken	Seite 127
Bericht der Inklusionsbeauftragten	Seite 129
Bericht des Parteivorstands	Seite 133
Kandidaturen für den Parteivorstand	Seite 193

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 17. September 2020

Anträge

Anträge zu den Regularien des Parteitages

Antrag:

R.02.

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Zeitplan**
- 2 für die 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE, 30.10. bis 1.11.2020 in Erfurt
- 3 Freitag, 30. Oktober 2020:
 - 4 14 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
 - 5 14.50 Uhr TOP 3 Berichte (z.B. Bundesausschuss, EL-Präsident)
 - 6 15 Uhr Frauenplenum
 - 7 17 Uhr Bericht des Frauenplenums
 - 8 17.05 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE
 - 9 17.35 Uhr TOP 4 Generaldebatte
 - 10 19.05 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
 - 11 19.10 Uhr TOP 5 Beschlussfassung zum Leitantrag des Parteivorstandes
 - 12 22 Uhr Ende des Beratungstages
- 13 Samstag, 31. Oktober 2020:
 - 14 9 Uhr Fortsetzung TOP 3 Berichte (z.B. GUE/NGL, Inklusionsbeauftragte)
 - 15 9.20 Uhr Fortsetzung TOP 5 Endabstimmung über den Leitantrag des Parteivorstandes
 - 16 9.30 Uhr Fortsetzung TOP 3 Berichte an den Parteitag (Finanzrevision, Beschluss über Entlastung des Parteivorstandes)
 - 17
 - 18 9.50 Uhr TOP 2 Rede der/des Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE
 - 19 10.20 Uhr TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (Vorsitzende)
 - 20 11.20 Uhr Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (stellv. Vorsitzende)
 - 21 13.10 Uhr Pause
 - 22 14.10 Uhr Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (Bundesgeschäftsführer)
 - 23 Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (Bundesschatzmeister)
 - 24 15.10 Uhr Fortsetzung TOP 3 Berichte (Rede Fraktionsvorsitzende_r)
 - 25 15.25 Uhr Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (Frauenliste)
 - 26 18.05 Uhr Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes (gemischte Liste)
 - 27 22.05 Uhr TOP 7 Nachwahl eines Mitglieds der Bundesschiedskommission
 - 28 22.20 Uhr Ende des ersten Beratungstages
- 29 Sonntag, 1. November 2020:
 - 30 9 Uhr Fortsetzung TOP 3 Berichte (z. B. Ältestenrat)
 - 31 9.10 Uhr TOP 8 Satzungsanträge
 - 32 10.45 Uhr Fortsetzung TOP 3 Berichte (Rede Fraktionsvorsitzende_r)
 - 33 11.00 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an den Parteitag
 - 34 12.00 Uhr Pause
 - 35 12.50 Uhr TOP 9 Fortsetzung Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an den Parteitag
 - 36 14.55 Uhr TOP 10 Schlusswort
 - 37 15.00 Uhr Ende des Parteitages

Antrag:**R.03.**

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:**1 Gremien des Parteitags**

2 Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag folgende Gremienzusammensetzung vor:

3 Tagungspräsidium:

4 Sarah Mirow, Baden-Württemberg

5 Ates Gürpınar, Bayern

6 Katina Schubert, Berlin

7 Katharina Slanina, Brandenburg

8 Doris Achelwilm, Bremen

9 David Stoop, Hamburg

10 Janine Wissler, Hessen

11 Torsten Koplın, Mecklenburg-V

12 Heidi Reichınnek, Niedersachsen

13 Özlem Alev Demirel, NRW

14 Nina Eumann, NRW

15 Katrin Werner, Rheinland-Pfalz

16 Barbara Spaniol, Saarland

17 Susanne Schaper, Sachsen

18 Stefan Hartmann, Sachsen

19 Matthias Höhn, Sachsen-Anhalt

20 Marianne Kolter, SH

21 Knut Korschewsky, Thüringen

22 Jörg Schindler, Parteivorstand

23 Barbara Borchardt, BAG B & G

24 Benjamin-Immanuel Hoff, fds

25 Giesela Brandes-Steggewentz, SL

26 Marius Brey, Jugendverband

27 Wahlkommission:

28 Ingrid Bernhardt, Sachsen

29 Ulrike Glanz, Brandenburg

30 Anne Helm, Emali

31 Franziska Lucke, Linksjugend ['solid]

32 Monika Huschenbett, Brandenburg

33 Carolin Spieß, Linksjugend ['solid]

34 Kersten Steinke, Thüringen

35 Gerlinde Strasdeit, Baden-Württemberg

36 León Peter Blaschitz, Sachsen

37 Simon Dhemja, Hamburg

38 Sebastian Kai Ising, Schleswig-Holstein

39 Winfried Jechardt, Bayern

40 Christoph Kröpl, Berlin

41 Malte Lier, Bremen

42 Marco Rauch, Mecklenburg-Vorpommern

43 Rüdiger Wohltmann, Niedersachsen

- 44 Mandatsprüfungskommission:
- 45 Olga Fritsche, Hamburg
46 Gitte Hutter, Baden-Württemberg
47 Franziska Junker, Niedersachsen
48 Sylvia Müller, Berlin
49 Heiko Gottschall, Bremen
50 Hermann Ruttmann, Bayern
51 Lars Stöckner, Sachsen
- 52 Antragskommission:
- 53 Sabine Berninger, Thüringen
54 Theresia Görgen, RLP
55 Franziska Liebich, Linksjugend ['solid]
56 Sabine Lösing, Niedersachsen
57 Jenny Schulz, Sachsen-Anhalt
58 Conny Swillus-Knöchel, NRW
59 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
60 Dagmar Weidauer, Sachsen
61 Heidi Scharf, BW
62 Franziska Riekewald, Parteivorstand
63 Simone Oldenburg, Parteivorstand
64 Rainer Behrens, Hamburg
65 Peter Brill, Mecklenburg-Vorpommern
66 Stefan Hölzl, Bayern
67 Achim Kessler, Hessen
68 Sebastian Koch, Berlin
69 Thomas Lutze, Saarland
70 Matthias Loehr, Brandenburg
71 Jacob Migenda, Linksjugend ['solid]
72 Marc Mulia, NRW
73 Thomas Hecker, KPF
74 Tim Fürup, AKL

Antrag:**R.04.**

Antragsteller/innen:

Landesvorstand Bayern, KV Nordoberpfalz, KV mittlere Oberpfalz, KV Regensburg, KV Neumarkt i.d.Opf., KV Oberfranken Ost, KV Coburg, Kreisvorstand München

Der Parteitag möge beschließen:**1 Abwahl Bundesschiedskommission**

- 2 Der Bundesparteitag möge die Abwahl der Bundesschiedskommission beschließen. Eine Neuwahl
- 3 findet im Anschluss statt.

Begründung:

DIE LINKE darf das Unterlaufen demokratischer Prinzipien wie bewusste Wahlfälschung, noch dazu auf Kosten Schwächerer in dieser Gesellschaft, nicht hinnehmen. In diesem Fall wurden Menschen ausgenutzt, die durch ihre Mietsituation abhängig waren und denen die Kommunikation in der Amtssprache schwerfiel, was die Beteiligung an einer Wahl erschwerte. Es widerspricht dermaßen grundlegend unseren An- und Absichten als Partei auch in Berücksichtigung unserer Historie, dass wir eine Abwahl der Bundesschiedskommission für unumgänglich halten. Damit können wir den schon entstandenen Schaden zumindest begrenzen.

Dabei geht es nicht um einen einzelnen Beschluss, sondern um die Grundlinie, der die Schiedskommission folgte, die nicht die der Partei sein kann. Der Landesverband der bayerischen LINKEN ist vor die öffentlichen Gerichte gegangen, weil diese innerparteiliche Rechtsprechung auf uns lastet.

Verlauf:

Im Jahr 2014 haben zwei Funktionäre der Partei DIE LINKE in Bayern Wahlfälschung betrieben, indem sie MieterInnen in ihrem Wahlverhalten in einer Weise beeinflussten, die eindeutig als Wahlfälschung festzustellen war. Der Landesvorstand hat gemäß dem Grundsatz »in dubio pro reo« (im Zweifel für den Angeklagten) abgewartet, bis das Gerichtsurteil rechtskräftig war. Im Anschluss wurde sofort ein Ausschlussverfahren gegen die beiden Stadträte, die ihre Mandate erschlichen haben, angestrengt.

Die damalige Landesschiedskommission entsprach dem Begehren, die Wahlfälscher klagten sich jedoch durch die Instanzen. Sie weigerten sich, die Urteilsbegründung des Amtsgerichts vorzulegen. Die Bundesschiedskommission lehnte den Ausschlussantrag ab. Der Landesverband erreichte über einen Anwalt schließlich die Aushändigung der Urteilsbegründung und strengte eine Wiederaufnahme an. Zwischenzeitlich wurde bei einem der Wahlfälscher wegen Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge der Austritt beschlossen.

Dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wurde zwar stattgegeben, dennoch wurde ein Parteiausschluss auch mit der neuen Beweislage ein weiteres Mal abgelehnt. Die Bundesschiedskommission erkannte zwar, dass der Wahlfälscher nichts zur Aufklärung des Sachverhalts beigetragen hat, sogar versucht habe, die Aufklärung zu hintertreiben. Sie erkannte weiter an, dass er gegen die Grundsätze der Partei verstoßen hat, er eine rechtswidrige, strafbare Handlung vollzogen hat, auch die Einsicht in das rechtswidrige strafbare Verhalten vollkommen fehlte, aber das habe nicht ausgereicht.

Argumentation aus der Begründung:

»Nach Kenntnis der in dem Strafverfahren festgestellten Tatsachen kann die Bundesschiedskommission jedoch keinen vorsätzlichen Verstoß gegen die Satzung oder die Grundsätze der Partei DIE LINKE feststellen. Ein Schaden für die Partei war durch die Beeinflussung der rumänischen Wahlberechtigten durch den Antragsgegner nicht beabsichtigt und wurde von ihm zunächst auch nicht angenommen. Ebenfalls kann die Bundesschiedskommission keinen schweren Schaden zu Lasten der Partei konstatieren. Wie bereits im Beschluss im [ersten] Verfahren [...] festgestellt wurde, sind Austritte und

Mitgliederschwund im Kreisverband nicht dem Antragsgegner zuzurechnen. [...] Wie bereits im [ersten] Beschluss [...] ausgeführt, ist in diesem Verfahren auch der Zeitfaktor zu berücksichtigen. Die Taten selbst liegen mehr als 6 Jahre, die Verurteilung ca. 3 Jahre zurück. Eine öffentlichkeitswirksame Wirkung zum Schaden der Partei im jetzigen Zeitpunkt wurde durch den Antragsteller auch nicht substantiiert vorgetragen und ist auch schwer vorstellbar.«

Im Einzelnen:

Nicht beabsichtigter Schaden/kein vorsätzlicher Verstoß: Wenn es ausreicht, dass der Schaden nicht geplant gewesen sei, würde dies bedeuten, dass jegliche strafbare Handlung begangen werden könnte, soweit die Aufdeckung der Straftat nicht geplant gewesen sei. Diese Sichtweise wäre völlig absonderlich. Wenn die Bundesschiedskommission bei einer erwiesenen Wahlfälschung keinen vorsätzlichen Verstoß gegen Satzung und Grundsätze unserer Partei feststellen kann, dann müssten entweder Satzung und Grundsätze unserer Partei geändert werden, oder aber die Mitglieder der Bundesschiedskommission kennen die Wichtigkeit demokratischer Prinzipien in Satzung und Grundsätze unserer Partei nicht.

Kein schwerer Schaden für die Partei: Die Bundesschiedskommission hat in einer 6 Jahre andauernden Medien-Kaskade an Artikeln »LINKE=Wahlfälscher« keinen schweren Schaden für die Partei erkannt. Artikel lagen ihr vor. Wenn sie das annimmt, ist ein politisches Defizit bei den Mitgliedern der Bundesschiedskommission festzustellen. Wenn die Bundesschiedskommission meint, dass die Austritte und der Mitgliederschwund nichts mit dieser Berichterstattung zu tun hat, dann hat sie entweder Erkenntnisse, die uns vor Ort nicht vorliegen, oder sie stellt ungeprüfte Annahmen in den Raum. Wir verloren in der Zeit in diesem Kreisverband ca. Dreiviertel der Mitglieder, während der Landesverband Bayern ca. 1/3 an Mitgliedern hinzugewonnen hat.

Zeitfaktor: Wir haben den Ausschlussantrag möglichst zeitnah gestellt, mussten aber die Rechtskräftigkeit abwarten. Die Bundesschiedskommission zog das Verfahren – gemeinsam mit dem Beklagten – in die Länge. Unter anderem wies den ersten Ausschlussantrag zurück, weil der Wahlfälscher sich weigerte, die Urteile vorzulegen. Diese Verzögerung, an die Betroffener und Bundesschiedskommission gemeinsam wirkten, zu seinen Gunsten auszulegen, ist hanebüchen. Wir würden sogar den Zeitfaktor anerkennen, wenn der Beklagte zwischenzeitlich einen Fehler eingestanden hätte. Dies passierte aber nicht, die Bundesschiedskommission nahm das auch nie an.

Abschließend:

Wir wissen die lange, schwierige und zum Großteil nervige Arbeit ehrenamtlicher Mitglieder in den Schiedskommissionen zu würdigen. Wir wissen, dass dies keine Funktion ist, um die sich gerissen wird. Aber es gibt eine Grenze, die schadhaft für die Partei wird. Die Bundesschiedskommission verfolgte das Verfahren über mehrere Jahre. In dieser Zeit war die Mehrheit der Mitglieder in der Bundesschiedskommission die gleichen Personen. Flüchtigkeit oder Einarbeitungsschwierigkeiten und Unkenntnis des Falls können also nicht der Grund sein. Es geht hierbei auch nicht um den einzelnen Fall. Die aktive, wissentliche und zweifelsfrei nachgewiesene Untergrabung demokratischer Grundsätze auf dem Rücken Schwächerer ist laut dem Urteil der Bundesschiedskommission kein Ausschlussgrund. Das darf nicht tragbar sein.

Anträge zur Satzung

Antrag:

S. 15.

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Satzungsänderung zur Ermöglichung von Online-Parteitag**

2 Antrag zur Änderung der Bundessatzung zur Ermöglichung von Online-Parteitagen für den Fall, dass
3 das Parteiengesetz entsprechend geändert wird.

4 Nach § 37 Bundessatzung wird eingefügt:

5 7. Sonderregelung im Fall einer Pandemie

6 § 38 Internetparteitag

7 (1) Sofern ein Parteitag aufgrund einer Pandemie nicht stattfinden kann, ist durch Beschluss des
8 Parteivorstandes eine Verschiebung auf spätestens das nächste Kalenderjahr möglich. Alternativ zu
9 der Verschiebung des Parteitages kann der Parteivorstand auch beschließen, einen Internetparteitag
10 einzuberufen, sofern das Parteiengesetz dies zulässt.

11 (2) Wenn nur in einzelnen Regionen Deutschlands eine Teilnahme aufgrund der Pandemie nicht
12 möglich ist, kann der Parteitag ansonsten stattfinden und nur den betroffenen Regionen die elektroni-
13 sche Teilnahme ermöglicht werden.

14 (3) Der Beschluss über die Verschiebung oder den Internetparteitag ist grundsätzlich in einer
15 Versammlung vom Parteivorstand mit absoluter Mehrheit zu fassen. Nur wenn auch eine Versamm-
16 lung des Parteivorstandes aufgrund der Pandemie nicht möglich ist, können die Mitglieder des
17 Parteivorstandes auch darüber ganz oder teilweise elektronisch abstimmen.

18 (4) Beschlüsse, die auf dem Internetparteitag gefasst werden, sind auf dem nächstmöglichen
19 Parteitag, der als Versammlung erfolgt, zu bestätigen.

20 Nummer 7 (Übergangs und Schlussbestimmungen) wird zu Nummer 8

21 § 38 wird zu § 40

22 § 39 wird zu § 41

Begründung:

DIE LINKE musste im Jahr 2020 wegen der Corona-Pandemie ihren Parteitag verschieben. Es hat sich damit gezeigt, dass Fälle eintreten können, wo wegen einer Pandemie kein Tagungsort zur Verfügung steht, das Reisen oder Zusammentreffen einer großen Menge von Menschen nicht möglich ist oder ein erheblicher Teil der Delegierten aus objektiven Gründen an der Teilnahme gehindert ist. Die Verschiebung des Parteitages ist dann die erste Wahl, aber nicht unendlich möglich, wenn zwingende Entscheidungen zu treffen sind. Auf parlamentarischer Ebene wird derzeit die Änderung des Parteiengesetzes geprüft und vorbereitet, um für definierte Ausnahmefälle Online-Parteitage zu ermöglichen. Für diesen Fall muss auch die Bundessatzung der Partei geändert werden, um die Ausnahmemöglichkeit anwenden zu können.

Für DIE LINKE sind Versammlungen ein sehr hohes Gut, weil nur dort umfassende Prozesse der Debatte und Meinungsbildung mit Rede und Gegenrede, mit Emotionen und spontanen Reaktionen wie Beifall, Gelächter, Buh-Rufen stattfinden. Diese Möglichkeiten auf Online-Kanäle zu verbannen, wäre ein sehr schmerzlicher und das Parteileben amputierender Akt.

Dieser Satzungsänderungsantrag wäre besser zum 3. September (dem Termin, ab dem Anträge von besonderer Bedeutung veröffentlicht werden mussten) eingereicht worden. Allerdings wurde erst nach diesem Termin bekannt, dass der Gesetzgeber eine entsprechende Änderung des Parteiengesetzes plant. Darum wird dieser Satzungsänderungsantrag zum regulären Antragsschluss des Parteitagess eingereicht.

Da nicht absehbar ist, wann es zur Änderung des Parteiengesetzes kommt und ob es unter Umständen zu einem zweiten »Lock down« kommt, soll hier eine Öffnungsklausel in die Bundessatzung aufgenommen werden. Diese wird dann erst wirksam, wenn das Parteiengesetz dies zulässt.

Antrag: **S.16.**
Antragsteller/innen: Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Satzungsänderung Unvereinbarkeit von Amt und Mandat**
- 2 In § 6 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger neuen Absatz einfügen
- 3 (4) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dürfen während der Wahrnehmung ihres Mandats kein
- 4 Amt in der Partei ausüben. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dürfen nicht verschiedene
- 5 Mandate gleichzeitig wahrnehmen, wie z.B. auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.

Begründung:

Die beiden scheidenden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, hatten neben ihren Vorstandsjobs auch Bundestagsmandate. Wie ist das zu erklären? Ein Bundestagsmandat ist im Normalfall ein Vollzeitjob mit überdurchschnittlich vielen Arbeitsstunden pro Woche. Wie kann nebenher noch ein Vorstandsposten einer Partei zu 50 Prozent ausgeübt werden? Entweder leidet das Mandat oder die Vorstandsarbeit, im schlechtesten Fall beides. Entweder wird man den Wähler*innen nicht gerecht oder den Parteimitgliedern, im schlechtesten Fall beiden. Zudem steht inhaltlich hier das reale Arbeitsleben bzw. die Stundenanzahl pro Woche von Katja Kipping im Gegensatz zu der (nicht nur von ihr) propagierten Forderung einer 4-Tage-Woche.

Es ist anzunehmen, dass es auch aufgrund der Doppelbelastung der beiden scheidenden Vorsitzenden dazu kam, dass während ihrer Amtszeit von acht Jahren viel zu wenige Impulse bzgl. der Mitgliederentwicklung und der Erneuerung und Demokratisierung von Strukturen, auch bzgl. der Digitalisierung, zu beobachten waren.

Ausübung mehrerer Ämter und Mandate ist bei der LINKEN leider keine Seltenheit. Stand September 2020 hat z. B. Jan Schalauske ein Landtagsmandat im Landtag Hessen, ein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung Marburg und ist zudem Co-Vorsitzender des Landesverbandes und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion. Die viele Arbeit schien ihn so in Anspruch zu nehmen, dass er über 3 Jahre nicht in der Lage war, über eine aktuelle Homepage Transparenz über sein Schaffen herzustellen. Janine Wissler, die auf dem Erfurter Parteitag als Parteichefin kandidieren will, hat angekündigt, zusätzlich zu dieser Arbeit ihre anderen Jobs bis auf weiteres zu behalten: Landtagsmandat im hessischen Landtag, Fraktionsvorsitz der Fraktion dort, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Hessischen Landtag, Ko-Vorsitz im Frankfurter LINKE-Kreisverband. Wie will sie all diesen Aufgaben gerecht werden?

Der Partei DIE LINKE würde es als progressiver Kraft gut stehen, wenn die Trennung von Amt und Mandat in der Satzung verankert wäre. So könnten mehr Personen aktiv Erfahrungen in Ämtern oder

Mandaten sammeln, Machtkonzentrationen auf einzelne Individuen würden verringert und das »Berufspolitikertum« würde ein Stück weit zurück gedrängt. LINKEN-Politiker*innen können Vorbilder sein, in dem sie nicht für die Arbeit leben, sondern arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren. Überforderung angesichts zu vieler Aufgaben und schlecht oder nicht gemachte Arbeit wären unwahrscheinlicher.

Antrag: **S.17.**
Antragsteller/innen: Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **(Satzungsänderung) Begrenzung von Amtszeiten auf vier Jahre**
- 2 §32 Ausübung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten
- 3 (3) ersetzen durch: »(3) Kein Parteiamt darf länger als vier Jahre durch dasselbe Parteimitglied
- 4 ausgeübt werden.«

Begründung:

Weniger Machtkonzentration auf einzelne Personen über einen längeren Zeitraum, durchlässigere Strukturen, Vermeidung von Etablierung individuell geprägter Verfahrensweisen und Beziehungskontellationen über einen längeren Zeitraum, mehr Ämter-Erfahrung für mehr Parteimitglieder, mehr Fluktuation der individuell unterschiedlichen Perspektiven und Arbeitsweisen bei der Wahrnehmung von Aufgaben eines Amtes.

Antrag: **S.18.**
Antragsteller/innen: KV Herford

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Begrenzung von Mandatszeiten**
- 2 Der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE möge folgende Satzungsergänzung beschließen:
- 3 Unter »6. Die allgemeinen Verfahrensregeln der Partei« wird in Paragraph 32 ein neuer Absatz (4)
- 4 eingefügt:
- 5 Die Ausübung von Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsmandaten soll auf zwei, in begründeten
- 6 Ausnahmefällen auf maximal drei Legislaturperioden begrenzt werden. Kandidierende sind
- 7 angehalten sich an diese Regelung zu halten. Delegierte sind aufgerufen bei Listenaufstellungen
- 8 entsprechend dieser Regelung abzustimmen.
- 9 Die bisherigen Absätze (4) und (5) werden zu (5) und (6)

Begründung:

Die Ausübung eines Parlamentsmandates ist eine verantwortungsvolle Pflicht, die den Abgeordneten von der Partei DIE LINKE für begrenzte Zeit übertragen wird.

Der Wunsch »Abgeordnete/r« auf Dauer zu werden bzw. das Mandat als Beruf auszuüben, widerspricht den Grundsätzen einer bewegungsorientierten, gesellschaftsverändernden und basisdemokratischen Partei. Die Geschichte linker Parteien und Bewegungen zeigen, dass die Fixierung auf Parlamentsmandate und die Machtverschiebung zu Gunsten der Fraktionen eine inhaltliche Rechtsbewegung und Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse bedeuten.

Als Partei haben wir uns auferlegt, dass Parteiämter nicht länger als acht Jahre durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden sollen (§32 Abs.3 Landessatzung). Diese Begrenzung ist richtig, aber inkonsequent, wenn wir bei der Wahrnehmung von Mandaten, die bei staatlichen Wahlen errungen werden, nicht ähnlich verfahren. Denn auch Abgeordnete nehmen einen prägenden Einfluss auf die Partei und ihre Außendarstellung. Mehr noch, sie verfügen zusätzlich über eine staatliche Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten. Es ist nicht einsichtig, warum wir hier nicht ebenfalls eine der Satzung vergleichbare »Soll«-Regelung vorsehen.

Antrag:

S.19.

Antragsteller/innen:

Ortsverband Weißensee

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Berufstätige und Arbeitssuchende als Delegierte zu Parteitag**

2 Wir beantragen, § 9 Abs. 3 der Bundessatzung um den folgenden Satz zu ergänzen:

3 »Alle Delegiertenplätze zu Parteitag sollen zur Hälfte mit Mitgliedern besetzt werden, die als
4 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb der Partei berufstätig oder derzeit arbeitssuchend
5 sind.«

Begründung:

Die Linke ist die Partei der Lohnabhängigen. Es widerspricht dem Selbstverständnis der Partei und dem Ziel der Repräsentation der Lohnabhängigen in der Partei, wenn sie bei den Parteitagen nicht hinreichend repräsentiert sind. Die Linke soll keine Partei sein, in welcher Funktionär*innen für die Lohnabhängigen sprechen, sondern die Selbstorganisation der Lohnabhängigen ermöglichen. Dies äußert sich insbesondere bei den Parteitagen, da dort zentrale politische Entscheidungen getroffen werden. Dadurch wird auch die Verankerung der Partei in den Betrieben und ihre Glaubwürdigkeit als sozialistische Partei gefördert. Da dies durch die Satzung nicht hinreichend gewährleistet wird, ist die Satzung wie beantragt zu ergänzen.

Antrag:**S.20.**

Antragsteller/innen:

Bundesfinanzrat und Landesvorstand Bayern

Der Parteitag möge beschließen:**1 Neufassung der Beitragstabelle**

2 Die Arbeiten zu einer Neufassung der Beitragstabelle werden fortgesetzt. Dazu wird nach Rücksprache
3 mit den Antragssteller*innen eine Kommission gebildet, die jeweils zur Hälfte aus Landesschatzmeis-
4 ter*innen und Landesgeschäftsführer*innen und dem Bundesschatzmeister und dem Bundesge-
5 schäftsführer besteht. Landeschatzmeister*innen und Landesgeschäftsführer*innen sollen jeweils zur
6 Hälfte aus westdeutschen und ostdeutschen Landesverbänden stammen. Ziel ist es, zur nächsten
7 Sitzung des Bundesparteitags einen Vorschlag für eine Neufassung der Beitragstabelle vorzulegen.
8 Dabei ist auch der Vorschlag zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu
9 berücksichtigen, der nur auf der Basis stabiler Beitragseinnahmen der Gesamtpartei umgesetzt werden
10 kann.

Begründung:

Die vom Bundesfinanzrat eingesetzte Arbeitsgruppe „Beitragstabelle“ hat sich seit 2018 ausführlich mit der Beitragssituation in den Landesverbänden beschäftigt und daraus abgeleitet mehrere Modelle einer neuen Beitragstabelle erarbeitet und dem Bundesfinanzrat zur Beratung vorgelegt.

Alle Modelle hatten aber einen erheblichen Nachteil: Sie beruhen nur auf nicht zu verifizierenden Schätzungen, da die Partei keine belastbaren Daten darüber zur Verfügung hat, inwieweit die tatsächlich gezahlten Beiträge in etwa dem realen Nettoeinkommen der Mitglieder entsprechen. Insofern sind alle Annahmen über eine mögliche Beitragsentwicklung bzw. Veränderungen in der Beitragszahlung in einem hohen Maße spekulativ.

Realistisch ist aber die Annahme, dass sich die Mitgliedsbeiträge in den Landesverbänden der neuen Bundesländer deutlich näher an der jetzigen Beitragstabelle orientieren als in den alten Bundesländern. Das ergibt sich aus den aktuellen Durchschnittsbeiträgen, die in den Landesverbänden der neuen Bundesländer deutlich höher sind als in den Landesverbänden der alten Bundesländer. Daher entstand die Sorge, dass eine neue Beitragstabelle mit geringeren Beiträgen zu einer Verringerung der Beitragseinnahmen insbesondere in den Landesverbänden der neuen Bundesländer führen könnte. Das hätte auch negative Auswirkungen auf die Gesamteinnahmen der Partei. Die AG Beitragstabelle und der Bundesfinanzrat sahen sich daher nicht in der Lage, auf dieser Grundlage dem Bundesparteitag 2020 eine neue Beitragstabelle vorzulegen, die breit akzeptiert werden könnte und gleichzeitig sicherstellt, dass das Risiko einer Absenkung der Beitragseinnahmen weitestgehend vermieden werden kann.

Für den Bundesfinanzrat ist damit die Neugestaltung der Beitragstabelle nicht abgeschlossen. Die Beitragstabelle hat sich für die Mitgliedergewinnung immer wieder als Problem erwiesen, auch da insbesondere im Normalverdienerbereich im Vergleich zu allen anderen, auch linken Organisationen enorm hohe Durchschnittsbeiträge veranschlagt werden. Bei der Überarbeitung der Beitragstabelle ist es das Ziel, durch eine Neufassung die Beitragsehrlichkeit zu steigern und damit den Einstieg und Verbleib in der Partei zu vereinfachen. Die weitere Arbeit für eine zukunftsfähige Beitragstabelle erfordert aber eine bessere Datenbasis über die Beitragszahlungen in den einzelnen Landesverbänden. Deren Mitverantwortung für diesen Prozess soll mit einer stärkeren Einbindung deutlich gemacht werden.

Deshalb sollte der Parteitag beschließen, die Arbeit an einer Neufassung der Beitragstabelle in einer Ost-West paritätisch zusammengesetzten und Vertreter*innen der Landesgeschäftsführer*innen erweiterten Kommission fortgesetzt werden und dabei auch die Auswirkungen auf die Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigen.

Antrag:**S.21.**

Antragsteller/innen:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:**1 Reform der Beitragstabelle für die Zukunftsfähigkeit der Partei**

2 In Bekräftigung des Beschlusses der 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 8. bis 10.
3 Juni 2018 in Leipzig wird der Parteivorstand erneut beauftragt, spätestens bis Ende des Jahres 2020
4 einen Arbeitsprozess zur Reform der Beitragstabelle zu eröffnen und zur 1. Tagung des 8. Parteitages
5 einen beschlussfähigen Antrag zur Neugestaltung der Beitragstabelle und der Neuordnung der
6 Finanzstruktur in der Partei vorzulegen.

7 Bei der Erarbeitung und Diskussion sind der Bundesfinanzrat, die Abteilungen Parteifinzen sowie
8 Kampagnen und Parteientwicklung, die bundesweiten Zusammenschlüsse, der Ältestenrat, die
9 Jugendverbände, die Bundestagsfraktion und weitere relevante Akteure einzubeziehen, ggf. ist eine
10 zuständige Kommission in entsprechend breiter Besetzung zu bilden.

11 Die Zielstellung ist weiterhin, durch eine Neufassung die Beitragsehrlichkeit zu steigern und damit den
12 Einstieg und Verbleib in der Partei zu vereinfachen.

Begründung:

Mit dem Beschluss der 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/news-default-detailseite/news/neugestaltung-der-beitragstabelle/>) wurde der Parteivorstand beauftragt, bis zur Tagung des Parteitages nach dem Europaparteitag 2019 eine Beschlussvorlage zur Neugestaltung der Beitragstabelle zu erstellen. Auf seiner Sitzung am 20.6.20 hat der Vorstand eine Informationsvorlage mit den Arbeitsergebnissen des Bundesfinanzrates zur Änderung der Beitragstabelle zur Kenntnis genommen (<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteivorstand/2018-2020/sofortinformationen/detail/news/sitzung-am-20-juni-2020/>), offensichtlich mit dem Ergebnis, dass keine neue Beitragstabelle zur Abstimmung gestellt werden soll.

Diese Entscheidung, den Beschluss des Parteitages nicht umzusetzen, halten wir für einen Fehler, der korrigiert werden muss. In der Begründung des ursprünglichen Antrags des OV Friedrichshain-Nordost werden die Gründe für eine dringende und umfassende Reform der Beitragsstruktur überzeugend dargelegt.

Die aktuellen Beitragssätze sind im innerdeutschen wie auch im internationalen Vergleich der Mitte-Links-Parteien geradezu astronomisch hoch, gerade für Klein- und Durchschnittseinkommen. In dieser Höhe sind sie auch nicht dadurch zu rechtfertigen, dass wir im Vergleich zu anderen Parteien keine Spenden von großen Unternehmen bekommen. Die Beitragstabelle verkennt offensichtlich die Lebensrealität vieler Mitglieder, darunter leidet massiv die Beitragsehrlichkeit. Das bisherige Beitragsmodell hat außerdem sehr negative Auswirkungen auf die Attraktivität der Partei: Insbesondere Arbeitnehmer:innen werden durch Gebühren in dieser Höhe abgeschreckt. Dies zeigt sich sehr deutlich in der Mitgliederstruktur in Form eines Übergewichts von Studierenden und Rentner:innen bei einer großen Delle in den mittleren Alterskohorten. Angesichts der demografischen Entwicklungen wird ohne eine zeitnahe umfassende Neugestaltung der Beitragstabelle mittel- und langfristig die Zukunft unserer Partei gefährdet. Das dürfen wir nicht zulassen.

Wir teilen die Überzeugung der ursprünglichen Antragsteller:innen: Mit einer lebensnahen und realistisch durchsetzbaren Tabelle werden wir mehr Mitglieder gewinnen, Beitragsehrlichkeit erreichen und unterm Strich mehr Beiträge einnehmen können als bisher. Dadurch könnten wir mit den Parteien, die sich von Großunternehmen finanzieren lassen, besser mithalten.

Wir sind auch der Überzeugung, dass der Verzicht auf eine Beschlussvorlage einigen Schwächen des bisherigen Verfahrens geschuldet ist, insbesondere der fehlenden Breite der Beteiligung, Tiefe der Diskussion und einer zu knappen Zeitkalkulation. Deshalb sollte ein neuer Anlauf mit einem klaren Fahrplan und höherem Partizipationsgrad unternommen werden.

Dazu muss der Parteivorstand noch im laufenden Jahr eine Neukonzeption der Mitgliedsbeiträge beauftragen und einen langfristigen Arbeitsplan vorlegen, der der Notwendigkeit einer breiten innerparteilichen Beteiligung und dem hohen Diskussions-, Abstimmungs- und Bearbeitungsbedarf einer solchen tiefgreifenden Reform Rechnung trägt. Eine auf Grundlage der Ergebnisse formulierte Vorlage zur Beschlussfassung ist spätestens auf der 1. Tagung des 8. Parteitages vom Parteivorstand zur Abstimmung stellen.

Antrag:

S.22.

Antragsteller/innen:

LV Baden-Württemberg

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Beitragstabelle moderater gestalten**

2 Es soll folgender Eingangssatz als Erläuterung der Beitragstabelle vorgeschaltet werden:

3 »Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Beitragstabelle ein. Grundlage dafür sind seine regelmäßig
4 wiederkehrenden Einkünfte und Bezüge abzüglich Sozialabgaben und Steuern. Gesetzliche Unter-
5 haltungsverpflichtungen mindern die Einkünfte und Bezüge um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Die
6 Selbsteinschätzung orientiert sich darüber hinaus am tatsächlich für das einzelne Mitglied frei
7 verfügbaren Einkommensbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß.«

Korrektur zu Antragsheft 1: Im Entwurf für den Leitantrag zum Parteitag ist auf Seite 38 die Zeile 38 ersatzlos zu streichen.

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft

Antrag: G.01
Antragsteller/innen: Ulrich Neef

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ich stelle für den vom 2020-10-30 bis zum 2020-11-01 stattfindenden Bundesparteitag der LINKEN den
- 2 Antrag für den Bau der ICE-Schnellfahrstrecken Nürnberg-Plauen- Leipzig/Dresden, Chemnitz -
- 3 Leipzig und Plauen-Cheb. (siehe Anlage)

Begründung:

Besonders auffällig ist, dass nach dem jetzt bekannt gewordenen 3. Entwurf des Zielfahrplanes für den Deutschlandtakt¹ Sachsen als das bevölkerungsmäßig am dichtesten besiedelte Bundesland von dem geplanten Liniennetz für 300 km/h großräumig umfahren wird und bestenfalls von der ICE-Verbindung Berlin - Prag in Dresden tangiert wird, wobei nur der Streckenteil zwischen Dresden und Prag eine ICE-Neubaustrecke für 300 km/h sein wird und zwischen Berlin und Dresden mit Ausnahme der noch im Bau befindlichen Dresdener Bahn im Stadtgebiet von Berlin, welche südlich des Bahnhofes Papestraße in die aus Leipzig kommende Ausbaustrecke einmündet, eine ausgebaute Bestandsstrecke mit 200 km/h, vielleicht auch mit 250 km/h befahren wird. (Siehe Bild 2 auf Seite 56 in)

Wegen der sehr kurvenreichen Trassierungen der vorhandenen Eisenbahnstrecken vor allem im Raum Chemnitz und im Vogtland, welche sich allein nur mit einem Ausbau nicht für höhere Geschwindigkeiten herrichten lassen, sind wegen der hier nur möglichen sehr niedrigen Geschwindigkeiten z. B. sind auf der Strecke Mehlteuer-Gera stellenweise nur 40 km/h möglich und der daraus folgenden sehr langen Fahrzeiten keine attraktiven Fernverkehrsangebote möglich. So dauert heute eine Fahrt von München über Nürnberg und Hof nach Dresden fünfeinhalb Stunden! Für die sehr kurze Strecke von Chemnitz nach Leipzig dauert eine Fahrt 71 Minuten. Diese sehr langen Fahrzeiten führen zu weniger Nachfrage. Mit dem Hinweis auf sich die in den früheren Entwürfen vorgesehenen Fernverkehrsverbindungen im Raum Chemnitz als nicht tragfähig erwiesenen Potentialuntersuchungen sollen hier nur noch »Low-Cost-Züge« von Flixbus oder anderen fahren, welche gegenüber den ICE der DB AG auch mit deutlich weniger Komfort ausgestattet sind. Flixbus fährt mit aufgearbeiteten alten Waggons, welche keine Klimaanlage haben und deshalb von der DB AG ausgesondert wurden und lässt gegenwärtig Ex-Interregio-Fahrzeuge aufarbeiten, in welche dann 100 Reisende Platz finden sollen. Zum Vergleich: Die bei der DB AG momentan noch eingesetzten IC-Großraum-Wagen der 2. Klasse verfügen über 80 Sitzplätze. Eine Kapazitätserhöhung um weitere 20 Sitzplätze wäre' entweder nur mit einer deutlichen Verringerung des Sitzabstandes, so dass große Menschen mit langen Oberschenkeln, welche bei der DB im 2.-Klasse-IC-Großraumwagen gerade noch sitzen können, ohne dabei mit den Knien an der Lehne des davorstehenden Sitzes anzustoßen, hier u. U. gar nicht mehr sitzen können, oder mit einer Sitzplatzanordnung 3+2 mit der Folge einer deutlichen Verringerung der Breite des Sitzes gegenüber dem 2.-Klasse-IC- Großraumwagen bei der DB mit einer Sitzplatzanordnung von nur 2+2 möglich, was durch die so unvermeidlichen andauernden »sozialen Kontakte« mit dem Sitznachbarn ebenfalls eine deutliche Komforteinbuße wäre.

Um gerade auch im Raum Chemnitz und im Vogtland einen richtigen Fernverkehr anbieten zu können, müssen die kurvenreichen Bestandsstrecken durch gerade ICE-Neubaustrecken ersetzt werden. Wegen der mit diesen ICE-Neubaustrecken erreichbaren sehr deutlichen Fahrzeit Verkürzungen ist der zusätzliche wirtschaftliche Nutzen dieser Strecken als sehr hoch einzustufen.

Mit dem Ersatz der Franken-Sachsen-Magistrale durch eine ICE-Neubaustrecke würde sich die Fahrzeit zwischen Nürnberg und Dresden über Bayreuth, Hof, Plauen, Zwickau, Chemnitz und Freiberg von heute

4,5 Stunden auf 2 Stunden reduzieren, weil neben der hohen Geschwindigkeit von 300 km/h die gerade ICE-Neubaustrecke deutlich kürzer als die Franken-Sachsen-Magistrale ist. Damit könnte die Strecke Dresden - München über Hof in 3 Stunden gefahren werden, während die Fahrt von München über Nürnberg, weiter über die Thüringer-Wald-U-Bahn über Erfurt und Leipzig nach Dresden mit einer Ausbaustrecke zwischen Leipzig und Dresden für 200 km/h mindestens 4 Stunden dauern dürfte. Allein der mögliche Zeitgewinn von 1 Stunde pro Richtung gegenüber dem Umweg über die Thüringer-Wald-U-Bahn dürfte viele Reisende zwischen München und Dresden die Strecke über Hof nehmen und es würde sicher auch viele Umsteiger vom Flugzeug auf die Bahn geben, welche bisher zwischen Dresden und München das Flugzeug nutzen. Ergänzt werden könnte das Angebot mit einem ICE-Sprinter, welcher nur in Nürnberg und in Chemnitz hält und so diese Strecke in 2,5 Stunden bewältigen könnte. Von Plauen nach Leipzig würde sich die Fahrzeit gegenüber heute über Mehlteuer und Gera einschließlich eines Haltes in Gera von heute 2,5 Stunden auf nur noch 30 Minuten verkürzen. Der ICE-Sprinter Berlin-München nur mit Halt in Leipzig und in Nürnberg könnte die Strecke in nur 3 Stunden zurücklegen, eine Fahrzeit, welche mit dem Umweg über die Thüringer-Wald-U-Bahn nicht zu schaffen ist.

Mit einer geraden ICE-Neubaustrecke zwischen Chemnitz und Leipzig könnte sich die Fahrzeit von heute 71 Minuten auf dann vielleicht nur noch 15 Minuten verkürzen. Für die Einbindung der aus südlicher Richtung aus Chemnitz und München kommenden ICE muss der Leipziger Citytunnel um 4 weitere Röhren für den Fernverkehr (2 Röhren für ICE nach und aus München und 2 Röhren für ICE nach und aus Chemnitz) erweitert und neben der S-Bahn Leipzig Hbf (tief) muss noch ein unterirdischer Fernbahnhof gebaut werden, weil die jetzt bestehenden beiden Röhren mit S-Bahn voll belegt sind es hier keine freien Trassen mehr für schnelle nur in Leipzig Hbf (tief) haltende ICE-Züge gibt.

Mit einer geraden ICE-Neubaustrecke zwischen Plauen und Cheb würde sich die Fahrzeit von heute fast 2 Stunden auf nur noch 15 Minuten verkürzen und es könnten hier auch nachts (mit entsprechenden Schallschutzmaßnahmen wie Schallschutzwände und Tunnel) die 750 m langen Güterzüge mit mindestens 160 km/h mit nur einer Lokomotive fahren.

Anstatt die Planung und den Bau der ICE-Neubaustrecken Nürnberg-Plauen-Leipzig/Dresden, Chemnitz-Leipzig und Plauen-Cheb voranzubringen, welche eine wichtige Voraussetzung sind, Chemnitz und das Vogtland mit hochwertigen Fernverkehr zu erschließen, steht hier die Politik auf der Bremse und will stattdessen lieber weiter in die kurvenreichen Bestandsstrecken investieren, ohne dass dabei irgendwelche Geschwindigkeitserhöhungen und Fahrzeitverkürzungen heraus kommen und Chemnitz als einzige Stadt in der BRD mit 200 000 Einwohnern auch in Zukunft ohne Fernverkehrsanschluss bleiben soll.

Befremdlich ist auch, dass, obwohl der Deutschlandtakt nur mit Zügen mit einer Geschwindigkeit von 300 km/h funktioniert, die DB AG jüngst bei Talgo Züge geordert hat, welche nur 230 km/h schnell sind (dabei könnte Talgo diese Züge anstatt nur mit einem Triebkopf und einem Steuerwagen am anderen Zugende mit 2 Triebköpfen liefern, welche bis 350 km/h fahren könnten) und damit sich nicht in den Deutschlandtakt integrieren lassen und warum, obwohl der Deutschlandtakt einen 30-Minuten-Takt im Fernverkehr vorsieht.

Und es klemmt nicht nur im Vogtland im Raum Chemnitz:

So müsste die Marschbahn zwischen Lübeck und Westerland (Sylt) elektrifiziert und mit moderner Zugsicherungstechnik ETCS Level 3 mit dem Zusatz für hochautomatisiertes Fahren ausgestattet werden, so dass bei der sehr hohen Belegung der Strecke mit Auto- und Fernzügen auch der Nahverkehr ohne Verspätungen fahren kann.

Die Gäubahn ist eine eingleisige elektrifizierte aber sehr kurvenreiche Strecke und damit nicht mit hohen Geschwindigkeiten befahrbar, welche direkt zwischen den ICE-Neubaustrecken Milano-Zürich und Stuttgart-Mannheim-Frankfurt am Main liegt. So müsste die ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Flughafen-Böblingen bis Zürich verlängert werden, so dass dann von Milano bis Frankfurt am Main durchgehend mit 300 km/h gefahren werden kann. Damit würde die Altbaustrecke Stuttgart-Böblingen weitgehend überflüssig, so dass der zweigleisige Streckenteil zwischen Rohr und Böblingen

ausschließlich dem S-Bahnverkehr zur Verfügung gestellt werden kann, was die Verlängerung der jetzt im Tunnel an der Universität endenden S-Bahnlinien möglich machen würde. Mindestens 2 Linien könnten dann über Böblingen nach Dettenhausen verlängert werden, wodurch die Schönbuchbahn vollständig in das Stuttgarter S-Bahn-Netz integriert werden kann und was allerdings den vollständig zweigleisigen Ausbau der Schönbuchbahn erforderlich macht. Heute ist die inzwischen elektrifizierte Schönbuchbahn nur eingleisig mit wenigen zweigleisigen Begegnungsabschnitten und es besteht zwischen Stuttgart und Dettenhausen keine umsteigefreie Verbindung. Wegen der Auswirkungen auf die Gegenzüge auf dieser eingleisigen Strecke kann der Zug in Böblingen Hbf. in Richtung Dettenhausen bei Verspätungen der S-Bahn aus Stuttgart nicht warten, wodurch Anschlussverluste vorprogrammiert sind.

Beim Deutschlandtakt darf nicht nur der Fernverkehr betrachtet werden, weil auch dem Nahverkehr als Zu- und Abbringer eine entscheidende Bedeutung zukommt, und die fahrzeitverkürzende Wirkung des Deutschlandtaktes nur dann voll zum Tragen kommt, sofern die Fahrzeiten des Nahverkehrs auf die Fahrzeiten des Fernverkehrs abgestimmt werden, so dass ein Umsteigen auch zwischen dem Nah- und dem Fernverkehr ohne Zeitverluste möglich ist.

Ich schlage vor, eine vor allem in Sachsen tätige Bürgerinitiative »ICE-Neubaustrecke Nürnberg-Plauen-Leipzig/Dresden« ins Leben zu rufen, welche sich neben der bereits in ihrem Namen genannten ICE-Neubaustrecke auch für die ICE-Neubaustrecken Chemnitz-Leipzig und Plauen-Cheb sowie die Erweiterung des Leipziger Citytunnels einsetzt.

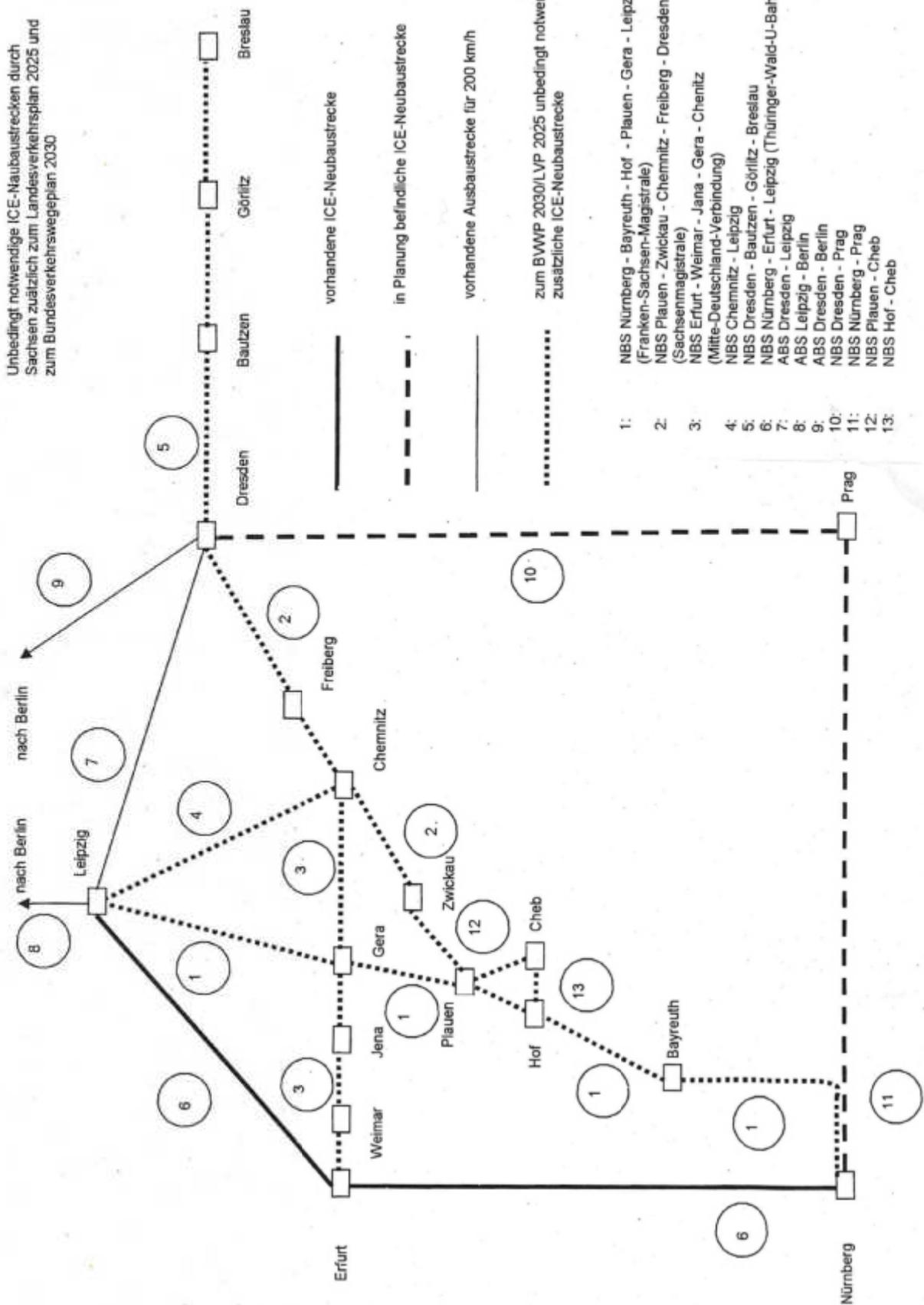
Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Neef

Anlage

Quelle:)' Deutschlandtakt - Bund stellt Zielfahrplan vor, in Eisenbahnkurier 09/2020, Seite 5 4 - 5 7

Unbedingt notwendige ICE-Neubaustrecken durch
Sachsen zusätzlich zum Landesverkehrsplan 2025 und
zum Bundesverkehrswegeplan 2030



Antrag:

G.02.

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gegen rechte Netzwerke und institutionellen Rassismus. Die Polizei demokratisieren!**

2 Wir brauchen einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel: Sicherheit gibt es nicht durch eine
3 weitere Kriminalisierung sozialer Konflikte und die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten. Im
4 Gegenteil: Es braucht soziale Sicherheit, d.h. mehr Geld für Bildung, soziale Dienste, Jugendzentren
5 und vieles mehr von dem, was die Gesellschaft im Alltag verbindet und zusammenhält. Wir wollen
6 daher staatliche Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung langfristig zurückdrängen und durch zivilgesell-
7 schaftliche Prävention und Kooperation ersetzen. Polizei und anderer Sicherheitsbehörden müssen
8 besser kontrolliert und demokratisiert werden.

9 Im demokratischen Rechtsstaat ist die Polizei kein universelles Mittel zur Durchsetzung staatlicher
10 Ordnung, sondern klar auf die Kernaufgaben der Abwehr konkreter Gefahren und der Straftatenbe-
11 kämpfung unter strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt. Orientierung an
12 Verhältnismäßigkeit bedeutet daher auch, dass Bagatelldelikte endlich entkriminalisiert werden
13 müssen, was insbesondere Schwarzfahren und opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäu-
14 bungsmittelgesetz oder »illegale Einreise« betrifft.

15 Neben einer grundlegenden Aufgabenstraffung braucht die Polizei künftig ein modernes, demokrati-
16 sches und menschenrechtsorientiertes Leitbild, das auf den Grundlagen von Verhältnismäßigkeit,
17 Deeskalation und mit dem Fokus auf demokratische Kontrolle der Exekutive auf der Gewaltenteilung
18 aufbaut.

19 Auch Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung, eine ausreichende Ausstattung zur
20 Eigensicherung und ein gutes Gehalt, das ihnen einen ausreichenden Lebensstandard entsprechend
21 ihrer Aufgabenstellung sichert. Zudem benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die
22 Polizei.

23 Rassismus und Diskriminierung sind für viele Menschen eine leidvolle Erfahrung, eine die sie immer
24 wieder machen müssen. Nicht nur auf der Straße und im Alltag, sondern innerhalb von staatlichen
25 Institutionen und Behörden, auch mit der Polizei. Der rechtsterroristische Anschlag in Hanau hat das
26 Land erschüttert, die Ermittlungsbehörden scheinen seltsam wenig irritiert. Die Morde des NSU und
27 die Verstrickungen von Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz sind immer noch nicht aufge-
28 klärt. Mit Informationen aus dem Polizeiapparat bedroht ein »NSU 2.0« antirassistisch Aktive. Bei der
29 Polizei häufen sich scheinbar die extrem rechten Verdachtsfälle. Die dokumentierten Fälle von
30 Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt. Jedes Jahr gibt es zahlreiche Fälle von
31 rechtswidriger Polizeigewalt, für die sich niemand verantworten muss (vgl. Republikanischer Anwalts-
32 verein, 1600 Anzeigen pro Jahr). Eine strafrechtliche Verfolgung von Polizeigewalt findet kaum statt.
33 Polizeiliche Übergriffe werden nicht nur selten angezeigt. Sie werden auch selten angeklagt – in 93 bis
34 98 Prozent der Fälle stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein (KVIAPOL-Zwischenbericht,
35 17.9.2019).

36 Die Polizei ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen berechtigt, Gewalt in Form unmittelbaren
37 Zwangs einzusetzen. Dass es hierbei zu Grenzüberschreitungen kommen kann, ist aus strukturellen
38 und psychologischen Gründen polizeilicher Alltag.

39 Die Polizeigesetze der letzten Jahre der Bundesländer, die die Polizei mit immer mehr Befugnissen
40 ausgestattet haben, müssen zurückgenommen werden. Die Ausübung des staatlichen Gewaltmono-
41 pols muss kontrolliert werden. Findet das nicht statt, werden die Betroffenen gegenüber einem
42 Missbrauch des Gewaltmonopols häufig rechtlos gestellt. Sie stehen einem Apparat gegenüber, der
43 mit umfangreichen Eingriffsbefugnissen ausgestattet und in der Lage ist, die Ahndung solcher
44 Übergriffe zu verhindern oder zumindest zu erschweren.

45 Insbesondere bei den geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei, die zur Durchsetzung von
46 Maßnahmen insbesondere gegen größere Personengruppen ausgebildet werden, sind Grenzüber-
47 schreitungen auch Einsatzmittel und in gewissem Maße politisch instrumentalisierbar. Vielfach
48 werden Überwältigungs- und Dominanzstrategien angewandt, die einer demokratisch verfassten
49 Gesellschaft und ihrer Polizei widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, in der die einmal
50 gelernten rechtlichen Eingriffsvoraussetzungen von intern geltenden Normen überlagert werden, die
51 missbräuchliche Gewaltanwendung gestatten. Hier brauchte es ein Umsteuern!

52 Ein wichtiges Element des Umsteuerns ist die Stärkung der Versammlungsfreiheit, wie von Rot-Rot-
53 Grün in Berlin auf den Weg gebracht, d.h. eine grundrechtsfreundliche Modernisierung des Versamm-
54 lungsrechts u.a. durch Festlegung der Polizei auf Deeskalationsstrategien, durch Beschränkung der
55 polizeilichen Eingriffsbefugnisse und Verzicht auf Straftatbestände in den Versammlungsgesetzen.

56 Die Berichte von Todesfällen in behördlichem Gewahrsam sind alarmierend. All das sind längst mehr
57 als nur »Einzelfälle«. Das Problem hat System, wie die systematische Verleugnung und Verniedlichung
58 der Problematik oder die Dämonisierung jedweder Kritik belegen. Der Rassismus steckt in den
59 Strukturen. Es ist kein »Minderheiten-Thema«. Diese Strukturen müssen verändert werden. Das
60 beginnt damit, dass die Probleme anerkannt und nicht geleugnet oder auf rein individuelles Fehlver-
61 halten zurückgeführt werden.

62 Auch für die Polizist*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen verpflich-
63 tet fühlen – gerade für sie müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch
64 gerecht werden. Auch für sie muss die Kultur der Polizei verändert werden. Eine erhebliche Verringe-
65 rung polizeilicher Übergriffe ist nur durch einen Wandel des polizeilichen Selbstverständnisses, von
66 Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen.

67 Die Proteste gegen diese Zustände nehmen zu. DIE LINKE steht an der Seite von allen, die gegen
68 Polizeigewalt, Rassismus und für gleiche Rechte eintreten. Wir zeigen klare Kante gegen rechts,
69 Solidarität mit den Opfern rassistischer Gewalt und treten für den Ausbau von Grundrechten und
70 Demokratie ein. Die Bewegungen gegen Rassismus, #blacklivesmatter, die migrantischen Initiativen
71 und Verbände und deren alltägliche Unterstützung von Geflüchteten sind unsere Verbündeten und
72 Hoffnung. Eine gründliche Aufklärung darüber, wie rechte Kreise staatliche Strukturen infiltrieren und
73 missbrauchen, ist nötig.

74 Wir fordern:

- 75 ■ die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen gegen Polizeigewalt. Wirksame Kontrolle
76 kann nur durch eine unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen polizeikritischen Blick, eine
77 institutionelle Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine hinreichende Ausstat-
78 tung mit Befugnissen und Ressourcen. Zur Aufklärung sollen Einsatzprotokolle und Polizeivideos
79 bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.
- 80 ■ Eine individuelle Kennzeichnungspflicht muss sofort und überall eingeführt werden. Es muss
81 selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individualisierbar gegen-
82 übertreten.
- 83 ■ ein bundesweit wirksames Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsge-
84 setz orientiert.
- 85 ■ eine rechtliche Klarstellung, die dazu führt, dass das faktisch stattfindende Racial Profiling
86 verboten wird. Zudem muss die Konstruktion von »gefährlichen Orten« und den damit in Zusam-
87 menhang stehenden verdachtsunabhängigen Kontrollen auf der Basis von Gummiparagraphen wie
88 »grenzpolizeilicher Erfahrungen« in § 22 BPolG gestrichen werden. Der Begriff der Rasse muss aus
89 allen Polizeigesetzen gestrichen werden.
- 90 ■ Der Einsatz von verdeckten Ermittler*innen und V-Leuten durch Polizei in politischen Szenen muss
91 sofort beendet werden.
- 92 ■ Polizist*innen, denen rassistisches, sexistisches oder homophobes Verhalten nachgewiesen wird,
93 müssen konsequent disziplinarisch verfolgt werden, ggf. bis hin zur Entlassung aus dem Dienst.

- 94 ▪ Die fortschreitende Militarisierung der Polizei, ihre zunehmend flächendeckende Ausstattung mit
95 Kriegswaffen und mit »weniger tödlichen Waffen« wie z.B. Taser, den Einsatz von Gummigeschos-
96 sen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab.
- 97 ▪ Die Ausbildung muss sich ändern. Die strenge Separierung in der Ausbildung muss zurückgefahren
98 werden. So sollte beispielsweise die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes überwiegend in
99 den allgemeinen Hochschulen und Universitäten erfolgen. Es braucht mehr kritische Polizeifor-
100 schung und Lehre, sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns und der Arbeitssitua-
101 tion der Beamt*innen.
- 102 ▪ Einrichtung verbindlicher Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Diversität
103 und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung, um Beamt*innen bei der
104 Bewältigung der praktischen Erfahrungen (sogenannter Praxisschock) zu unterstützen und um das
105 Erlernen bzw. Verfestigen diskriminierender Einstellungen zu verhindern.
- 106 ▪ In der Polizei im Allgemeinen und insbesondere bei Beamt*innen der geschlossenen Einheiten wie
107 SEK und BFE muss unter Beachtung der einseitigen subjektiven Diensterlebnisse kontinuierlich
108 menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt werden. Da dies in der Vergangenheit völlig
109 unzureichend erfolgte, müssen bereits verfestigte menschenfeindliche Einstellungen mit Hilfe von
110 Studien festgestellt, ehrlich eingestanden und durch geeignete Maßnahmen bekämpft werden. Die
111 Beamt*innen in den geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um die Herausbildung von Korpsgeist
112 zu erschweren. Insgesamt wollen wir weniger geschlossene Einheiten und stattdessen eine bür-
113 gernahe Polizei
-

Antrag:

G.03.

Antragsteller/innen:

Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik, Kommunistische Plattform; Doris Achelwilm, Cornelia Barth, Dietmar Bartsch, Friederike Benda, Heinz Bierbaum, Ellen Brombacher, Isabelle Casel, Wiebke Diehl, Werner Dreibus, Heike Hänsel, Jonas Christopher Höpken, Ulla Jelpke, Thomas Kachel, Ralf Krämer, Rita Krüger, Oskar Lafontaine, Christian Leye, Marianne Linke, Ulrich Maurer, Zaklin Nastic, Alexander Neu, Kathrin Otte, Victor Perli, Friedrich Straetmanns, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht, Andreas Wagner

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!**
- 2 Der Bundestag der Partei DIE LINKE schließt sich dem Aufruf »Nie wieder Krieg! Frieden und
3 Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!« an, wie er auf der Website [https://nie-wieder-](https://nie-wieder-krieg.org/)
4 *krieg.org/* veröffentlicht ist. Er betrachtet die in diesem Aufruf und der Erläuterung dazu formulierten
5 Positionen und Argumente als eine Grundlage für die friedenspolitischen Aussagen des nächsten
6 Bundestagswahlprogramms der LINKEN:
- 7 Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!
- 8 Deutschland darf sich an einer Politik der Konfrontation, der Sanktionen und der Aufrüstung nicht
9 länger beteiligen, sondern muss sich ihr widersetzen und dafür Partner in Europa und weltweit suchen.
10 Die Nutzung von Militärbasen und anderer Infrastruktur in Deutschland für völkerrechtswidrige Kriege
11 darf nicht gestattet werden. Wir fordern die Bundesregierung, die Parteien und die Medien in
12 Deutschland auf, zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, der Entspannung und Verständi-
13 gung, der Achtung des Völkerrechts, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und weltweit zurückzu-
14 kehren, wie sie der Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt betrieben hat.

15 Erläuterung:

16 Die Kriegsgefahr steigt weltweit. Der Iran wird unmittelbar mit Krieg bedroht. Die USA und anschlie-
17 ßend auch Russland kündigten den INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen, der START-Vertrag über
18 die Reduzierung der Langstreckenraketen läuft 2021 aus. Das Ende des Rüstungskontrollsystems
19 droht. Auch der Weltraum und das Internet werden militarisiert. Neue Technologien wie superschnelle
20 Raketen, Laserwaffen und autonome Killer-Roboter erhöhen die Kriegsgefahr. Zur Gefahr der
21 Klimakatastrophe tritt die eines nuklearen Winters.

22 Am 1. September 2019 jährte sich zum achtzigsten Mal der Überfall des faschistischen Deutschland
23 auf Polen, der Beginn des zweiten Weltkriegs. Fast 80 Millionen Menschen wurden getötet, die
24 Mehrzahl davon Zivilpersonen. Die mit Abstand meisten Opfer hatten die Sowjetunion und China zu
25 beklagen. Die Vereinten Nationen zogen 1945 in ihrer Charta die bis heute gültigen Lehren aus den
26 Weltkriegen: «Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer
27 Mitglieder. (...) Jeder Staat hat das Recht, seine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und
28 kulturelle Ordnung frei zu wählen und zu entwickeln. (...) Alle Mitglieder unterlassen in ihren internati-
29 onalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit
30 eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung
31 oder Anwendung von Gewalt.»

32 Heute herrschen in vielen Ländern erneut Krieg oder Bürgerkrieg, weltweit wächst die Gefahr neuer
33 Kriege. Krieg ist Hauptursache für Flucht und Vertreibung. Die Grundnormen des Völkerrechts werden
34 immer wieder und von vielen Staaten verletzt. Deutschland und andere EU-Staaten waren und sind an
35 Kriegen beteiligt, die militärische Rolle der EU wird fortschreitend ausgebaut. Die massivsten
36 Völkerrechtsverstöße gehen jedoch seit langem von den USA aus, die ständig in mehrere Kriege
37 verwickelt sind. Immer wieder wurden diese mit inszenierten Lügen begründet (Tonkin-Zwischenfall,
38 Brutkastenlüge, Hufeisenplan, Saddams Massenvernichtungswaffen ...). Das US-Militär ist zudem der
39 größte einzelne Öl-Verbraucher und Umweltzerstörer. In den letzten Jahren setzt die US-Regierung
40 noch stärker als bisher auf Gewalt und Aufrüstung, eine aggressive Politik und Einmischung in andere
41 Länder, um weltweit ihre Interessen und ihnen genehme Regime durchzusetzen. Die Rüstungsausga-
42 ben der USA sind doppelt so hoch wie die von China und Russland zusammen, die der NATO dreimal
43 so hoch. In den kommenden Jahren sollen sie dramatisch weiter erhöht werden. Russland und China
44 betreiben Militärpolitik, doch Politik und Massenmedien messen mit zweierlei Maß, wenn sie sie als
45 die «Bösen» und «den Westen» als die «Guten» darstellen.

46 Gegen Länder wie Kuba, Iran, Venezuela, Syrien, aber auch Russland und China haben die USA
47 einseitig teils extreme Wirtschaftssanktionen verhängt und verlangen von allen anderen Staaten der
48 Erde unter Androhung von Strafen, diese ebenfalls zu befolgen. Unabhängig davon, wie die Verhältnis-
49 se in diesen Ländern beurteilt werden: das ist völkerrechts- und menschenrechtswidrig. Diese
50 Sanktionen kommen in ihrer zerstörerischen Wirkung unerklärten Angriffskriegen gleich, unter denen
51 vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, mit vielen tausenden Toten durch Versorgungsmängel bei
52 Nahrungsmitteln und Medikamenten. Auch Sanktionen der EU sind nicht durch UN-Beschlüsse
53 gedeckt und stehen politischen Konfliktlösungen im Wege. Die NATO ist zu einem weltweit aktiven
54 Kriegsführungsbündnis gemacht worden (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen ...). Es geht
55 dabei nicht um Menschenrechte oder Demokratie, sondern um politische und wirtschaftliche
56 Machtinteressen. Diktaturen, Terrorregime und Kriegsparteien, die den «Westen» unterstützen, haben
57 nichts zu befürchten, sondern werden noch mit Waffen versorgt.

Begründung:

Es ist wichtig, dass DIE LINKE mit einer klaren Position im Sinne dieses Aufrufs in der Öffentlichkeit
und im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auftritt und offensiv Druck auf die anderen Parteien
ausübt. Der Aufruf wurde bereits von einer Vielzahl von Funktions- und Mandatsträger*innen der
LINKEN unterzeichnet sowie vielen Personen aus der Friedensbewegung, Gewerkschaften und

anderen Organisationen, Wissenschaft, Kultur, auch aus der SPD und den Grünen. Namen auf <https://nie-wieder-krieg.org/>

Antrag:

G.04.

Antragsteller/innen:

BAG Betrieb und Gewerkschaft, BAG Hartz IV,
BAG Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Gute und verkürzte Arbeit und sanktionsfreie Mindestsicherung statt BGE-Illusionen**

2 In einer reichen Gesellschaft sollen alle Menschen würdig leben können. Das ist ein zentrales Ziel
3 unserer Partei DIE LINKE.

4 Viele meinen fälschlich, darum ginge es auch beim bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), und
5 begrüßen daher, dass Italien und Spanien vermeintlich ein solches Grundeinkommen eingeführt
6 haben. Tatsächlich ging es in Italien und Spanien aber um eine Grundsicherung, ähnlich dem
7 deutschen Hartz-IV-System. Ein BGE soll hingegen unterschiedslos für alle in der Gesellschaft gezahlt
8 werden, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Über 70 Millionen Menschen würden eine
9 Leistung bekommen, die sie nicht brauchen, weil sie über genügend andere Einkommen verfügen.
10 Dadurch ergibt sich ein Finanzvolumen von über 1000 Milliarden Euro jährlich, das umverteilt werden
11 müsste – mehr, als Bund, Länder und Gemeinden zusammen 2019 ausgegeben haben.

12 Manche meinen, Geld sei genug da und über Finanzierung zu reden sei per se neoliberal. Das ist
13 natürlich nicht der Fall – Ökonomie ist Kernbestandteil linker Politik. Wir LINKE wollen durch eine
14 hohe Besteuerung großer Einkommen, Vermögen und Erbschaften, von Unternehmensgewinnen und
15 Finanztransaktionen und mit konsequentem Kampf gegen Steuerflucht jährlich an die 200 Milliarden
16 Euro zusätzlich aufbringen. Das ist sehr viel Geld, aber nur ein Bruchteil dessen, was für ein BGE
17 erforderlich wäre. Zudem sind diese Mittel für öffentliche Investitionen, mehr Personal in Bildung und
18 Pflege und bessere Sozialleistungen verplant, die überwiegend auch bei einem BGE weiter notwendig
19 wären. Auch Kreditaufnahme oder Geldschöpfung wären nur in viel geringerem Umfang möglich,
20 selbst wenn sie rechtlich zulässig wären.

21 Es gibt viele unterschiedliche Modelle eines BGE, darunter neoliberale, denen es darum geht,
22 Arbeitnehmerrechte und Sozialstaat zugunsten eines BGE auf Hartz-IV-Niveau oder darunter zu
23 schleifen. Die sozial ausgerichteten Modelle wie das der BAG Grundeinkommen der LINKEN sollen
24 dagegen zusätzlich zu anderen Sozialleistungen sein – und erfordern dementsprechend gigantische
25 Mehreinnahmen. Die BAG erfindet dazu neue Steuern und Umbauten der bisherigen Systeme. Sie
26 ignoriert Überwälzungseffekte, rechtliche und politökonomische Grenzen, die im Kapitalismus eine
27 Besteuerung der Gewinne mit 100 Prozent unmöglich machen. Bislang ist es nicht einmal gelungen,
28 viel weniger weitreichende Forderungen durchzusetzen, obwohl es dafür breite Umfragemehrheiten
29 gibt. Stattdessen wurden Unternehmenssteuern gesenkt und Sozialleistungen gekürzt.

30 Ein BGE müsste immer zu Lasten der Erwerbseinkommen bzw. ihrer Kaufkraft finanziert werden.
31 Überwiegend müsste es von den Lohnarbeitenden bezahlt werden. Viele würden per Saldo verlieren.
32 Weil von jedem zusätzlich verdienten Euro vielleicht noch 20 Cent übrig blieben, müsste es flächende-
33 ckend Kontrollen gegen Schwarzarbeit und Steuerflucht geben. Das BGE würde neue Ungerechtigkei-
34 ten schaffen, etwa wenn Eigentümer*innen einer abbezahlten Wohnung selbst ohne Erwerbsarbeit im
35 Ergebnis mehr Geld zur Verfügung hätten als erwerbstätige Menschen, die hohe Mieten für beschei-
36 dene Wohnungen bezahlen müssen. Angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ist zu
37 befürchten, dass die Lage der Mehrheit der Lohnabhängigen sich verschlechtern würde, während das

38 Kapital ein BGE für verstärkte Lohndrückerei nutzen könnte. Denn der Lohn müsste ja nicht mehr
39 existenzsichernd sein und damit entfele eine zentrale Begründung für Mindestlöhne und Tarifverträge.

40 Die BGE-Forderungen beruhen auf Behauptungen, die einer kritischen Überprüfung nicht standhalten
41 (vgl. dazu etwa ver.di Wirtschaftspolitik Informationen 4/2017). Sie machen Menschen falsche
42 Hoffnungen und lenken ab von Forderungen, für die es reale Durchsetzungsmöglichkeiten gibt und für
43 die wir gemeinsam mit Bündnispartner*innen in Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen
44 kämpfen.

45 Im langfristigen Ziel sind sich linke Befürworter*innen und Gegner*innen eines BGE einig: Überwin-
46 dung des kapitalistischen Zwangs zur Erwerbsarbeit und zunehmende Verteilung von Arbeit und
47 Wohlstand dem Motto »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«. Was Marx
48 aber als das Ergebnis einer langen Entwicklung des Sozialismus beschreibt, steht beim BGE am
49 Anfang. Doch innerhalb des Kapitalismus gibt es nur für Einzelne, aber nicht für die Gesellschaft
50 insgesamt eine Alternative zur Erwerbsarbeit. Diese müsste unvermindert weitergehen, weil nur sie
51 die Güter und Dienstleistungen produziert, die man mit einem BGE kaufen könnte, und die Einkom-
52 men, die zur Finanzierung umverteilt werden müssten.

53 Hier gilt es daher anzusetzen: DIE LINKE tritt ein für ein Recht auf gute Arbeit, die verkürzt und
54 gerecht verteilt werden muss, für 13,- Euro Mindestlohn, eine solidarische Mindestrente und für eine
55 sanktionsfreie Mindestsicherung in der Höhe von 1200,- Euro netto, die alle vor Armut schützt die
56 keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, keine Erwerbsarbeit haben oder im wohlverdienten
57 Ruhestand sind. Wir wollen einen Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, einen sozial-ökologischen
58 Umbau und einen Weg zu einem demokratischen Sozialismus, der die Herrschaft des Kapitals
59 überwindet. Das ist essenziell und profilbildend für die Partei. Die BGE-Forderung steht dazu in
60 Konkurrenz und Widerspruch (auch wenn die BAG Grundeinkommen das Gegenteil behauptet).

61 Die Forderung nach einem BGE ist in der sozialen und linken Bewegung völlig umstritten und hat
62 massives Spaltungspotenzial. Im Grundsatzprogramm der LINKEN wurde festgehalten, dass die
63 Forderung kontrovers diskutiert wird. »Jede Form von Entscheidung in dieser Frage (...) in der einen
64 oder anderen Richtung würde jeweils Teile der Partei und ihrer sozialen Basis von der LINKEN
65 abstoßen.« (Bundesparteitag 2015) Daran hat sich nichts geändert. Deshalb kann das BGE nicht
66 Programm der LINKEN werden.

Begründung:

Kürzlich zeigte eine MDR-Umfrage auf, dass die meisten, die sich für ein BGE aussprechen, in Wirklichkeit eine verbesserte Grundsicherung für Menschen meinen, die keine hinreichenden anderen Einkommen und keine größeren Vermögen haben. Und kaum jemand wäre bereit, für ein BGE auf andere Sozialleistungen zu verzichten oder höhere Steuern in Kauf zu nehmen. Faktisch gibt es also keine Grundlage für ein BGE, wie hier genauer belegt wird: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1140223.grundeinkommen-ohne-basis-und-meist-missverstanden.html>

Am 18.08.2020 wurde ein großes Projekt vorgestellt, das Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) auf die Einzelnen erforschen soll. Die damit verbundene Lotterie für umsonst stößt erwartbar auf große Resonanz. Doch tatsächlich wird nur untersucht, wie ein monatliches Geldgeschenk von 1200 Euro wirkt, aber nicht ein BGE. Denn dieses würde erfordern, dass gleichzeitig die so verteilte Kaufkraft durch Kürzung anderer Sozialleistungen und massiv höhere Abgaben bei anderen Einkommen abgeschöpft würde. Die Leute hätten also per Saldo nur einen Bruchteil des Geldes zusätzlich, die meisten Beschäftigten ungefähr gar nichts, viele auch weniger Geld als vorher. Und alle hätten sehr hohe Grenzbelastungen auf jeden zusätzlich verdienten Euro. Da dies alles nicht berücksichtigt wird, ist die Studie zur Frage BGE wissenschaftlich wertlos und eher eine Propagandashow

Antrag:**G.05.**

Antragsteller/innen:

LAG Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen, PDL, Nico Rudolph (Mitglied der PDL und der LAG DRF), Ortsverband Sonnenberg/Chemnitz, Ortsverband Adelsberg/Chemnitz, IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität Chemnitz, Horst Seiler (GRH-TGA Chemnitz), Peter Eichler (ISOR-Chemnitz)

Der Parteitag möge beschließen:**1 FRIEDENSINIATIVE Friedenspolitische Grundsätze ohne Wenn und Aber durchsetzen!**

2 Die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE, gemäß dem Erfurter Programm vom Oktober
3 2011, behalten uneingeschränkt ihre Gültigkeit.

4 Die Erhaltung des Friedens ist in unserer pluralistischen Partei das einzige alle vereinende Ziel und
5 durch die Mitglieder sowie Amts- und Mandatsträger der Partei offensiv und ohne Wenn und Aber zu
6 vertreten.

7 Der Abschnitt 4.6. Frieden in Solidarität statt Kriege aus dem Parteiprogramm ist in die Präambel bzw.
8 in den 1. Abschnitt des Leitantrages als politisch-strategische Zielsetzung der Partei DIE LINKE
9 einzuarbeiten.

10 Programmtext:

11 »Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung
12 durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales
13 Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO, wird DIE
14 LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen
15 Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO
16 entzogen wird. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören
17 auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta,
18 zumal der Sicherheitsrat noch nie chartagemäß Beschlüsse gegen Aggressoren wie die NATO beim
19 Jugoslawienkrieg oder die USA beim Irakkrieg gefasst hat. Um Akzeptanz für die Militarisierung der
20 Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von »zivilmilitärischer Kooperation« und von Konzepten zur
21 »vernetzten Sicherheit« die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen
22 Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Sie will,
23 dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird.«

Begründung:

Der Erfurter Parteitag hat das Parteiprogramm am 23. Oktober 2011 mit 503 Stimmen bei vier Gegenstimmen und 12 Enthaltungen beschlossen. Das ist eine Zustimmung von 96,9 Prozent.

Durch den Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 wurde das Parteiprogramm mit 95,81 Prozent bestätigt.

Manchmal sind es die kleinen Sätze, die Zustände, Entwicklungen oder Standpunkte von Bedeutung aufzeigen, über die man sehr gründlich nachdenken muss. Mehrere Genossen unserer Partei im Bundestag und Bundesvorstand stellen wiederholt die zentralen Programmpunkte zur NATO-Mitgliedschaft öffentlich in ihrer politisch-militärischen Bedeutung in Frage.

Die hohe Aufrüstung und die Aggressivität und somit extreme Gefährlichkeit der NATO und die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind eine Gefahr für den Weltfrieden.

Wir, die Partei DIE LINKE, sind die einzige konsequente Partei, die sich für den Frieden einsetzt und das wollen wir auch in Zukunft bleiben. Deshalb dürfen wir keine Zugeständnisse für eine Tolerierung der NATO und der Auslandseinsätze der Bundeswehr zulassen.

Der Einsatz für den Frieden darf nicht geopfert werden für eine mögliche Regierungsbeteiligung mit den GRÜNEN und der SPD oder sonstigen staatstragenden Parteien der BRD.

Wir haben ein gültiges Parteiprogramm.

Für dessen konsequente Einhaltung muss durch alle Mitglieder, im Besonderen durch alle Amts- und Mandatsträger, Sorge getragen werden.

Antrag: G.06.

Antragsteller/innen: KV Osnabrück

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Den Rechtsstaat wieder herstellen und sichern**

2 »Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt
3 wird.« – Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1. In: MEW 23, S. 318

4 Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ist eine höchst dringliche Aufgabe, ohne eine Aufnahme
5 dieser Forderung in Verabredungen mit anderen Parteien geht die Partei DIE LINKE. keine Koalition
6 oder Duldung ein.

7 Der Staat und alle staatlichen Institutionen müssen ihre rassistischen Praktiken offenlegen und sie
8 beenden.

9 Die Fehler der Vergangenheit müssen aufgearbeitet werden, dabei dürfen auch Institutionen wie
10 Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und die Verfassungsschutz-organisationen nicht geschont
11 werden.

12 Für die Zukunft muss alles unternommen werden, um rassistische und faschistische Strukturen zu
13 unterbinden und das Personal antirassistisch zu schulen.

14 Zu den dringendsten Aufgaben gehören:

- 15 ▪ die Aufklärung der Morde an Oury Jalloh und anderen in Dessau
- 16 ▪ die Klärung der NSU-Morde, in Zusammenhang mit der Ermordung Walter Lübckes, dem Wirken
17 des hessischen Verfassungsschutzes, der Rolle des V-Mann-Führers Temme und der Geheimhaltung
18 der Akten für 120 Jahre;
- 19 ▪ die Offenlegung und Zerschlagung der polizeiinternen Strukturen, die die Ermittlung der Versende-
20 rInnen der Drohmails der NSU 2.0 verhindern
- 21 ▪ die Beendigung jeglicher Form des Racial Profiling
- 22 ▪ die Aufklärung verfassungsfeindlicher Strukturen in Bundeswehr und MAD.

Begründung:

In den letzten Jahren ist eine Zunahme an rassistischen und faschistischen Straftaten zu beobachten, deren Aufklärung immer wieder behördenintern blockiert wird. Für die alten Nazis, die in vielen Bereichen (Verfassungsschutz, Bundeswehr, Justiz und Polizei) nach 1945 im Amt blieben bzw. reinstalled wurden, sind offensichtlich neue Nazis in diesen Bereichen nachgerückt. Der »Aufstand

der Anständigen« ist weitestgehend ausgeblieben, stattdessen ist Rassismus, und damit auch Antisemitismus, wieder in der sog. »Mitte« der Gesellschaft vorzufinden, war eigentlich nie weg: schon am 12. März 1952 diskutierte der Deutsche Bundestag: »Eine besondere Gruppe unter den Besatzungskindern bilden die 3093 Negermischlinge, die ein menschliches und rassisches Problem besonderer Art darstellen.« Die Lösung war in vielen Fällen, die Kinder den Müttern wegzunehmen und zur Adoption ins Ausland freizugeben.

Diese Geschichte aufzuarbeiten ist dringend geboten, und sie steht in engem Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Unsere Sprache und Benennungen müssen überprüft und gegebenenfalls verändert werden, wir müssen uns von Begriffen wie »Mohren-Straße« oder »Zigeunerschnitzel« verabschieden und sollten unser eigenes Denken und Handeln reflektieren.

Antrag:

G.07.

Antragsteller/innen:

BV Tempelhof-Schöneberg

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit linken Kräften in Lateinamerika**

2 Die demokratische Entwicklung sowie der Kampf sozialer und progressiver Bewegungen für soziale
3 Gerechtigkeit und solidarische Wirtschaftsbeziehungen werden in Lateinamerika in den vergangenen
4 Jahren verstärkt durch transnationale Konzerne und Industrienationen mit Hilfe von Freihandelsab-
5 kommen, medialer Manipulation und politischer Kampagnen gegen parlamentarische Entscheidungen
6 und freie Wahlen gefährdet.

7 Die gewaltsamen Unruhen im Jahr 2008 gegen die Regierung von Präsident Evo Morales in Bolivien;
8 der Staatsstreich 2009 in Honduras gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Manuel Zelaya;
9 der Putschversuch am 30. September 2010 gegen den ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa
10 sowie die andauernde juristische und politische Verfolgung Correas und seiner Mitstreiter; die
11 Absetzung des legitimen Präsidenten Fernando Lugo am 21. Juni 2012 in einer Nacht-und-Nebel-
12 Aktion durch das paraguayische Parlament; der parlamentarische Putsch gegen Dilma Rousseff im
13 Jahr 2016; die politische und juristische Verfolgung vom brasilianischen Ex-Präsident Luis Inácio Lula
14 da Silva; der Putsch im November 2019 gegen Evo Morales Ayma in Bolivien und die Inkraftsetzung
15 des dritten Abschnitts des Helms-Burton-Gesetzes sowie die völkerrechtswidrige Blockade der USA
16 gegen Kuba belegen die zunehmende Regime-Change-Politik, die mit Hilfe der Organisation Amerika-
17 nischer Staaten (OAS) von der aktuellen US-Regierung gegen die linken Kräfte in Lateinamerika
18 verschärft wird. All dies sind direkte Angriffe auf die souveränen Rechte der Völker Lateinamerikas,
19 deren Mehrheit für eine solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation kämpft.

20 DIE LINKE beobachtet mit zunehmender Sorge die Interventionspolitik in Lateinamerika, die u. a.
21 durch die US-Stiftung National Endowment for Democracy (NED), aber auch staatliche und halbstaat-
22 liche Akteure in Deutschland und Europa forciert wird.

23 DIE LINKE verurteilt die Strategie des Lawfare gegen ehemaligen linke Präsident/innen, Aktivis-
24 ten/innen und Parteien sowie Bewegungen als gezielten Versuch, die souveränen Rechte der Völker
25 Lateinamerikas auf eine andere solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation zu unterdrü-
26 cken und die Interessen des transnationalen Kapitals in Zusammenarbeit mit den korrupten Oligar-
27 chien auch gewaltsam durchzusetzen.

28 DIE LINKE unterstützt den von der Bewegung zum Sozialismus (MAS) in Bolivien angestrebten
29 gesellschaftlichen Wandel, die Bürgerrevolution vom Ex-Präsident Rafael Correa in Ecuador, die

30 Aktualisierung des sozialistischen Systems in Kuba. Gemeinsame Anliegen dieser Projekte sind die
31 Umverteilung zugunsten sozialer Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit für alle Bürgerinnen und
32 Bürger.

33 DIE LINKE stellt fest, dass ungeachtet aller Fehlentwicklungen und berechtigter Kritikpunkte das
34 Bolivarische Venezuela trotz der Wirtschaftsblockade durch die USA und Sanktionen der EU sowie
35 eines hybriden Krieges regierungsfeindlicher Kräfte mit Unterstützung ausländischer Regierungen den
36 gesellschaftlichen Wandel zugunsten der bis vor 20 Jahren ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen
37 vorangetrieben hat.

Antrag: G.08.

Antragsteller/innen: DIE LINKE.SDS

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Resolution: Schluss mit dem mörderischem US-Autoritarismus & Solidarität mit #BLM**

2 Nach den brutalen Morden an George Floyd, Breonna Taylor und Tony McDade durch Polizisten kam
3 es in den Vereinigten Staaten in unzähligen Städten in fast jedem Bundesstaat zu massiven und
4 immer noch anhaltenden Protesten gegen die rassistische und leider noch immer alltägliche Polizei-
5 gewalt gegen BIPOCs. Wenige Wochen darauf wurde dem Afroamerikaner Jacob Blake von Polizisten
6 Sieben mal in den Rücken geschossen, was die ohnehin angespannte Situation noch weiter zuspitzte.
7 Während wir die Proteste in voller Solidarität mit den Demonstrierenden beobachteten, wuchs stetig
8 die Sorge um die Situation der Menschenrechte und der demokratischen Verfassung der USA, was
9 uns letztlich dazu bewogen hat, dieser Sorge und der damit einhergehenden Wut mit der folgenden
10 Resolution Ausdruck zu verleihen. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit den Demonstrierenden,
11 die sich seit mittlerweile mehr als zwei Monaten täglich gegen Rassismus und Polizeigewalt und für
12 eine offene und freie Gesellschaft einsetzen. Die Morde an George Floyd und Breonna Taylor sind nur
13 der tragische Höhepunkt einer langen, nicht abreißenden Reihe an rassistisch motivierten Gewaltta-
14 ten. Menschen, die nicht dem rassistischen Ideal der weißen, heteronormativen Mehrheitsgesellschaft
15 entsprechen, werden seit jeher unterdrückt, ausgebeutet und angegriffen. Der alltägliche Rassismus
16 in den USA hat viele Gesichter. Am deutlichsten und hässlichsten zeigt er sich in den Morden an
17 Schwarzen, aber diese sind nur die Spitze des Eisbergs, nur die Folge tiefer sitzender Strukturen, auf
18 denen die US-amerikanische Gesellschaft aufgebaut ist. Die heutigen Abhängigkeits- und Ausbeu-
19 tungsverhältnisse, unter denen vor allem die Schwarze Bevölkerung zu leiden hat, stehen in direkter
20 Tradition der Sklaverei, ohne die der entfesselte Spätkapitalismus der modernen USA niemals eine
21 solche Relevanz hätte erlangen können. Deutlicher als je zuvor treten diese Verhältnisse in der
22 Corona-Pandemie, mit den massiven ökonomischen Verwerfungen die sie mit sich brachte, zu Tage.
23 Davon besonders schwer betroffen ist die Schwarze Bevölkerung. Diese verkrusteten Strukturen
24 aufzubrechen, ist das Hauptanliegen der Black-Lives-Matter-Bewegung und als Linke sehen wir es
25 deshalb als unabdingbar an, den Protest in den USA zu unterstützen und unsere volle Solidarität mit
26 den Kämpfenden in Portland, New York, Chicago, Louisville und allen anderen Städten auszudrücken.
27 Weiterhin verurteilen wir das Vorgehen der Polizei und des US-amerikanischen Regimes unter
28 Präsident Donald Trump. Die Proteste sahen sich bereits nach kürzester Zeit brutalster Repressionen
29 seitens der Polizei ausgesetzt - statt deeskalativ zu wirken, beschleunigten die Behörden also die
30 Spirale der Eskalation, sodass es zu teils schweren Ausschreitungen kam. Diese Eskalationsstrategie
31 der befehlshabenden Polizist*innen jedoch, befeuerte die Proteste nur weiter. Der Einsatz von
32 Tränengas, Pfefferspray, Schlagstöcken und sogenannter »less-lethal-Munition«, also »weniger
33 tödlicher Munition«, gegen Bürger*innen, die von ihrem Recht auf Protest Gebrauch machen, um
34 friedlich gegen polizeiliche Gewalt und Willkür zu demonstrieren, ist nicht nur vollkommen absurd,
35 sondern vor allem auch absolut unverhältnismäßig und mit nichts zu rechtfertigen. Die Demonstrie-

36 renden sehen sich derzeit einer hochmilitarisierten Schlägertruppe in Uniform gegenüber, weshalb wir
37 die Forderung der BLM-Bewegung nach einer Abrüstung der Polizei unterstützen. Weitaus schwerwie-
38 gender und beunruhigender ist allerdings das Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump. Die
39 Regentschaft Trumps hat der militanten Rechten in den USA großen Zulauf und unerwarteten Einfluss
40 verschafft. Immer stärker rücken schwerbewaffnete Milizen in den Fokus der Berichterstattung, die
41 sich klar zu Trump bekennen und die offen rassistisch, faschistisch, antifeministisch und gewalttätig
42 auftreten. Dies führte mittlerweile zu ersten Todesopfern. Bei den Protesten in Kenosha, die nach den
43 Schüssen auf Jacob Blake aufgekommen waren, wurden zwei Demonstranten von einem jugendlichen
44 Milizionär und begeisterten Anhänger Donald Trumps erschossen, eine weitere Person wurde von ihm
45 verwundet. Der US-Präsident kokettiert mit diesen Milizen und befeuert ihre menschenverachtende
46 Ideologie mit jedem seiner Tweets. Was er damit macht, ist die Situation zu eskalieren, statt sie zu
47 beruhigen und zu schlichten. Damit forciert er einen Bürgerkrieg, oder jedenfalls gewaltsame
48 Auseinandersetzungen, die sich rechte Gruppierungen, wie z.B. die »Boogaloo Bois« herbeisehen. Ein
49 anderes, sehr zentrales Problem ist die Entsendung von Bundesbeamt*innen verschiedener US-
50 Behörden, um die Proteste in verschiedenen, insbesondere von Demokrat*innen regierten Städten,
51 gewaltsam niederzuschlagen. Diese Einsatztruppe gleicht in ihrem Aufbau und in ihrem Auftreten
52 einer Art Geheimpolizei. Vorgeblich eingesetzt um Gebäude zu schützen, die im Besitz des Federal
53 Government sind, scheint ihre Hauptaufgabe darin zu bestehen, in unmarkierten, nicht identifizierba-
54 ren Vans durch die Straßen zu fahren und mutmaßliche Demonstrant*innen zu verschleppen oder die
55 friedlichen Proteste mit Tränengas oder ähnlichen Mitteln zur »Aufstandsbekämpfung« anzugreifen.
56 Die Aufstellung dieser Einheiten wird besonders bedrückend im Hinblick auf die Wahlen, die im
57 November stattfinden sollen, insbesondere weil Präsident Trump mehrfach angedeutet hat, ein
58 Ergebnis, das nicht zu seinen Gunsten ausfällt, möglicherweise nicht anzuerkennen. Die Existenz einer
59 geheimen, unidentifizierbaren Polizeieinheit, die scheinbar willkürlich Passant*innen von der Straße
60 verschleppt und friedliche Proteste mit zunehmend roherer Gewalt angreift, ist ein unhaltbarer
61 Zustand für eine Demokratie. Wie schon in Abu-Ghraib und Guantanamo Bay, mit dem Bau der Mauer
62 an der Grenze zu Mexiko und den Internierungslagern für Geflüchtete aus Lateinamerika, zeigt das US-
63 Amerikanische Regime unter Präsident Donald Trump nun erneut, dass Menschenrechte und
64 Demokratie nicht ihre obersten Handlungsmaximen darstellen. Unter den gegebenen Umständen
65 fordern wir die Bundesregierung auf, unverzüglich alle Exporte von Waffen und anderem Kriegsgerät in
66 die USA zu unterbinden um die massiven Menschenrechtsverletzungen nicht noch weiter zu unter-
67 stützen. Struktureller Rassismus und rassistisch motivierte Polizeigewalt sind jedoch kein ausschließ-
68 lich US-amerikanisches Problem. Auch in Deutschland kommt es immer wieder zu derartigem
69 Verhalten seitens Polizist*innen, das, wie zur Verhöhnung der Betroffenen, immer wieder als
70 »bedauerlicher Einzelfall« abgetan wird. Racial Profiling, also das gezielte kontrollieren und damit
71 kriminalisieren von migrantisch gelesenen Personen, ist bei der deutschen Polizei gängige Praxis, auch
72 wenn Bundesinnenminister Seehofer gerne etwas anderes behauptet. Mit Blick auf das Vorgehen der
73 Polizei in Stuttgart, die erst kürzlich eine »Stammbaumrecherche« durchführen wollte und den nicht
74 allzu fernen Ereignissen am Frankfurter Opernplatz bei denen als migrantisch gelesene Jugendliche
75 unter fadenscheinigen Begründungen von brachial ausgerüsteten Polizist*innen kontrolliert wurden,
76 ist die Absage einer Studie zur Praxis des Racial Profiling nicht hinnehmbar. Dabei ist Racial Profiling
77 nur der sichtbare Teil eines viel tieferen Problems. Rechte Netzwerke in Behörden, Polizei, Bundes-
78 wehr und anderen »Un«-Sicherheitsbehörden sind mitverantwortlich. Der NSU ist noch immer nicht
79 aufgeklärt. Stattdessen gehen Morddrohungen vom NSU 2.0 aus, der tief in der Polizei verwurzelt zu
80 sein scheint. Wir fordern sofortige Aufklärung! Die Öffnung der NSU Akten ist längst überfällig. Auch
81 der tragische Tod von Oury Jalloh muss endlich aufgeklärt werden. Rassismus ist mehr als nur ein
82 bestimmtes Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnis, sondern hat als Ideologie eine Eigendynamik
83 entwickelt, die nicht nur am rechten Rand auffindbar ist, sondern tief in der »Mitte« der deutschen
84 Gesellschaft verwurzelt ist. Dies zeigte sich nicht zuletzt dadurch, dass all die genannten, ans Licht
85 getretenen Skandale sowie rechtsterroristische Anschläge wie in Hanau und Halle nicht zu einem
86 Aufschrei in der Gesamtbevölkerung geführt haben. Bei der extremen Rechten drückt sich die
87 rassistische Ideologie in Form von physischen Gewaltakten gegen BIPOCs und migrantisch gelesenen
88 Personen aus. In der gesellschaftlichen »Mitte« zeigt sie sich durch sogenannte Mikroaggressionen

89 gegen diese Personen sowie den Privilegien, die Weiße ihnen gegenüber haben, ohne sich ihrer
90 überhaupt bewusst zu sein. Auch linke Strukturen sind, trotz aller Progressivität, vor internalisierten
91 Rassismen nicht gefeit und es muss ein stetiger Reflexionsprozess darüber stattfinden. Eine antiras-
92 sistische Praxis ist unerlässlich um die, auch international, auftretenden Machtungleichgewichte aus
93 rassistischen Motiven zu bekämpfen. Wir unterstützen deshalb auch die Forderungen von #BLM in
94 Deutschland, damit BIPOCs und andere, von Rassismus betroffene Personen ein angstfreies und
95 gleichberechtigtes Leben führen können, ohne Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Es braucht
96 antirassistische linke Politik die konkret wird und sich nicht in Lippenbekenntnissen verliert. Dazu
97 gehören die Schaffung von safe spaces für von Rassismus Betroffene sowie die Schaffung von
98 Strukturen, die diesen Personen die politische Teilhabe ermöglichen, damit sie den Kampf gegen
99 Rassismus mitgestalten können. Zudem eine radikale Änderung der unmenschlichen europäischen
100 Grenzpolitik sowie des Bleiberechts. Zentral ist auch die Aufarbeitung, Aufklärung und Beseitigung
101 rassistischer Strukturen in staatlichen Institutionen sowie nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit
102 der (deutschen) postkolonialen Verantwortung. Deshalb fordern wir konkret: - Eine öffentliche
103 Unterstützung der Forderungen der #BLM-Bewegung und eine unmittelbare Unterstützung der lokalen
104 Bewegungen, so es vor Ort möglich ist - Möglichkeit für Safe Spaces für Menschen mit Rassismuser-
105 fahrung auf Bundesparteitagen und ähnlichen bundesweiten Veranstaltungen (vergleichbar mit
106 Geschlechterplena) - Eine Antirassismus-Kommission, die langfristig arbeitet und die Teilhabemöglich-
107 keiten für Menschen mit Rassismuserfahrungen in unserer Partei untersucht, sie zu verbessern
108 versucht und eine beratende Funktion im Parteivorstand innehat - Angebote des Bereichs Politische
109 Bildung zur Aufarbeitung der (deutschen) postkolonialen Verantwortung und zu rassistischen
110 Strukturen allgemein Um Rassismus nachhaltig zu bekämpfen brauchen wir außerdem tiefgreifende
111 Veränderungen im Wirtschaftssystem, um Ausbeutung, Kolonialismus und Krieg zu verhindern und
112 somit Rassismus den Nährboden zu entziehen.

Antrag:

G.09.

Antragsteller/innen:

LV Baden-Württemberg

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Zu viele Autos sind das Problem, nicht der Antrieb**

2 DIE LINKE fordert:

- 3 ■ Schluss mit der staatlichen Förderung und dem Greenwashing von batterieelektrischen Antrieben.
- 4 ■ Hardware-Nachrüstung für alle Dieselfahrzeuge auf Kosten der Profite und mit Herstellergarantie.
- 5 ■ Einführung von Tempo 120 auf der Autobahn, Tempo 70 auf Landstraßen und Tempo 30 innerorts.
- 6 ■ Offenlegung aller Finanz- und Wirtschaftsdaten der Konzerne und sämtlicher verbauter Software
7 für die Motorensteuerung.
- 8 ■ Schluss mit Profitproduktion und Betrug in der Autoindustrie. Überführung der Autokonzerne in
9 Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle.
- 10 ■ Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie auf alternative
11 Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
- 12 ■ Für eine Bürgerbahn: Entlassung des Bahnvorstand und Auflösung des Aufsichtsrats und Über-
13 nahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus Belegschaft,
14 Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn, Aktionsbündnis gegen Stutt-
15 gart 21 u.a.
- 16 ■ Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional- und Fernver-
17 kehr.

- 18 ▪ Nein zur Abwälzung der Verluste der Absatzkrise und der Kosten für den Dieselmotortrug auf die
19 Beschäftigten und Autobesitzer.
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und
 Arbeitsverdichtung Anträge zur Gesellschaft (Umweltpolitik)
-

Antrag:

G.10.

Antragsteller/innen:

Kommunistische Plattform, Cuba Sí, Bezirksverband Hamburg-Mitte, Prof. Dr. Moritz Mebel (Berlin), Ellen Brombacher (Mitte), Wolfgang Gehrcke (Berlin), Prof. Dr. Hermann Klenner (Ältestenrat), Julian Eder (Wetteraukreis), Tim Engels (Düsseldorf), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg-Mitte), Kristian Glaser (Hamburg-Mitte), Harri Grünberg (Cuba Sí), Meike Jockers (Wetteraukreis), Stephan Jegielka (Berlin), Martin Klein (Rheinland-Pfalz Nord), Roland Koslowski (Hamm), Ulrich Lenz (Koblenz-Kreuznach), Reinhard Loeff (Cottbus), Zaklin Nastic (MdB, Hamburg Eimsbüttel), Lukas Maria Oßwald (Südbaden), Erich Postler (Münchenbernsdorf), Nico Rudolph (Chemnitz), Joachim Traut (Ilmkreis).

Der Parteitag möge beschließen:

1 Frieden mit Russland ist Deutschlands Pflicht!

2 Am 22. Juni 1941 überfielen 121 Divisionen des faschistischen Deutschland – rund drei Millionen
3 Wehrmatsangehörige gemeinsam mit weiteren 600.000 Soldaten aus Italien, Ungarn, Finnland,
4 Rumänien und der Slowakei – auf einer 2.130 km breiten Front zwischen Ostsee und Schwarzem
5 Meer die Sowjetunion.

6 Im »Gerichtsbarkeitserlass Barbarossa« hieß es: »Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und
7 des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann
8 nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.«

9 Die grauenhaften Verbrechen dauerten vier Jahre und 27 Millionen Sowjetbürger erlebten den Sieg
10 über die Barbarei nicht. Auch die materiellen Verluste des Landes waren unermesslich. Bei ihrem
11 Rückzug hinterließen die Faschisten verbrannte Erde.

12 Deutschland steht auf ewig in der Schuld der Völker, die seinerzeit zur Sowjetunion gehörten, nicht
13 zuletzt in der Schuld der russischen Menschen.

14 Doch hierzulande regiert Geschichtsvergessenheit. Das erhöht die politische und moralische
15 Verantwortung der Partei DIE LINKE, gegen das Vergessen und Verfälschen aufzustehen.

16 DIE LINKE muss gerade im Kontext mit dem 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion das
17 unmissverständliche Signal aussenden, dass sie jegliche Gleichsetzung der UdSSR mit dem faschisti-
18 schen Deutschland auf das Entschiedenste zurückweist und es als vollkommen ahistorisch bewertet,
19 wenn in der Erklärung des Europaparlaments vom 19.09.2019 »Bedeutung der Erinnerung an die
20 europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas« behauptet wird, der Zweite Weltkrieg sei die
21 unmittelbare Folge des sogenannten »Hitler-Stalin-Pakts« vom 23. August 1939 gewesen.

22 DIE LINKE wendet sich gegen jegliche Bestrebungen, Russland weiter einzukreisen und daher zu
23 bedrohen. Diese Bedrohung betrifft auch Belarus. Die NATO hat sich bis an die Grenzen Russlands
24 ausgedehnt, trotz der 1990 gegebenen Zusage, diese nicht nach Osten zu erweitern. Rüstungsausga-
25 ben und Kriegsführungspläne werden auch hierzulande vorangetrieben, bis zur »Modernisierung« der
26 »nuklearen Teilhabe« durch die geplante Beschaffung neuer US-Kampffjets. Die NATO im Schlepptau
27 der USA nutzen – wie Defender 2020 es in Planung, und durch Corona in nur begrenzter Durchfüh-
28 rung, überdeutlich werden ließ – Deutschland als Aufmarschgebiet gegen Russland. Die erpresseri-
29 sche Sanktionspolitik gegenüber Russland ist auf dessen Destabilisierung ausgerichtet.

30 DIE LINKE wendet sich kompromisslos gegen diese Politik und hält an ihren diesbezüglichen pro-
31 grammatischen Grundsätzen unter allen Bedingungen fest; wie im Parteiprogramm fixiert:
32 »Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
33 Beteiligung Russlands, das Abrüstung als zentrales Ziel hat.«
34 In Vorbereitung des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2021 setzen wir
35 uns mit aller Kraft für eine Politik ein, die den Frieden mit Russland und vernünftige Beziehungen zur
36 Russischen Föderation zur Staatsräson der BRD werden lässt.
37 DIE LINKE tritt dafür ein, dass der 22. Juni 2021 hierzulande würdig begangen wird. In diesem Kontext
38 führen der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der LINKEN eine Gedenkveranstaltung durch.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag:

G.11.

Antragsteller/innen:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Das gesellschaftliche Problem Glücksspielsucht konsequent angehen – Spieler*innen**
2 **Schutz gewährleisten**

- 3 ■ Die Partei DIE LINKE fordert ein konsequentes Werbe- und Sponsoringverbot von allen Formen des
4 Glücksspiels im öffentlichen Raum.
- 5 ■ Die Partei DIE LINKE fordert eine Verstaatlichung aller Glücksspieleinrichtungen, welche in
6 Deutschland operieren, gefolgt von einer ethischen und fairen Umstrukturierung des aktuellen
7 Glücksspielangebots.
- 8 ■ Die Partei DIE LINKE fordert eine verbesserte Aufklärungsarbeit von staatlicher Seite. Eine
9 bundesweite Medienkampagne soll die Bevölkerung über die verschiedenen Formen der Spielsucht
10 aufklären und die Stigmatisierung Suchtkranker bekämpfen.
- 11 ■ Die Partei DIE LINKE fordert, dass Spielautomaten konsequent aus der Gastronomie und allen
12 Örtlichkeiten außerhalb staatlicher Spielbanken entfernt werden.

Begründung:

Die Glücksspiel-Industrie ist in Deutschland ein Multi-Milliarden-Geschäft. Laut des Vereins Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. wurden alleine in Deutschland 46,27 Milliarden Euro Umsätze durch Glücksspiel generiert. Den Löwenanteil bilden dabei die Umsätze aus Spielautomaten (29,69 Milliarden).

Es ist dementsprechend auch nicht verwunderlich, dass sich eine sehr erfolgreiche und gut vernetzte Glücksspiellobby gebildet hat die aggressiv versucht die Interessen der global agierenden Konzerne zu vertreten. So spendeten alleine zwischen 1990 und 2011 Manager der Gauselmann Gruppe (Mercur) mehr als eine Million Euro an CDU, FDP, SPD und Grünen. Als Grund wurde genannt: »Das damit Verständnis für die Spielautomatenbranche geschaffen werden sollte«.

Während die Konzerne Milliarden Gewinne schieffeln können ist der gesellschaftliche Schaden enorm. Laut einer Erhebung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) aus dem Jahr 2019 liegt die sogenannte Prävalenz-Rate von pathologischen Spieler*innen bei 0,34 (2017: 0,31) was etwa über 200.000 Spieler*innen in Deutschland bedeutet. Die Folgen der Glücksspielsucht können für einen Menschen zerstörerisch sein. Aus diesem Grund ist es nicht hinnehmbar, dass die Glücksspiel-Industrie durch Werbung, besonders im TV oder Internet, ihre angebotene Ware als harmloses Vergnügen darstellen kann.

Als Linke sollten wir dennoch nicht für eine Prohibition des Glücksspiels eintreten. Gleichwohl sollte die Durchführung von Glücksspiel, so wie es zum Beispiel bei der Lotterie der Fall ist, in den Händen des Staates liegen. Gewinne aus diesem staatlichen Glücksspiel würden dann nicht in international agierende Konzerne, sondern in verschiedene Projekte fließen. Das Glücksspiel sollte nur in staatlichen Spielbanken ausgeführt werden, die einen klaren und konsequenten Spieler*innenschutz gewährleisten können. Auch müssen wir uns dafür einsetzen, dass eine breite öffentliche Debatte über das Thema Spielsucht geführt wird. Menschen die an pathologischer Spielsucht leiden sind oft großer Stigmatisierung ausgesetzt, obwohl in allen gesellschaftlichen Schichten Spielsüchtige anzutreffen sind.

Antrag:

G.12.

Antragsteller/innen:

Achim Kessler (MdB, Frankfurt), Harald Weinberg (MdB, Ansbach-Weißenburg-Gunzenhausen), Kreisverband Fulda, Kreisverband Nürnberg-Fürth, Christine Buchholz (MdB, Offenbach), Petra Heimer (Landesvorsitzende Hessen, Rheingau-Taunus), Ates Gürpınar (Landessprecher Bayern, München), Ulrich Wilken (MdL, Frankfurt), Willi van Ooyen (Bundesausschuss, Frankfurt), Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (MdL, Schwalm-Eder), Meryem Eker (Fulda), Julian Eder (Wetteraukreis), Robert Kohl (Groß-Gerau), Margarete Wiemer (Frankfurt), Nick Papak Amoozegar (Fulda), Uli Franke (Darmstadt), Marius J. Brey (Mittlere Oberpfalz), Mechthild Greim (Bundesausschuss, Nürnberg-Fürth), Stefan Jagel (München), Sharon Ibler (Linksjugend [‘solid] Bad Kreuznach), Jessica Richter (Linksjugend [‘solid] Bad Kreuznach), Marco Thielen (Bitburg-Prüm), Kevin Korn (Bad-Kreuznach), Marcio Demel (Zweibrücken), Stefan Heyde (Mainz/Mainz-Bingen), Marina Dietweger (München), Jakob Migenda (Darmstadt/ Linksjugend [‘solid]), Landesarbeitsgemeinschaft Pflege Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Ein radikaler Neustart für das Gesundheits- und Pflegesystem – Keine Profite mit**
2 **unserer Gesundheit!**

3 In der Corona-Pandemie zeigen sich wie unter einem Brennglas die Stärken, aber vor allem leider auch
4 die gravierenden Schwächen unseres Gesundheitssystems. Ursache dafür sind zum einen politische
5 Versäumnisse, wie die fehlenden Vorräte an Schutzmaterialien, Atemschutzmasken oder die fehlen-
6 den Bettenkapazitäten für den Pandemiefall. Vor allem aber werden die Folgen der neoliberalen
7 Gesundheitspolitik mit aller Schärfe deutlich, die CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP in den letzten
8 Jahrzehnten durchgesetzt haben. Durch Kommerzialisierung und Ökonomisierung werden immer
9 weitere Teile des Gesundheitswesens privatisiert, der Marktlogik unterworfen und damit der Profitlo-
10 gik ausgeliefert. Das Ergebnis sind Unter-, Über- und Fehlversorgung – eine Gesundheitspolitik gegen
11 die Interessen von Beschäftigten und Patient*innen!

12 Folge dieser Privatisierungspolitik sind die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Pflege, aber
13 auch in vielen anderen Gesundheitsfachberufen. Profite von Krankenhaus- und Pflegekonzernen

14 wurden zu Lasten der Patient*innen durch Arbeitsverdichtung und Lohndumping aus den Kolleginnen
15 und Kollegen gepresst und als Dividenden an Aktionäre weitergereicht. Eine Folge ist der Pflegenot-
16 stand, den CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP verursacht haben und nun heuchlerisch beklagen. Doch
17 der Pflegenotstand ist nicht vom Himmel gefallen, sondern durch politische Entscheidungen herbeige-
18 führt. Die gute Nachricht ist, dass der Pflegenotstand folglich auch durch politische Entscheidungen
19 beendet werden kann. Dafür kämpft DIE LINKE gemeinsam mit den Beschäftigten und ihrer Gewerk-
20 schaft in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Nach der Pandemie darf es kein ‚Weiter-So‘ in
21 der Gesundheitspolitik geben. Die Pandemie hat gezeigt, dass wir einen radikalen Kurswechsel im
22 Interesse der Patient*innen und der Beschäftigten in den Gesundheitsfachberufen brauchen!

23 Gerade diejenigen, die am härtesten dafür arbeiten, die Belastung durch die Pandemie abzufangen,
24 sind in ihrem Arbeitsalltag oftmals besonders von einer Ansteckung mit dem Virus gefährdet. Im
25 Gesundheitswesen sind das die – immer noch überwiegend weiblichen – Pflegekräfte in den Kranken-
26 häusern und auch in der Altenpflege oder den Pflegediensten. Unter ihnen viele mit Migrationshinter-
27 grund in der 24-Stunden-Pflege. Vor allem sind es auch Angehörige, die unsichtbare Arbeit leisten und
28 die Ausfälle unseres Versorgungssystems mit unbezahlter Arbeit kompensieren, Kinderbetreuung und
29 Pflege- oder Sorgearbeit meist ohne Gegenleistung übernehmen. Ihre Arbeit wird von der Gesellschaft
30 nicht angemessen wertgeschätzt.

31 Die Erkenntnis, dass all diese Tätigkeiten jedoch unverzichtbar und keinesfalls selbstverständlich sind,
32 muss dazu führen, unser Gesundheitssystem zu überdenken und radikal zu verändern. Markt,
33 Wettbewerb und Profitlogik stehen einer am tatsächlichen Bedarf und gemeinwohlorientierten
34 Daseinsvorsorge entgegen. Damit muss Schluss sein! Die Corona-Krise hat offenbart, wie dringend wir
35 einen Neustart, ein radikales Umdenken für unsere Gesundheitsversorgung brauchen!

36 Wir stehen am Beginn einer wirtschaftlichen Krise, die viele Menschen in ihrer materiellen Existenz
37 bedroht. Wir wollen nicht zulassen, dass die Kosten der Pandemie-Bekämpfung durch steigende
38 Krankenkassenbeiträge oder Leistungskürzungen auf Menschen mit mittleren und geringen Einkom-
39 men abgewälzt werden. Zur Finanzierung der Kosten der Pandemie brauchen wir eine Vermögensab-
40 gabe für Superreiche und endlich wieder eine Vermögenssteuer! Unsere Antwort auf soziale Ungleich-
41 heit ist, den Superreichen einen Teil ihres Reichtums zu nehmen zum Wohle aller!

42 Deshalb fordern wir:

- 43 ■ Die Kosten der Corona-Krise dürfen nicht auf gering- oder normalverdienende Lohnabhängige
44 abgewälzt werden! Es darf weder Beitragssteigerungen noch Leistungskürzungen in der gesetzli-
45 chen Krankenversicherung geben. Wir fordern eine einmalige, progressive Vermögensabgabe in
46 Höhe von zehn Prozent für das eine Prozent der vermögendsten Privatpersonen in Deutschland.
47 Die Vermögensabgabe wird einmalig erhoben, auch wenn sie über die Zeit gestreckt werden kann.
48 Diese Zeit muss genutzt werden, um die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer vorzubereiten.
- 49 ■ Unsere Gesundheitsversorgung muss flächendeckend solidarisch und bedarfsgerecht, im Sinne
50 einer öffentlichen Daseinsvorsorge aufgestellt werden. Dazu muss auch die Eigentumsfrage ge-
51 stellt werden. Die Krankenhäuser und die Pflegeheime müssen zurück in die öffentliche Hand. Wo
52 Krankenhäuser privatisiert wurden, müssen sie rekommunalisiert werden.
- 53 ■ Keine Rendite mit Krankenhäusern in der Krise und darüber hinaus! Die Fallpauschalen, über die
54 Krankenhäuser in einen Wettbewerb gezwungen werden, müssen sofort ausgesetzt und durch eine
55 bedarfsorientierte und selbstkostendeckende Finanzierung ersetzt werden.
- 56 ■ Die ambulante Gesundheitsversorgung ist in den letzten Jahren durch die Aktivitäten von Finanzin-
57 vestoren massiv gefährdet. Sie wird, wenn nicht schnellstmöglich ein anderer Kurs eingeschlagen
58 wird, bald durch einen tiefgreifenden Umbau zugunsten von Kapital- und Profitinteressen nicht
59 mehr wiederzuerkennen sein. Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene Polikliniken und Medizi-
60 nische Versorgungszentren zu gründen. Dazu müssen sie durch eine geänderte Steuerpolitik des
61 Bundes, zum Beispiel durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, finanziell in die Lage
62 versetzt werden. Durch integrierte Versorgungsformen wie Polikliniken in öffentlicher Hand und
63 mobile Praxen können die Versorgung verbessert und die Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und

- 64 Ärzte attraktiver werden. Polikliniken sollten mittelfristig zum Zentrum der Gesundheitsversorgung
65 werden.
- 66 ▪ Es bedarf endlich einer dauerhaft besseren Vergütung und gesellschaftlichen Aufwertung aller
67 Pflege- und Sorgearbeit. Das zentrale Instrument gegen den Pflegenotstand ist die Einführung einer
68 gesetzlichen Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus, die bedarfsgerecht,
69 wissenschaftlich ermittelt und bindend ist. Die Strukturen unseres Gesundheitswesens müssen
70 von Grund auf demokratisch und transparent umgestaltet werden. Das heißt auch: mehr Mitbe-
71 stimmung für die Beschäftigten und Patientinnen und Patienten sowie Menschen mit Pflegebedarf.
72 Gute Pflege ermöglichen: Die Sparpolitik der letzten Jahre muss beendet werden!
 - 73 ▪ Wir brauchen eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung: Alle sollen in die solidarische
74 Gesundheits- und Pflegeversicherung einbezogen werden – auch Unternehmer*innen, Be-
75 amt*innen oder Politiker*innen. Dabei sollen alle Einkommensarten berücksichtigt werden, auch
76 Gewinne und Kapitalerträge, und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze. Die private Krankenversi-
77 cherung als Vollversicherung wird abgeschafft. Dadurch wird soziale und regionale Ungleichheit
78 verringert und die Zwei-Klassen-Medizin endlich abgeschafft!
 - 79 ▪ Mit der Corona-Pandemie ist die Verwundbarkeit der Arzneimittelversorgung in Deutschland noch
80 einmal besonders sichtbar geworden: Der großen Abhängigkeit von internationalen Lieferketten
81 und der daraus resultierenden Gefahr von Lieferengpässen muss dringend begegnet werden. Die
82 Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln sowie Impfstoffen ist profitorientierten Aktienkon-
83 zernen zu entziehen und in eine politische Verantwortung zu übertragen, damit sie allen Menschen
84 zugutekommt.
 - 85 ▪ Die Lebensbedingungen müssen gesundheitsfördernd gestaltet werden. Eine aufsuchende und
86 quartiers- oder regionsbezogene Gesundheitsförderung und Pflegeberatung müssen etabliert und
87 gestärkt werden, um ein gesundheitsförderndes Umfeld zu gestalten. Dazu gehören Lebens- und
88 Arbeitsbedingungen sowie Stadtentwicklung und Raumplanung. Nur so können die Gesundheits-
89 chancen in allen Lebensbereichen verbessert werden, um den Teufelskreis zwischen Armut und
90 Krankheit zu durchbrechen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag:

G.13.

Antragsteller/innen:

AG Cuba Si

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!

2 DIE LINKE fordert: Schluss mit der völkerrechtswidrigen US-Blockade gegen Kuba! Schluss mit der
3 Anwendung US-amerikanischer Blockadegesetze in der EU!

4 DIE LINKE wird ihren politischen Einfluss dafür nutzen, den Kampf gegen die US-Blockade weiterzu-
5 führen und zu verstärken und neue politische Partner für diesen Kampf zu gewinnen. DIE LINKE wird
6 insbesondere im Bundestag und im EU-Parlament dafür eintreten, dass US-Blockadegesetze gemäß
7 der EU-Verordnung 2271/96 (EU, Verordnung des Rates Nr. 2271/96) in der Bundesrepublik und in
8 der EU nicht angewendet werden und eine Verletzung der Festlegungen dieser Verordnung, »wirksam,
9 verhältnismäßig und abschreckend« geahndet wird.

10 DIE LINKE kämpft dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland und die EU endlich ihre Bürger und ihre
11 Unternehmen vor Strafzahlungen an die USA schützen.

12 DIE LINKE wird insbesondere die noch verbleibende Zeit der deutschen Präsidentschaft im Rat der
13 Europäischen Union nutzen, um das Thema »US-Blockade gegen Kuba« stärker im EU-Parlament zu
14 thematisieren und dort konkrete Initiativen und Aktionen gegen die Blockade und ihre Anwendung in
15 der EU zu starten.

16 DIE LINKE wird ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament dazu aufrufen, sich gemeinsam mit
17 politischen Partnern dafür einzusetzen, dass das »Abkommen über politischen Dialog und Zusammen-
18 arbeit« der Europäischen Union mit Kuba von 2016 in allen Mitgliedsländern der EU ratifiziert wird und
19 auf dieser Grundlage die europäischen-kubanischen Beziehungen intensiviert werden. Jegliche
20 Versuche der Europäischen Union, die Umsetzung der Vereinbarung an politische Bedingungen zu
21 knüpfen, sind hierbei abzulehnen.

22 DIE LINKE begrüßt die »Gemeinsame Erklärung der Außenminister lateinamerikanischer und karibi-
23 scher Staaten und Deutschlands« vom 3. Juni 2020, in der die Bedeutung internationaler Organisatio-
24 nen, regionaler Integration sowie der Abschluss umfassender multilateraler Abkommen hervorgeho-
25 ben werden. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, Kuba in entsprechende Abkommen einzube-
26 ziehen und dabei insbesondere Vereinbarungen über Wissens- und Technologietransfer zur Bekämp-
27 fung der Corona-Pandemie zu treffen, die kubanischen Initiativen zur Entwicklung von Impfstoffen und
28 Testmedikamenten zu unterstützen sowie mit der kubanischen Regierung über Maßnahmen zur
29 Umschuldung zu verhandeln.

30 DIE LINKE kritisiert die Entscheidung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
31 Entwicklung zur Einstellung der entwicklungspolitischen Kooperation mit Kuba und ruft ihre Abgeord-
32 neten im Deutschen Bundestag dazu auf, sich für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Kuba
33 einzusetzen.

34 DIE LINKE unterstützt aktiv die Forderung an das norwegische Friedensnobelpreiskomitee zur
35 Verleihung des Friedensnobelpreises an die »Brigade Henry Reeve«.

36 DIE LINKE wird verstärkt einer mangelhaften und unrichtigen Berichterstattung über Kuba entgegen-
37 treten und gemeinsam mit der AG Cuba Sí und den kubanischen Partnern der LINKEN eigene
38 Informationen über die Realität in Kuba verbreiten. DIE LINKE wird weiterhin in allen Parteistrukturen
39 die Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí für Kuba aktiv politisch unterstützen sowie die notwendigen
40 materiellen Bedingungen für eine effektive Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí und der Partei DIE LINKE
41 bereitstellen.

42 DIE LINKE bekräftigt ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution und unterstützt die Initiative der
43 AG Cuba Sí zur zeitnahen Durchführung einer Delegationsreise mit den neugewählten Parteivorsitzen-
44 den nach Kuba.

Begründung:

Im November 2019 nahmen die Vereinten Nationen die von der kubanischen Regierung eingebrachte Resolution mit dem Titel »Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade« mit überwältigender Mehrheit an. Trotz des erneut eindeutigen Votums gegen die völkerrechtswidrige Blockade hält die US-Regierung weiter an ihrer auf einen »Regime-Change« in Kuba abzielenden Sanktionspolitik fest. US-Präsident Donald Trump hat am 12. September 2020 die auf ein Gesetz aus dem Ersten Weltkrieg mit dem Titel »Trading with the Enemy Act« zurückgehenden Blockade-Bestimmungen um ein weiteres Jahr verlängert sowie teilweise verschärft. Somit ist die Blockade der USA gegen Kuba das härteste, ungerechteste und am längsten fortdauernde Sanktionssystem weltweit und stellt einen unverhohlenen Angriff auf die Unabhängigkeit, die Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht des kubanischen Volkes dar. Die seit dem Jahr 1960 bestehende Wirt-

schafts-, Handels- und Finanzblockade sowie die exterritoriale Ausweitung der Sanktionen auf Drittstaaten stellt nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechts dar, sondern erfüllt auch den Tatbestand des Völkermordes. Laut der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes aus dem Jahr 1948, ist die vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung einer Gruppe von Menschen ganz oder teilweise herbeizuführen als Völkermord einzustufen. Für die auf den Außenhandel angewiesene kubanische Wirtschaft hat die US-Blockade alleine im letzten Jahr zu Einbußen von über vier Milliarden US-Dollar verursacht; damit summieren sich die finanziellen Schäden seit dem Beginn der Sanktionen auf mehr als 140 Milliarden US-Dollar. Nicht zu beziffern sind die Auswirkungen und Folgen, die die unilateralen Maßnahmen auf die Bereiche Sport und Kultur, Wissenschaft, Bildung sowie Gesundheit haben.

Gerade das international hoch angesehene Gesundheitssystem ist von den Sanktionen massiv betroffen, und es ist zu befürchten, dass bei einer Fortführung der Blockade die bereits jetzt schwierige Situation zur Beschaffung von medizinisch-technischen Geräten sowie bestimmter Medikamente sich weiter verschärfen könnte. Dies hätte nicht nur direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung Kubas, sondern würde auch die Fortführung der Politik der sozialistischen Regierung im Bereich des medizinischen Internationalismus erschweren. Seit dem Jahr 1960 haben annähernd 400.000 Ärztinnen und Ärzte sowie technisches Personal in mehr als 150 Ländern gearbeitet, über 1,9 Milliarden Menschen behandelt und 8,2 Millionen Leben gerettet. Gegenwärtig unternimmt die kubanische Regierung umfangreiche Anstrengungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat Kuba Ärztebrigaden, die auf die Eindämmung von Pandemien spezialisiert sind, in 35 besonders von Covid-19 betroffene Länder entsandt. Allein die 3.700 Mitglieder der »Brigade Henry Reeve« behandelten bislang 300.000 Patientinnen und Patienten, und sie konnten mehr als 9.000 Menschenleben retten. Diese Einsätze sowie die im internationalen Vergleich erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie in Kuba können gerade von dem Hintergrund der US-Blockade nicht hoch genug geschätzt werden und verdienen unseren Respekt. Damit Kuba auch künftig seinen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in den Ländern des Globalen Südens leisten und sein sozialistisches Gesellschaftsmodell weiter entwickeln kann, braucht es unsere politische Solidarität.

Antrag:

G. 14.

Antragsteller/innen:

Maurice Höfgen, Fabio De Masi (MdB), Victor Perli (MdB), Sozialistische Linke, KV Tempelhof-Schöneberg, Lukas Scholle, Dana Moriße, Manuel Huff, OV 3 »Alt-Hohenschönhausen« des Bezirks Berlin-Lichtenberg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Investitionsstau beenden, Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streichen**
- 2 Es war richtig, in der Corona-Krise staatliche Kredite aufzunehmen, um die Wirtschaft zu stützen.
- 3 Denn wenn Unternehmen sterben und Jobs vernichtet werden, wird die Krise noch teurer. Derzeit
- 4 bekommt der Staat das Geld zudem zu negativen Zinsen. Wir müssen also weniger zurückzahlen, als
- 5 wir uns leihen. Allerdings steht weiterhin die Schuldenbremse im Grundgesetz, auch wenn sie wegen
- 6 der Corona-Krise ausgesetzt wurde. Die Schuldenbremse verhindert Investitionen in die Zukunft.
- 7 Wenn die in der Krise aufgenommenen Schulden nach der Bundestagswahl zurückgezahlt werden
- 8 sollen, droht der Kürzungshammer.
- 9 DIE LINKE fordert daher die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu streichen und durch eine
- 10 goldene Regel zu ersetzen, die Kredite im Umfang der Investitionen ermöglicht. Wenn der Staat etwa

- 11 eine Universität baut, die auch noch unseren Enkelkindern zur Verfügung stehen wird, ist es nur
12 sinnvoll, die Finanzierung über mehrere Generationen zu verteilen.
- 13 Zumindest sollte die Schuldenbremse so lange wie möglich ausgesetzt und der Tilgungsplan idealer-
14 weise gestrichen, wenigstens aber über Jahrzehnte gestreckt werden.
- 15 Zudem braucht es eine Vermögensabgabe für Multimillionäre und Milliardäre sowie eine Abschöpfung
16 der übermäßigen Profite von Krisengewinnern wie Amazon & Co.

Begründung:

Für eine wirtschaftliche Erholung von der Corona-Krise und den dringend benötigten sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft braucht es eine ambitionierte Investitionsoffensive. Nur so kann eine Brücke in die Zukunft gebaut werden. Deutschland verzeichnet einen im internationalen Maßstab massiven Investitionsstau und fährt die öffentliche Infrastruktur auf Verschleiß. Dabei weisen deutsche Staatsanleihen aller Laufzeiten negative Renditen aus, wodurch sich öffentliche Investitionen historisch günstig finanzieren lassen (FAZ, 06.08.2020, Anleihen in Höhe von 15,8 Billionen Dollar mit negativen Zinsen). Die Schuldenbremse wirkt als Investitionsbremse und ist daher nicht zukunftsfähig.

Derzeit ist die Schuldenbremse pandemiebedingt ausgesetzt. Solange es keine politischen Mehrheiten für eine Abschaffung der Schuldenbremse gibt, sollte sie so lange wie möglich ausgesetzt bleiben. Ebenso sollte der Tilgungsplan der Schuldenbremse idealerweise gestrichen, zumindest aber möglichst weit – etwa wie in NRW auf 50 Jahre – gestreckt werden.

Die Kreditfinanzierung von Staatsausgaben ist dabei natürlich kein Ersatz für eine angemessene Besteuerung von Konzernen, Spitzenverdienern und privaten Megavermögen. Letztere sind in Deutschland auch im internationalen Maßstab extrem ungleich verteilt (SVR 2016/17: 400 ff.). Trotz hoher Ungleichheit, erzielt kaum ein Land bei den vermögensbezogenen Steuern so geringe Einnahmen wie Deutschland. In Kombination mit der Schuldenbremse droht dem Sozialstaat und den öffentlichen Investitionen daher bei Zusatzausgaben, wie etwa durch die Coronakrise, im Nachgang immer der Kürzungshammer.

Gemessen an öffentlichen Investitionen und Bildungsausgaben besetzte Deutschland im Jahr 2015 den drittletzten Platz aller OECD-Länder (Bofinger, Wirtschaftsdienst 99 (2019), 5, S. 323). Selbst unter Einbezug der öffentlichen Investitionen aus dem jüngsten Konjunkturpaket zur Bekämpfung wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise schafft es Deutschland in Sachen öffentliche Investitionen nicht über einen Mittelfeldplatz im OECD-Vergleich hinaus. Internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds oder die EU-Kommission kritisieren die Bundesregierung regelmäßig für die unzureichenden öffentlichen Investitionen, die zudem die Exportabhängigkeit stärken, die wiederum die Stabilität der Eurozone und der Weltwirtschaft gefährden (Spiegel Online, 17.05.2019, IWF fordert von Deutschland mehr Investitionen). In Deutschland sind kreditfinanzierte Investitionen ökonomisch umso sinnvoller, da Deutschland nachweislich eine vergleichsweise hohe Ertragsrate öffentlicher Investitionen aufweist (Sachverständigenrat, 2007, Staatsverschuldung wirksam begrenzen, Kasten 4). Dabei würden öffentliche Investitionen die privaten Investitionen nicht verdrängen, sondern vielmehr zusätzliche private Investitionen anreizen. So sind die Kapazitäten der privaten Bauwirtschaft derzeit unzureichend, weil keine hinreichende Planungssicherheit hinsichtlich einer hohen öffentlichen Investitionstätigkeit besteht.

Die Nettoinvestitionen, definiert als die Differenz zwischen den Bruttoinvestitionen und den Abschreibungen auf die öffentliche Infrastruktur, sind in Deutschland konstant niedrig und in den Kommunen seit 2003 sogar negativ (DIW aktuell, Nr. 19 - 14. Mai 2019). In elementaren Bereichen der öffentlichen Infrastruktur, etwa Verkehrswegen, öffentlichem Transport, Kindergärten und Bildungseinrichtungen wird in Deutschland seit Jahren zu wenig investiert (DIW aktuell, Nr. 19 - 14. Mai 2019). Die

mangelnden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gefährden die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso wie den grundgesetzlichen Auftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse.

2009 wurde die Schuldenbremse für Bund und Länder von Union und SPD mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag in das Grundgesetz (GG) aufgenommen. Art. 109 Abs. 3 GG legt seither ein grundsätzliches Verbot der sogenannten strukturellen, also konjunkturunabhängigen, Neuverschuldung für die Länder und ein maximales Neuverschuldungsniveau von 0,35 Prozent des BIPs für den Bund fest. Darüber hinaus stellt Art. 115 Abs. 2 GG die genaue Ausgestaltung der Schuldenbremse für den Bund, deren Einhaltung seit dem Jahr 2016 rechtlich verbindlich ist, fest. Die länderspezifische Ausgestaltung der Schuldenbremse ist laut Art. 109 Abs. 3 GG von den Ländern »im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen« individuell in der Landesverfassung oder im Haushaltsrecht festzusetzen. Ausnahmen von der Schuldenbremse sind nur bei außergewöhnlichen Ereignissen wie schweren Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen vorgesehen. Die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz wurde selbst vom damaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert als eine Überfrachtung des Verfassungsrechts abgelehnt.

Die Ausgestaltung der Schuldenbremse macht eine frühzeitige antizyklische Finanzpolitik nicht möglich, da haushaltspolitische Spielräume erst im Abschwung bzw. bei einer Abweichung von der Normallage erweitert werden. Dies behindert eine effektive und frühzeitige Glättung des Konjunkturzyklus, da öffentliche Investitionen gemeinhin Zeit brauchen, um ihre stabilisierende Wirkung zu entfalten. So wird die Schuldenbremse selbst von arbeitgebernahen Ökonomen kritisiert (Zeit, 27/2019, Fehlt hier das Geld?). Dr. Michael Hüther, Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, spricht sich für eine »innovations- und wachstumspolitische Öffnung der Schuldenbremse« aus und kritisiert die »mitunter theologisch anmutende Begeisterung für die Schuldenbremse« (Hüther, Wirtschaftsdienst 99 (2019), 5, S. 318). Dr. Michael Hüther und Dr. Jens Südekum bezeichnen die Weigerung der Bundesregierung im gegenwärtigen Zinsumfeld auch hinreichend kreditfinanzierte Investitionen zu tätigen »als ob der Staat Geldscheine auf dem Bürgersteig liegen lässt, statt sie aufzuheben« (Süddeutsche Zeitung, 14.04.2019, Die Schuldenbremse ist nicht zeitgemäß).

Die Bemessung des konjunkturellen Defizits wirft zudem methodisch erhebliche Probleme auf. Denn sinkt etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufgrund von unzureichenden öffentlichen Investitionen, verringert dies neben der zulässigen strukturellen Neuverschuldung auch die zulässige konjunkturelle Komponente. Denn bei der Messung der Produktionslücke wird die trendmäßige Entwicklung des BIP als Normallage betrachtet. Im Abschwung kommt es zu einer Revision des Produktionspotenzials nach unten und die Produktionslücke verkleinert sich. Dadurch wird das konjunkturelle Defizit unterzeichnet und der Abschwung zusätzlich verschärft.

Zudem gibt es international keinen Beleg, dass Schuldenbremsen und ähnliche Fiskalregeln die Staatsschuldenquoten verringert hätten. So kann eine prozyklische Finanzpolitik die Schuldenquote durch die negativen Effekte auf das BIP, Arbeitslosigkeit und Steuereinnahmen sogar erhöhen, wie es die Erfahrungen der Eurokrise zeigen (Handelsblatt, 16.09.2019, Fatale Fehleinschätzung – Die EZB hätte mehr auf die Südländer hören sollen). In Deutschland ist die Verringerung der Staatsverschuldung im Vorfeld der Coronakrise vor allem auf das günstige Zinsumfeld und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – einschließlich der Nachfrage von Schwellenländern nach deutschen Exportprodukten – zurückzuführen (Truger, Wirtschaftsdienst 99 (2019), 6, S. 375).

Bis 2009, war eine Verschuldungsregel im Art. 115 GG verankert, nach der die Kreditaufnahme die im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen nicht überschreiten dürfe. Im Zuge der Föderalismusreform II von 2009 wurde die Regelung durch die Schuldenbremse, wie sie heute in den Art. 109 Abs. 3 GG und Art. 115 Abs. 2 GG definiert ist, ersetzt (Bundesfinanzministerium, 2015, Kompendium zur Schuldenbremse des Bundes). Das gilt es zu korrigieren.

Antrag:**G. 15.**

Antragsteller/innen:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:**1 Keine Rückkehr zu unsozialer Kürzungspolitik – mit öffentlichen Zukunftsinvestitionen
2 die Krise überwinden**

3 DIE LINKE bekräftigt ihre Forderungen nach einem großen öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm,
4 nach einer Abschaffung der Schuldenbremse und einer wirksamen Besteuerung hoher Vermögen und
5 Erbschaften. Dort, wo DIE LINKE an Regierungen beteiligt ist, wird sie sich eventuellen Kürzungen in
6 Sozialhaushalten, Kürzungen von Löhnen und Personal im öffentlichen Dienst sowie Privatisierungen
7 verweigern. Sie wird in den Ländern für eine möglichst lange Aussetzung sowie für eine möglichst
8 flexible Auslegung der Schuldenbremse kämpfen, die nötige öffentliche Zukunftsinvestitionen
9 ermöglicht. Ferner wird sie sich in Landesregierungen und in Landesparlamenten für Bundesratsinitia-
10 tiven in diesem Sinne einsetzen.

11 Um für eine eigenständige linke Finanzpolitik im Sinne der Mehrheit zu werben, werden wir verständ-
12 lich und beispielhaft aufzeigen, was in 15 Jahren Merkel und unter Rot-Grün an wichtigen Investitionen
13 unterlassen wurde, um unser Land sozial gerecht und ökologisch zu machen.

Begründung:

Die Coronakrise sowie die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung treiben die öffentliche Verschuldung in die Höhe. Die Steuerverluste insbesondere der Kommunen sind so hoch wie nie, gleichzeitig hat die Coronakrise offengelegt, wie gewaltig der Investitionsbedarf gerade in ärmeren Bundesländern und Kommunen ist: Krankenhäuser und Gesundheitsämter, Schulen und Kitas brauchen mehr und besser bezahltes Personal, bezahlbarer Wohnraum muss geschaffen und der ÖPNV besser und billiger gemacht werden, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Ein großes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm ist aus sozialen wie auch ökologischen Gründen unverzichtbar- und angesichts (noch) niedriger Zinsen leichter denn je öffentlich vermittelbar. Die LINKE wird darum kämpfen und wird sich auch in Zeiten vorgeblich knapper Kassen keinen neoliberalen »Sachzwängen« unterwerfen. Um andere Parteien und die (mediale) Öffentlichkeit aus intellektueller Trägheit herauszuholen und die Vorstellungskraft darüber, dass es anders und besser werden kann wieder zu erwecken, müssen wir deutlich machen, dass wir nicht in der besten aller Welten leben oder es doch im Vergleich zu Trump und Co noch ganz gut haben. Eine Strategie und Politik des kleineren Übels ist angesichts der Weltlage, der bedrohlichen Klimakatastrophe und der immer mehr auseinanderfallenden deutschen Gesellschaft zu genügsam.

Antrag:**G.16.**

Antragsteller/innen:

ÖPF & Netzwerk Ökosozialismus

Der Parteitag möge beschließen:**1 Seien wir realistisch–beenden wir den Wachstumsfetischismus.**

2 DIE LINKE wird künftig in ihren programmatischen Äußerungen im Zusammenhang der notwendigen
3 ökologisch-sozialen Transformation nicht mehr von »Umbau«, sondern vom »Rückbau« der Wirtschaft
4 sprechen. Damit unterscheidet sie sich vom ökoliberalen Mainstream, der die Illusion schürt, eine
5 nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft ließe sich im Wesentlichen mittels effizienterer Techniken
6 herstellen. DIE LINKE macht auf diese Weise deutlich, dass die eigentliche politische Aufgabe darin
7 besteht, auf einer wesentlich schmaleren materiellen Ressourcenbasis eine solidarische Gesellschaft
8 aufzubauen und ein gutes Leben für alle zu sichern.

Begründung:

Die Rede vom ökologischen »Umbau« der Industriegesellschaft ist inzwischen über alle politischen Lager hinweg zum Gemeinplatz geworden. Unterstellt wird dabei, dass wir die nötigen Reduktionen und schließlich die CO₂-Neutralität allein mittels effizienterer technischer Verfahren erreichen, dass wir die Energie, die bislang aus fossilen Quellen stammt, problemlos durch erneuerbare Energien substituieren können. Wer allerdings seriös rechnet, kommt an dem Befund nicht vorbei, dass ein Umbau zwangsläufig mit einem Rückbau einhergehen muss, dass wir den absoluten Verbrauch an Energie und anderen Ressourcen drastisch absenken müssen. Erneuerbare Energiequellen weisen eine viel geringere Energiedichte auf als fossile, sie haben ein beschränktes Potenzial und ihre ehrlich gerechnete Energiebilanz ist eher ernüchternd ⁽¹⁾. Die meisten Energiewendeszenarien verschiedener Umweltorganisationen und Umweltinstitute legen bereits die verkürzte Fragestellung zugrunde, wie viel an fossiler Energie man in welchem Zeitraum durch erneuerbare Energien substituieren muss. Den konkreten Nachweis der entsprechenden Potenziale bleibt man dabei in der Regel schuldig. Die unbequeme Einsicht, dass wir an einer absoluten Reduktion des Verbrauchs nicht vorbeikommen, wird tabuisiert. Dazu kommt, dass die Diskussion meist auf die Elektrizität verkürzt wird, die aber in Deutschland lediglich 20 Prozent des Endenergieverbrauchs ausmacht.

Der Gesamtenergieverbrauch in Deutschland, der neben elektrischem Strom Raumwärme, Verkehr, Prozessenergie etc. umfasst, beträgt derzeit jährlich 2500 TWh. Eine im Auftrag des WWF erstellte Studie hat errechnet, dass in Deutschland ein Potenzial von erneuerbaren Energien ausgeschöpft werden könnte, das insgesamt 700 TWh bereitstellt ⁽²⁾. Auch wenn da und dort etwas optimistischer gerechnet wird – das Bundesumweltamt etwa geht von einem Potenzial von 800 bis 900 TWh aus –, klappt eine große Lücke zwischen unserem derzeitigen Energieverbrauch und dem, was uns aus erneuerbaren Quellen theoretisch zur Verfügung steht. Diese Lücke wird auch nicht mithilfe von Importen aus sonnenreichen Gegenden wie etwa Nordafrika zu füllen sein. Wer sich etwa mit dem inzwischen gescheiterten Desertec-Projekt auseinandergesetzt hat, das lediglich 15 Prozent des Strombedarfs der EU decken sollte, und den gigantischen Materialaufwand ehrlich in der Energiebilanz berücksichtigt ⁽³⁾, der weiß auch um die Grenzen dieser Potenziale – abgesehen davon, dass Deutschland nicht das einzige Land sein dürfte, das hier entsprechende Begehrlichkeiten entwickelt.

Es führt also kein Weg daran vorbei: Das heutige Niveau an industrieller Produktion ist mit ökologischer Nachhaltigkeit nicht vereinbar. Es muss ein möglichst rascher und konsequenter Rückbau eingeleitet werden. Diesen möglichst konkret zu beschreiben und aufzuzeigen, wie er solidarisch zu gestalten wäre, ist m. E. nun die vordringliche Aufgabe. Sehen wir uns den Befund für einige Bereiche exemplarisch näher an:

Von größter Bedeutung ist in Deutschland eine ökologische Verkehrswende. Der Verkehr ist zurzeit für etwa 20 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen und für einen Gesamtenergieverbrauch von etwa 750 TWh verantwortlich. Die Umstellung auf alternative Antriebe hilft da wenig. E-Fuels und Brennstoffzellen auf Wasserstoffbasis weisen einen sehr schlechten Effizienzgrad auf. Der zusätzliche Strombedarf für E-Autos kann aus erneuerbaren Quellen nicht gedeckt werden, zumal wenn man bedenkt, dass Kohlendioxidneutralität in anderen Bereichen einen erheblichen zusätzlichen Strombedarf bedingt – etwa wenn die Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden. In die Gesamtbilanz mit einzubeziehen ist aber darüber hinaus bereits die Automobilproduktion! 48 Prozent des in der Erzeugung sehr energieintensiven Aluminiums (eine erzeugte Tonne frisst 14 MWh Strom!), 26 Prozent des Stahls und 12 Prozent der Kunststoffe fließen derzeit in die deutsche Automobilproduktion. Die vorgelagerten Ausrüstungsindustrien, die Produktion entsprechender Fertigungsmaschinen, Roboter, etc., ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Das E-Auto verschärft dieses Problem noch: Die schwere Batterie, deren Erzeugung selbst bereits mit einem erheblichen CO₂-Ausstoß verbunden ist, muss durch mehr Leichtbauweise (mehr Aluminium, mehr Kohlenstofffaserverbundstoffe ...) kompensiert werden, sodass ein E-Auto bereits in der Produktion erheblich mehr Energie und Ressourcen verbraucht als ein vergleichbarer Benziner oder Diesel. Die derzeit in Deutschland zugelassenen 47 Millionen PKWs, geschweige denn die weltweit eine Milliarde Autos, auf alternative Antriebe umzustellen, ist – allein schon aufgrund der Knappheit der dafür nötigen Rohstoffe wie etwa Lithium und Kobalt – schlicht absurd. Ökologische Verkehrswende kann deshalb nur den konsequenten Abschied vom motorisierten Individualverkehr bedeuten. Der Vorschlag des Netzwerks Ökosozialismus lautet deshalb: Spätestens ab dem Jahr 2035 sollten keine PKWs mehr für den rein privaten Gebrauch zugelassen werden (ausgenommen sind natürlich Einsatzfahrzeuge, Taxis inklusive Transporttaxis, Betriebsfahrzeuge für Handwerker ...). Ein entsprechender Ausbau des öffentlichen Verkehrs kann, wie das Beispiel Schweiz zeigt, auch abgelegene Siedlungen im ländlichen Raum sinnvoll anbinden. Allerdings können wir das heutige Verkehrsaufkommen nicht im Verhältnis eins zu eins auf öffentliche Verkehrsmittel verlagern. Dies würde eine Vervielfachung der Kapazitäten bedeuten, die weder logistisch machbar noch ökologisch sinnvoll wäre. Die Reduktion der Notwendigkeit von Mobilität ist eine anspruchsvolle strukturpolitische Aufgabe. Die Eindämmung des Güterverkehrs durch eine Regionalisierung der Wirtschaft, die derzeit auch an den Vorgaben des EU-Binnenmarkts scheitert, ist unabdingbar. Darüber hinaus werden wir auch ein anderes Verhältnis zur Mobilität entwickeln und uns von bestimmten Ansprüchen verabschieden müssen. ⁽⁴⁾

Ein weiterer Problembereich ist die Bauindustrie, die unter anderem 35 Prozent des bei uns erzeugten Stahls verbraucht. Die Stahlerzeugung ist nicht nur mit einem erheblichen Energieverbrauch verbunden, darüber hinaus fällt auch prozessbedingt – durch die Herauslösung des Sauerstoffs – Kohlendioxid an. Nun gibt es technisch ausgereifte Verfahren, die das Reduktionsmittel Koks durch Wasserstoff ersetzen und das so gewonnene Roheisen in Elektrolichtbogenöfen zu Stahl weiterverarbeiten. Die Effizienz kann noch dadurch gesteigert werden, dass man den Wasserstoff aus Wasserdampf gewinnt und hierfür die Abwärme der Hochöfen nutzt. Doch auch bei Ausschöpfung all dieser Möglichkeiten: Dieser »grüne Stahl« wird uns angesichts des knappen Angebots an der nötigen Energie (etwa zur Wasserstoffherzeugung) nur in erheblich geringeren Mengen zur Verfügung stehen. Die Zementherstellung – allein sie verschlingt bislang insgesamt 28 TWh Energie – ist nicht nur energieintensiv (Kalkstein muss auf 1400 Grad Celsius erhitzt werden), durch die Zerkleinerung des Kalksteins werden große Mengen von darin gebundenem CO₂ prozessbedingt freigesetzt. Auch wenn man also den nötigen Energiebedarf durch alternative Verfahren verringert, betrifft dies nur den geringeren Teil des Kohlendioxidausstoßes. Wenig bekannt ist auch, dass zum Bauen geeigneter Sand (Wüstensand ist dies nicht!) inzwischen ein sehr knapper Rohstoff ist. Unausweichlich ist eine absolute Reduktion der Bautätigkeit, das heißt ein vollständiger Verzicht auf Prestigebauten und auf alles, was der alten, fossilen Infrastruktur dient. Was den nötigen Wohnraum betrifft, sind Mechanismen der Umverteilung des vorhandenen Wohnraums politisch zu entwickeln. Die Baugenehmigungsverfahren sind so zu reformieren, dass sie überzogene Größenordnungen, freistehende Einfamilienhäuser, etc. verhindern. Jenseits von Stahl und Beton müssen wir in Zukunft auf alternative Bauwei-

sen, vor allem auf Holzbau, setzen, der inzwischen, wie unter anderem das Beispiel Österreich zeigt, hoch entwickelt ist.

Auch für die wichtige Branche Chemieindustrie gilt, dass man sie im Prinzip vollständig treibhausgasneutral gestalten könnte, dass man sowohl die prozessbedingten (etwa durch CO₂-freie Herstellung von Wasserstoff, wie er etwa für Ammoniak für die Kunstdüngerherstellung verwendet wird) als auch die durch die Wärmeerzeugung bedingten Emissionen (etwa für das sogenannte Steamcracking, mittels dessen die langen Kohlenwasserstoffverbindungen aufgespalten werden) vollständig vermeiden könnte. Eine im Auftrag des Verbands der chemischen Industrie erstellte Studie, die sogenannte »Roadmap der deutschen chemischen Industrie«⁽⁵⁾, hat für die entsprechende Umstellung der technischen Verfahren allerdings einen Strombedarf von 687 TWh errechnet – das ist deutlich mehr als der derzeit insgesamt in Deutschland erzeugte Strom! Man kommt also auch in diesem Bereich um eine erhebliche Reduzierung der Gesamtproduktion nicht herum. Neben den bereits besprochenen Bereichen Bauindustrie (22 Prozent) und Automobilindustrie (12 Prozent) weist derzeit vor allem die Verpackungsindustrie einen Kunststoffbedarf in erheblichem Umfang auf (35 Prozent). Gerade in diesen Bereich aber könnte man sehr einfach ordnungspolitisch eingreifen: Ein erheblicher Anteil der heutigen Kunststoffverpackungen (Lebensmittelkonserven aller Art, Reinigungsmittel, Getränkebehälter) könnte ohne Weiteres durch entsprechende Mehrwegsysteme ersetzt werden. Einwegflaschen aus Plastik könnte man kurzerhand ebenso verbieten wie Weißblech-Aluminiumdosen. Für einen verbleibenden Rest von schwer vermeidlichen Kunststoffverpackungen könnte man durch Vorschreiben von Farb- und Sortenreinheit eine hohe Recyclingquote sicherstellen. Damit hätte man neben der Emissionsvermeidung gleichzeitig die Müllproblematik zu einem erheblichen Teil behoben. Eine Rückkehr von der derzeitigen Agrarindustrie zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die auf Kunstdünger verzichten kann, macht die Ammoniak-Herstellung mittels des energieintensiven Haber-Bosch-Verfahrens überflüssig. Nur ein Herunterfahren der Produktion mithilfe solcher einschneidenden Maßnahmen wird eine vollständig emissionsfreie chemische Industrie ermöglichen.

Anhand dieser drei großen Bereiche wird exemplarisch deutlich, in welcher Dimension wir einen Rückbau von Produktion und Konsum möglichst rasch bewerkstelligen müssen. Zu betonen ist dabei, dass dies bei entsprechendem politischen Willen mit den jetzt schon zur Verfügung stehenden ordnungspolitischen Instrumenten möglich ist. Klugerweise wird man, um eine Mehrheit von Menschen auf diesem schwierigen Weg mitzunehmen, mit all den Maßnahmen beginnen, die niemandes Lebensqualität tangieren, sondern schlicht kapitalistischem Leerlauf geschuldet sind. Die Verpackungsindustrie wurde bereits genannt. Die Lebensdauer eines Großteils von Haushaltsgeräten, elektronischen Geräten, usw. könnte durch wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der »geplanten Obsoleszenz«, durch Vorschreiben von entsprechenden Gewährleistungsfristen erheblich verlängert werden, und durch Anforderungen an das Produktdesign bezüglich Reparier- und Recyclingfähigkeit im Sinne des Prinzips »cradle to cradle« könnte man die Produktion in diesem Bereich deutlich verringern. Allerdings sollte nicht verschwiegen werden, dass ein konsequent vorangetriebener Rückbau auch eingeschliffene Konsummuster einer großen Bevölkerungsmehrheit infrage stellt. Das betrifft auch die Vielzahl digitaler Endgeräte, den heute so selbstverständlichen Besitz eines Smartphones, etc. Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen hat eine Verwendungskonkurrenz zur Folge. Das heißt: Wir werden uns politisch darauf verständigen müssen, wofür wir diese Ressourcen einsetzen: für den Bau von Kreuzfahrtschiffen oder für genügend MRT-Geräte in unseren Krankenhäusern.⁽⁶⁾

Politisch auszuhandeln wäre darüber hinaus, auf welche Produkte wir völlig verzichten wollen, weil sie keinerlei gesellschaftlichen oder individuellen Nutzen aufweisen, sondern im Gegenteil schädlich, krankmachend, gefährlich sind. An erster Stelle ist hier natürlich die Rüstungsproduktion zu nennen. Es ist an Absurdität kaum mehr zu überbieten, dass wir uns mit einem gigantischen Ressourcenaufwand auf künftige Kriege um knapper werdende Ressourcen vorbereiten.⁽⁷⁾ Ein ausnahmsloses Verbot von Rüstungsexporten und eine Beendigung der Beschaffung durch die Bundeswehr sind nicht nur friedenspolitisch geboten, sondern angesichts der knappen Ressourcen unausweichlich.

Natürlich müssen wir diesen Rückbau solidarisch gestalten und dafür sorgen, dass die materielle Existenz der betroffenen Menschen gesichert ist. Kurzfristig wird in vielen Bereichen der Umbau einen Bedarf an Facharbeitskräften bewirken, etwa für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Langfristig bedeutet der Ausstieg aus der Industriegesellschaft, wie wir sie kennen, in etlichen Bereichen einen Mehrbedarf an menschlicher Arbeitskraft, etwa in der Landwirtschaft, in Reparaturbetrieben und im traditionellen Handwerk. Darüber hinaus besteht heute schon ein deutlicher Mehrbedarf an Arbeitskräften im Pflege- und Erziehungssektor. Unter dem Strich aber ist das entscheidende Wohlstandsversprechen, das mit einem Rückbau der Produktion verbunden ist, ein neuer Zeitwohlstand. Die insgesamt weniger aufzuwendende Zeit im Produktionsbereich kann schlicht durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung (Wochen- und Lebensarbeitszeit) gerecht verteilt werden. Dem Verlust an Konsummöglichkeiten, die zum Teil recht fragwürdig sind und gerade aufgrund der Vielzahl der Optionen unser Lebensglück gar nicht vermehren können, wird also ein deutliches Mehr an Zeit gegenüberstehen, das wir für die Gestaltung unserer Beziehungen, für das aktive Mitwirken an unserem sozialen Umfeld und für die Entwicklung unserer Persönlichkeit zur Verfügung haben. Unsere Lebenszeit ist schließlich die knappste und wertvollste Ressource, die wir haben.

⁽¹⁾ Im Detail dargestellt in: Bruno Kern, Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich 2020, 40–90.

⁽²⁾ Zukunft Stromsysteme II. Regionalisierung der erneuerbaren Stromerzeugung. Studie im Auftrag des WWF. Ausgearbeitet von Ökoinstitut und Prognos, Version 1.2, 2019.

⁽³⁾ Vgl. Kern, Märchen, aaO., 75.

⁽⁴⁾ Kern, Märchen, aaO., 78 – 85; 165.

⁽⁵⁾ Roadmap Chemie 2050. Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland Eine Studie von DECHEMA und FutureCamp für den VCI, September 2019.

⁽⁶⁾ Vgl. dazu Kern, Märchen, aaO., 158–182.

⁽⁷⁾ Vgl. dazu Andreas Zumach, Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln 2005.

Antrag: G.17.

Antragsteller/-innen: Ortsverband München-Süd

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine Verkehrswende jetzt! Sozial-ökologische Transformation in der Automobilindustrie.**
2 **Gute Arbeitsbedingungen und Klimagerechtigkeit gehören zusammen! Keine Internationale**
3 **Automobil Ausstellung mehr!**

4 DIE LINKE unterstützt die Aktionen gegen die Internationale Automobil Ausstellung (IAA) in München
5 im Rahmen einer bundesweiten Mobilisierung.

Begründung:

Gute Arbeitsbedingungen und Klimagerechtigkeit gehören zusammen!

Die Folgen der Klimakrise werden immer deutlicher, ob Dürrejahre, Überschwemmungen oder schmelzende Gletscher. Die globalen CO₂-Emissionen müssen radikal sinken, um das 1,5°C-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen und das Überschreiten von Kippunkten zu verhindern. Während die deutschen Klimaziele ohnehin schon völlig unzureichend sind, steigen die CO₂-

Emissionen im Verkehrssektor sogar noch. Wir müssen radikal umsteuern, um die Klimakatastrophe zu verhindern.

Für DIE LINKE kann das nur in Verbindung mit dem Kampf um zukunftsfähige Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gelingen. Eine konsequente Umwelt- und Klimapolitik zulasten der Lohnabhängigen in der Autoindustrie und im ÖPNV hat ebenso keine Zukunft wie eine Beschäftigungs- und Industriepolitik zulasten von Klima und Umwelt. Wir verstehen den Kampf um Klimagerechtigkeit als ökologische Klassenpolitik. Eine sozial-ökologische Transformation unserer Industriegesellschaft, die sowohl eine Veränderung der Produktion und Güter, als auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen umfasst, ist unausweichlich.

Doch die Automobilindustrie erhält weiter massiv staatliche Unterstützung. Sowohl in Form von Dienstwagenprivileg, Dieselprivileg und Pendlerpauschale als auch von Kaufprämien für Hybride wird Klima- und Umweltzerstörung direkt subventioniert. Zusätzlich wird die Infrastruktur für den Autoverkehr (Straßen, Tunnel, Brücken) von der Allgemeinheit bezahlt.

Die Krise der Automobilität

Dennoch nehmen Absatz, Produktion und Zulassungen von PKWs seit längerem ab – und zwar weltweit. Die allgemeine Absatzkrise wird durch die Coronakrise nur noch verstärkt. Die Folge sind Entlassungen vor allem in der Zuliefererindustrie, Standortschließungen und Insolvenzen (Conti, Schaeffler, ZF, Mahle, Schuler, Eisenmann, Brose, Siemens, Voith, IFA, Veritas, Finoba, Flabeg, Schlemmer und viele kleine Betriebe).

Mit der massiven Nutzung von Kurzarbeit wird die Corona-Krise genutzt, die Krisenfolgen auf die Sozialkassen abzuwälzen. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass die Beschäftigten als Beitragszahler*innen der Arbeitslosenversicherung solidarisch sind, während Großkonzerne erhebliche Gewinne machen und Dividenden ausschütten.

Die Aufrechterhaltung der Automobilproduktion, des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und deren staatliche Förderung befeuern die sozialen und ökologischen Krisen weiter. Während die steigenden CO₂-Emissionen die Klimakrise anheizen, leiden vor allem ärmere Menschen unter den Folgen des ungebremsten Autoverkehrs: Staus, Lärm, Stress und gesundheitsschädliche Abgase. Alternative Antriebe lösen keines der Probleme der Automobilität. Die Umweltschäden sind verheerend und CO₂-Emissionen werden lediglich zu den fossilen Kraftwerken verlagert.

Keine Internationale Automobilausstellung mehr

Auf der Internationalen Automobilausstellung präsentieren und propagieren die Autokonzerne seit jeher ihre immer größeren und PS-stärkeren Autos. Doch 2019 widerfuhr der IAA lauter, breiter und entschlossener Protest. Die Demos und Aktionen der Bündnisse #aussteigen sowie Sand im Getriebe haben die IAA aus Frankfurt vertrieben.

Mit München als neuem Austragungsort will sich die IAA nun als Mobilitätsplattform inszenieren. Dennoch bleibt sie eine Ausstellung für Automobile mit ihrem Fokus auf den MIV und dient weiterhin der Imagepflege des deutschen Exportartikels Nummer 1: dem Auto.

Der Vertrag zwischen der Messe München GmbH und dem Verband der Automobilindustrie (VDA) zur Ausrichtung der Internationalen Automobilausstellung im September 2021 (7.-12.9.2021) in München ist ohne gesellschaftliche / öffentliche Kontrolle im April 2020 zustande gekommen. In nicht-öffentlichen Sitzungen hat der Münchner Stadtrat der Nutzung des öffentlichen Raums (Open Space) für die IAA (z. B. für so genannte »blue lanes«) zugestimmt. Weder Bürger*innen, noch Anwohner*innen, nicht einmal die Bezirksausschüsse wurden in den Entscheidungsprozess mit eingebunden.

Für eine Verkehrswende und langfristig sichere Beschäftigung

Ein »Weiter so« gefährdet mittelfristig viele Arbeitsplätze in der Automobil- und Zuliefererindustrie. Eine konsequente Klimapolitik muss also Perspektiven für die Beschäftigten in diesem Sektor eröffnen.

Gleichzeit führt ein »Weiter so« mit Vollgas in die Klimakatastrophe. Die sozial-ökologische Verkehrswende muss unverzüglich und entschlossen umgesetzt werden. Im Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE beispielsweise sind viele wichtige Schritte bereits beschrieben. Wir setzen dabei auf den Dreiklang aus Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Verkehrsverbesserung. Dazu müssen die staatlichen Subventionen und Investitionen in den Autoverkehr abgezogen werden und der Verkehrswende zugutekommen. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist auch eine sozialpolitische Aufgabe, da sich Haushalte mit wenig Einkommen kaum ein Auto leisten können und daher auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind.

Wir wollen, dass die jetzt lohnabhängig Beschäftigten in zukunftsfähigen Bereichen arbeiten. Insbesondere die Verlagerung vom MIV hin zum öffentlichen Verkehr erfordert große Finanzmittel, technische Innovationen und eine massive Steigerung der Produktionskapazitäten. Bereits jetzt gibt es Engpässe bei der Herstellung von Bussen, Trambahnen und Zügen. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs bietet riesige Chancen für zukunftssichere Beschäftigung. Laut einer Untersuchung der Böckler-Stiftung ist die Umstellung auf nachhaltige Mobilität innerhalb von 15 Jahren (also bis 2035) möglich. Sowohl Know-how als auch Maschinen sind bereits vorhanden. Dennoch sind nicht alle bisherigen Arbeitsplätze sicher. Daher braucht es groß angelegte Umstellungsprogramme mit entsprechender Umschulung in andere Produktionsbereiche, in denen gesellschaftlicher Bedarf besteht wie beispielsweise Erneuerbare Energien und Medizintechnik.

Gemeinsam die sozial-ökologische Transformation gestalten

Die sozial-ökologische Transformation ist eine Mammutaufgabe, aber lebensnotwendig. Für den Umbau muss der Staat die entsprechend steuernden Vorgaben machen und Investitionen lenken; doch auch die Unternehmen selber sind an der Transformation finanziell zu beteiligen (BMW, VW und Daimler verfügen über 180 Mrd. Euro Gewinnrücklagen). Ebenso notwendig ist eine Mobilisierung oder zumindest Sensibilisierung der Beschäftigten aus den entsprechenden Branchen für die Notwendigkeit der Transformation. Das kann nur durch die konsequente Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten geschehen. Wir begrüßen den Antrag der Bundestagfraktion vom 13.01.2020 zur Transformation. Flankierend sind die Ausweitung der Mitbestimmung bei der strategischen Ausrichtung der Unternehmen, die Schaffung von Transformationsräten (direkte Beteiligung der Beschäftigten am Umbau) und die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich notwendig.

Dabei kommt den Gewerkschaften und der Umweltbewegung eine große Aufgabe zu. Sie sind im Kampf für eine sozial-ökologische Transformation unsere Bündnispartner*innen. Wir begrüßen ausdrücklich das Bündnis von ver.di und Fridays for Future für eine Verkehrswende. Und wir unterstützen die Kolleg*innen im öffentlichen Nahverkehr in ihrem Tariffkampf für gute Löhne und bessere Arbeitszeiten.

Antrag:**G. 18.**

Antragsteller/innen:

BAG LiSA Ayse Fehimli-Kuzu, Helene Füllgraf, Ingrid Jost, Anke Maurer, Christine Hein, Linnea Schuchert, Marion Morassi (Delegierte Rheinland-Pfalz), Martina van Holst, Medine Yildiz, Josephine Taucher, Christine Wilholm (LAG LiSA Bayern)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Digitalisierung ist ein Frauen*thema – genderrelevante Aspekte dieser Technologie**
2 **sind ein wichtiger Aspekt im sozialen und ökologischen Systemwechsel**

3 Die Auswirkung technischer Neuerungen insbesondere der Einfluss der Digitalisierung auf die
4 Lebenssituation von Frauen*, ist bei gesellschaftlichen und gesetzlichen Betrachtungen und Entschei-
5 dungen in gebührendem Maß zu berücksichtigen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die
6 genderrelevanten Aspekte dieser Technologie gewissenhaft untersucht werden und entsprechende
7 Maßnahmen ergriffen werden, um der ohnehin bereits existierenden Benachteiligung von Frauen*
8 entgegenzuwirken. Der ohnehin vorhandenen Diskriminierung, den Benachteiligungen, die seitens
9 Politik und Gesellschaft praktiziert werden, ist entschieden entgegenzuwirken.

10 Viele der technischen Errungenschaften bieten keinen Ausweg aus dem klassischen »zugewiesenen«
11 Rollenmodell für Frauen*.

12 Frauen*themen sind Querschnittsthemen. Doch es reicht nicht aus die Belange der Frauen* lediglich
13 mitzudenken. Damit die Digitalisierung nicht zu einer Verstärkung des derzeitigen Rollback von
14 Frauen*gleichstellung missbraucht werden kann, wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie
15 diese technischen Neuerungen zum Nutzen einer zukünftig gleichberechtigten Gesellschaft und der
16 damit verbundenen Aufgaben- und Erwerbsarbeitsverteilung genutzt werden können.

17 Besonderes Augenmerk gilt der Förderung von Frauen* in Richtung Technik ebenso wie der Förderung
18 von Männern in Richtung Carearbeit für eine zukünftige Gesellschaft, die geschlechtsspezifische
19 Rollenmodelle aufhebt und alle Bereiche allen zugänglich macht.

Begründung:

In den letzten Monaten – im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – haben sich deutlich die Verhältnisse gezeigt, die immer noch in der klassischen Rollenzuweisung zum Nachteil weiblicher Lebenswirklichkeiten herrschen. Die Ausweitung des Homeoffice zusammen mit der Schließung von Kinderbetreuungsstätten und Homeschooling hat Frauen* ungleich hohe Belastungen verschafft.

Ob Frauen* in den systemrelevanten Versorgungsbereichen wie (Lebensmittel-)Handel und im Gesundheitsbereich unabkömmlich oder im Homeoffice waren, die öffentliche Versorgungslücke ist in der Regel zu ihren Lasten einseitig abgeladen worden. Mehrheitlich mussten die Frauen* statt einer gleichberechtigten Aufgabenverteilung auch die Mehrfachbelastung, die durch den Wegfall innerfamiliärer Unterstützungsleistung entstanden ist, tragen. In vielen Fällen galt es Ältere im Lockdown zusätzlich zu versorgen.

Häufig von Frauen* ausgeübte Minijobs sind außerdem weggefallen. Es ist anzunehmen, dass auch die wirtschaftlichen negativen Folgen des Lockdowns Frauen* besondere Härten abverlangt, zusätzlich zu den bekannten wie im Anschluss beschrieben.

Digitalisierung und die Arbeit 4.0 stellen eine große Herausforderung für alle künftigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse dar. Frauen* sind in den SAHGE Berufen (soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienste,

Gesundheit/Pflege und Erziehung) mit 80 Prozent prozentual stark vertreten, die zudem häufig aus unterschiedlichen Gründen prekär sind.

Es ist klar erkannt worden, dass prekäre Arbeitsverhältnisse eine eigenständige unabhängige Versorgung im Alter unmöglich machen und dass dies in hohem Masse Frauen* betrifft. Dazu kommt, dass Frauen* nach wie vor in häufig besser dotierten technischen Berufsbereichen unterrepräsentiert sind. Was weniger Beachtung findet ist, dass Frauen* zusätzlich zu Teilzeit, zu gering bezahlter Erwerbsarbeit oder gar unentgeltliche geleisteter Carearbeit, in hohem Maße mit steigender Digitalisierung durch Jobverlust gefährdet sind. Schon aus diesem Grunde ist es unerlässlich der Zukunft der Arbeit und den damit verbundenen Veränderungen, Digitalisierung und Arbeit 4.0, im Programm der Partei DIE LINKE den entsprechenden Stellenwert zu geben und die geschlechterspezifischen Besonderheiten zu beachten.

Die Verlagerung von Arbeitsbeziehungen auf virtuelle Märkte, bei denen Arbeitsverträge durch AGB's und damit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten ausgesetzt sind, gilt auch für menschnahe Dienstleistung. Die Plattform »helping« beispielsweise, vermittelt haushaltsnahe Dienstleistungen. Damit wird die berufliche Selbstverwirklichung von deutschen Frauen* auf dem Rücken von prekär bezahlten Jobs, häufig ausgeführt von ausländischen Frauen*, erkaufte. Die Gesellschaft wird dadurch zwar internationaler, nicht aber solidarischer. Auch für Kranken- und Pflegedienste gibt es entsprechende Netzangebote verbunden mit Vermittlungsprovisionen die bei bis zu 20 Prozent liegen.

Auch in Warenhandel und Vertrieb + Büro- und Verwaltungstätigkeit ist der Frauen*anteil je nach Beruf mit bis zu 99 Prozent sehr hoch. Das betrifft den öffentlichen und privaten Sektor gleichermaßen. Gerade bei diesen Branchen ist mit massiver Vernichtung von Arbeitsverhältnissen zu rechnen. Auf der Tabelle gefährdeter Berufe (A.T. Kearney) liegen sie zusammen mit der Gastronomie, unter den Top 10. Berufe im kommunikativen Umfeld wie Social Media Management und Marketing haben ebenso einen hohen Frauen*anteil mit prekären Beschäftigungsbedingungen und sind in der Betrachtung entsprechend zu berücksichtigen.

Die notwendige Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern zur gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit wird ausgesetzt. Die Ausgebeuteten kamen früher aus Asien und Südamerika, heute in der Regel aus den osteuropäischen Ländern. Was bleibt ist die Verknüpfung der »Zuständigkeit« auf Seiten der Frauen*. Statt den Kampf für eine solidarischere Gesellschaft zu führen, besteht die Gefahr der Endsolidarisierung der Frauen* untereinander.

Wir wollen die Gesellschaft verändern: Dafür muss die Falle Überbelastung, Prekariat und Altersarmut für Frauen* und deren Kinder eliminiert werden. Mit diesen aktuellen und kommenden Strukturen werden diese gefestigt und ausgebaut. Lasst uns dagegen arbeiten!

Antrag:

G.19.

Antragsteller/innen:

BAG LiSA Ayse Fehimli-Kuzu, Helene Füllgraf, Ingrid Jost, Anke Maurer, Christine Hein, Linnea Schuchert, Marion Morassi (Delegierte Rheinland-Pfalz), Martina van Holst, Medine Yildiz, Josephine Taucher und Christine Wilholm (LAG LiSA Bayern)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Parität jetzt - für eine dem der Anteile der Geschlechter in der Gesellschaft entsprechenden gleichberechtigten Vertretung in den Parlamenten.**
- 2
- 3 Die Partei DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des Wahlsystems auf allen Ebenen ein. Es ist
- 4 dahingehend anzupassen, dass GG Artikel 3 Satz 2 (»Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der
- 5 Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und

6 wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.«) im Wahlrecht abgebildet ist. Eine gleichberech-
7 tigte Vertretung ist nur dann möglich, wenn sich die Frauen* gleichermaßen einbringen können.

Begründung:

Bis ins Jahr 1983 war der Anteil Frauen* im Bundestag mit weniger als 10 Prozent entgegen des Grundgesetzanspruchs aus Artikel 3 Absatz 2, der eine Benachteiligung nach Geschlecht untersagt, vernachlässigbar niedrig - und damit ein klarer Verstoß gegen dieses. GG Artikel 3 Absatz 2 fordert außerdem: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin«. Erst ab dem 11ten Bundestag 1984 hat der Anteil an Frauen* die 10 Prozent Marke überschritten und ist stetig angestiegen dank paritätisch besetzter Listen. Mit dem Einzug der AfD ist dieser Trend hin zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen* im Bundestag rückläufig. Stimmen mehren sich, dass es wohl eines Paritätsgesetzes bedarf, damit Frauen* entsprechend politisch vertreten sind.

Die Länderparlamente weichen verschieden stark von einer gleichberechtigten Besetzung ab. Nach Brandenburg hatte nun Thüringen, welches bisher eher einen Lichtblick im Punkt Frauen*vertretung im Landesparlament darstellte, einen Vorstoß zur verpflichtenden Parität auf den Weg gebracht diesem Missstand endlich entgegenzuwirken. Die Begründung der abschlägigen Entscheidung ist nachzulesen unter dem Aktenzeichen VerfGH 2/20 Thüringen. Das Entscheidungsgremium selbst ist besetzt mit 7 Männern* und 2 Frauen* und damit weit entfernt von gleichberechtigter Besetzung.

Diese Entscheidung darf Partei DIE LINKE nicht vom Einsatz für eine Realisierung der Parität abbringen.

Mit dem Urteil reiht sich das Entscheidungsgremium in die Tradition ein, die nach Benachteiligung schreit, wenn männliche Privilegien in Bedrängnis geraten.

Auch in Bayern ist eine gesetzliche Regelung überfällig mit gerade mal 26,8 Prozent Frauen* im Landesparlament. Hier ist zumindest eine Einflussnahme auf die Geschlechterverteilung aufgrund des Wahlgesetzes auf die Vertretung durch Frauen* auf Landesebene und Kommunen möglich, was auf Bundesebene eben nicht vorhanden ist.

Antrag:

G.20.

Antragsteller/innen:

KV Marburg Biedenkopf (Hessen); KV Kreis Offenbach (Hessen); KV Wetterau (Hessen); KV Fulda (Hessen) KV Essen (NRW); Bezirk Berlin-Neukölln; Bundesvorstand DIE LINKE.SDS; LAG Frieden und Internationale Politik Hessen; LAG Migration, Integration, Antirassismus Hessen; Achim Kessler (MdB, KV Frankfurt); Willy van Ooyen (ehem. MdL, KV Frankfurt); Ulrich Wilken (MdL, KV Frankfurt); Saadet Soenmez (MdL Hessen, KV Offenbach); Christine Buchholz (MdB, Hessen); Sylvia Gabelmann (MdB, KV Siegen - Wittgenstein); Jochen Böhme-Gingold (KV Vors. Schwalm- Eder); Lisa Hofmann (KV Darmstadt), Uli Franke (KV Darmstadt); Julian Eder (KV Wetterau); Said Salim (KV Vors. Kreis Offenbach); Barbara Cardenas (ehem. MdL Hessen, Kreis Offenbach); Ricardo Cardenas (Kreis Offenbach); Waltraud Eisenträger-Tomschuk (Kreis Hersfeld-Rotenburg); Prof. Werner Ruf; Alexander Neu (MdB, NRW); Ellen Janik (KV Frankfurt), Alex Hummel (KV Frankfurt), Sonja Ebel-Eisa (KV Frankfurt); Anastasia Chatsiluka (KV Frankfurt), Stefanie Haenisch (Sprecherin LAG FIP Hessen); Christian Schröppel (KV Kassel); Ahmed Abed (KV Neukölln); Yossi Bartal (KV Neukölln); Christoph Timan (BV Hamburg-Süd);Jens Carstensen (KV Vors. Oberhausen)

Der Parteitag möge beschließen:

1 Palästinasolidarität und Meinungsfreiheit im Menschenrechtsdiskurs

2 Nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung ist der Nahost-Konflikt nicht befriedet. Trotz unzähliger
3 diplomatischer Initiativen und Verhandlungen haben sich die palästinensischen Hoffnungen auf
4 nationale Unabhängigkeit und auf eine Verbesserung der Lebensqualität nicht erfüllt. Die stärkste
5 Militärmacht der Welt, die USA unter Trump, rechtfertigt und unterstützt die unter dem israelischen
6 Premierminister Netanjahu verstärkte Politik der Besetzung und der Annexion palästinensischer
7 Gebiete. Die deutsche Regierung verurteilt die Zunahme des Siedlungsbaus, aber sie liefert weiter
8 Waffen und Militärgerät an Israel und hat eine dauerhafte, enge Militärkooperation. Angesichts dessen
9 brauchen die Menschen in Palästina in ihrem Kampf für Selbstbestimmung breite internationale
10 Solidarität, auch die der LINKEN.

11 DIE LINKE betont deshalb, dass sie

- 12 ■ die Ziele der palästinensischen Zivilgesellschaft, eine Beendigung der Besetzung und des Sied-
13 lungsbaus in den palästinensischen Gebiete, die Beseitigung der Trennmauer, die Anerkennung
14 gleicher Rechte der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels und das Recht auf Rückkehr
15 der palästinensischen Flüchtlinge, unterstützt;
- 16 ■ in Deutschland die Kampagne »Boycott, Divestment, Sanctions« nicht unterstützt, jedoch die
17 Charakterisierung der BDS-Kampagne als antisemitisch ablehnt und sich klar gegen Raumverbote
18 und andere Repressionen gegen die Kampagne stellt, da damit die Meinungsfreiheit im Menschen-
19 rechtsdiskurs massiv eingeschränkt wird;
- 20 ■ sich entschieden gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus und jede
21 andere Form von Rassismus und Ausgrenzung stellt. Das tut sie auch in dem Fall, wenn sie bei
22 einzelnen Personen, die innerhalb des BDS-Spektrums agieren, Antisemitismus feststellt. Sie
23 macht ihre Auseinandersetzung an diesen Aussagen oder Tatsachen fest, nicht an deren BDS-
24 Unterstützung;
- 25 Menschenrechte sind unteilbar.

Begründung:

Die Fraktion der LINKEN im Bundestag hat am 17. Mai 2019 dem Antrag von CDU, CSU, SPD, Grünen und FDP mit dem Titel »Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten - Antisemitismus bekämpfen« nicht zugestimmt. Mit diesem von der großen Mehrheit beschlossenen Antrag wurde die Kampagne BDS als antisemitisch abgestempelt und kriminalisiert, da der Beschluss Raumverbote und andere Repressionen empfiehlt. Wesentliche Freiheitsgrundrechte werden dadurch deutlich eingeschränkt.

Als einziger Beleg für den antisemitischen Charakter der BDS-Bewegung wird im dem Antrag der Hinweis angeführt, dass die Kampagne, die dazu aufruft, verschiedenen Formen von Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel durchzusetzen, wecke Assoziationen zur Nazi-Parole »Kauft nicht bei Juden«.

Avraham Burg, ehemaliger Sprecher des israelischen Parlaments, und der Künstler Dani Karavan, treten diesem Vorwurf entgegen und haben die deutsche Regierung gefragt: » . ob sie wirklich der Meinung ist, dass es Ähnlichkeiten gibt zwischen dem Boykott einer Flasche Wein, die in besetzten Gebieten auf einem von Siedlern gestohlenem Land, das von der Armee der stärksten Macht der Region geschützt wird, und dem Boykott der Geschäfte von Juden in der Nazi-Zeit, die vollkommen wehrlos waren?« (Zitiert nach: Ha'aretz, 17. Juni 2019). Die israelische Journalistin Amira Hass findet diese Gleichsetzung unerträglich, weil sie die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der Juden unter den Nazis verharmlose und die Geschichte leugne. (Ha'aretz, 19. Mai 2019)

Ziel der BDS-Kampagne ist, Druck auf den Staat Israel auszuüben, die Besatzung zu beenden, die Trennmauer abzubauen, palästinensischen Bürgern Israels volle und gleiche Rechte zu gewähren und das von der UN-Generalversammlung beschlossene Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu respektieren (vgl. Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 9.7.2005). Das sind weder antisemitische Ziele, noch ist der Boykott eines Staates eine antisemitische Methode.

Ausgehend von der Unterstellung, BDS sei antisemitisch, empfiehlt die Bundestagsmehrheit Raumverbote und andere Repressionen. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele. Z.B. wurden städtische Räume für Veranstaltungen, auf denen Redner eingeladen waren, die BDS unterstützen oder auch nur damit in Verbindung gebracht werden, nicht zur Verfügung gestellt.

- Der Direktor des Jüdischen Museums Berlin wurde zum Rücktritt gedrängt, weil das Museum auf Twitter ein Artikel in der »tageszeitung« verbreitet hatte, der sich sehr differenziert mit der BDS-Kampagne auseinandersetzte.
- Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sah sich 2019 auf Grund des Drucks der Leitung des Evangelischen Kirchentags gezwungen, eine lange geplante Veranstaltung auf dem Kirchentag in Dortmund sehr kurzfristig abzusagen.
- Der Kämmerer der Stadt Frankfurt und hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker bedroht den Club Voltaire, seit 1962 ein zentraler Ort für die Gegenöffentlichkeit in Frankfurt, mit Streichung der Zuschüsse, weil er gemeinsam mit anderen zu einer Veranstaltung »Meinungsfreiheit statt Zensur« eingeladen hatte. Da dort auch Menschen sprachen, die sich nicht von BDS distanzieren, sah Becker darin ein »Sympathisanten-Treffen der antisemitischen Israelhasser«.

Die Liste der Beispiele für derartige schwerwiegende Angriffe auf die Meinungsfreiheit kann lange fortgesetzt werden. Diese Entwicklung muss so schnell wie möglich gestoppt werden. Gerade jetzt, wo die Regierung Netanjahu/Gantz vereinbart hat, nach der Annexion der Golan Höhen und von Ostjerusalem noch ca. 30 Prozent des Westjordanlandes zu annektieren, auf dem Israel illegal Siedlungen gebaut hat, braucht der zivile Widerstand der Palästinenser gegen diese weiteren Annexionen dringend unsere Solidarität. Mit der Kriminalisierung von BDS besteht die Gefahr, dass dieser Solidarität der Garaus gemacht wird.

Schon anlässlich des Bundestagsbeschlusses im Mai 2019 haben eine Reihe von Organisationen, darunter auch IPPNW und die Nahostkommission von Pax Christi, auf die Gefahr hingewiesen, dass in Folge des Bundestagsbeschlusses »Debatten zum Beispiel über zivilen Widerstand gegen die israelische Regierungspolitik von vornherein verhindert werden, anstatt sie politisch und konstruktiv auszutragen. Ergebnis ist, dass Informations- und Solidaritätsveranstaltungen zu den von der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht behindert und verhindert werden«

http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Offener_Brief_70_GG_Israel_Palaestina.pdf

Michael Brumlik, Erziehungswissenschaftler und ehemaliger Direktor des Fritz Bauer Instituts, sieht in der Gleichsetzung von BDS und Antisemitismus eine »neue Form des McCarthyismus. (Sie) ist derzeit noch auf das Themenfeld Israel, BDS und Antisemitismus begrenzt. Und ebendort sollten wir ihm auch entschieden entgegenreten. Nur so können wir verhindern, dass das Beispiel Schule macht. Denn dann geriete die mühsam errungene liberale öffentliche Kultur der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr« (Blätter für deutsche und internationale Politik, August 2019)

Auch wir LINKE, die mit dem Widerstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung solidarisch sind, können als antisemitisch ausgegrenzt und diffamiert werden.

Eine Gruppe bekannter jüdischer und israelischer Wissenschaftler fasst ihre Auffassung in einem Brief an die Bundesregierung wie folgt zusammen: »Abschließend ist festzustellen, dass die Vermischung von BDS und Antisemitismus den dringenden Kampf gegen Antisemitismus nicht fördert. Die antisemitische Bedrohung geht nicht von palästinensischen Menschenrechtsaktivisten aus, sondern vor allem von der extremen Rechten und dschihadistischen Gruppen. Die Leugnung dieser Tatsache könnte Muslime und Araber dem bedeutenden Kampf gegen Antisemitismus entfremden und

behindert die Herausbildung echter Solidarität zwischen Juden, Israelis, Muslimen und Arabern im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus. Sie sendet auch eine falsche Botschaft an diejenigen, die sich der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit gewaltfreien Mitteln widersetzen« (Aus einem Brief von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern an die Bundesregierung vom 3. Juni 2019).

Antrag: G.21.

Antragsteller/innen:

Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte, Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand, Tobias Bank, Mitglied im Parteivorstand, Sören Pellmann, MdB, Sprecher für Inklusion und Teilhabe, die Mitglieder des Sprecher*innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Utz Mörbe, Landesinklusionsbeauftragter Baden-Württemberg, Birger Höhn, Landesinklusionsbeauftragter Sachsen, Martina Siehoff, Landesinklusionsbeauftragte Nordrhein-Westfalen und Rolf Kohn

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mehr Inklusion wagen!**

2 1 Als Partei DIE LINKE stehen wir für Inklusion im weiten Verständnis - im Sinne von Solidarität,
3 Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen - als einem Gegenentwurf zu
4 Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Wir setzen deshalb Inklusion als ein Schwerpunktthema
5 in der Bundestagswahl 2021 und thematisieren es auf einem Wahlplakat;

6 2 Wir führen eine Umfrage zur politischen Beteiligungsmöglichkeit von Genoss*innen mit Teilhabebe-
7 schränkungen durch und leiten daraus Handlungsempfehlungen ab (mögliche Fragestellungen: Wer
8 hat bereits ein Mandat ausgeübt? Welche Erfahrungen gibt es? Was brauchen Genoss*innen mit
9 Teilhabebeschränkungen, um kandidieren zu können? Was können wir als Partei tun, um diese
10 Genoss*innen zu stärken?);

11 3 In Anerkennung der Tatsache, dass es für Menschen mit Behinderungen aufgrund fehlender
12 Barrierefreiheit und immer noch bestehender Vorurteile besonders viele strukturelle Zugangsbe-
13 schränkungen gibt, ermutigen wir diese Genoss*innen, für Bundes-, Landes- oder Kommunalwahlen zu
14 kandidieren und auf allen Ebenen als Abgeordnete, Ehrenamtliche und Hauptamtliche tätig zu werden.
15 Um sie konkret zu unterstützen, stellen die entsprechenden Gremien den Genoss*innen mit Behinde-
16 rungen auf Wunsch ehrenamtlich einen Assistenten / eine Assistentin zur Seite, um solidarisch
17 behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen.

Begründung:

Zu 1 – In dem im September 2019 beschlossenen Teilhabekonzept bekennen wir uns - auf der Grundlage unseres Programms - zu einem weiten Inklusionsbegriff. Das heißt: Unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter ermöglicht die Umsetzung von Inklusion allen Menschen ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit. Für uns ist die Umsetzung dieses Menschenrechtes gleichbedeutend damit, eine gerechtere Gesellschaft für alle Menschen zu erkämpfen und die kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu überwinden. Unserer Überzeugung nach ist es deshalb wichtig, uns gegenüber den Wähler*innen klar zu Inklusion und gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen zu positionieren und unsere Bereitschaft zu zeigen, dafür die entsprechenden Strukturen schaffen zu wollen. Ein Wahlplakat mit einer diesbezüglichen deutlichen Forderung wird dieses politische Anliegen befördern.

Zu 2 – Um herauszufinden, welchen Unterstützungsbedarf Genoss*innen mit Teilhabebeschränkungen tatsächlich haben, ist es wichtig herauszufinden, welche politischen Beteiligungsmöglichkeiten sie konkret wahrnehmen können, welche positiven und negativen Erfahrungen sie gemacht haben und was wir als Partei tun können, um diese Genoss*innen zu stärken.

Zu 3 – Auch wenn wir in unserem politischen Verständnis und unserem Handeln von einem weiten Inklusionsbegriff ausgehen, anerkennen wir gleichzeitig - ausgehend von der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) - dass es für Menschen mit Behinderungen besonders viele strukturelle Barrieren gibt, wenn sie sich parteipolitisch engagieren, ein gewähltes Amt ausüben und dafür kandidieren wollen – vor allem, wenn sie in irgendeiner Weise in Sonderstrukturen leben, arbeiten und / oder wohnen. Obwohl es in den letzten Jahren bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Fortschritte gegeben hat, etwa bei der Herstellung barrierefreier Kommunikation (Leichte Sprache, Gebärdensprache usw.), ist die politische Infrastruktur und politische Kultur immer noch nicht hinreichend darauf eingerichtet, Menschen mit Behinderungen in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und ihnen ihr Selbstvertretungsrecht zuzugestehen. Als LINKE sehen wir uns in der Pflicht, solidarisch miteinander umzugehen und Barrieren abzubauen.

Antrag:

G.22.

Antragsteller/innen:

KV Odenwald, Unterstützer*innen: Katja Mitteldorf (MdL), Dennis Heiermann (BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Anna Westner (solid), Natalie Prautsch (solid)

Der Parteitag möge beschließen:

1 Depression ist kein Modewort

2 »Ich kann auch gut verstehen, dass man verrückt wird
3 Wenn man daran denkt, dass man sein Leben lang nur schuftet
4 Und wer irgendwann nicht krank wird vor Gedanken
5 Ist am Ende vielleicht kränker als die angeblichen Kranken«
6 *Antilopen Gang, Patientenkollektiv*

7 Psychische Krankheiten sind ein Thema, das in unserer Gesellschaft viel zu häufig gemieden wird,
8 dabei sind die Entwicklungen fatal. So geht beispielsweise die Stiftung Deutsche Depressionshilfe von
9 ca. zwei von Depressionen betroffenen Kindern pro Klasse aus. Während der Corona-Krise verschlim-
10 merte sich die Situation noch einmal. Beengte Räume, Isolation und schulischer Druck sorgten für
11 eine Verdopplung des Risikos für psychische Auffälligkeiten. Auch Erwachsene sind betroffen. So liegt
12 laut einer Schätzung der WHO die Zahl an Depressionen Erkrankter bei 4,2 Millionen und an Angststö-
13 rungen erkrankter Menschen in Deutschland bei 4,6 Millionen^[1].

14 Das bestehende System setzt uns immer wieder unter enormen Leistungs- und Anpassungsdruck.
15 Hält man nicht mit oder bricht man unter diesem zusammen, beginnt für die Betroffenen oft das Rad
16 der Selbstzweifel, Kraftlosigkeit und nicht selten der Isolation. Deshalb dürfen wir das wirtschaftliche
17 und gesellschaftliche System in dem wir leben nicht außen vorlassen, wenn wir über die Ursachen
18 psychischer Krankheiten sprechen. Traumatische Erfahrungen wie Flucht, innerfamiliäre Katastro-
19 phen, Mobbing oder sexuelle Gewalt, sind weitere Auslöser psychischer Erkrankungen. Es gilt also, wo
20 das möglich ist, auch die Ursachen psychischer Krankheiten zu bekämpfen, aber stets mit dem
21 Bewusstsein, dass es auch Faktoren gibt, die außerhalb des Politischen liegen und bei denen nur gut
22 ausgebaute psychologische Betreuungsangebote helfen können.

23 Stigmatisierungen und Verharmlosung verhindern-Aufklärung und Sensibilisierung leisten

24 Ein enormes Problem im Umgang mit psychischer Gesundheit ist die Stigmatisierung Erkrankter und
25 die Verharmlosung der Krankheitsbilder. Depressionen beispielsweise gehören nicht nur zu den
26 häufigsten, sondern mit Blick auf ihre Schwere auch zu den am meisten unterschätzten Krankheiten.
27 Oft werden psychische Krankheiten zu spät erkannt, da sowohl die breite Kenntnis über die Sympto-
28 matik fehlt, als auch das Eingeständnis des aus der Rolle Fallens als Leistungsträger*in schwer ist.
29 »Ich darf keine Schwäche zeigen« ist in vielen Menschen ein tief verankertes Mantra, dass sie
30 Symptome ignorieren oder umdeuten lässt und dem nur mit umfassender Aufklärung entgegengetre-
31 tet werden kann. Durch mangelnde Sensibilisierung beim Thema psychische Gesundheit werden
32 Symptome auch vom persönlichen Umfeld als »kleines Motivationsproblem« oder »Wehwehchen«
33 abgetan und psychisch Kranke im schlimmsten Fall immer weiter abgeschottet. Aber genau dieser
34 Verlust von sozialem Austausch und Struktur verschlimmert die Symptome meist noch. Auch die
35 Stigmatisierung dieser Krankheiten, bspw. durch die Reduzierung Betroffener auf ihre Krankheit, ist
36 ein großes Problem, da Betroffene dadurch seltener über ihre Krankheit sprechen. Ein erster Schritt
37 zur Verbesserung der Situation der Betroffenen muss also eine stärkere Sensibilisierung des Themas
38 in Schule, Betrieb und Gesellschaft sein, deshalb fordern wir:

- 39 ■ umfassende, regelmäßige, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierte Informationskampagnen
40 für die breite Öffentlichkeit und Unternehmen, sowie eine regelmäßige Evaluierung dieser, um die
41 Effektivität zu verbessern und ein Verkommen als Werbemittel zu verhindern;
- 42 ■ die Verankerung der Aufklärung über psychische Krankheiten im Lehrplan;
- 43 ■ Präventiv: Resilienz und Umgang mit psychischem Druck als verpflichtender Teil des Lehrplans
44 oder in Betrieben als Fortbildung und Ähnlichem.

45 Schulen unterstützen!

46 Pubertät, Mobbing und Leistungsdruck: Schulen sind häufig ein Ort, der mit besonders hohen
47 psychischen Belastungen verbunden ist. Kein Wunder sind depressive Symptomatiken in keiner
48 Altersgruppe in Deutschland so weit verbreitet, wie bei den 18- bis 29-Jährigen^[2]. Lehrer*innen sind
49 häufig selbst enormen Belastungen ausgesetzt oder erkennen nicht, dass »etwas nicht stimmt«. Für
50 die Schüler*innen beginnt so häufig ein zunächst lange unbemerkter Leidensweg. Deshalb benötigen
51 Schulen nicht nur mehr Aufklärung, sondern auch ganz praktische Maßnahmen, um ein funktionieren-
52 des Zusammenspiel aus Schüler*innen, sensibilisierten Lehrer*innen und Psycholog*innen zu
53 ermöglichen. Hierfür ist Folgendes nötig:

- 54 ■ weitere Sensibilisierung von Lehrkräften auf diese Thematik hin bspw. über Weiterbildung. Hier
55 sollte auch Bezug auf den Leistungsdruck in der Schule und dessen Wirken auf psychische Krank-
56 heiten beleuchtet werden. Hier muss es möglich sein, individuell auf die Schüler*innen einzugehen
57 und zu entlasten. Aber auch eine Entlastung der Lehrkräfte muss angegangen werden, dass sie
58 überhaupt die Möglichkeiten haben zu helfen, denn auch Lehrer*innen sind durch zu große Klassen
59 und Unterbesetzungen des Kollegiums, sowie fachfremden Unterricht oft in einem Teufelskreis
60 gefangen;
- 61 ■ ein Konzept für Schulen zum Umgang mit psychischen Erkrankungen, das von einem Expertengre-
62 mium erstellt werden soll und sowohl Betroffene als auch Umfeld miteinbeziehen soll;
- 63 ■ Sichere und erreichbare Ansprechpartner*innen;
- 64 ■ Um eine Betreuung auch gewähren zu können, muss der Betreuungsschlüssel steigen, um die Zahl
65 der Schulpsycholog*innen zu erhöhen und so mehr Förderung, Antimobbingaktionen, Klassenbe-
66 suche zu ermöglichen und nicht zuletzt die teilweise ewigen Wartezeiten zu verkürzen;
- 67 ■ Familiencoachings für Familien von psychisch erkrankten Jugendlichen als Krankenkassenleistung
68 aufzunehmen.

69 Zusammenhänge erkennen-Arbeitswelten umgestalten

70 Dutzende Überstunden, ständig auf Abruf, Kurzarbeit: Das alles sind Faktoren, die den Arbeitsalltag
71 vieler Menschen heute maßgeblich bestimmen und zu einer neuen Normalität herangewachsen sind.
72 Stress und Druck bleiben nicht die einzigen Folgen, auch die Zahl psychischer Krankheiten steigt und
73 Burnout mutiert zur neuen Volkskrankheit. Das gleiche bewirkt die Arbeitsverdichtung und die zu
74 dünne Personaldecke im öffentlichen Dienst, die auch zu enormer mehr Belastung für Pfleger*innen
75 führt und die Behandlung der Patient*innen verschlechtert. Die Unsicherheit, Überlastung und
76 fehlende Planbarkeit im Rahmen der gnadenlosen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, sorgen bei in
77 Leih- und Kurzarbeit Beschäftigten zu einer Verschlimmerung von psychischen Krankheiten^[3]. Eine
78 langfristige Maßnahme sollte deshalb endlich die Abschaffung von Leiharbeit sein. Kurz- und Mittel-
79 fristig halten wir folgende Maßnahmen für sinnvoll:

- 80 ▪ eine Anti-Stress-Verordnung, um Überbelastungen vorzubeugen und zu besserem Stress-
81 Management zu verhelfen;
- 82 ▪ regelmäßige Kontrollen durch die Gewerbeaufsichtsämter;
- 83 ▪ erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei Fragen der Gestaltung und Organisation der Arbeit, um
84 beispielsweise bei Arbeitsverdichtung und Personalmangel aktiv werden zu können. Auch mehr
85 Einfluss auf wirtschaftliche und strategische Ausrichtung muss Teil dieser Mitbestimmungsrechte
86 werden.
- 87 ▪ Eine verbindliche, bundesweit einheitliche Personalbemessung für Krankenhäuser, ambulante
88 Versorgung, Pflegeheime und häusliche Pflege. In diesem Zusammenhang muss auch die Attrakti-
89 vität dieser Berufe durch höheren Lohn und höhere Besetzung gesteigert werden. Fachkräfte
90 dürfen in diesem Bereich keine Mangelware bleiben!
- 91 ▪ Das Ende von 40h-plus-Arbeitswochen (30-Stunden-Wochen bei vollem Lohnausgleich einführen);
- 92 ▪ eine klare Trennung von Arbeits- und Freizeit, sowie eine Verminderung der Wochenend- und
93 Schichtarbeit auf ein unvermeidbares Ausmaß. Hilfreich kann hier bspw. auch sein, tägliche
94 Schichtwechsel zu vermeiden, um den Biorhythmus zu schonen.

95 Von der Diagnose bis zur Behandlung-Möglichkeiten ausbauen!

96 Aber nicht nur was den gesellschaftlichen und schulischen Umgang mit psychischen Krankheiten
97 angeht, liegt einiges im Argen, sondern auch im Rahmen der akuten Behandlung. Oft dauert es nicht
98 nur Monate bis eine Diagnose vorliegt, sondern auch die Wartezeit für eine ambulante Behandlung
99 streckt sich häufig. Bis man zu einer Sprechstunde vorgedrungen ist, dauert es häufig 4 Wochen, die
100 Auswahl ist klein und die Wege häufig sehr lang. Der Zugang zu weiteren Stundenkontingenten bei
101 anhaltenden Symptomen ist häufig schwierig. Besonders für gesetzlich Versicherte gibt es häufig
102 einfach nicht genug Behandlungsplätze, da die Quote an Psychotherapeut*innen und Psycholog*innen
103 zu niedrig ist. Um diesen Problemen entgegen zu treten, fordern wir daher:

- 104 ▪ mehr Aufklärung darüber, wie man an eine Sprechstunde kommt und welche Möglichkeiten man
105 dafür hat;
- 106 ▪ verpflichtende Stellen, gemessen an der Zahl der Mitarbeiter, für öffentliche Einrichtungen mit
107 einem attraktiven Lohn;
- 108 ▪ mehr öffentliche Beratungs- und Vermittlungsstellen für Betroffene;
- 109 ▪ die bedarfsorientierte Erhöhung, der Anzahl an psychiatrischen Kliniken und Therapeut*innen,
110 auch mit Blick auf Angebote für nichtdeutsche Muttersprachler*innen;
- 111 ▪ die Verkürzung der Wartezeit für eine fortlaufende ärztliche oder psychotherapeutische Ambulante
112 Behandlung psychischer Erkrankungen.

113 Rechte von Betroffenen stärken!

114 Psychisch Erkrankte haben aber leider nicht nur mit ihrer Krankheit und schlechter Versorgung zu
115 kämpfen, sondern auch mit einer teilweise unsicheren und diskriminierenden Rechtslage. Ein häufiges
116 Problem ist hier unter anderem, dass Patient*innen die Akteneinsicht verwehrt werden. Die Aberken-
117 nung solch elementarer Grundrechte ist nicht vertretbar, hier braucht es dringend Hilfe. Aber auch im
118 Allgemeinen müssen Psychisch Erkrankte besser über ihre Behandlung und ihrer Rechte informiert
119 werden. Wichtig ist daher:

- 120 ▪ umfassende Aufklärung der Patient*innen über ihre (Selbstbestimmungs-)Rechte, sowie Schulun-
121 gen für Mitarbeiter*innen psychiatrischer Kliniken zu diesem Thema;
- 122 ▪ Assistenz für Menschen mit psychischen Erkrankungen, so dass nicht immer gleich eine Betreuung
123 eingerichtet wird;
- 124 ▪ bedarfsdeckende Beratungen für psychisch Erkrankte und deren Familie, durchgeführt durch den
125 lokalen SPD_i (Sozial Psychiatrischer Dienst) und häufigere Hinweise auf diesen;
- 126 ▪ Ausbau des ambulanten Hilfesystems insbesondere durch Krisendienste, die täglich 24 Stunden
127 erreichbar sind, zur Krisenbewältigung vor Ort kommen und eine Krisenpension anbieten für alle
128 Menschen in psychischen Krisensituationen;
- 129 ▪ leitliniengerechte Behandlung der psychischen Erkrankungen muss in jedem Fall erfolgen,
130 Patient*innen müssen dazu aufgeklärt, Fachkräfte geschult und verpflichtet werden;
- 131 ▪ psychotherapeutische Leistungen müssen allen unabhängig vom Versichertenstatus zur Verfügung
132 stehen;
- 133 ▪ eine Aufnahme von Verständigung in einer nichtdeutschen Muttersprache als Krankenkassenlei-
134 stung.

135 Psychiatrie mit genügend Personal und ohne Zwang!

136 Bereits 2018 schlugen Beschäftigte der Psychiatrien während der ver.di-»Aktionstage für Psych-PV
137 plus« Alarm: Die Personalausstattung sei viel zu niedrig und menschliche Psychiatrie bleibe auf der
138 Strecke. Getan hat sich eher wenig. Aber das sorgt nicht nur dafür, dass sich ca. Dreiviertel aller
139 Beschäftigten in psychiatrischen Einrichtungen nicht vorstellen können dort bis zur Rente zu arbeiten,
140 sondern auch dafür, dass vermeidbare Zwangsmaßnahmen aus Personalmangel trotzdem durchge-
141 führt werden^[4]. Um die Situation in den Psychiatrien zu beruhigen und die Behandlungen weiterzuent-
142 wickeln, halten wir folgende Maßnahmen für nötig:

- 143 ▪ Mehr Fach- und Pflegekräfte in der Psychiatrie nach einer wissenschaftlich entwickelten Psychiatrie-
144 Personalverordnung. Mindestens sollten die Forderung von Ver.di nach der Psychiatrie-PV-plus
145 realisiert werden^[5].
- 146 ▪ Schaffen einer neuen Psychiatriereform, die die Kliniken in Einheiten auflöst und Menschen
147 Sicherheit in psychischen Krisensituationen anbietet, ohne sie gleich stark medikamentös zu
148 behandeln. Stattdessen sollte es ein größeres Angebot an Psychotherapie, Soteria, Open Dialog
149 und Ähnlichem geben.
- 150 ▪ Reduzierung bis zur Abschaffung aller Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen und somatischen
151 Kliniken.

152 Veränderung fängt bei uns an!

153 Auch in unserem parteiinternen Zusammenleben achten wir darauf, Genoss*innen mit psychischen
154 Krankheiten nicht nur eine Teilhabe an der Parteiarbeit zu ermöglichen, sondern diese auch möglichst
155 einladend zu gestalten und wenn nötig Strukturen anzupassen oder zu verändern. Gemeinsam wollen
156 wir ein gesellschaftliches Umdenken anstoßen! Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen sollen,
157 statt gebrandmarkt zu werden, in der Partei DIE LINKE ihren individuellen Platz finden können.

158 ^[1] Ärzteblatt, 27.Februar 2017 »WHO: Millionen leiden an Depressionen«

159 ^[2] RKI, 2013 »Prävalenz von depressiver Symptomatik und diagnostizierter Depression bei Erwachsenen in
160 Deutschland«

161 ^[3] Ärztezeitung, 14.3.2012 »Leiharbeit geht auf die Gesundheit«

162 ^[4] <https://gesundheit-soziales.verdi.de/mein-arbeitsplatz/psychiatrie/++co++689d4184-d492-11e9-a6f7-525400f67940>

164 ^[5] <https://gesundheit-soziales.verdi.de/mein-arbeitsplatz/psychiatrie/++co++f9d4d82c-b99d-11e7-9aa3-525400f67940>
165

Begründung:

Psychische Gesundheit ist eines der wichtigsten Themen unserer Zeit, dass mit Corona noch an Relevanz hinzugewonnen hat, unsere Beschlusslage ist jedoch sehr mager. Sowohl eine ausführliche Beschlusslage, als auch eine Sensibilisierung der Genoss*innen durch diesen Antrag ist deshalb dringend nötig.

Antrag: **G.23.**

Antragsteller/innen: Christine Hein

Der Parteitag möge beschließen:

1 Verbot von Großbordellen und Prostitution

- 2 1. Antrag: Sofortiges Verbot von Großbordellen entlang der Grenze zu Frankreich und das Großbordell
- 3 in Stuttgart und weiterer Großbordelle.
- 4 2. Und Verbot der Prostitution in ganz Deutschland nach dem nordischen Modell

Begründung:

Begründung Antrag 1 und 2: Im Saarland sind in den letzten Jahren entlang der Grenze Großbordelle entstanden, weil in Frankreich die Prostitution vor einigen Jahren verboten wurde. So ist das Saarland zu einem Sextouristenland nicht nur für Franzosen heruntergekommen. Ganz Deutschland gilt schon seit Jahren aufgrund seiner labilen Prostitutionsgesetze, die die Prostitution 2002 zu einem normalen Beruf aufgewertet hatten und somit Tür und Tore für illegale internationale Sexgeschäfte eröffnete hatte als Paradies für den internationalen Sextourismus.

Dabei ist das Saarland in den letzten Jahren als »Bordellland« zunehmend zu eines der attraktivsten Hauptanziehungspunkte für internationale Sexkäufer geworden. Dies stellt eine moralische Bedrohung für die saarländische Bevölkerung dar und insbesondere für die saarländischen Frauen. Aber auch für alle Menschen entlang der Grenze zu Frankreich.

Zu 1: Daher fordern wir die sofortige Schließung der Großbordelle entlang der Grenze aller Bundesländer zu Frankreich. Die Schließung des ersten Großbordells in Stuttgart und das Verbot weiterer Großbordelle.

Zu 2: Außerdem ist die logische Schlussfolgerung aufgrund dieses immer weiter expandierenden Ausmaß an frauenverachtendem Frauenhandel und Handel mit dem Frauenkörper im Allgemein das Verbot der Prostitution nach dem nordischen Modell.

Frankreich und andere Europäische Länder sind hier Vorbild und haben diese Modelle längst erfolgreich durchgesetzt.

In Deutschland ist noch nichts passiert. DIE LINKEN in Deutschland hätten die Chance hier eine Vorreiterrolle zu spielen und diese auch endlich auch wahrzunehmen. Zumal immer wieder behauptet wird, DIE LINKE sei die frauenfreundlichste Partei. Dafür sollte sie auch deutliche Signale setzen.

Antrag:

G.24.

Antragsteller/innen:

LINKS*KANAX, Rezan Aksoy, Ender Atakul, Belma Bekos, Yasin Bölme, Ongoo Buyanjargal, Hamze Bytyci, Melrose Caramba-Coker, Nadja Charaby, Jules El-Khatib, Elif Eralp, Erkin Erdoğan, Gizem Fesli, Lena Saniye Güngör, Ateş Gürpınar, Igor Gvozden, Pazhareh Heidari, Efsun Kızılay, Ferat Kocak, Sofia Leonidakis, Luigi Pantisano, Moheb Shafaqyar, Nilufar Shahla, Medine Yıldız, Helena Zhodi

Der Parteitag möge beschließen:

1 Für eine migrantische und antirassistische LINKE

2 Deutschland ist geprägt von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen, sie
3 haben es mit aufgebaut und gestalten es -teilweise seit Jahrzehnten- mit und machen es zu dem was
4 es ist - eine lebendige, vielfältige Einwanderungsgesellschaft. Dennoch werden Menschen mit
5 Migrationsgeschichte und Rassismuserfahrung beim Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt
6 diskriminiert, haben schlechtere Bildungschancen und machen oft zu Niedriglöhnen die Arbeit, für die
7 sich sonst niemand bereit erklären würde. Zu oft müssen sie illegalisiert leben. Gerade während der
8 Corona-Pandemie waren es viele von ihnen, die weiter außerhalb von Home-Office gearbeitet haben,
9 sei es an der Kasse beim Supermarkt, als Pflegekraft, Reinigungspersonal oder in Ausbeutungsver-
10 hältnissen in der Fleischindustrie und der Spargelernte.

11 Dieser strukturelle Rassismus muss auf allen Ebenen bekämpft werden – im Staat und in der
12 Gesellschaft. Zugleich sind Migrant*innen und Menschen mit Rassismuserfahrung Teil von Gewerk-
13 schaftskämpfen, von sozialen Bewegungen, lokalen Initiativen und in Mig-
14 rant*innenselbstorganisationen, in Black People und People of Colour (BPoC) Gruppen und vielem
15 mehr organisiert.

16 Gleiche Teilhabe Aller ist Ziel jeder linken Politik. Den Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben,
17 dass alle Menschen gleichermaßen teilhaben können und das neben Antifaschismus auch Antirassis-
18 mus zum gesellschaftlichen Grundkonsens gehören, möchten wir auch in unserer Partei leben. Daher
19 müssen wir auch für migrantischen Protest das Zuhause sein – das sind wir noch nicht ausreichend.

20 Diversität und Antirassismus selbst leben

21 DIE LINKE muss Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC nicht nur als Partner*innen und als
22 Teil der Arbeiter*innenklasse sowie als Teil der Partei begreifen, sondern auch den gemeinsamen
23 Kampf gegen Ausbeutung und Rassismus praktisch leben – vor Ort in Initiativen, Aktionsbündnissen,
24 in den Schulen und Betrieben, in den Universitäten und Kitas, überall. Denn nur gemeinsam können
25 wir eine Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft schaffen, in der die Menschen und nicht die
26 Profite von Wenigen zählen. Unsere gute Programmatik muss sich noch stärker in der täglichen Praxis
27 unserer Parteiarbeit wiederfinden. Das Ziel muss sein, in unserer Partei mindestens so viele Menschen
28 mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene zu organisieren, wie ihr Anteil an der
29 Bevölkerung in Deutschland ist, der derzeit ungefähr bei einem Viertel liegt. Laut einer aktuellen
30 repräsentativen Neumitgliederbefragung der Bundespartei liegt der Anteil der Menschen mit Migrati-

31 onsgeschichte derzeit bei 9,9 Prozent. Das ist noch viel zu wenig. Für eine bessere migrantische
32 Ansprache ist es wichtig mit Themen präsent zu sein, die sie alltäglich betreffen. Das sind neben
33 gerechten Löhnen, bezahlbaren Mieten, ausreichend Kitaplätzen und Chancengleichheit an Schulen
34 auch Fragen von politischer Teilhabe, wie beim Wahlrecht und auch am Arbeitsleben wie beispielswei-
35 se beim Zugang zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst.

36 Neben dem in der Gesellschaft tief verankerten Antisemitismus sind auch der grassierende antimus-
37 limische und antischwarze Rassismus und Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze sowie andere
38 Rassismen, von dem sie betroffen sind, stärker zu thematisieren und zu bekämpfen. Diese sind in den
39 Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, in der eine erstarkende Rechte und ihre
40 gewalttätigen Freunde immer mehr Raum für sich und ihre Hetze in Anspruch nehmen. Das haben
41 nicht zuletzt die Anschläge von Halle und Hanau sowie beispielsweise die rechtsextreme Anschlagss-
42 erie im Berliner Stadtteil Neukölln oder auch die Drohschreiben des NSU 2.0 an Genoss*innen und an
43 andere gegen Rechts engagierte Menschen, schmerzhaft verdeutlicht.

44 Sinn und Zweck einer höheren Beteiligung von Migrant*innen und BPoC in der Partei ist dabei keine
45 sogenannte reine »Identitätspolitik«. Es geht vielmehr darum, die Perspektive für unterschiedliche
46 Formen der Unterdrückung und Diskriminierung und der kapitalistischen Ausbeutung zu erweitern und
47 sie zusammenzuführen. Überzeugende und glaubwürdige antirassistische Politik kann sich nicht mit
48 »Stellvertreterpolitik« begnügen. Sie muss Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, als
49 gleichwertige politische Subjekte erachten und sie an der politischen Macht in ihren eigenen Reihen
50 teilhaben lassen. Weil es nicht um reine Symbolik und legitime Identitätspolitik geht, bedeutet das
51 zugleich die Bereitschaft, eine damit einhergehende Verschiebung von inhaltlichen Standpunkten
52 anzunehmen und Bisheriges kritisch zu hinterfragen, statt das bestehende politische Programm bloß
53 »ein bisschen diverser« vorzutragen.

54 Ziel der LINKEN ist es, eine offene und gerechte Gesellschaft zu erkämpfen – ohne Ausbeutung und
55 Rassismus. Dazu gehört, dass Menschen, die von Rassismus betroffen sind, in den Medien, Publikati-
56 onen und Veranstaltungen unserer Partei zu Wort kommen – und zwar zu allen Themen, nicht nur zu
57 Rassismus oder Migration. Eine gezielte Ansprache und aktive Mitgliedergewinnung ist -wie auch
58 sonst- vonnöten. Die Zusammenarbeit mit migrantischen Vereinen ist hierfür die Voraussetzung. Das
59 geschieht vielerorts in der Partei schon, aber noch nicht ausreichend.

60 Gerade jetzt ist die Bereitschaft für antirassistische Themen zusammenzukommen vielerorts in der
61 Gesellschaft groß. Die Landes-, Kreis- und Bezirksverbände sollten vor Ort ermitteln, welche migranti-
62 schen Verbände, Migrant*innenselbstorganisationen, neuen deutschen Organisationen aufgesucht
63 werden können, um mit ihnen in den Austausch zu treten. Sie und Bewegungsakteur*innen wie
64 beispielsweise die vielen bundesweiten Black Lives Matter- oder Migrantifa-Gruppen sollten, wenn
65 auch von ihnen gewünscht, in Mitgliederversammlungen eingeladen und ihre Initiativen unterstützt
66 und gemeinsame Aktionen angeregt werden. Migrantische Orte müssen für LINKE Veranstaltungen
67 angemietet und, wenn dort auch gewünscht, stärker für Austausch, Mitglieder- und Wahlwerbung
68 aufgesucht werden – von dem selbstorganisierten migrantischen Café oder Kulturverein von nebenan
69 bis zur Shishabar und dem Boxclub um die Ecke. Parteiveranstaltungen sind verstärkt in migrantische
70 Viertel zu verlegen, in denen zugleich meist überproportional Arbeiter*innen und Menschen unter
71 prekären Bedingungen leben. Sie sind, sowie ebenfalls Basistreffen, Parteipublikationen und -
72 webseiten in verschiedenen Sprachen und barrierefrei zu gestalten, um Barrieren zum Mitmachen für
73 Alle zu senken. Dabei ist es auch sehr wichtig eine Überakademisierung der Sprache zu vermeiden.
74 Der Bundespartei Vorstand unterstützt die Landesverbände bei diesen Maßnahmen, sammelt und
75 dokumentiert die Erfahrungen aus den verschiedenen Bundesländern und organisiert in regelmäßigen
76 Abständen einen Austausch zwischen Genoss*innen aus den verschiedenen Landesverbänden.

77 Die Partei muss sich zudem bemühen, Begegnungsräume und Orte der gemeinsamen politischen
78 Praxis zu schaffen, sie kann beispielsweise lokale Organizingprojekte zur Mietenfrage in migrantischen
79 Kiezen unterstützen. Die Büros der LINKEN und ihrer Abgeordneten sind zu Begegnungsstätten zu
80 entwickeln. Dafür sollte die Bundespartei weiter Vorschläge entwickeln und best practice Beispiele

81 sammeln und den Bundestagsabgeordneten sowie den Landesverbänden unterbreiten. Um eine
82 Ansprechbarkeit vor Ort zu sichern sind Rechts- und Sozialberatungen in den Büros und das Mitwirken
83 an Nachbarschaftsfesten entscheidend. Das Programm auf LINKEN Festen muss vielfältig sein, es
84 sollte nicht nur Verköstigung aus aller Welt geben, sondern vor allem das politische und kulturelle
85 Programm sollte divers sein.

86 Vielfalt in der Partei fördern

87 Der Parteivorstand soll die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen in den Landesverbänden
88 anregen und unterstützen, um Rassismus und Diskriminierung in den eigenen Reihen aufzuklären und
89 zu verhindern. An diese können sich dann Parteimitglieder vor Ort vertrauensvoll wenden, wenn sie
90 Rassismuserfahrungen in der Partei machen. Dabei sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen
91 selbstverständlich einzuhalten. Die gesamte Bundespartei, aber insbesondere der Parteivorstand,
92 trägt dafür Verantwortung, dass antimigrantische Positionen in der Partei, ob an der Spitze
93 oder Basis, keinen Platz haben und muss diesen entschlossen entgegen treten.

94 Der Parteivorstand muss zudem ein Konzept und eine Strategie zur Stärkung von Diversität in der
95 Partei entwickeln. Auf diesen Weg hat sich die Bundespartei bereits seit Kurzem begeben, was sehr zu
96 begrüßen ist. Unter Federführung des Bundesgeschäftsführers hat der Parteivorstand bereits einen
97 Austausch im Rahmen von virtuellen Konferenzen zwischen, in verschiedenen Landesverbänden
98 aktiven Genoss*innen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, organisiert. Die erste bundesweite
99 Konferenz dazu wird zum Zeitpunkt des Bundesparteitags bereits stattgefunden haben. Die Ergebnisse
100 dieser Konferenz werden von entscheidender Bedeutung sein. Als LINKS*KANAX schlagen wir vor,
101 dass der Parteivorstand ein Gremium ins Leben ruft, indem dieser ebenso wie die Landesverbände
102 und migrantische Expert*innen aus der Partei eingebunden werden. Dieses Gremium kann eine
103 kontinuierliche Befassung mit dem Thema sicherstellen und trägt Sorge dafür, dass die Strategie zu
104 einer besseren migrantischen Ansprache und mehr Teilhabe und Repräsentanz umgesetzt wird. Es
105 koordiniert und entwickelt die notwendigen Maßnahmen weiter. Auch der neue Parteivorstand muss
106 dafür weiterhin personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen. Der neue Parteivorstand
107 wird zudem damit beauftragt Modelle zu erarbeiten, wie ein Plenum für von Rassismus betroffene
108 Genoss*innen im Rahmen des folgenden Bundesparteitages durchgeführt werden kann, um sich
109 austauschen und vernetzen zu können.

110 Der Parteivorstand sollte für seinen Einflussbereich Genoss*innen die Teilnahme und Finanzierung von
111 antirassistischen Schulungen und Empowermentseminaren anbieten. Ein Leitfaden für diskriminie-
112 rungsfreie Sprache ist zu entwickeln, der sich an Mandatsträger*innen und das Spitzenpersonal der
113 Partei, das den besten Zugang zu Öffentlichkeit hat, aber auch an alle anderen Funktionsebenen der
114 Partei und ihre Beschäftigten sowie alle Parteimitglieder richtet. Um auch eine migrantische Partei zu
115 sein, muss Diversität neben der Mitgliedschaft auch in allen Funktionsebenen, Gremien, Mandaten
116 und Wahllisten stattfinden, worauf der Parteivorstand hinzuwirken hat. Ziel muss die Repräsentanz
117 und Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffenen sowie allen
118 anderen von struktureller Ausgrenzung betroffenen Gruppen mindestens entsprechend ihrem Anteil
119 an der Bevölkerung in Deutschland sein. Das schließt auch Menschen ein, die wegen ihres sozio-
120 ökonomischen Hintergrunds, ihrer sexuellen Orientierung oder Identität, ihres Alters oder ihrer
121 Behinderung in unserer Gesellschaft diskriminiert werden. Mehr Repräsentanz und Teilhabe von
122 Rassismus Betroffenen auf allen Ebenen war auch eine der zentralen Forderungen vieler Mig-
123 rant*innenselbstorganisationen nach dem Anschlag von Hanau.

124 Der Parteivorstand soll eine Arbeitsgruppe bilden, die innerhalb der gesamten Partei, unter Einbezie-
125 hung der Landesverbände und aller relevanten Akteur*innen sowie von migrantischen Expert*innen in
126 und außerhalb der Partei, die Debatte darüber organisiert, wie wir effektiv zu mehr Teilhabe und
127 Repräsentanz in der Partei kommen. Verschiedene Maßnahmen sollen ermittelt und diskutiert und ein
128 Strategiekonzept entwickelt werden. Das zu bildende Gremium soll anschließend für die Umsetzung
129 des Konzepts Sorge tragen und Maßnahmen weiterentwickeln. Um einen Überblick zu bekommen sind
130 zudem die beschriebenen Zuschreibungen bei allen Personen in Ämtern und Mandaten von der Partei

131 anonym und auf freiwilliger Basis abzufragen sowie im Rahmen einer aktualisierten repräsentativen
132 freiwilligen und anonymisierten Mitgliederbefragung. Außerdem sollte auch für die Einstellung von
133 Mitarbeiter*innen bei allen Beschäftigungsverhältnissen der LINKEN und ihren Mandatsträger*innen
134 gelten, dass neben der Gleichstellung von Frauen und von Minderheiten auch Diversität insgesamt
135 sichergestellt wird und von Rassismus Betroffene entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil repräsen-
136 tiert sind.

137 Antirassistische Themen nach vorne bringen

138 Es ist unverzichtbar, dass wir öffentlich sichtbarer mit Themen werden, die uns alle aber Menschen
139 mit Migrationsgeschichte und mit Rassismuserfahrung besonders betreffen. Das gilt allgemein für
140 künftige Kampagnen der Partei und vor allem für die kommende Bundestagswahlkampagne 2021, bei
141 der mindestens eines der Fokusthemen migrantischer Art sein sollte. Hierzu sollten wir uns als Partei
142 verstärkt den Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationsgeschichte und BPOCs widmen. Vor
143 allem ist während der Corona-Krise deutlich geworden, dass sie unter unmenschlichen Ausbeutungs-
144 verhältnissen arbeiten müssen. Der Anteil der migrantischen Beschäftigten ist im Niedriglohnsektor
145 sowie in anderen unsicheren Arbeitsverhältnissen am höchsten. Das sind auch Bereiche wie die
146 Spargelernte oder Fleischindustrie, bei denen der Arbeitsschutz oft am schwächsten ist. Aber auch
147 viele kleine Läden werden von Menschen mit Migrationsgeschichte betrieben und kämpfen derzeit
148 überall in Deutschland aber gerade in den Ballungszentren ums Überleben und gegen Verdrängung.
149 Das muss daher eines der zentralen Aktions- und Kampagnenfelder der LINKEN werden. Eine enge
150 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollte dabei angestrebt werden. Die Pflege- und Mieten-
151 kampagne der Partei bieten dafür sehr gute Anknüpfungspunkte. Darüberhinaus muss eine solidari-
152 sche LINKE an der Seite derjenigen Menschen stehen, denen ihre Rechte verweigert werden und
153 deren Situation sich während der Corona-Pandemie noch verschärft hat. Daher bedarf es einer
154 Legalisierungskampagne für illegalisierte Menschen. Die Losung das kein Mensch illegal ist und die
155 programmatische Forderung nach offenen Grenzen für alle Menschen sind für uns wesentlich. Aktuell
156 muss DIE LINKE weiter für die Aufnahme von Geflüchteten aus den europäischen »Hotspots« und
157 gegen das menschenverachtende Grenzregime der EU, an dem sich Deutschland maßgeblich beteiligt,
158 kämpfen und das Thema immer wieder in die öffentliche Debatte einbringen, beispielsweise auch
159 durch Delegationsreisen, vor allem des Spitzenpersonals zu den Elendslagern. Viele Parteimitglieder
160 engagieren sich in ihrem Landesverband und ihren Kiezen gemeinsam mit den Betroffenen für die
161 Belange geflüchteter Menschen und eine bessere soziale und politische Teilhabe. Das verdient auch
162 weiterhin die Unterstützung der Partei. Die Forderung nach mehr Teilhabe und Repräsentanz von
163 Rassismus Betroffenen in der gesamten Gesellschaft sollte auch durch konkrete Gesetzesvorschläge
164 untermauert werden, wie beispielsweise durch ein Bundesteilhabegesetz. Kampagnen zum Wahlrecht
165 für Alle sind durch die Bundespartei anzustreben, das bietet sich insbesondere für den Bundestags-
166 wahlkampf 2021 an.

167 Strukturellen Rassismus bekämpfen

168 Der Polizeimord an George Floyd in den USA hat die Black Lives Matter-Bewegung wiedererstarkt
169 dieses Mal weltweit. Die globalen Proteste, die Millionen von Menschen auf die Straße gebracht
170 haben, richten sich gegen strukturellen Rassismus und fordern eine gerechte Gesellschaft. Auch
171 vielerorts in Deutschland sind Menschen auf die Straße gegangen. Während nach der großen
172 Willkommensbewegung 2015 die Stimmung zunehmend von einem rassistischen Zeitgeist geprägt
173 wurde, ist seit der globalen Klimabewegung, ein weiteres linkes Thema inmitten von gesellschaftlichen
174 Diskursen gerückt. Das Thema Antirassismus. Endlich! Es ist notwendig antirassistische Positionen
175 und Diskurse inmitten eines gleichzeitigen globalen Rechtsrucks nicht nur zu verteidigen, sondern
176 offensiv zu stärken. Die Black Lives Matter-Bewegung gibt dem Kampf gegen Rechts massive
177 Rückendeckung und eine gesellschaftliche Basis, die die Partei darin bekräftigt, das Thema Antiras-
178 sismus aktiv und offensiv zu behandeln statt auf einen rechten Rollback defensiv und reaktiv zu
179 reagieren oder gar Positionen aufzuweichen.

180 DIE LINKE muss bei der Unterstützung von bestehenden progressiven gesellschaftlichen Positionen in
181 diesen Themenfeld Vorreiterin sein, Forderungen aus den Bewegungen aufnehmen und als Partei auch
182 Impulsgeberin für gesellschaftlich fortschrittliche neue Perspektiven sein.

183 Die Zeit ist gekommen, konsequent und offensiv für weitreichende antirassistische Forderungen zu
184 kämpfen und sie durchzusetzen. Beispielsweise das »racial profiling« im Rahmen von anlasslosen
185 polizeilichen Kontrollen, von dem vor allem schwarze Menschen und migrantische Jugendliche
186 betroffen sind, steht zu Recht stark in der Kritik. Hieran muss DIE LINKE anknüpfen und ein Verbot
187 dieser Polizeipraxis öffentlichkeitswirksam fordern und die Funktion der Polizei als Instrument zur
188 Sicherung der bestehenden kapitalistischen und in Teilen rassistischen Ordnung benennen.

189 Der strukturelle Rassismus in allen Bereichen ist noch stärker öffentlich zu thematisieren. Neben den
190 Sicherheitsbehörden betrifft das alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, genauso wie den
191 Wohn- oder Arbeitsmarkt. Wir bitten den Parteivorstand bei den Genoss*innen auf Landesebene
192 anzuregen, sich für Landesantidiskriminierungsgesetze und Zentrale Landesantidiskriminierungsstel-
193 len dort einzusetzen, wo diese noch nicht existieren.

194 DIE LINKE muss außerdem die koloniale Verantwortung Deutschlands immer wieder thematisieren
195 und sich für eine postkoloniale Erinnerungskultur und die Rückgabe von geraubter Kunst einsetzen.

196 Jetzt ist die Zeit gekommen weitreichende antirassistische Forderungen durchzusetzen und die Vielfalt
197 in der Gesellschaft noch stärker als Chance für die Parteiarbeit zu begreifen. Für eine Gesellschaft der
198 Vielen!

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag:

G.25.

Antragsteller/innen:

Linksjugend [‘solid]

Der Parteitag möge beschließen:

1 Bevorteilung von Homöopathie beenden!

2 DIE LINKE will eine solidarisch finanzierte und faktenbasierte Gesundheitsversorgung. Sie fordert
3 deshalb nicht nur ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin und eine gesetzliche Krankenversicherung, in die
4 alle einzahlen, sondern auch eine Erstattung aller nötigen Hilfsmittel – neben Rollstühlen etc. schließt
5 das auch Brillen, Kontaktlinsen und Zahnersatz mit ein, die bisher nicht oder nur in geringen Teilen
6 von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Mittel und Therapien, deren Wirkung nicht
7 nachgewiesen werden kann, sollen dagegen nicht von der Solidargemeinschaft finanziert werden,
8 sondern bei Wunsch privat bezahlt werden. DIE LINKE erkennt den wissenschaftlichen Konsens, dass
9 Homöopathie nicht über den Placeboeffekt hinaus wirkt, an und fordert deshalb:

- 10 ■ Eine Aufhebung der Sonderstellung von Homöopathie und anderen sogenannten »Besonderen
11 Therapierichtungen« durch das Arzneimittelgesetz, das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch und weitere
12 Rechtsvorschriften.
- 13 ■ Damit verbunden ein Ende der Sonderstellung von homöopathischen Mitteln im Registrierungs-
14 und Zulassungsverfahren für Arzneimittel und folglich die Anwendung der normalen Zulassungsvo-
15 raussetzungen (Nachweis von Wirksamkeit, Qualität und Unbedenklichkeit in wissenschaftlichen
16 Studien).

- 17 ▪ Den Entzug der Zulassung für bereits auf dem Markt befindliche Homöopathika bei Nichterfüllung
- 18 der neuen Zulassungsvoraussetzungen binnen eines Jahres.
- 19 ▪ Damit verbunden eine amtliche Gebührenordnung für homöopathische Behandlungen, die
- 20 regelmäßig an die realen, aktuellen Kosten angeglichen wird.
- 21 ▪ Ein Ende der Erstattung von Homöopathie und anderer nicht-evidenzbasierter Behandlungsmetho-
- 22 den durch die gesetzlichen Krankenkassen.
- 23 ▪ Eine klare Deklaration der Inhaltsstoffe homöopathischer Mittel und ihrer Konzentration mindes-
- 24 tens in deutscher Sprache sowie einen verpflichtenden Hinweis auf die nicht nachweisbare Wir-
- 25 kung über den Placeboeffekt hinaus.
- 26 ▪ Eine Verpflichtung zur Aufklärung der Patient_innen und Kund_innen über die fehlende Wirksam-
- 27 keit von Homöopathika über den Placeboeffekt hinaus vor dem Verkauf oder der Verschreibung
- 28 homöopathischer Mittel:
- 29 ▪ Eine regelmäßige stichprobenartige Überprüfung dieser Regelung durch eine unabhängige Behörde
- 30 sowie eine Geldstrafe bei Verstößen.
- 31 ▪ Mehr Aufklärung über grundlegende medizinische Themen wie Homöopathie, Impfungen oder
- 32 Organspende sowie eine Sensibilisierung für Esoterik, Anthroposophie und andere pseudowissen-
- 33 schaftliche oder kultische Bewegungen insbesondere an Schulen, im Medizin- und Pharmaziestudi-
- 34 um.

Begründung:

Homöopathie beruht auf dem Grundsatz, »Ähnliches mit Ähnlichem« zu behandeln: Ein Krankheits-symptom wird also mit der Substanz behandelt, die das gleiche Symptom bei einer gesunden Person hervorrufen kann. Diese – teilweise extrem giftige - Substanz wird dann im Verhältnis 1:10 bzw. 1:100 mit Wasser oder Alkohol vermischt und dann mindestens zehn »Schüttelschläge« gegeben. Das Schütteln soll dafür sorgen, dass »die heilende Energie aus der Substanz gelöst [wird]. Das Wasser wird informiert und bekommt so den Fußabdruck der Wirksubstanz«. Das nennt sich »Potenzierung« und das Mittel entspricht dann der Potenz D1 bzw. C1. Bei jedem weiteren Durchlauf erhöht sich die Potenz um eins. In einem homöopathischen Mittel der Potenz D6 ist unter einer Million Molekülen also noch ein Molekül des Wirkstoffes enthalten. Das fertige Mittel wird zumeist auf Zuckerkügelchen gesprüht – sogenannte Globuli.

In großen qualitativen Studien wurde mehrfach nachgewiesen, dass homöopathische Mittel nicht über den Placeboeffekt hinauswirken. Darüber hinaus können sie Patient_innen sogar gefährden, wenn sie bei gefährlichen oder chronischen Krankheiten statt wirksamer Medikamente eingesetzt werden und damit Symptome verschleppt werden. Dies sorgt nicht nur für ein unnötig langes Leiden, sondern kann auch dazu führen, dass eine Heilung gar nicht mehr möglich ist.

»Disclaimer: Claims based on traditional homeopathic practice, not accepted medical evidence. Not FDA evaluated.« (Deutsch: Behauptungen basierend auf traditioneller homöopathischer Praxis, keine nachgewiesene medizinische Wirkung. Nicht durch die Gesundheitsbehörde überprüft.) Diese Aufschrift findet man auf homöopathischen Mitteln in den Vereinigten Staaten von Amerika. In Deutschland muss der fehlende wissenschaftliche Wirkungsnachweis nicht ausgewiesen werden und es gibt es sogar Sonderregelungen, die Homöopathika gegenüber Therapien mit nachweisbarer Wirkung bevorzugen.

Seit der Arzneimittelreform in den 1970ern dürfen Medikamente in Deutschland nur zugelassen werden, wenn ihre Wirksamkeit, Qualität und Unbedenklichkeit in wissenschaftlichen Studien nachgewiesen sind. Im Arzneimittelgesetz wurden aber Ausnahmen für drei sogenannte »Besondere Therapierichtungen« festgeschrieben: Homöopathie, Phytotherapie und Anthroposophie. Deren Mittel benötigen keine Zulassung, sondern nur eine Registrierung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), um den Status als Arzneimittel zu erhalten.

Allerdings gibt es auch die Möglichkeit der Zulassung dieser Mittel. Das Zulassungsverfahren läuft aber deutlich anders ab als bei herkömmlichen Medikamenten: Über die Zulassung von Mitteln der »Besonderen Therapierichtungen« entscheiden eigens gebildete Kommissionen, in denen Vertreter_innen dieser Therapierichtungen sitzen. Diejenigen, die von der Therapie überzeugt sind entscheiden also selbst darüber, ob sie wirkt. Wissenschaftliche Studien und ein Wirksamkeitsnachweis sind erst dann notwendig, wenn die Mittel gegen schwere oder lebensbedrohliche Krankheiten helfen sollen. Dieser wissenschaftliche Wirksamkeitsnachweis wurde bundesweit bisher für kein einziges homöopathisches Mittel erbracht.

Seit der Änderung des Sozialgesetzbuches 2010 dürfen Gesetzliche Krankenkassen über den Umweg der Satzungsleistungen homöopathische Mittel bzw. andere Behandlungen ohne wissenschaftlich nachgewiesene Wirkung über den Placeboeffekt hinaus erstatten. Im Wettbewerb um gut verdienende Kund_innen wird hier also das Solidarprinzip aufgeweicht und diese Leistungen von allen Beitragszahlenden finanziert. Oft nicht erstattet werden dagegen Zahnersatz, Brillen, angemessene Rollstühle oder HPV-Impfungen bei Erwachsenen – alle mit nachgewiesenem Nutzen.

Das Ziel dieses Antrags ist es dabei nicht, Homöopathie zu verbieten. Vielmehr wollen wir dafür sorgen, dass Menschen über die fehlende Wirkung über den Placeboeffekt aufgeklärt werden und auf dieser Basis eine informierte Entscheidung treffen können, ob sie Homöopathika nutzen wollen oder nicht – und zwar auf eigene Kosten. Selbstverständlich kann der Entzug des Sonderstatus der »Besonderen Therapierichtungen« nicht alle Probleme im Gesundheitssystem lösen – für viele dieser Probleme hat DIE LINKE ja bereits gute Lösungsvorschläge gemacht –, aber er ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer evidenzbasierten Medizin.

Antrag:

G.26.

Antragsteller/innen:

Präsidium des Bundesausschusses

Der Parteitag möge beschließen:

1 **WAS UNS FEHLT? GESUNDHEIT und GEMEINEIGENTUM!**

- 2 Die Corona-Krise hat das Scheitern jahrzehntelang (finanz-)marktdevoter Regierungspolitik und auf
3 Superprofit getrimmter Sozial- und Gesundheitssysteme weltweit und für alle sichtbar offengelegt.
4 Das Virus macht zwar wenig Unterschied zwischen Arm und Reich, doch es trifft die ärmeren Länder
5 und Schichten am härtesten: diejenigen, die krank werden und um ihr Leben fürchten sowie diejeni-
6 gen, die den Job verlieren, überarbeitet oder allein sind. Die asozialen Raubzüge der Superreichen, das
7 Kranksparen ganzer Gesundheitssysteme und die Privatisierungen der Daseinsvorsorge wirken sich
8 nun in ihrer ganzen Rohheit aus. Die herrschenden Reaktionen auf Corona haben die beginnende
9 Wirtschaftskrise zu einer Wirtschaftskatastrophe werden lassen. Demokratie und Meinungsfreiheit
10 werden von den Regierenden schwer beschädigt. Die Konzern-Lobbyisten und -Medien fangen schon
11 wieder an, von der »schwarzen Null« zu schwärmen, Lohn- und Steuerdumping, Demokratie- und
12 Sozialstaatsabbau als Lösungen anzupreisen. Darum muss DIE LINKE mit neuer Kraft, mit allem
13 Verstand und mutiger Gegenöffentlichkeit für radikal-realistische Schlussfolgerungen und für größere
14 gesellschaftliche Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus kämpfen. Solidarisch: Für die Mehrheit!
15 Mit der Mehrheit!
- 16 1. Völkerfreundschaft und Zusammenarbeit statt NATO-Feindbilder! Ohne Frieden und internationale
17 Kooperation ist keine Krise der Welt lösbar. Schluss mit Kriegseinsätzen und Waffenexporten –
18 Nein zur NATO und dafür Stärkung der UN! Wir sagen nein zu Abschreckung, Aufrüstung und dem
19 2-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO. Wirtschaftssanktionen gegen jedwedes Land müssen beend-
20 et werden! DIE LINKE kämpft für eine Renaissance des Völker- und Menschenrechts, für solida-

- 21 rische Entwicklungszusammenarbeit, die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl und für den Aus-
22 bau der WHO. Statt der Bundeswehr gehört das demokratische Gemeinde- und Vereinswesen
23 gestärkt (THW, Feuerwehr, Rotes Kreuz, ziviler Friedensdienst usw.). Wir wollen Abrüstung, den
24 zivilen Umbau der Bundeswehr, den Abzug aller Atomwaffen und den Beitritt der Bundesrepublik
25 zum Atomwaffenverbotsvertrag der UN. Zusammen mit Millionen von Menschen weltweit schlie-
26 ßen wir uns UN-Generalsekretär Antonio Guterres an: »Sofortiger Waffenstillstand – weltweit!«
- 27 2. Krisengewinnler besteuern! Krisenkosten gehören gerecht verteilt. DIE LINKE streitet für die
28 Einführung einer einmaligen »Corona-Abgabe« für Krisengewinner wie Amazon, Apple, Facebook,
29 Big Pharma & Co. Es ist höchste Zeit für Steuererhöhungen für Superreiche durch eine Millionärs-,
30 Erbschafts- und Finanztransaktionssteuer.
- 31 3. Krisenschutz durch Gemeineigentums-Offensive! »Grund und Boden, Naturschätze und Produkti-
32 onsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung [...] in Gemeineigentum oder in andere
33 Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« (Art. 15 GG). Eigentum verpflichtet zu Allge-
34 meinwohl, Profitgier steht dem entgegen. DIE LINKE kämpft für eine öffentliche und ausfinanzier-
35 te Daseinsvorsorge für ausnahmslos alle Menschen sowie für eine Vergesellschaftung der Phar-
36 maindustrie. Krankenhäuser gehören kommunalisiert, Reprivatisierung von Konzernen gesetzlich
37 ausgeschlossen. Bereiche wie die Deutsche Post oder Bahn gehören wiederaufgebaut: statt auf
38 den Börsenmarkt auf das Allgemeinwohl ausgerichtet. DIE LINKE ist gegen jede Staatshilfe an
39 Konzerne mit Dividendenausschüttung und für eine Vergesellschaftung des Finanzsektors, damit
40 die Investitionen sinnvoll gelenkt werden und die Wirtschaft sozial, nachhaltig und gesundheits-
41 verträglich ausgerichtet wird. Medikamente, Trinkwasser und Hygienemittel müssen weltweit in
42 öffentliches Eigentum und für alle zugänglich werden. Gleichzeitig sind private Kleinunternehmen
43 erheblich zu stärken und bürokratisch zu entlasten. Mit einer Mindestmenge an Großunterneh-
44 men in Gemeineigentum wird dann endlich statt monopolkapitalistischer Planwirtschaft eine
45 demokratische Wirtschaftsplanung mit gestärkter Mitbestimmung möglich.
- 46 4. Ursachen und Schuldige nicht länger verschweigen! Austerität ist ein brutaler Angriff auf die
47 Daseinsvorsorge und eine zentrale Ursache für die Krise. Seit 1991 wurden in Deutschland rund
48 500 Krankenhäuser geschlossen, ca. 200.000 Betten und 35 000 Stellen bei den Gesundheits-
49 ämtern gestrichen, während die Patientenzahlen gestiegen sind. Pandemiepläne wurden (voll-
50 ständig) ignoriert. Der Lockdown wurde einzig mit den extremen Engpässen des Gesundheitssys-
51 tems begründet. Er hat in massenhafte kulturelle sowie soziale Isolation und in eine Wirtschafts-
52 katastrophe geführt, welche ebenfalls Millionen von Menschenleben vor allem von Frauen, Kin-
53 dern und Alten bedrohen. In der ganzen EU wurden und werden insbesondere auf Druck der Bun-
54 desregierung Gesundheitssysteme krankgespart und privaten Investoren preisgegeben. Ver.di,
55 WHO oder Attac haben ständig vor den desaströsen Defiziten beim EU-Katastrophenschutz ge-
56 warnt - und wurden einfach überhört. DIE LINKE kämpft seit jeher für ein Ende der Austerität:
57 international solidarisch. Statt der Schuldenbremse und der damit verbundenen Bedienung von
58 Banken brauchen wir finanzielle Schutzschirme für die Kommunen und massive soziale sowie
59 nachhaltige Investitionen in öffentliche Bereiche sowie Infrastruktur.
- 60 5. Für Transparenz und Meinungsfreiheit streiten! Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesre-
61 publik sind Grund- und Freiheitsrechte so massiv und flächendeckend eingeschränkt worden wie
62 in der Corona-Zeit. Selbst gegen die 1968 beschlossenen Notstandsgesetze konnte demonstriert
63 werden. Nur mit den Freiheitsrechten für gewerkschaftliche und bürgerliche Aufklärung lässt sich
64 sozialer Fortschritt und demokratische Teilhabe erstreiten. 75 Jahre nach der Befreiung wird von
65 Rechts die Krise auszunutzen versucht, um noch mehr Demokratieabbau, Nationalismus, Anti-
66 kommunismus und Sozialdarwinismus durchzusetzen und von den eigentlichen Krisenursachen
67 abzulenken. Für DIE LINKE ist klar: AfD und Nazi-Organisationen braucht niemand, jede Form von
68 Rassismus und Entwürdigung gehören unter Strafe gestellt. Künstlerische, Meinungs- und Ver-
69 sammlungsfreiheiten gehören unbedingt geschützt, gelebt und ausgeweitet! Maßnahmen zum
70 Lockdown müssen sozial verträglich sein. Die LINKE unterstützt mit aller Kraft Esther Bejaranos
71 Forderung: Der 8. Mai muss - auch gesetzlich - ein Feiertag der Völker sein!

- 72 6. »Runder Tisch zur Krise«! Zusammen mit glaubwürdigen Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft will
73 DIE LINKE über soziale Maßnahmen zur Eindämmung und Lösung der Krise beraten. - als Alterna-
74 tive zu den »Sachverständigenräten« und anderen bevölkerungsfeindlichen »Beratern« setzt DIE
75 LINKE auf eine breite Legitimation durch die Bevölkerung, im Sinne des Allgemeinwohls, für Ein-
76 griffe in die Eigentums- und Vermögensprivilegien, für sozialen Ausgleich und öffentliche Investiti-
77 onen. Die Teilnehmenden dieses »Runden Tisches« müssen glaubhaft gegen eine neoliberale Politik
78 gestanden haben und stehen (anzufagen wären beispielsweise: Esther Bejarano, Sahra Wagen-
79 knecht, Daniela Dahn, Annelie Buntenbach, Svenja Flasspöhler, Christoph Butterwegge, Peter
80 Brandt, Frank Bsirske, Konstantin Wecker, Uli Schneider und andere).
- 81 7. Mehr Abstand = mehr Atemwegsschutz = mehr öffentlicher Verkehr! DIE LINKE fordert jährlich 15
82 Milliarden Euro für die Verbesserung der Bahn, finanziert aus dem Rüstungsetat und durch Ab-
83 schaffung von Steuererleichterungen für Flugbenzin u.a. Pendlerangebote müssen nachhaltig
84 ausgebaut werden. Außerdem fordern wir eine »Bahncard 50« für alle Menschen mit einem Jah-
85 reseinkommen von unter 100.000 Euro.
- 86 8. Risikoschutz sozial = mehr sozialen Wohnraum! Die Wohnraumkrise verschärft sich durch die
87 Corona-Krise - und andersherum. Drei Generationen in engen Drei-Zimmer-Wohnsilos? Das ist
88 auch ohne Lockdown nicht zumutbar und hat mit Risikoschutz nichts zu tun. DIE LINKE kämpft für
89 einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild und die Enteignung privater Immobilienkonzerne, für die
90 Stärkung des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus sowie des öffentlichen Grund und Bodens,
91 für den massiven Ausbau regionaler Daseinsvorsorge, der digitalen Infrastruktur und wohnortna-
92 her Kulturangebote Die Abschirmung von »Risikogruppen« (z.B. Ältere) kann nur auf freiwilliger
93 Basis erfolgen und muss mit neuen sozialen, Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten staatlich finan-
94 ziert unterstützt werden.
- 95 9. Gesundheit aus der Krise - ohne Profitlogik! DIE LINKE wirkt für das Primat gesundheitlicher
96 Prävention, auch gegen zukünftige Epidemien, sowie für eine krisenfeste nationale Schutzmas-
97 kenproduktion, notfalls auch durch staatlichen Zwang gegen Konzerne. Aus der Influenza-B-
98 Epidemie von 2017/18 mit 25 100 Toten in Deutschland hätten Konsequenzen gezogen werden
99 müssen! Fallpauschalen gehören also abgeschafft, private Krankenversicherungen durch eine
100 Bürgerversicherung ersetzt. Wir wollen Gesundheitswesen und Arbeitsbedingungen für Pflege-
101 kräfte durch einen Schlüssel nach skandinavischem Vorbild massiv verbessern. Denn: »Kranken-
102 häuser haben der Gesundheit zu dienen, nicht dem Profit!« (Klaus Reinhard v. Bundesärztekam-
103 mer)
- 104 10. Mit höheren Löhnen und Renten gegen die Wirtschaftskatastrophe! DIE LINKE kämpft für die
105 Erhöhung des Mindestlohns, für eine Erhöhung des Kurzarbeitergelds auf 90 Prozent des Netto-
106 lohns sowie für Steuererleichterungen für alle mit Jahreseinkommen von bis zu 70.000 Euro. Alle
107 haben das Recht auf einen menschenwürdigen dritten Lebensabschnitt. Statt Altersdiskriminie-
108 rung als »Risiko« sind wir für Risikospezifizierung und Vorziehung des Renteneintrittsalters! Für
109 die Einführung eines solidarisch finanzierten Rentensystems zur Überwindung von Altersarmut. Es
110 braucht armutsfeste menschenwürdige Grundsicherung, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen
111 Teilhabe für alle und endlich Abschaffung von Hartz-IV. Vor allem fordern wir die längst fällige
112 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - vor allem im Pflegebereich!

113 DIE LINKE ist eine lernende Partei. Sie gliedert sich von unten nach oben, alle Genossinnen und
114 Genossen begegnen sich als Gleiche. Denn die Partei lebt von der kulturvollen und solidarischen
115 Diskussion um Analysen, Forderungen und die Reichweite gesellschaftlicher Veränderung. Nur so
116 können die Partei und ihre Mitglieder initiativ werden gegen neoliberale Reformen, für Frieden und
117 soziale Gerechtigkeit: in Bündnissen, in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten. Daher sind auf
118 allen Ebenen und in allen Organen der Partei Möglichkeiten zur qualifizierten Debatte wichtig, um
119 aktuell die erforderlichen Konsequenzen für die Politik der Partei zu ziehen - was Hand in Hand geht
120 mit einer am Erfurter Programm orientierten, kontinuierlichen Bildungsarbeit. »Wer baute das
121 siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbro-

122 cken herbeigeschleppt?« (Bertolt Brecht: »Fragen eines lesenden Arbeiters«; nachzulesen im Vorwort
123 des Erfurter Parteiprogramms der LINKEN)

Antrag: **G.27.**
Antragsteller/innen: Frank-Ulrich Etzrodt

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Freundschaft zu Russland und allen Völkern Europas und in der Welt**

2 Dass wir aus unserer deutschen Geschichte und besonders auch durch den verlustreichen Sieg der
3 Roten Armee über den Faschismus verpflichtet sind, unsere Freundschaft und Verbundenheit zu den
4 Ländern der ehemaligen Sowjetunion und auch ebenso zu den Ländern Europas zu pflegen und
5 auszubauen. Die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt muss uns LINKE dauerhaft eine
6 Herzensangelegenheit bleiben. Wir stellen uns erpresserische Politik der Nato gegen Russland,
7 unabhängig von der Politik der jeweiligen Machthaber in diesen Ländern.

Begründung:

Ich vermisse in vielen Beschlüssen unserer Linken, dass wir es nicht mehr deutlich anzeigen, daß wir verpflichtet sind die Freundschaft zu Russland aufrecht zu erhalten und weiter zu festigen. Frieden, Frieden und nochmals Friedens muss das Handeln von uns Linken in der Politik und an der Basis bestimmen.

Antrag: **G.28.**
Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Keine deutschen Waffen für Belarus!**

2 DIE LINKE verurteilt die Nutzung von deutschen Rüstungsgütern und Fahrzeugen durch die belarussische
3 Polizei.

4 Uns erschüttern die Bilder aus Belarus über Polizeigewalt und den Einsatz von Lukaschenko Milizen in
5 den Städten Belorusslands. Brutal gehen die Polizei und Spezialeinheiten in zahlreichen belarussischen
6 Städten gegen friedliche Demonstrierende vor. Diese wollen die manipulierte Wahl von
7 Aljaksandr Lukaschenka zum neuen Präsidenten nicht anerkennen. Die Polizeieinheiten, die zur
8 Unterdrückung der Demonstrierenden eingesetzt werden, benutzen MP5-Maschinenpistolen von
9 Heckler&Koch, Pistolen des Typs P226 von SIG Sauer sowie Streifenwagen und Truppentransporter
10 von VW. In den vergangenen knapp 20 Jahren hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von
11 2,8 Millionen Euro an Belarus genehmigt.

12 Seit 2011 untersagt ein EU-Embargo gegen Belarus den Export von Waffen und weiterer Ausrüstung,
13 die die Polizei zur Ausübung von Gewalt nutzen kann. Ob die genannten Waffen vor oder nach dem
14 Embargo nach Belarus gelangten, lässt sich anhand der offiziellen Rüstungsexportberichte der

- 15 Bundesregierung nicht vollständig klären. Maschinenpistolen sind darin nicht enthalten, Pistolen nur
16 in begrenztem Ausmaß im Jahr 2004. Der tatsächliche Weg der Waffen nach Belarus lässt sich nicht
17 lückenlos nachvollziehen.
- 18 Es bleiben große Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Waffenexporte.
- 19 Es ist unerträglich, dass die Bundesregierung weiterhin den Verkauf von deutschen Waffen nach
20 Belarus genehmigt, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass durch Gewalt gegen Oppositionelle in Kritik
21 geratene belarussischen Polizeibehörden mit Waffen deutscher Rüstungsfirmen ausgerüstet sind.
- 22 DIE LINKE verurteilt die Nutzung von deutschen Rüstungsgütern und Fahrzeugen durch die belarussi-
23 sche Polizei.
- 24 Darum Fordern wir
- 25 ▪ Die Bundesregierung muss künftig verhindern, dass Polizeigewalt in Belarus durch Ausrüstung
26 'Made in Germany' stattfinden kann.
 - 27 ▪ Angesichts der Gewalt durch belarussische Polizeikräfte bedarf es dringend eines umfassenden
28 Waffenstopps für Belarus sowie eines Verbots von Lizenzvergaben für Klein- und Leichtwaffen.

Begründung:

Anlass des Antrags ist die Tatsache, dass Polizist*innen in Belarus Waffen oder andere Ausrüstung aus deutscher Produktion gegen Demonstranten einsetzen, die wegen der Wahlmanipulation bei den Präsidentschaftswahlen in Belarus landesweit für Demokratie und gegen Polizeigewalt auf die Straße gehen. Immer wieder kommt es dabei zu brutalen Polizeieinsätzen. Davon betroffen war unter anderem auch ein deutsches Fernseherteam, das angegriffen und festgenommen wurde.

Antrag:

G.29.

Antragsteller/innen:

Linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Solidarität mit Rojava. Kampf dem türkischen Faschismus.**
- 2 DIE LINKE solidarisiert sich mit der Bevölkerung in Rojava gegen den Angriffskrieg der imperialistisch
3 agierenden Türkei. Sie verurteilt außerdem jedwede militärische Kooperation anderer Länder mit der
4 türkischen Armee. Sie solidarisiert sich mit allen Menschen, die dem Einmarsch der Türkei und ihrer
5 Verbündeten (militanten oder nicht-militanten) Widerstand leisten. DIE LINKE fordert konkrete
6 Maßnahmen zur Unterstützung der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und YPJ, sowie der
7 Zivilbevölkerung vor Ort.
- 8 Dazu zählen:
- 9 ▪ Waffen- und Munitionslieferungen an YPG und YPJ,
 - 10 ▪ medizinische, hygienische und Nahrungs-Hilfslieferungen nach Rojava;
 - 11 ▪ Entsendung medizinischer Hilfe nach Rojava, sofern die Sicherheit der Helfer*innen gewährleistet
12 werden kann;
 - 13 ▪ finanzielle Mittel zum Wiederaufbau der lokalen Infrastruktur.

- 14 DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, ein internationales Tribunal in Nordsyrien, das inhaftierte
15 IS-Kämpfer und -Unterstützer*innen unter Anwendung rechtsstaatlicher Mittel und Ausschluss der
16 Todesstrafe anklagt und verurteilt, zu installieren.
- 17 DIE LINKE fordert konkrete Maßnahmen gegen die Türkei mit dem Ziel, einen möglichst großen
18 innenpolitischen Druck gegenüber dem türkischen Regime unter Recep Tayyip Erdoğan und der AKP
19 auszuüben.
- 20 Dazu zählen:
- 21 ▪ Sofortiger Stopp aller Exporte, insbesondere militärischer Güter, in die Türkei;
 - 22 ▪ größtmögliche Schwächung der türkischen Wirtschaft durch Sanktionen.
- 23 DIE LINKE fordert die Entkriminalisierung kurdischer Aktivitäten in Deutschland. Sie fordert ein Ende
24 der Repression gegen aktive und passive Unterstützer der YPG/YPJ und die Freiheit politischer
25 kurdischer Gefangener. Des Weiteren bekräftigt sie erneut die Ablehnung des PKK- Verbotes in
26 Deutschland und der Europäischen Union und wirkt auf dessen Aufhebung hin.

Begründung:

Seit die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien, besser bekannt als Rojava, existiert, hat sich die Lage für die dort lebende Bevölkerung in jeder Hinsicht verbessert. Rojava steht für die Befreiung und Gleichberechtigung der Geschlechter, Abschaffung der Todesstrafe, Demokratisierung der Gesellschaft, umfassende Religionsfreiheit und gelebte Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Es stellt außerdem einen Schutzraum für Kurdinnen und Kurden, die in kurdischen Gebieten in der Türkei, dem Iran und dem Irak verfolgt werden, dar. Ein wichtiges Fundament dieses Staates sind die Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ. Sie haben erst unter Einsatz ihres Lebens die Region von der islamistischen Terrormiliz »Islamischer Staat« befreit und kämpfen nun gegen den imperialistischen Angriffskrieg des NATO-Mitglieds Türkei und seiner verbündeten dschihadistischen Milizen. Seit dem Abzug des US-amerikanischen Militärs aus Nordsyrien und unter Billigung der US-Regierung greifen die Türkei sowie islamistische Milizen Rojava militärisch an und versuchen, es vollständig zu vernichten. Das Ganze passiert unter Billigung der weltweiten Staatengemeinschaft – weder NATO-Länder, noch Russland oder China unterstützen das Projekt Rojava, sondern stehen an der Seite Türkei und ihren imperialistischen Herrschaftsinteressen. Wir fordern daher volle Solidarität mit Rojava und der YPG/YPJ! Diese Solidarität muss praktisch sein. Das heißt, sie darf sich nicht auf Worte beschränken, sondern muss konkrete Maßnahmen beinhalten.

Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei

Antrag: P.01.

Antragsteller/innen: KV Stade

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Plakat-Layout der Partei DIE LINKE auf Bundesebene**

- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen, dass die Wahlkampfplakate der Partei DIE LINKE auf
3 Bundesebene künftig nach folgendem Muster gestaltet werden sollen:
4 1. Grundfarbe Rot (offizielle Parteifarbe DIE LINKE)
5 2. Eine kurze und einprägsame politische Aussage bzw. Forderung in weißer Schriftfarbe
6 3. Ein kleines, weißes Textfeld mit dem schwarzen Schriftzug DIE LINKE (offizielles Parteilogo)
7 4. Die Plakate sollen entweder »Vordermann-Plakate« sein (soweit verfügbar klappbar und doppelsei-
8 tig), oder aber-falls vorhanden-in Eigenschaft, Funktion und Qualität vergleichbare Plakate von einem
9 anderen Anbieter.

Begründung:

Zu den Antragspunkten 1., 2. und 3.:

Das im obigen Antrag vorgestellte Plakat-Layout wurde bereits in mehreren Wahlkämpfen erfolgreich angewandt. Diese Plakate haben den großen Vorteil, dass sie von den Menschen bereits durch die Farbgestaltung unverkennbar mit der Partei DIE LINKE in Verbindung gebracht werden. Sie werden im Wahlkampf nicht übersehen, sondern fallen sofort ins Auge unabhängig bei welcher Witterung und in welcher Jahreszeit der Wahlkampf stattfindet. Bei diesem Plakat-Layout wird selbst auf großer Entfernung sofort erkennbar, dass es sich ausschließlich um ein Plakat der Partei DIE LINKE handeln kann. Der Wiedererkennungswert bei Wahlplakaten ist immens wichtig. Eine kurze und einprägsame politische Aussage bzw. Forderung auf dem Plakat sorgt dafür, dass sich unsere Themen in den Köpfen der Menschen verankern. Anders als andere Parteien, die mit hübschen Bildchen und weichgespülten Phrasen auf ihren Plakaten von ihrer asozialen Politik abzulenken versuchen, setzt sich DIE LINKE Tag für Tag konsequent für soziale Politik ein. Bunte Hintergrundbildchen auf Plakaten können uns kaum von anderen Parteien unterscheiden und gehen im städtischen Meer der Wahlkampfplakate unter. Und blasse Farben, wie etwa weiß, grau oder pastellfarben, verschmelzen im ländlichen Raum dezent mit der natürlichen Umgebung und werden völlig übersehen. Kurzum: bunt bebilderte und blasse pastellfarbene Plakate verfehlen komplett das Ziel von Wahlkampfplakaten nämlich eine für alle Menschen verständliche, sofort sichtbare und unverkennbare klare politische Aussage zu vermitteln. Wir stehen als LINKE für eine unverkennbare klare und konsequente Politik. Diese Haltung unserer Partei sollte sich auch in unverkennbaren klaren Plakaten widerspiegeln.

Zu dem Antragspunkt 4.:

Nachteil von Papierplakaten:

Papierplakate auf Pressholz-Pappen zu kleistern benötigt viel Platz (beim kleistern) viel Zeit (zum trocknen) und viel Personal (wenn es ausreichend Plakate werden sollen). Das Aufhängen der Plakate ist ebenfalls sehr kraft-, zeit- und personalintensiv. Außerdem: Bei langen verregneten Wahlkämpfen wäscht entweder irgendwann das Papierplakat ab oder die Pressholzpappe saugt sich komplett mit Wasser voll und droht herunterzufallen. Da ist viel Zeitaufwand zur regelmäßigen Plakatkontrolle notwendig. Viel Zeit, Platz und Personal, das wir oftmals nicht haben. Und die Wahlkampfhelfer, die

wir haben, sollten besser bei anderen Wahlkampfaktionen (Wahlkampfstände, Flyeraktionen, etc.) eingesetzt werden.

Nachteil von Easy-Plates:

Die Easy-Plates haben zwar keine der aufgeführten Nachteile von Papierplakaten auf Pressholzplatten und haben den Vorteil, dass sie sehr leicht sind, aber ihr Nachteil besteht darin, dass sie komplett aus Kunststoff bestehen. Kunststoff-Easy-Plates, z. B. mit Forderungen nach einer ökologischen Politik, sind nicht besonders glaubwürdig. Glaubwürdigkeit ist bei politischen Parteien aber besonders wichtig.

Vorteil von (klappbaren und doppelseitigen) »Vordermann-Plakaten« (oder in Eigenschaft, Funktion und Qualität vergleichbare Plakate anderer Anbieter):

Diese Plakate sind leicht wie Easy-Plates, bestehen aber nicht komplett aus Kunststoff, sondern laut Herstellerangaben aus robustem Vollkarton (mehr als 90 Prozent Altpapier) mit lediglich einer hauchdünnen wasserabweisenden PE-Beschichtung, die sie auch bei langen verregneten Wahlkämpfen sehr gut haltbar macht. Die Plakate können nach dem Wahlkampf, laut Hersteller, über das Altpapier-Recycling zurückgeführt werden. Diese Plakate werden (bei klappbaren und doppelseitigen Plakaten beidseitig bedruckt) um den Laternenpfahl geklappt und dann mit Kabelbindern befestigt, was sehr zeitsparend ist. Die klappbaren und doppelseitigen Plakate haben noch den zusätzlichen Vorteil, dass sie sogar von nur einer Person sehr leicht und schnell aufzuhängen sind. Das ist besonders für Kreis- und Ortsverbände ein immenser Vorteil, in denen ein Wahlkampf von nur wenigen ehrenamtlichen Mitgliedern gemeistert werden muss. Diese aufgeführten Vorteile sollten unsere Partei davon überzeugen, bei Wahlkämpfen künftig auf diese Plakate zu setzen.

Antrag:

P.02

Antragsteller/innen:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Zum Mitgliederentscheid bedingungsloses Grundeinkommen

- 2 1. Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass die BAG Grundeinkommen die notwendigen Voraussetzungen für den beabsichtigten Mitgliederentscheid in unserer Partei zum Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« (BGE) erfüllt hat. Der Antragstext und seine Begründung finden sich hier:
3 <http://gleft.de/3EO>.
- 6 2. Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass der Parteivorstand an seiner Haltung zur Frage einer
7 Positionierung unserer Partei zum BGE seit seinem Beschluss vom 30.6.2018 nichts geändert hat.
8 Der Beschluss findet sich hier: <http://gleft.de/3EN>.
- 9 3. Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass es nicht das Begehren des Parteivorstandes ist, einen
10 Mitgliederentscheid über diese Frage durchzuführen, das Begehren der BAG Bedingungsloses
11 Grundeinkommen, einen Mitgliederentscheid durchzuführen, jedoch die nach der Satzung der
12 Partei notwendigen Voraussetzungen erfüllt und daher über den Wege der Unterschriftenabgabe
13 herbeigeführt werden kann und dann noch im Jahr 2020 stattfinden müsste. Der Parteitag begrüßt
14 es, dass Parteivorstand einerseits und BAG Bedingungsloses Grundeinkommen/die Vertrauens-
15 personen des angestrebten Mitgliederentscheides andererseits versucht haben, hinsichtlich des
16 Zeitpunkts des Stattfindens dieses Mitgliederentscheides und der Organisation der dafür nötigen
17 Debatte eine Übereinkunft erzielt haben. Der Parteitag nimmt zur Kenntnis, dass sich der Partei-
18 vorstand den Inhalt des Antrags für einen solchen Mitgliederentscheid, die Aufnahme eines eman-

19 zipatorischen bedingungslosen Grundeinkommens in die Parteiprogrammatik, durch diese Verein-
20 barung politisch nicht zu Eigen macht.

21 4. Der Parteitag beschließt daher, einen Mitgliederentscheid nach §8 Abs. 2 Nr. d) einzuleiten.

22 a. Der abzustimmende Text für diesen Mitgliederentscheid nach §2 Abs. 2 Nr. a) der Ordnung für
23 Mitgliederentscheide lautet: »Die Partei DIE LINKE nimmt ein emanzipatorisches bedingungslo-
24 ses Grundeinkommen, wie es beispielsweise die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei
25 DIE LINKE vorschlägt, in ihre politische Programmatik auf. Sie lehnt neoliberale Grundeinkom-
26 mensmodelle ab. Dazu wird der Parteivorstand aufgefordert, dem Bundesparteitag bis spätes-
27 tens ein Jahr nach Abschluss dieses Mitgliederentscheides eine entsprechende Änderung des
28 Parteiprogramms zur Einarbeitung eines linken bedingungslosen Grundeinkommenskonzeptes
29 vorzuschlagen. Nach positiver Entscheidung des Parteitages soll der Parteivorstand auch in den
30 Entwurf des Wahlprogrammes zur nächstfolgenden Bundestagswahl die Forderung nach einem
31 linken bedingungslosen Grundeinkommen aufnehmen.«

32 b. Der folgende Text ist die im Mitgliederentscheid abzudruckende Begründung nach §2 Abs. 2 Nr.
33 b) der Ordnung für Mitgliederentscheide: »Die folgende Begründung ist die Begründung der
34 Bundesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen, die diesen Mitgliederentscheid
35 ursprünglich angestrebt hat und für ein »Ja« wirbt. Die Stellungnahme des Parteivorstandes fin-
36 det sich auf einem anderen Blatt. *»Das Recht eines jeden Menschen auf soziale Sicherheit und
37 Schutz der Existenz gehört zu den Kerngedanken der Menschenrechte. Dieses Recht war und ist
38 Ziel des Kampfes ganzer Generationen von Sozialistinnen und Sozialisten. Das bedingungslose
39 Grundeinkommen (BGE) bringt uns der Verwirklichung dieser Ideale spürbar näher.*

40 *Das BGE ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglie-
41 der gewährt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen indivi-
42 duellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Gegen-
43 leistungen garantiert werden.*

44 *Mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller ebnen wir den Weg, die Arbeitszeit zu verkürzen,
45 sich weiterzubilden, ein Unternehmen zu gründen, sich der Familie zu widmen oder sich verstärkt
46 im Ehrenamt zu engagieren – ohne unter die Armutsgrenze zu rutschen.*

47 *Die BAG Grundeinkommen hat ein bis ins Detail ausgefeiltes Finanzierungskonzept erarbeitet, das
48 wissenschaftlichen Kriterien entspricht und regelmäßig aktualisiert wird – nachzulesen auf
49 www.die-linke-grundeinkommen.de.*

50 *So ein emanzipatorisches BGE schließt den Abbau des Sozialstaates aus. Renten-, Kranken-, Pfl-
51 ge- und Erwerbslosenversicherung sollen erhalten und gemäß dem Programm unserer Partei
52 umgebaut werden. Der Mindestlohn soll weiter erhöht werden. Die Beschäftigten und ihre Ge-
53 werkschaften erhielten mit dem BGE ein probates Druckmittel für ihre Tarifverhandlungen. Ein lin-
54 kes BGE wäre ein mächtiges Instrument der Umverteilung von oben nach unten.*

55 *Kinder wären abgesichert – Kinderarmut wäre besiegt. Ältere würden neben dem BGE ihre indivi-
56 duelle Rente beziehen – Altersarmut wäre abgeschafft! Jüngere könnten endlich ohne Druck nach
57 einer passenden Erwerbsarbeit suchen – Existenzangst wäre passé.*

58 *Unser Parteiprogramm sieht bisher eine sanktionsfreie Grundsicherung vor. Das ist zwar besser
59 als die momentane Situation, bleibt aber auf halbem Weg stecken: Denn die Grundsicherung wäre
60 weiterhin bedürftigkeitsgeprüft; Anspruchsberechtigte müssten sich auch in Zukunft den Schika-
61 nen der Sozialbürokratie aussetzen. Zudem wäre der gesellschaftliche Spalt zwischen Transfer-
62 geldbeziehenden und Erwerbstätigen nicht gekittet.*

63 *Ob Grundsicherung oder Grundeinkommen – beides braucht harte Kämpfe. Warum nicht gleich
64 für die gerechtere und unbürokratischere Lösung streiten?*

65 *Das BGE ist längst in der öffentlichen Diskussion angekommen und wird auf Grund der techni-
66 schen Entwicklung ein zunehmend wichtiges Thema sein. DIE LINKE sollte mutig den großen sozi-*

- 67 *alpolitischen Wandel anführen: mit einem emanzipatorischen BGE hin zum sozial-ökologischen*
68 *Umbau der Gesellschaft und zum demokratischen Sozialismus!«*
- 69 Der Parteivorstand wird seiner 3.000-Zeichen-Begründung folgenden Disclaimer voranstellen,
70 der auch mit zur Zeichenzahl zählt: »Die folgende Stellungnahme ist die Stellungnahme des Par-
71 teivorstandes, der diesen Mitgliederentscheid ursprünglich nicht angestrebt hat. Die Stellung-
72 nahme (Begründung) der Bundesarbeitsgemeinschaft findet sich auf einem anderen Blatt.«
- 73 c. Der Antrag des Parteivorstandes wird folgende Personen als für den Mitgliederentscheid ver-
74 antwortliche Vertrauenspersonen nach §2 Abs. 2 Nr. c) der Ordnung für Mitgliederentscheide
75 benennen:
- 76 ■ Halina Wawzyniak
 - 77 ■ Tilman Loos
 - 78 ■ Stefan Wolf
 - 79 ■ den/die Bundesgeschäftsführer*in
 - 80 ■ Lydia Krüger
- 81 Abweichend von §2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 2 der Ordnung für Mitgliederentscheide werden die Ver-
82 trauenspersonen beauftragt und gebeten, ihre Entscheidungen mit der Mehrheit von 4/5 der
83 Vertrauenspersonen zu treffen. d. Parteivorstand und benannte Vertrauenspersonen werden
84 beauftragt, das terminliche Stattfinden des Mitgliederentscheides nach §4 Abs. 2 Satz 2 der
85 Ordnung für Mitgliederentscheide auf einen Termin nach der Bundestagswahl 2021, spätestens
86 jedoch ein Jahr danach, zu vereinbaren.
- 87 5. Der Bundesparteitag beauftragt den Parteivorstand damit, zur Entscheidungsfrage des Mitglie-
88 derentscheides geeignete parteiöffentliche Foren der Diskussion schaffen, in der sowohl Pro-
89 als auch Contra-Positionen angemessen vertreten sind, etwa durch Parteikonferenzen und poli-
90 tische Materialien. Der Parteivorstand wird beauftragt, für diese innerparteiliche Diskussion bis
91 zum Mitgliederentscheid ein Konzept zu erarbeiten und Materialien zu verbreiten, die gewähr-
92 leisten, dass gleichgewichtig Pro- und Contra-Positionen und Argumente vorgebracht und zur
93 Kenntnis genommen werden können.

Begründung:

Die folgende Stellungnahme ist die Stellungnahme des Parteivorstandes, der für ein 'Nein' wirbt. Die Stellungnahme (Begründung) der Bundesarbeitsgemeinschaft findet sich auf einem anderen Blatt.

Der Parteivorstand plädiert für ein NEIN, gegen das Begehren des Mitgliederentscheides, DIE LINKE auf die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens festzulegen. In unserem Grundsatzprogramm, das wir auf dem Erfurter Parteitag 2011 beschlossen und in einem Mitgliederentscheid mit 96 Prozent bestätigt haben, fordert DIE LINKE:

- ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit, kürzere und geschlechtergerechte Verteilung der Arbeitszeit in einem neuen Normalarbeitsverhältnis;
- eine armutsfeste Mindestsicherung für alle, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen;
- eine armutsfeste solidarische gesetzliche Rente einschließlich einer solidarischen Mindestrente;
- eine solidarische Gesundheits- und Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen und daraus abgesichert sind;
- einen sozial-ökologischen Umbau, der Einstiege und Übergänge für eine demokratische sozialistische Wirtschaftsordnung schafft.

Weiter stellt das Programm fest: »Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche

Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. »Der Bundesparteitag 2015 hat mit wenigen Gegenstimmen in dem Beschluss »DIE LINKE und das Bedingungslose Grundeinkommen« festgestellt: »Es wird innerhalb der Partei DIE LINKE und unter ihren Wähler*innen auch in absehbarer Zukunft sowohl Befürworter*innen wie Gegner*innen eines Bedingungslosen Grundeinkommens geben. Jede Form von Entscheidung in dieser Frage in der einen oder anderen Richtung würde jeweils Teile der Partei und ihrer sozialen Basis von der LINKEN abstoßen.« Daran hat sich nichts geändert. Die Vorstellungen der BAG Grundeinkommen zur Finanzierung und den Wirkungen ihres Konzepts werden von vielen in der Partei und der gesellschaftlichen Linken mit fundierten Gegenargumenten bestritten. Soziale Gerechtigkeit sei bedarfsorientiert und durch öffentliche Dienstleistungen zu erreichen. Das Grundeinkommens-Konzept schaffe neue Ungerechtigkeiten und Kombilohneffekte, schwäche gewerkschaftliche Kämpfe, sei zudem nicht durch- und umsetzbar. Es stehe im Widerspruch zu breit getragenen Forderungen der LINKEN, die wir gemeinsam mit vielen Bündnispartnern in Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren Akteur*innen der Zivilgesellschaft vertreten. Dafür haben wir fundierte Finanzierungskonzepte durch eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik der Umverteilung von oben nach unten. Eine Festlegung der LINKEN auf die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen würde unsere Politikfähigkeit in den konkreten Auseinandersetzungen, in Bündnissen und Bewegungen ebenso gefährden wie die notwendige Pluralität und Breite der LINKEN.

Antrag:

P.03.

Antragsteller/innen:

Gerd Coldewey, KV Wesermarsch/Niedersachsen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die bäuerliche Landwirtschaft braucht gerechte Einkommen**

- 2 Unsere Agrarpolitik muss überdacht werden. Im Mittelpunkt steht eine bäuerliche Landwirtschaft. Sie
3 braucht verlässliche Erzeugerpreise. Nur dadurch können die Aufgaben für Klima, Umweltschutz,
4 Tierwohl, Artenvielfalt und soziale Handeln erreicht werden. Die staatlich garantierten Erzeugerpreise
5 müssen nach Mengen gestaffelt sein. Der neue Bundesvorstand ruft dazu eine Arbeitsgruppe ein, in
6 der auch Vertreter der bäuerlichen Opposition gehört werden.

Begründung:

Die Agrarpolitik in unserer Partei ist geprägt von der Vergangenheit der ostdeutschen Landwirtschaft. In der aktiven Politik werden vorrangig Verbote und Auflagen für die Bäuerinnen und Bauern formuliert, eine aktive, linke Diskussion für bessere Einkommen durch die Produktion findet nicht statt. Es wird verwiesen auf die Gewinne der Konzerne der Lebensmittelindustrie, von denen sich die Landwirtschaft ihren Anteil holen soll. Die dabei genannten Zahlen des Anteils der Landwirtschaft am Gesamtpreis sagen in Wirklichkeit nichts über die Einkommensverhältnisse aus, sondern geben nur den Verarbeitungsgrad der Produkte an.

Nur durch gerechte Einkommen kann die bäuerliche Landwirtschaft ihre vielfältigen Anforderungen erfüllen, die wir als Gesellschaft an sie stellen. Auflagen und Verbote sind dagegen nur die 2. Wahl. Höhere Preise für die Bäuerinnen und Bauern bedeuten zwangsläufig auch deutlich höhere Verbraucherpreise. Dies muss in höheren Mindestlöhnen und Sozialtransfers Berücksichtigung finden. Es darf

nicht sein, dass mit dem Verweis auf die schlechte Einkommenslage vieler Menschen auch die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer schlechten Verfassung bleibt.

Antrag: P.04.

Antragsteller/innen:

KV Essen, Alexander Stahl (BV Hamburg-Eimsbüttel), Efstathios Tassikas (Delegierter KV Essen), Jan Schiffer (Delegierter Linksjugend Solid), Nicolas Jähling (Delegierter LV Schleswig-Holstein), Anja Kerstin Lercher (Delegierte KV Marburg-Biedenkopf), Maximilian Peter (Delegierter KV Marburg-Biedenkopf), Can Kulaki (Delegierter KV Mettmann), Joelle Möltgen (Delegierte KV Solingen), Sergen Canoglu (Delegierter KV Köln), Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Parteiinterne Organisation digitalisieren**

2 Die zuständigen Gremien der Partei DIE LINKE ergreifen die Initiative zur Schaffung einer digitalen
3 Mitgliederplattform, ähnlich wie andere Parteien, wie z.B. die Grünen oder Bewegungen wie DiEM25,
4 sie bereits erfolgreich einsetzen. Jedes Parteimitglied erhält persönliche Zugangsdaten zur Plattform
5 und entsprechend den eigenen Mitgliedschaften Zugänge zu den Bereichen der jeweiligen Kreisver-
6 bände, AGs und anderen Zusammenschlüsse. Die Plattform ist auf dem Desktop per Browser oder von
7 mobilen Endgeräten per App zugänglich und hat ein modernes Design mit intuitivem, barrierefreiem
8 Aufbau. Technisch könnte die Umsetzung auf einer Zusammenführung verschiedener Open Source-
9 Anwendungen, bspw. OnlyOffice für Textbearbeitung oder OpenStreetMap für interaktive Karten,
10 sowie eigener Lösungen in eine stimmige Plattform basieren. Um dem gebotenen Qualitätsanspruch
11 gerecht zu werden, sollte die Entwicklung professionell erfolgen und die anschließende technische
12 Betreuung dauerhaft gewährleistet werden. Folgende Funktionen sollte ein solches Mitgliedernetz-
13 werk haben:

14 ■ Information:

- 15 – Übersicht und Verwaltung der eigenen Mitgliedschaft
- 16 – News aus dem Parteivorstand, den Verbänden und Gruppierungen sowie dem eigenen Ortsver-
17 band, die die jeweiligen Zusammenschlüsse selbst bereitstellen, per Abo-Feed
- 18 – Downloadbereich für aktuelle Materialien der Partei und seiner Verbände
- 19 – Bereitstellung von Infomaterialien der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Kommission für politi-
20 sche Bildung

21 ■ Vernetzung:

- 22 – Übersicht und Kontaktmöglichkeit für gewünschte Ansprechpartner zu bestimmten Funktionen
23 oder Gruppierungen
- 24 – Möglichkeit, zur Zusammenarbeit bei bestimmten Interessensgebieten aufzurufen oder seine
25 Expertise anzubieten: Kontaktfunktion, Themenforen, AGs etc.

26 ■ Interne Arbeit:

- 27 – Cloud-Funktion und kollektive Dokumentenbearbeitung für Kreisverbände und andere Zusam-
28 menschlüsse
- 29 – Einfache Anmeldung für Wahlkampfunterstützung auch in fremden Ortsverbänden
- 30 – Interaktive Karte für aufgehängte Plakate und durchgeführte Haustürwahlkämpfe
- 31 – Integration eines Sharepic-Generators

32 Die Plattform verlagert ausdrücklich nicht das Parteileben von physischen Treffen und Aktionen ins
33 Internet, sondern konzentriert sich auf die oben genannten Aufgaben. Daher wird beispielsweise auch
34 auf offene Diskussionsforen bewusst verzichtet. Alle bisherigen Kommunikationswege bleiben
35 wichtiger Teil der Parteistruktur. Perspektivisch ist die Ablösung von kaum noch zeitgemäßen Kanälen
36 wie den zahlreichen E-Mail-Verteilern durch die Informationsfunktionen des Netzwerks denkbar,
37 oberstes Gebot bleibt aber die verbesserte Möglichkeit der Teilhabe für alle Genossinnen und
38 Genossen ohne Benachteiligung derer, die sich von sozialen Netzwerken fernhalten. Die Plattform
39 stellt eine Ergänzung der bisherigen innerparteilichen Kommunikation dar, indem sie bestimmte
40 Prozesse deutlich vereinfacht und insbesondere für Neumitglieder den Einstieg erleichtert. Sie
41 ermöglicht die einfache Einbringung eigener Beiträge, dadurch mehr Mitbestimmung, erleichtert die
42 Organisation und erhöht damit die Effektivität insbesondere von Wahlkämpfen und hilft neuen
43 Genossinnen und Genossen dabei, sich selbst mit anderen Mitgliedern zu vernetzen, wodurch sie die
44 ansonsten zuständigen Funktionäre entlastet.

Begründung:

DIE LINKE ist die einzige bedeutende Partei in Deutschland, die nicht von der Großindustrie finanziert wird und auch bei einflussreichen Wirtschaftsverbänden nicht viele Freunde hat. Ihr wichtigster Motor sind die zahlreichen aktiven Genossinnen und Genossen, vor allem die in der Basis, die regelmäßig stundenlang ehrenamtlich mit vollem Einsatz für die Partei dabei sind. Leider fällt vielen neuen Mitgliedern der Einstieg zunächst schwer, auch, weil der Standard der Betreuung ortsabhängig sehr unterschiedlich ausfällt. Daher braucht es neue Möglichkeiten, damit Genossinnen und Genossen sich auch untereinander besser vernetzen können, zum Beispiel, indem sie auf einfache Weise für sie interessante AGs finden oder selbst zur Zusammenarbeit an etwas Neuem aufrufen können. Aktuell findet eine solche Vernetzung, wenn überhaupt, vor allem außerhalb der Partei in anderen sozialen Netzwerken statt. Des Weiteren sind auch heute noch E-Mail-Verteiler oftmals das wichtigste Organisationsmedium – zur Information der Mitglieder sind sie unverzichtbar, aber beispielsweise Wahlkämpfe lassen sich mithilfe einfacher technischer Mittel, die im Jahr 2020 zur Verfügung stehen, wie interaktiven Karten, deutlich effizienter gestalten, auf Wunsch auch auf Eigeninitiative und außerhalb des eigenen Ortsverbandes. DIE LINKE ist wie keine andere Partei auf ihre aktive Basis im ganzen Land angewiesen. Darum wird es höchste Zeit, die Parteikommunikation für die Zukunft zu rüsten sowie diese Basisarbeit mit den neuen Technologien zu unterstützen und attraktiver zu machen!

Antrag: P.05.
Antragsteller/innen: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Bereit für die kommenden Kämpfe – DIE LINKE als verbindende Partei und aktive**
2 **Mitgliederpartei**

3 DIE LINKE ist in den vergangenen Jahren von einer jungen Partei in Gründung zu einem festen
4 Bestandteil des deutschen Parteiensystems geworden. Nach dem Aufbruch von 2013, der Verankern,
5 Verbreiten und Verbinden in den Mittelpunkt der LINKEN Parteientwicklung gestellt hat, sind wir gut
6 vorangekommen. Wir haben uns als aktive Mitgliederpartei gestärkt, haben Mitglieder gewonnen, sind
7 zu einer gesamtdeutschen Partei geworden. Zweidrittel unserer neu gewonnenen Mitglieder sind

8 jünger als 35 Jahre. Wir haben in vielen Bereichen neue, erweiterte Formen von Kommunikation, von
9 Zusammenarbeit im Innern und mit den gesellschaftlichen Bündnispartnern gefunden. Die Partei ist
10 mit den Kampagnen gegen Pflegenotstand und Mietenwahnsinn im Kern von gesellschaftlichen
11 Auseinandersetzungen aktiv. In tausenden Kommunen und ihren Parlamenten ist DIE LINKE an der
12 Seite der Menschen, in Klimabewegung und beim Erwerbslosenfrühstück, vor dem Betrieb und im
13 Betrieb, in Kämpfen gegen Rassismus und für gleiche Rechte für alle Menschen, für Frieden, für
14 kostenfreien ÖPNV, für bezahlbare Mieten und vieles mehr. Die Vielfalt ist unsere Stärke und unsere
15 Aufgabe.

16 DIE LINKE ist ein gesellschaftliches Projekt, ein Versprechen, dass wir mit allen zusammenarbeiten,
17 die die Welt besser, sozial und ökologisch gerechter, friedlicher, gleichberechtigt machen wollen.

18 DIE LINKE zieht ihre Bedeutung nicht nur aus Wahlen und nicht nur von der Straße. Wir wissen, dass
19 Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft verschoben werden (müssen) und dass es Akteure im Parlament
20 braucht, um daraus guten Fortschritt statt eines schlechten Kompromisses zu machen.

21 DIE LINKE ist in Bewegung und im Parlament aktiv. Sie wirkt in beide Richtungen. Wir verbinden, wir
22 bilden Bündnisse, wir sind Transmissionsriemen gesellschaftlicher Veränderung. Wir sind Teamplayer
23 und wir befähigen Menschen, selbst politisch aktiv zu werden, sich zu organisieren und für ihre
24 Interessen gemeinsam zu kämpfen. Nur über eine breite gesellschaftliche Verankerung können wir
25 wirkliche Veränderungen erzielen – und Wahlen gewinnen. Nur in gemeinsamen Kämpfen mit
26 Bürgerinnen und Bürger, mit Kolleginnen und Kollegen für ihre sozialen und demokratischen Interes-
27 sen bauen wir Vertrauen und Beziehungen auf. Das ist unser Anspruch und unser Selbstverständnis,
28 für jedes Mitglied der LINKEN, ob an der Basis oder in Parteifunktion, ob in Initiativen, in Mitbestim-
29 mungsstrukturen oder als Mandatsträger*in, auf allen demokratischen Ebenen, ob in parlamentari-
30 scher Opposition oder als Handelnde in der Regierung.

31 Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht, wir haben uns verändert und sind uns treu
32 geblieben. Auf dem Weg gehen wir weiter.

33 DIE LINKE kann noch viel mehr Mitglieder gewinnen. Das wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den
34 kommenden Jahren werden: In den Ländern, vor Ort, bundesweit, online und offline. Wir setzen uns
35 das Ziel, dass alle Landesverbände mehr Mitglieder gewinnen als sie verlieren. Unser Ziel ist eine
36 starke in der Gesellschaft verankerte Partei. Deshalb streben wir an, in den kommenden 10 Jahren
37 kontinuierlich zu wachsen und 100 000 Mitglieder in unserer Partei DIE LINKE zu versammeln.
38 Mitgliederentwicklung und Wahlen hängen eng zusammen: Wir sehen das in der Auswertung von
39 Wahlergebnissen und es entspricht auch unserem Verständnis von den Aufgaben der LINKEN.
40 Deshalb haben wir eine Mitgliederoffensive gestartet. Wir wissen, dass viele Menschen im Alltag nicht
41 oft die Erfahrung machen, dass sie ihre Kämpfe gewinnen können, dass sie Teil von etwas Größerem
42 sind, dass sie gemeinsam mit Vielen für eine bessere Welt stehen. Wir wollen jedoch diese Erfahrun-
43 gen stärken.

44 Wir wollen die Kultur in der Partei weiter verbessern. Unsere Mitgliederversammlungen sollen stärker
45 zum Orte des Austausches von politischen Ideen werden, Orte des gemeinsamen Begegnens und der
46 gemeinsamen Aktion, an denen sich alle beteiligen können. Wer bei uns kandidiert und unterliegt,
47 sollte sich nicht als Verlierer fühlen oder in »Ungnade« fallen, sondern dafür gefeiert werden, dass er
48 kandidiert hat. In einer Gesellschaft, in der der Ton rauer wird, sind wir der Ort, an den Genoss*innen
49 wieder Kraft tanken können, weil sie unter Gleichen sind. Wir sind ihre politische Heimat. Wir sind der
50 Ort der Hoffnung. In unserer Verschiedenheit liegt die Stärke.

51 DIE LINKE stärkt ihre Kampagnen als eigenständige Kommunikation und als Angebot zum Mitmachen.
52 In der Konzentration und Planung unserer Schwerpunkte liegt eine Stärke: Mit den Kampagnen
53 »Pflegenotstand stoppen« und »Bezahlbare Miete statt fatter Rendite« ist es gelungen, DIE LINKE fest
54 zu verankern in zentralen gesellschaftlichen Kampffeldern. Die Kampagnen verbinden die bundesweite
55 Kommunikation mit eigenen Aktionsschwerpunkten in den Ländern und vor Ort. Die gemeinsame

56 Kampagnenarbeit bringt DIE LINKE näher zusammen, generiert Erfolge und schafft gesellschaftliche
57 Veränderung. Wir werden auf diesen Erfahrungen aufbauen und die organisierenden Elemente weiter
58 stärken. Wir werden besser darin werden, Akteur*innen auf allen Ebenen der LINKEN in den Kampagnen
59 zu beteiligen und die Kampagnen stärker organisierend anlegen und sie nutzen, um mehr zu
60 werden. Die Fähigkeit auch lokale Konflikte erfolgreich zu führen und eigenständig oder im Bündnis
61 sichtbare Mobilisierung und außerparlamentarische Kraft aufzubauen wollen wir stärken.

62 Die Beteiligung bei den bundesweiten Kampagnen hat in den letzten Jahren stark zugenommen und
63 liegt aktuell bei rund 150 Kreisverbänden die sich an den Aktionsschwerpunkten beteiligen. In den
64 nächsten Jahren wollen wir, ganz im Sinne einer wellenförmigen Kampagnenarbeit in mehr als 200
65 Kreisverbänden gleichzeitig Druck machen. Wir bauen unser Sympathisant*innen- und Wahlkampf-
66 netzwerkes Linksaktiv aus, wir bauen auf die sozialen Netzwerke und die LINKEN-App. Die Wahlkam-
67 pagne zur Bundestagswahl 2021 wird ein erster Testlauf dafür.

68 Es gibt bereits erfolgreiche Kampagnen für den Ausbau des ÖPNV und billigere Preise oder gar
69 Einstiege in kostenfreien Nahverkehr(Beispiel Nürnberg). Nach und nach soll die ökologische
70 nachhaltige Mobilitätswende, also Ausbau von Fußgänger- und Fahrradfreundlichen Kommunen,
71 Investitionen in besseren ÖPNV, billiger und kostenfrei und der Umbau der Automobilindustrie in eine
72 nachhaltige Mobilitätsindustrie, bei der Arbeitsplätze und Klima geschützt werden Gegenstand einer
73 bundesweit zu entwickelnden Kampagne sein. Die Mobilitätswende ist ein Schlüsselkonflikt für den
74 sozialökologischen Umbau, in dem Klimaschutz, Sicherung von Arbeitsplätzen und soziale Gerechtig-
75 keit zusammengefasst wird.

76 Wir werden unsere Anstrengungen in der friedenspolitischen Bündnisarbeit weiter ausbauen. In den
77 letzten Jahren entstanden neben, den Mobilisierungen zu den Terminen der Friedensbewegung wie
78 den Ostermärschen und dem Weltfriedenstag/ Antikriegstag zusätzlich Aktionsschwerpunkte zum 8.
79 Mai und gegen Waffenexporte. Wir wollen die Proteste wenn notwendig auch mit Aktionen des zivilen
80 Ungehorsams unterstützt wie wir es bei den Aktionen gegen Defender 2020 angedacht haben. Unser
81 Ziel ist es auch vor Ort ein Motor der Friedenspolitik zu sein und unsere Bündnisarbeit zu stärken.

82 Wir verankern DIE LINKE stärker vor Ort und bilden Organizer*innen aus. Aus den Modellprojekten in
83 einkommensarmen Nachbarschaften ist ein Konzept für LINKES Organizing entwickelt und in der
84 Praxis der Partei erprobt worden. Der Kern ist: rausgehen und erfahren, was den Menschen wichtig
85 ist, sehen, wer schon aktiv ist, einladen, verbinden, gemeinsam Strategien und Pläne entwickeln, ein
86 Selbstverständnis, wer man ist und wofür man kämpft – und wie das zusammenhängt mit dem Streit
87 für eine gerechte Gesellschaft insgesamt. Das Konzept beruht auf einer Stärkung und z.T. Verände-
88 rung der Arbeit der ehrenamtlichen Genoss*innen und wie aus Betroffenen Mitstreiter*innen und
89 Mitglieder werden. Mehr als 500 Menschen wurden darin ausgebildet, selbst Verantwortung zu
90 übernehmen und eigene Projekt vor Ort zu starten zu können. Darüber hinaus haben wir mehr als 30
91 von der Bundespartei unterstützte Projekte, die sich den Ansatz auch in Wahlkämpfen zu eigen
92 gemacht haben. In den nächsten zwei bis drei Jahren wollen wir diesen Ansatz weiter verbreitern und
93 es zusammen mit den Landes- und Kreisverbänden auf 100 organisierende Projekte schaffen.

94 Wir stärken die Verankerung in der LINKEN in Gewerkschaften und in betrieblichen und gesellschaftli-
95 chen Kämpfen. Wir bringen dabei Erfahrungen aus dem LINKEN Community Organizing und den
96 Kampagnen gegen Pflegenotstand ein, unsere Erfahrungen aus Streikkonferenzen und Unterstützung
97 von Tarifauseinandersetzungen in Nahverkehr, Erzieher*innen, bei Lufthansa und Amazon und vielen
98 anderen. In vier bis fünf tarifpolitischen Auseinandersetzungen jährlich wollen wir DIE LINKE als
99 eigenständige Akteurin positionieren. Neben dem Gesundheitswesen wollen wir verstärkt die
100 Beschäftigten im Handel, bei den Paketdiensten und der Logistik ansprechen. Das Konzept »Höhere
101 Löhne und weniger Stress – Arbeit die zum Leben passt bildet die Grundlage« für den Kampf gegen
102 prekäre und schlecht bezahlte Arbeit, für Arbeitszeitverkürzung und mehr Demokratie in den
103 Betrieben und der Wirtschaft. Der Spaltung und Segmentierung der Beschäftigten begegnen wir mit

104 der Idee der verbindenden Klassenpolitik, die die gemeinsamen Interessen betont anstatt das
105 Trennende.

106 Wir bringen den Aufbau der LINKEN in der Fläche voran. Die Wege zu Genoss*innen müssen kürzer
107 werden, durch mehr Mitglieder und/oder durch das Zusammenbringen von Mitgliedern zu Basisorga-
108 nisationen und Ortsverbänden. Wir stärken unsere Gliederungen, indem wir unseren politischen Alltag
109 verändern und erweitern: durch eine Kultur des Einladens, auch bezogen auf Aktionen und Kampag-
110 nen. Parteiversammlungen sind keine Parlamente und keine bürokratischen Einheiten. Sie müssen
111 nicht nur den Formalitäten der LINKEN Satzung Genüge tun. Wir brauchen offene Strukturen vor Ort,
112 in denen gemeinsam Ideen entwickelt, gestritten, getanzt und gefeiert werden kann und in denen sich
113 alle willkommen fühlen.

114 Wir stärken DIE LINKE in den Parlamenten, wir treten zu Wahlen an, um zu gewinnen. Noch ist DIE
115 LINKE nicht in allen Landesparlamenten vertreten. Auch unsere flächendeckende Verankerung in den
116 Kommunalparlamenten müssen wir verbessern. Wir wollen deshalb die Arbeit in Landes- und
117 Kommunalparlamenten stärken und stärker mit der alltäglichen Arbeit vor Ort verbinden. DIE LINKE
118 muss Wahlen gewinnen und stärker werden – auch im Interesse unserer außerparlamentarischen
119 Arbeit und Verbündeten. Wir müssen auch nach den Wahlen unseren Einfluss in den Verwaltungen
120 ausbauen, wir müssen unsere Genossinnen und Genossen dort unterstützen, wo sie wirken und
121 arbeiten.

122 DIE LINKE hilft. Eine linke Partei steht und fällt mit ihrer Verankerung und dem Vertrauen, das ihr die
123 Menschen schenken. Deshalb bauen wir eine organisierende Sozialberatung vor Ort auf und aus. Wer
124 von der LINKEN beraten wird, ist nicht »Kunde« oder »Fall«, sondern Bündnispartner*in, für die es in
125 der Partei Raum gibt, sich zu vernetzen. Es ist ein Ort, wo man Unterstützung bei den großen und
126 kleinen Problemen des Lebens findet. Unter dem Motto #OffensivSozial haben wir eine Gesprächsof-
127 fensive gestartet. Dazu gehören regelmäßige Infostände vor JobCenter bzw. vorm Arbeitsamt, wo wir
128 Kaffee ausschenken und dabei mit Menschen ins Gespräch kommen, die konkret von Armut und
129 Erwerbslosigkeit betroffen sind und wissen, was Leben mit HartzIV bedeutet. Dies gilt es auszubauen,
130 wenn die JobCenter wieder öffnen.

131 Wir stärken die politische Bildung – organisieren kann jede*r lernen. DIE LINKE gewinnt neue und
132 junge Mitglieder. Eine gemeinsame Beschäftigung mit linken Theorien und Strategien, mit den Zielen
133 und der Geschichte der LINKEN, mit Techniken von Organisation und Strukturaufbau und mit (Wahl-
134)Kampagnen ist unabdingbar, damit wir eine Partei werden, unseren Unterschiede verstehen und als
135 Stärken verstehen. Wir wollen in den nächsten zwei bis drei Jahren in jedem Landesverband Teamen-
136 denstrukturen aufbauen. Dafür bilden wir Teamer*innen und Multiplikator*innen aus. Wir schaffen ein
137 eigenes Programm für aktive junge Mitglieder (U35) und bauen es weiter aus: Sie sind die Zukunft der
138 LINKEN. Wir starten eine gemeinsame »Jugendoffensive« von LINKEN; Linksjugend [‘solid] und
139 Studierendenverband DIE LINKE.SDS. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Auszubildende
140 in Mittel- und Kleinstädten, um auch dort unsere Strukturen zu verjüngen und den Anteil der Ge-
141 noss*innen mit Berufsausbildung zu erhöhen.

142 Eine antirassistische Partei. Ein Viertel der Menschen in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte,
143 viele von ihnen erfahren Rassismus. Eine Partei zu sein, die Bürger*innen mit Migrationshintergrund
144 oder Fluchterfahrung einlädt, sich zu organisieren, erschöpft sich nicht in antirassistischen Forderun-
145 gen und Repräsentation. Es geht auch darum, wie gesprochen wird, wie inklusiv Veranstaltungen
146 organisiert werden, wie mit Alltagsrassismus umgegangen wird, ob migrantische Mitglieder gehört und
147 ermutigt werden etc. Wir wollen die Ansprache der migrantischen Communities (nicht nur im
148 Wahlkampf) verbessern. DIE LINKE ist eine politische Heimat für alle Menschen sein, die Rassismus
149 erfahren und gegen Rassismus kämpfen.

150 Eine inklusive Partei baut Barrieren ab – in der Gesellschaft, in den Geschäftsstellen, auf Veranstal-
151 tungen, Treffen und Parteitagen. Inklusion eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, im politischen,

152 sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv
153 gestalten zu können. In der Gesellschaft wie in der LINKEN muss gelten: »Nichts über uns ohne uns!«

154 Die Hälfte der Welt den Frauen*. Feministische Mobilisierungen haben weltweit den Alltag von
155 Sexismus und Diskriminierung erschüttert. Auch von und in der LINKEN. DIE LINKE ist gut beraten, die
156 Bedürfnisse, Kämpfe, Träume und Alltagssorgen von Frauen und queeren Menschen aufzunehmen, Ort
157 der Reflexion und Organisierung zu sein und sie gemeinsam in eine politische Strategie zu übersetzen.
158 Sexistische Bevorzugung oder Bevormundung junger Frauen, kein Unsichtbarmachen von queeren
159 Menschen oder älteren Frauen kann es in einer LINKEN Partei nicht geben – der Weg dorthin ist ein
160 gemeinsamer Prozess von Reflexion und Selbst- und Welt-Veränderung.

161 Im Gespräch bleiben. In den vergangenen Jahren haben wir Begegnungs- und Reflexionsräume in der
162 LINKEN geschaffen, von Zukunftskongressen über Strategieberatungen, Regionaltreffen bis Aktiven-
163 konferenzen. Wir wollen die Räume weiter stärken, dezentral und auf Bundesebene. Sei es mit
164 Kongressen wie der »Linken Woche der Zukunft«, mit Policy Labs und erweiterten Parteitag, mit
165 Strategie-, Kampagnen- und Aktionskonferenzen, mit Sommercamps oder Frühjahrsakademien. Ort, an
166 denen sich die Mitglieder auf Augenhöhe begegnen, die Welt begreifen, Erfahrungen austauschen,
167 lachen und lieben und Interessen und Ziele ausloten können.

168 DIE LINKE ist aktiv. Mit uns durch unsere Mitglieder. Wir streiten an der Seite der Beschäftigten, der
169 Erwerbslosen und durch Hartz-IV Ausgegrenzten, der Mieter*innen, den Menschen mit Behinderung,
170 den alleinerziehenden Müttern und Vätern, Menschen mit Migrationserfahrung und denen, die
171 aufgrund ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden - kurz mit allen denen, denen es in einer
172 demokratisch-sozialistische Gesellschaft bessergeht. Mit diesen Menschen und ihren Organisationen,
173 mit Gewerkschaften und Verbänden werden wir in Bündnissen für Frieden, Klimagerechtigkeit, in
174 Streikbewegungen, gegen Rassismus und Faschismus, für Umverteilung des Reichtums und gerechten
175 Welthandel kämpfen. Wir stellen uns, unsere Erfahrungen und Strukturen zur Verfügung – nicht als
176 Pflichtveranstaltung oder zum eignen Nutzen, sondern als Verständnis der strategischen Funktion
177 einer verbindenden Partei. Gemeinsam können wir die Welt verändern!

Antrag:

P.06.

Antragsteller/innen:

BAG Betrieb und Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Einführung eines Gewerkschaftsrates**

- 2 1. Ein Gewerkschaftsrat wird einberufen. Er besteht aus vom Parteivorstand berufenen Gewerk-
3 schaftsmitgliedern. Die Anzahl ist nach Möglichkeit auf 20 zu begrenzen. Er tagt zweimal im Jahr
4 und berät den Parteivorstand in gewerkschaftspolitischen Fragen.
- 5 2. Der Geschäftsführende Parteivorstand führt zudem zweimal jährlich einen Gewerkschaftsdialog mit
6 den neun Vorsitzenden der DGB Mitgliedsgewerkschaften und des DGB durch. Ziel ist der gegen-
7 seitige politische und strategische Austausch zwischen Partei und Gewerkschaften. Für die inhalt-
8 liche Vorbereitung ist der Gewerkschaftsrat hinzuzuziehen.
- 9 3. Der Parteivorstand organisiert einmal jährlich einen Gewerkschaftsratschlag. Die Teilnahme daran
10 ist offen. Er dient einem breiten Austausch über die aktuellpolitischen Entwicklungen aus der Sicht
11 von Beschäftigten. Zur inhaltlichen Vorbereitung ist der Gewerkschaftsrat hinzuzuziehen.

- 12 4. Der Parteivorstand empfiehlt den Landesverbänden die Übernahme der Struktur aus Gewerk-
13 schaftsrat, Gewerkschaftsdialog und Gewerkschaftsratschlag auf der Länderebene und unterstützt
14 diese dabei.

Begründung:

Die LINKE hat zu Recht in den letzten acht Jahren die Beschäftigteninteressen in den Fokus ihrer Kampagnenarbeit gerückt und damit die Idee einer verbindenden Klassenpolitik zum Bezugspunkt linker Politik gemacht. Das Schaffen einer Struktur aus Gewerkschaftsrat, Gewerkschaftsdialog und Gewerkschaftsratschlag soll dabei helfen, den klassenpolitischen Fokus der Partei zu verstetigen und damit eine tatsächliche Verankerung zu verstärken.

Antrag: **P.07.**
Antragsteller/innen: LV Thüringen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Die friedenspolitischen Positionen der Linken bekräftigen**

- 2 Vor ziemlich genau neun Jahren wurde hier in Erfurt unser Parteiprogramm beschlossen. Wir wollen
3 diese Gelegenheit nutzen, die Positionen unserer Partei – insbesondere auch die friedenspolitischen –
4 in unserem Erfurter Parteiprogramm zu bekräftigen.

Begründung:

Die 1. Tagung des 7. Landesparteitages der LINKEN in Thüringen hat im Dezember 2019 mit großer Mehrheit beschlossen, dass der Landesverband Thüringen den Erfurter Bundesparteitag in 2020 nutzen möge, um die friedenspolitischen Positionen unserer Partei zu erneuern und zu bekräftigen und dafür Sorge zu tragen, dass diese in keiner Weise zurückgenommen oder relativiert werden. DIE LINKE ist und bleibt eine deutsche und europäische Friedenspartei.

Antrag: **P.08.**
Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wahl statt Zuweisung der Geschlechtsoptionen für Mitglieder**

- 2 Alle Mitglieder der Partei Die LINKE erhalten die Möglichkeit, im Rahmen der statistischen Mitglieder-
3 datenerhebung aus folgenden Geschlechtsoptionen auszuwählen:
4 ■ weiblich*
5 ■ männlich*
6 ■ divers (inter, nicht-binär u.a.)

7 ▪ keine Angabe

8 Es gilt die Selbstaussage des jeweiligen Mitglieds. Alle Mitglieder werden bei ihrem Eintritt in die
9 Partei DIE LINKE gebeten, aus den 4 Optionen eine auszuwählen.

10 Personen, die bereits Mitglied der LINKEN sind, erhalten die Möglichkeit, ihre Geschlechtsoption neu
11 zu bestimmen. Änderungen der Geschlechtsoption während der Zeit der Mitgliedschaft sind ebenfalls
12 zu berücksichtigen

13 Das alles bezieht sich allerdings nur auf die Statistik, also die Erhebung von Zahlenverhältnissen.
14 Diese Erhebung stellt keinen Präzedenzfall für die Fragen der praktischen Geschlechterdemokratie
15 dar, die durch unsere Satzung geregelt sind.

Begründung:

Die Erfassung von statistischen Angaben zum Geschlecht von Mitgliedern der LINKEN erfolgt derzeit noch über den Vornamen und ist nicht nur unpräzise (»Andrea«, »Helge«, »Tony« etc. werden sowohl weiblich als auch männlich verwendet.), sondern auch ausschließlich binär (zweigeschlechtlich Mann/Frau) und ermöglicht keine Selbstbestimmung.

Dieses Verfahren hinkt damit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, der Beschlusslage des deutschen Bundestages und der behördlichen Praxis hinterher, die eine positive dritte Option beim Geschlechtseintrag vorsieht. Die Partei DIE LINKE sollte als progressive Kraft hinter diesen Standards nicht zurückstehen und allen Mitgliedern eine diskriminierungsfreie Selbstaussage bezüglich ihres Geschlechts ermöglichen. Über diese Änderung wird neben inter* Personen auch trans* Personen die Möglichkeit gegeben, eine nicht fremdbestimmte Aussage zu ihrem Geschlecht zu treffen.

Antrag:

P.09.

Antragsteller/innen:

Emanzipatorische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

1 Haltung zeigen – gegen Hass auf LSBTTI in Polen Stellung beziehen

2 Mit großer Sorge beobachtet DIE LINKE, dass sich die Menschenrechtssituation für Lesben, Schwule,
3 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen (LSBTTI) in Polen unerträglich
4 verschlechtert.

5 In den letzten Monaten haben sich 16 Regierungsbezirke sowie 37 Landkreise und 55 Gemeinden ein
6 LGBTTI-feindliches Label gegeben und rühmen sich offen damit, eine sogenannte »LSBTTI-
7 ideologiefreie Zone« oder »Pro Family-Zone« zu sein. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser
8 Flächenbrand, der bereits ein Drittel Polens betrifft, ausbreitet. Beschlüsse zu »LSBTTI-freien Zonen«,
9 unter welchem Namen sie auch immer firmieren, sind keine Folklore, sondern eine Einladung zum
10 Pogrom. In Polen ist die Pogromstimmung so verbreitet, dass diejenigen, die dies mutig benennen,
11 strafrechtlich verfolgt werden. Vor einem Jahr wurden Teilnehmer*innen des CSD in BiaÅystok von
12 hundertern Nazis angegriffen. Nach Justizreform, staatlicher Medienzurichtung und Abbau von
13 Frauenrechten hat sich das Land massiv entdemokratisiert.

14 Präsident Andrzej Duda hatte in seiner Wahlkampagne Anfang 2020 LSBTTI-Themen und -
15 Lebensweisen als schädliche Ideologie bezeichnet, vor der insbesondere Kinder geschützt werden
16 müssten. Queere Menschen seien, so Duda, nicht gleichwertig mit anderen, »normalen« Menschen.

17 Mitte Juli wurde Duda wiedergewählt und es ist davon auszugehen, dass er seine queerfeindlichen

- 18 Wahlversprechen (keine Ehe für alle, kein Adoptionsrecht für queere Paare) umsetzen wird. Gegenpro-
19 testen wird derweil mit Repression begegnet. Es gibt eine Einschüchterungstaktik gegen queere
20 Aktivist*innen. Die Leute sollen zu viel Angst haben, gegen die aktuelle Situation zu demonstrieren.
- 21 DIE LINKE steht dafür, die Idee von der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte,
22 Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit auch für LSBTTI zu schützen und voranzu-
23 bringen.
- 24 Wir erklären uns mit den Betroffenen solidarisch und stehen an ihrer Seite, wenn sie sich gegen jene
25 wehren, die mit Nationalismus, Menschenfeindlichkeit und religiösem Fundamentalismus die Idee von
26 der Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte angreifen und zu Fall bringen wollen.
- 27 Gerade in Zeiten, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen in Polen unter Druck geraten, braucht es
28 die Unterstützung internationaler Partner*innen.
- 29 Darum fordert der Parteitag die kommunalen Mandatsträger*innen der LINKEN auf:
- 30 ▪ darauf hinzuwirken, dass die Bürgermeister*innen LSBTTI-feindliche Resolutionen und Beschlüsse
31 bei ihren polnischen Partner*innen offen ansprechen und kritisieren und auch die Art der Zusam-
32 menarbeit überdenken.
 - 33 ▪ sich dafür einzusetzen, dass die politischen Gremien ihrer Kommunen deutlich machen, dass der
34 Schutz der Grundrechte von LSBTTI die Grundlage einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist.
 - 35 ▪ sich dafür einzusetzen, dass ihre Gemeinden und Kreise auf polnische LSBTTI-Vereine und
36 Initiativen in ihren Partnerregionen zugehen, das Gespräch suchen und diese unterstützen.
 - 37 ▪ sich dafür einzusetzen, dass polnischen Delegationen deutsche LSBTTI-Organisationen besuchen.
 - 38 ▪ sich dafür einzusetzen, dass es eine Selbstverständlichkeit wird, dass sich die offiziellen kommunale-
39 len Delegationen mit LSBTTI in Polen austauschen.

Begründung:

»LSBTTI-freie Zone« – mit diesem Label rühmen sich inzwischen fünf der 16 Regierungsbezirke (Woiwodschaften), 37 Landkreise und 55 Gemeinden in unserem Nachbarland Polen. Viele weitere Städte haben ebenfalls Erklärungen verabschiedet, die mit dem Hinweis auf »Familienwerte« Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen abwerten und eine zunehmend bedrohliche Stimmung anheizen. Diese Beschlüsse sind eine Einladung zum Pogrom.

In Deutschland pflegen über 300 deutsche Städte und Gemeinden eine Partnerschaft zu Polen. Diese sind gefordert, die sich weiter verschlechternde Menschenrechtssituation von LSBTTI offen bei Ihren polnischen Partner*innen anzusprechen. Es muss deutlich gemacht werden, dass der Schutz der Grundrechte aller Menschen und damit auch von LSBTTI die Grundlage einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit ihren Gemeinden ist.

Städtepartnerschaften müssen dazu genutzt werden, dem Protest eine Stimme zu geben und demokratische Kräfte zu stärken.

Während Partnergemeinde und Städte, die sich der Bewegung der »LSBTTI-freien Zonen« nicht angeschlossen haben, in ihrer Haltung bestärkt werden müssen, sollte im anderen Fall die Art der Zusammenarbeit im Rahmen der Städtepartnerschaft dringend überdacht werden. So muss ernsthaft geprüft werden, den Austausch und die Kontakte mit den politischen Kräften in den Kommunalvertretungen und mit den Amtsträger*innen auszusetzen, die für diese menschenverachtenden Beschlüsse verantwortlich sind.

Gleichzeitig sollte der Kontakt zu LSBTTI -Initiativen und Vereinen aufgenommen werden, die sich in der Partnerregion für den Schutz der Demokratie und Menschenrechte einsetzen und ihnen Unterstützung angeboten werden. Solche Initiativen müssen jetzt gestärkt werden. Bei zukünftigen Treffen sollten die Rechte von LSBTTI ein Thema sein. So muss es eine Selbstverständlichkeit werden, dass die offiziellen Delegationen sich in Polen auch mit LSBTTI austauschen. Mit polnischen Delegationen

können deutsche LSBTTI-Organisationen besucht werden oder die Entwicklung der Rechte von LSBTTI in Deutschland kann in das Austauschprogramm einfließen.

Polen ist nicht die PiS, das zeigt nicht zuletzt die anhaltende politisch-geografische Spaltung des Landes. Die polnische Linke hat mit der Kandidatur des offen homosexuell lebenden Robert Biedron« ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Das Gebot der Stunde lautet: Solidarität mit den verwundbaren Communities in Polen sowie Austausch mit und Unterstützung der progressiven Kräfte und Aktivist*innen im Land. In diesem Zusammenhang halten wir es für den falschen Weg, wenn bspw. gefordert wird, bestehende Städtepartnerschaften aufzukündigen.

Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten im Rahmen von internationalen Städtepartnerschaften, dafür einzutreten, dass LSBTTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Gerade in Zeiten, in denen alle zivilgesellschaftlichen Initiativen in Polen immer weiter unter Druck geraten, braucht es die internationale Unterstützung.

Antrag:

P.10.

Antragsteller/innen:

Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Einrichtung und Angebot eines eigenen sozialen und links-politisch orientierten Social**
- 2 **Media Netzwerkes in Deutschland und in Europa**
- 3 Einrichtung und Angebot eines eigenen sozialen und links-politisch, orientierten Social-Media-
- 4 Netzwerkes in Deutschland und in Europa

Begründung:

In Deutschland und in Europa gibt es kein größeres, bekanntes Social-Media-Netzwerk, das mit Facebook oder anderen Anbietern von Groß-Konzernen vergleichbar ist. Bei Facebook handelt es sich um einen U.S.-amerikanischen Konzern und die weiteren Social-Media-Netzwerk-Anbieter haben ihren Sitz meist auch außerhalb von Deutschland und außerhalb von Europa.

Trotz aller Freundschaft zu allen Nationen in der Welt und auch zu unseren U.S.-amerikanischen Freunden und auch russischen Freunden ist es NICHT nachvollziehbar, weshalb Menschen, die politisch in Deutschland und in Europa engagiert sind, ihre Aktionen zwangsweise auch in den U.S.A. bzw. nur via U.S.-amerikanischer, chinesischer oder russischer Server verbreiten können um weitere Menschen zu finden in Deutschland und in Europa zu finden, die politische Engagements und politische Wahlkämpfe unterstützen.

Genau genommen ist es verwunderlich, dass nicht bereits Groß-Parteien, wie CDU und SPD, Initiativen für ein öffentliches Soziales Medien-Netzwerk in Deutschland und in Europa ergriffen haben und stattdessen auch via Facebook und via U.S.-amerikanischer Server Wahlkampf über amerikanische Soziale Medien führen, um Unterstützerinnen und Unterstützer und Wählerinnen und Wähler in Deutschland und in Europa zu finden. Es gibt nicht wenige Menschen, die Angst vor der Einmischung ausländischer Kräfte bei Wahlen in Deutschland und in Europa haben. Da es jedoch keine öffentlichen, bekannteren und größere Social-Media-Angebote in Deutschland und in Europa gibt, die ansatzweise

mit Facebook vergleichbar sein könnten, ist es natürlich nicht ganz so sehr verwunderlich, dass auch regionale und lokale Themen, bedingt durch die Verbreitung auf U.S.-amerikanischen Servern, chinesischen oder russischen Servern, weltweit diskutiert werden, obgleich es oft nur einen regionalen Bezug gibt. Die Einmischung ausländischer Kräfte ist nicht kontrollierbar und nicht zu vermeiden, wenn nur U.S.-amerikanische, chinesische und russische Server bereitstehen und genutzt werden um in »ausländischen« Sozialen Medien-Netzwerken, wie Facebook, Unterstützerinnen und Unterstützer in Deutschland und in Europa zu finden.

Datenschutz und Vertraulichkeit sind unter solchen Bedingungen sehr relativ, da in den U.S.A., China und in Russland natürlich nicht deutsche und europäischen Datenschutz-Bestimmungen gültig sind, sondern die Länder aus verständlichen Gründen über eigene Gesetze verfügen.

In Deutschland leben 83 Millionen Menschen und in der EU Europäischen Union leben rund 500 Millionen in Europa.

DIE LINKE ist eine Partei für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Verständigung, Dialog und europäisches und internationales Engagement. Nur Kritik daran zu üben, dass es noch kein soziales Medien-Netzwerk in Deutschland gibt und noch kein soziales Netzwerk auf Europa bzw. EU-Ebene gibt wäre zu wenig.

Im bevorstehenden Jahr 2021 stehen insgesamt 10 Wahlen, darunter wichtige Landtagswahlen im Beispiel wie Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Thüringen und die Bundestagswahl 2021 bevor.

Der Parteitag möge daher beschließen, das Angebot eines sozialen, links-politischen, öffentlich rechtlichen zugänglichen sozialen Medien-Netzwerkes in Deutschland noch im Jahr 2020 zu realisieren und bereitzustellen und das Angebot für ein soziales, links-politisch orientiertes Soziales Medien Netzwerk in Europa so bald wie möglich realisieren und anbieten.

Das Soziale Medien Netzwerk-Angebot soll allen Mitgliedern unserer Partei DIE LINKE kostenfrei zur Verfügung stehen und allen interessierten Menschen kostenfrei zur Verfügung stehen, um eine Vernetzung bundesweit in ganz Deutschland und so bald wie möglich auch in Europa möglich zu machen und den Dialog für Frieden, Soziales, Freiheit, Gerechtigkeit, Natur- Tier- Umwelt- und Klimaschutz und für eine Vielzahl weiterer politischer Themen zu fördern.

Das Soziale Netzwerk Angebot von DIE LINKE soll Kandidatinnen und Kandidaten von DIE LINKE die Chance bieten, Presse-Mitteilungen, Fotos, Video, Live-Videos zu veröffentlichen und Diskussionen und Debatten auch via Online-Video-Streaming und Online Video Konferenzen ermöglichen.

Das Soziale Netzwerk Angebot von Die LINKE sollte allen Mitglieder von DIE LINKE helfen, Positionen, Selbst-Beschreibungen, Projekt-Beschreibungen, Vorstellungen, Initiativen, Engagements und sonstige Arbeiten bekannt zu machen und zu veröffentlichen und einem breiteren und größeren, interessierten Kreis von Leserinnen und Lesern anzubieten.

Auf der Grundlage, die Idee eines friedlichen und geeinten Europa zu unterstützen, soll ein deutsches und auch europäisches soziales Netzwerk Angebot von DIE LINKE den multinationalen, bilateralen, internationalen, offenen und freien Dialog innerhalb von Deutschland und auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch über alle Grenzen hinweg, möglich machen, fördern und unterstützen und Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für DIE LINKE und für soziale und links-politisch, orientierte Themen engagieren, die Möglichkeit schenken, ein linkes, soziales Social-Media-Netzwerk auch zur Führung des virtuellen, politischen Wahlkampfes online zu führen und interessierte Menschen zu gewinnen, die Mitglied in DIE LINKE werden wollen und sich vertieft auch in vielfältige Engagement von aktiven und engagierten Menschen in DIE LINKE einarbeiten wollen.

Die Server für ein deutsches Soziales Medien-Netzwerk-Angebot von DIE LINKE sollten selbstverständlich in Deutschland bereitgestellt werden, während die Server für ein Europäisches Social-Media-Netzwerk-Angebotes beliebig und frei innerhalb von Europa lokalisiert sein können.

Vor allem auch in Zeiten, in denen mehrere Wahl-Kämpfe geführt werden, soll mit einem eigenen Social-Media-Netzwerk-Angebot auch die Manipulation und die Einflussnahme aus dem Ausland auf Landtags-Wahlen, Bundestags-Wahlen, Europa-Wahlen und kommunale Wahlen reduziert werden soweit dies möglich ist und politische Kandidatinnen und Kandidaten, die in Deutschland zur Wahl stehen, sollten NICHT gezwungen sein, nur ausländische Server von Facebook oder von weiteren Groß-Konzernen in Anspruch nehmen zu müssen, da es keine vergleichsweisen eigenen Social-Media-Angebote in Deutschland und in Europa bislang gibt.

Für Menschen, die aufgrund von Krankheit, Behinderung und Schwerbehinderung in der Mobilität eingeschränkt sind und die nicht mehr uneingeschränkt und frei reisen können, soll ein eigenes Social-Media-Netzwerk-Angebot von DIE LINKE entsprechend der U.N. Behindertenrechts-Konvention bzw. dem U.N. Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung, die Teilhabe und selbstverständlich auch die politische Teilhabe in politischen Engagements fördern und unterstützen.

Antrag: P.11.

Antragsteller/innen: Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Sonder-Ehrungen, Vergabe von Sonder-Preisen und Auszeichnungen für besonders verdiente**
- 2 **Mitglieder von DIE LINKE mit sofortiger Wirkung, Sonder-Ehrung, Sonder-Auszeichnungen und**
- 3 **Sonder-Preise für Katja Kipping, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Dr. Gregor Gysi**
- 4 DIE LINKE möge an Mitglieder, die sich in besonderer Weise für DIE LINKE engagiert haben, Sonder-
- 5 Ehrungen, Sonder-Auszeichnungen, Sonder-Würdigungen und Sonder-Preise vergeben und Mitglieder,
- 6 die in besonderer Weise engagiert waren oder sind, öffentlich ehren, würdigen und mit Sonder-
- 7 Preisen, Sonder-Auszeichnungen, Würdigungen ausstatten, ehren und würdigen

Begründung:

Wenngleich ich mich für Gleichbehandlung und auch vom Gleichbehandlungs-Grundsatz (Alle Menschen sind gleich vor dem Gesetz, und andere Gesetz-Vorgaben) engagiere und davon ausgehe, so gibt es doch immer wieder Menschen, die sich in besonderer Weise, weit über ein übliches Maß hinausgehend und in besonderer Weise vielfältig und in besonderer Weise herausragend und besonders engagieren.

Der Partei-Vorstand unserer Partei DIE LINKE möge daher beschließen, dass Mitglieder, die sich in ganz besonderer Weise in und für DIE LINKE engagieren und engagiert haben mit vom Partei-Vorstand festzulegenden Sonder-Ehrungen, Vergabe von Sonder-Preisen und Auszeichnungen und Würdigungen für besonders verdiente Mitglieder auf Bundes- Landes- Europa- und kommunal-politischer Ebene und in allen sonstigen Teilen, Bereichen und Gliederungen öffentlich für besondere Verdienste ausgezeichnet, geehrt und gewürdigt werden.

In der ersten Staffel der Vergabe für Sonder-Ehrungen, Sonder-Preisen und Auszeichnungen für besondere Verdienste möge der Partei-Vorstand beschließen, dass

1. Katja Kipping, DIE LINKE
2. Bernd Riexinger, DIE LINKE

3. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE

4. Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE

für ihre besonderen, weit über ein normales Maß und übliches Engagement hinausgehendes Engagement für unsere Partei DIE LINKE für ihre langjährigen Verdienste in entsprechender, würdigender und ehrender Form und Weise öffentlich gewürdigt und geehrt werden und für ihr besonderes Engagement und den Einsatz für DIE LINKE öffentlich in einem Fest-Akt geehrt und gewürdigt werden.

Da wir leider alle unter »Corona«-Bedingungen arbeiten weiß ich aus Erfahrung ebenso, wie schwer es ist, solche Veranstaltungen kurzfristig zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Dennoch bitte ich den Partei-Vorstand, dass die oben genannten und verdienten Mitglieder von DIE LINKE in der ersten Staffel, wenn möglich noch im Dezember 2020 oder zumindest doch im Frühjahr 2021 für ihre besonderen und in herausragender Weise geleisteten und erbrachten Dienste, Arbeiten und Wirken öffentlich mit der Vergabe von Sonder-Ehrungen, Sonder-Preisen, Sonder-Auszeichnungen gewürdigt und geehrt werden.

Sollten Beispiele erwünscht werden für einige Beispiele der besonderen Verdienste, so können diese gerne nachgereicht werden. Mutmaßlich gehe ich jedoch davon aus, dass dem Parteivorstand von DIE LINKE, die besonderen Engagements, Leistungen, Wirken, Arbeiten und Verdienste von Katja Kipping, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Dr. Gregor Gysi bestens bekannt sind und daher kaum einer weiteren Erklärung oder allzu ausführlicher Begründungen gesondert bedürfen.

Antrag:

P.12.

Antragsteller/innen:

LAG Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Einberufung einer Konferenz linker Verbände, Vereinigungen und Parteien**

- 2 Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Konferenz linker Parteien, Verbände und Vereine baldmöglichst vorzubereiten und im Jahr 2021 einzuberufen. Ziel soll die Bündelung und Stärkung linker
3 Aktivitäten und Ressourcen für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie sowie eines einheitlichen
4 Handelns zur Sicherung von Frieden, sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität sein.
5

Begründung:

Die Zeit ist bedrückend; denn der Frieden ist weltweit in akuter Gefahr. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit breiten sich immer weiter und anscheinend unaufhaltsam aus, soziale Ungerechtigkeiten erreichen neue Dimensionen, die Entsolidarisierung zwischen den Menschen ist nicht mehr zu übersehen und die Linke verliert an Bedeutung und Einfluss in der Bevölkerung.

Die Sozialdemokratie ist am Ende ihres Lateins bzw. hat sich nunmehr endgültig als Verfechterin einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft offenbart und sieht sich als Ultima Ratio für vermeintlich linke Ideale und menschliche Interessen. Sozialistische Grundpositionen sind nebulös formuliert bzw. obsolet – Hauptsache mitregieren!

Die jüngsten Wahlen in Deutschland zeigen uns, die CDU bleibt vorne und die SPD stürzt ab. DIE LINKE verliert und die AfD marschiert sichtbar unaufhaltsam in kommunale Vertretungen, sitzt

unüberseh- und unüberhörbar in allen Landtagen und ist Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag.

Die Bundesrepublik beteiligt sich aktiv an unsinnigen Sanktionen gegen Russland und die Bundeswehr steht wieder an der Grenze zu Russland. Und das 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Kräfte, die eine friedliche, soziale und solidarische Gesellschaft wirklich wollen, sich zusammenschließen und eine wirkliche und wirksame linke Alternative gemeinsam begründen und dafür aktiv sowie vorurteilsfrei arbeiten.

Wir wissen nur zu gut, Erfolge kann man nur miteinander und nicht getrennt und gegeneinander erreichen.

Packen wir es bei aller Unterschiedlichkeit in einzelnen Fragen zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung an, wenn der Grundkonsens Frieden und soziale Gerechtigkeit lautet.

Das Ziel bleibt die Überwindung des vorherrschenden und ungerechten sowie kriegerischen kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Antrag: **P. 13.**

Antragsteller/innen: LV Baden-Württemberg

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Wahl der Geschlechtsoptionen für Mitglieder**

- 2 Bei der Zuordnung der Mitglieder zu »weiblich«, »männlich« oder »divers« wird die Selbstaussage des
3 jeweiligen Mitglieds überall dort berücksichtigt, wo es nicht um satzungs- oder wahlrechtsrelevante
4 Vorgänge geht (z.B. bei der Anrede). Dafür sind die nötigen Voraussetzungen in der Mitgliederverwal-
5 tung zu schaffen.

Antrag: **P. 14.**

Antragsteller/innen: LV Baden-Württemberg

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Sprachregelung für das dritte Geschlecht »Divers«**

- 2 Die Bundespartei entwickelt eine einheitliche Sprachregelung für die interne und externe Kommunika-
3 tion einschließlich der direkten Anrede in Schreiben, die in geeigneter Weise Menschen berücksich-
4 tigt, die sich als »divers« und nicht als männlich oder weiblich definieren.

Antrag:**P.15.**

Antragsteller/innen:

Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Genehmigung, Förderung, Hilfe und Unterstützung zur Gründung der BAG PKME (Bundesar-**
2 **beitsgemeinschaft Presse Kunst Medien & Events) und der entsprechenden LAG's in allen**
3 **Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland**

4 Unsere Partei DIE LINKE, möge bitte die Gründungs-Initiative für die Gründung einer BAG PKME,
5 Bundesarbeitsgemeinschaft Presse Kunst Medien & Events und der entsprechenden LAG (Landesar-
6beitsgemeinschaften) in Rheinland-Pfalz und in allen weiteren Bundesländern der Bundesrepublik
7 Deutschland genehmigen, fördern, Hilfe genehmigen zur Gründung dieser neuen BAG PKME (Bundes-
8arbeitsgemeinschaft Presse Kunst Medien & Events), die aufgrund der Corona Krise und der Folgen
9 der Corona Krise gegründet werden soll um mehr als 1 Million beschäftigten Menschen aus den zuvor
10 genannten Berufsbereichen und Branchen, die aufgrund von Corona und den Folgen der Maßnahmen
11 von Corona in besonderer Weise Schaden erlitten haben und leiden, zum Zwecke der Interessens-
12 Vertretung und kreativen Hilfe, soweit möglich gegründet werden soll. Hierzu möchte ich gerne die
13 Initiative, Gründungs-Initiative ergreifen und beim künftigen Vorstand der BAG PKME und der LAG
14 PKME Rheinland-Pfalz gerne aktiv im Ehrenamt mitwirken und die Gründungs-Initiative ins Leben
15 rufen.

Begründung:

Am 9. September 2020 hat die Aktionsgemeinschaft der Veranstaltungs- und Unterhaltungs-Branche Alarmstufe Rot in Berlin unter Corona Bedingungen eine Groß-Demonstration mit rund 10.000 bis 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt um auf die schwersten sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen und humanitären Nöte hinzuweisen. Seit Beginn der Corona Krise sind viele Beschäftigte aus der Veranstaltungs- und Unterhaltungs-Branche FAKTISCH mit Berufsverboten belegt. Unsere Genossen Bernd Riexinger und Diether Dehm (beide DIE LINKE) waren neben weiteren bekannten Bundestagsabgeordneten als Sprecherinnen und Sprecher auf der Veranstaltung erschienen und haben neben weiteren Prominenten und auch Musikern, im Beispiel Herbert Grönemeyer und viele andere Künstlerinnen und Künstlern Fürsprache gehalten.

Als Journalist, Radio- Fernseh- Medien- und Musik-Produzent, als Sänger, als Komponist, Textdichter und Fernseh- und Radio-Producer bin ich von den Folgen des Corona Lockdown bzw. der Veranstaltungs-Verbote leider selbst in mehreren Bereichen betroffen. Im Frühjahr und Sommer 2020 wollte ich mein neues Musik-Album »Geen Fair For Justice« vorstellen (Link, Spotify: <https://open.spotify.com/album/3roFJVkF3DqLXIn3HVrKkr>), mit dem Projekte aus dem Tier- Natur- Umwelt- und Klima-Schutz gefördert werden sollten. Für das Jahr 2020 hatte ich ursprünglich mehrere Touren und Termine geplant um Projekt aus Tier- Natur- Umwelt- und Klima-Schutz und auch Tier-Gnaden-Höfe, die DRINGEND auf Spenden angewiesen sind zu unterstützen. Auf Corona, einen Lockdown war ich wie viele andere Kunstschaffende Menschen in keiner Weise vorbereitet. Leider haben die Landesregierungen und die Bundesregierung ALLE Konzert-Termine und Veranstaltungen abgesagt, sogar im Oktober 2020 wurden die Kirmes / Kerwe abgesagt und in vielen Städten und Gemeinden wurden ebenso leider auch die Weihnachts-Märkte abgesagt. Ich bin nicht nur als Journalist, sondern auch als Künstler tätig und zudem seit 1986 Herausgeber und Verleger mehrerer kleiner Magazine, Buch-Autor von 12 veröffentlichten Büchern in deutscher und englischer Sprache und konnte bislang 16 komplette Musik-Alben je 14 Lieder veröffentlichen.

Faktisch, so beklagen die Organisatoren der Veranstaltungs- und Unterhaltungs-/Event-Branche bedeutet dies seit Beginn der Corona Krise finanzielle Total-Ausfälle zwischen 60 bis 90 Prozent. Laut Organisatoren geht es um Jahresumsätze von rund 130 Milliarden Euro und weit mehr als eine Million Jobs.

Da Diether Dehm nicht nur, wie auch ich Mitglied von DIE LINKE ist, sondern auch erfolgreicher Unternehmer, Künstler, Autor, Komponist, Textdichter, Sänger und selbst, wenn man es so beschreiben darf erfolgreicher Unternehmer in der Veranstaltungs- und Eventbranche ist, kann bei Bedarf und bei Möglichkeit unser Genosse Diether Dehm vielleicht auf dem Parteitag ein Kurz-Referat halten, um allen Genossinnen und Genossen den Ernst dieser Situation und den Ernst der Lage der Menschen, Freiberufler, Solo-Selbstständigen, Künstlerinnen und Künstler, der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter der Veranstaltungs- Unterhaltungs- Event- und Kreativ-Wirtschaft zu vermitteln.

Wenn weit mehr als eine Million Jobs in Gefahr in Deutschland sind und Verluste von bis zu 130 Milliarden Euro pro Jahr drohen, könnte selbst die beste Regierung der Welt, das trifft bekannt auf die deutsche Bundesregierung leider nicht zu, nicht innerhalb weniger Wochen oder Monate weit mehr als eine Million neue Jobs schaffen.

Während Milliarden-schwere Groß-Konzerne großzügige Finanzhilfen von der Bundesregierung zugesagt bekommen konnten, gibt es bislang kaum und nicht ausreichende, finanzielle Hilfe-Zusagen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Veranstaltungs- Unterhaltungs- /Event- und Kreativ-Wirtschaft. Diese Zusagen werden dringend benötigt.

Wir Künstlerinnen und Künstler wollen jedoch nicht nur neue Klage-Lieder schreiben oder gar nur um finanzielle Hilfe bitten sondern auch kreative Lösungen für die Zukunft zur Bewältigung von Corona und der Folgen der Maßnahmen zu Corona erarbeiten, mitbestimmen und gestalten. Daher habe ich ein Konzept zur Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft BAG Presse Kunst Medien & Events erarbeitet und bitte die Gründung einer BAG Presse Kunst Medien & Events (Veranstaltung, Unterhaltung, Kreativ-Wirtschaft) zu genehmigen, zu fördern, zu unterstützen und Hilfe, soweit wie möglich und soweit erforderlich zu leisten. An der Gründungs-Initiative möchte der BAG PKME und der LAG PKME in Rheinland-Pfalz möchte ich aktiv mitarbeiten und mich auch für die künftige Vorstands-Arbeit bewerben. LAG's sollten in allen weiteren Bundesländern gegründet werden.

Da unsere Partei DIE LINKE rund 62.000 Mitglieder hat von denen auch mehrere Mitglieder Journalisten, Moderatoren, Autoren, Buch-Autoren, Künstler und Künstlerinnen, Fotografen, Fotografinnen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Veranstaltungs- Unterhaltungs- und Kreativ-Wirtschaft sind, glaube ich, dass hier eine gute Hilfe- und Wirkmöglichkeit besteht und vorhanden ist, sich aktiv zu engagieren und eine bunte und breit aufgestellte BAG PKME und die entsprechenden LAGs zu Gründen für die Menschen, die in diesen Berufen und Branchen tätig sind mit dem weiteren Ziel nicht nur finanzielle Hilfe-Zusagen von der Bundesregierung zu erhalten, sondern auch an kreativen Konzepten, Plänen und Projekten für die Gegenwart und Zukunft zu arbeiten und zu wirken.

Die Bedürfnisse von freiberuflichen Journalisten, Autoren, Buch-Autoren, Sprecherinnen und Sprechern, Moderatoren, Künstlerinnen, Künstlern, Musikerinnen, Musikern, Verlegerinnen, Verleger, Herausgeberinnen, Herausgeber, DJs, Alleinunterhalter, und mehr als eine Million beschäftigte Menschen aus der Veranstaltungs-/Events-, Unterhaltungs- und Kreativ-Wirtschaft sind ähnliche Bedürfnisse und Interessen. Oft gibt es viele gemeinsame Schnittmengen, weswegen ich die Gründungs-Initiative für eine Bundesarbeitsgemeinschaft Presse Kunst Medien & Events in DIE LINKE, da unsere Partei auch als Partei für soziale Gerechtigkeit bekannt ist, realisieren, aufnehmen und durchführen möchte.

Antrag:**P.16.**

Antragsteller/innen:

Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:**1 Gründung eines Permanenten Kontrollrates für Menschenrechte, Grundfreiheiten und
2 Grundrechte in und von der LINKEN**

3 DIE LINKE möge die Gründung eines Permanenten Kontrollrates für Menschenrechte, Grundfreiheiten
4 und Grundrechte in und von der LINKEN gründen, die die Maßnahmen, das Arbeiten und das Wirken
5 aller Landesregierungen und der Bundesregierung im Zusammenhang zur Verhältnismäßigkeit der
6 Maßnahmen zur Corona Krise und in den mehreren Flüchtlings-Krise, generell in Fragen der Men-
7 schenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte ständig überwacht und prüft, um Menschenrechte,
8 Grundfreiheiten und Grundrechte zu schützen.

Begründung:

Im Zusammenhang zu den Maßnahmen von Corona hat inzwischen sogar der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingeräumt, dass einige Maßnahmen zu Corona möglicherweise nicht verhältnismäßig waren und überzogen waren.

Aus mehreren Altenheimen und Pflegeheimen liegen mir erschütternde Berichte vor, die in Worte kaum noch zu fassen sind, was die Situation alter und schwer, kranker Menschen anbelangt, die ohne Freunde, Verwandte und ohne menschliche Nähe unter Bedingung der totalen Isolation in Altenheimen und Pflegeheimen gestorben sind.

Aus dem Bereich humanitäre Krisen geflüchteter Menschen aus Syrien, in Griechenland, Nord-Afrika und aus einer Vielzahl weiterer Ländern liegen mehr als 1.000 Seiten Berichte über schwerste Verletzungen von elementarsten Menschenrechten, der Grundfreiheiten und Grundrechte vor.

Leider reicht und genügt es offenbar NICHT, dem Wirken, Arbeiten der Landesregierungen und Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zu vertrauen.

Daher ist die Gründung, so glaube ich, eines Permanenten Kontrollrates für Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte in und von DIE LINKE mit dem Ziel der permanenten Überwachung der Arbeiten, des Wirkens der Landesregierungen und der Bundesregierung in Fragen der Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte wichtig.

Der Permanente Kontrollrat für Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte soll für alle Mitglieder von DIE LINKE und auch für parteilose Menschen in Not, auch geflüchtete Menschen, alte, kranke, behinderte Menschen, schwerbehinderte Menschen und Menschen in Not bitte zugänglich sein. Tätig werden könnten insbesondere Juristen, Ärzte, Sozial-Arbeiter, Krankenschwestern, Krankenpfleger, Menschen, die geflüchteten Menschen, kranken und alten Menschen und Menschen in Not helfen sowie Mitglieder, die vielen weiteren Berufsgruppen angehören.

Zweimal im Jahr sollte vom Permanenten Kontrollrat für Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte auch ein Bericht vorgestellt werden über die Beobachtungen zur Verhältnismäßigkeit der entsprechenden Maßnahmen in Bezug zu Menschenrechten, Grundfreiheiten und Grundrechten.

Laut Amnesty international entspricht die Zwangs-Trennung und Trennung von Familien der FOLTER, vergleiche Amnesty U.S.A. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/06/usa-family-separation-torture/>.

Unter welchen Bedingungen auch immer, sei es bei geflüchteten Menschen oder bei alten, kranken und behinderten, schwerbehinderten Menschen sollte KEINE ! Regierung und auch keine Landesregie-

rung eine Genehmigung zur Durchführung von Folter erhalten, da dies komplett gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ausgerichtet wäre.

Daher erscheint mir ein Engagement unserer Partei DIE LINKE mit einem eigenen Permanenten Kontrollrat für Menschenrechte, Grundfreiheiten und Grundrechte besonders wichtig, da sich die Berichte zu schwersten Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in mehreren Bereichen inzwischen täglich zunehmend häufen.

Antrag: **P.17.**
Antragsteller/innen: Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

1 Konsequenzen aus der Abstimmung zum Polizeigesetz Brandenburg

2 Die im Landtag Brandenburg begangenen katastrophalen Fehlentscheidungen von Mandatsträger_innen der LINKEN müssen von der Bundespartei aufgearbeitet werden. Mitglieder der Partei DIE LINKE haben in Regierungsverantwortung der Novelle des Polizeigesetzes Brandenburg zugestimmt, welches eine Präventivhaft vorsieht. Damit hat DIE LINKE zum ersten Mal in ihrer Geschichte einer Grundrechtseinschränkung zugestimmt. Die Bundespartei muss hier Konsequenzen ziehen. Die Parteimitglieder Kathrin Dannenberg, Christian Görke, Thomas Domres, Bettina Fortunato und Andrea Johlige und alle anderen, die für das neue Polizeigesetz in Brandenburg gestimmt haben, werden vom Parteitag aufgefordert, ihre Ämter und Mandate niederzulegen und freiwillig aus der Partei auszutreten.

Begründung:

Die genannten Parteimitglieder haben in einer Sitzung des Landtags Brandenburg im März 2019 für die Novelle des Polizeigesetzes und damit einer Präventivhaft in Brandenburg gestimmt. Bis jetzt gab es kein erfolgreiches Ausschlussverfahren.

Die genannten Parteimitglieder haben der Partei mit ihrem Abstimmungsverhalten der Bundespartei und ihrem eigenen Landesverband sowie der gesamten linken Bewegung in Deutschland schweren Schaden zugefügt.

1. Diese Menschen gingen in die Geschichte ein. DIE LINKE hat bei der Abstimmung über das Polizeigesetz zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Grundrechtseinschränkung in ein Gesetz gegossen. Das steht im Gegensatz zu allen bundesweit beschlossenen programmatischen Prinzipien und Richtlinien. Dieses Ereignis strahlte und strahlt weiterhin auf die Bundespartei negativ aus und war inhaltlich im Vorfeld auf keinem Bundesparteitag diskutiert worden.
2. Sie verhielten sich uneinsichtig und unsolidarisch gegenüber Genossen und Genossinnen, die in anderen Bundesländern gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen kämpften. Sie fielen diesen in den Rücken und machten ihre ehrenamtliche Arbeit unglaubwürdig. Sie ignorierten einen offenen Brief, der von ca. 150 Genossen und Genossinnen unterzeichnet war, in welchem eindringlich vor einer Zustimmung gewarnt wurde. Sie schlugen diese wohlüberlegten Warnungen in den Wind.
3. Sie fielen allen ehrenamtlich außerparlamentarisch Aktiven gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen in den Rücken und machte die Zusammenarbeit mit diesen für viele Landesverbände ungleich schwieriger. Sie ignorierten alle von außerparlamentarisch Aktiven vorgetragenen Einwände, die diese vor dem Hintergrund ihrer politischen und praktischen Erfahrung bzgl. Polizeigewalt, Polizeiwillkür und zivilen Ungehorsams, wie z.B. bei »Ende Gelände«, zur Geltung brachten.

4. Sie handelten entgegen ihrer Wahlversprechen und enttäuschten bzw. betrogen zehntausende Wähler*innen in Brandenburg. Die Wahlergebnisse in der darauf folgenden Landtagswahl in Brandenburg weisen darauf hin, dass der gesamte Landesverband auch für dieses Abstimmungsverhalten abgestraft wurde.
5. Auch nach allen negativen Konsequenzen, wie z.B. das Brechen von Wahlversprechen und das Überschreiten inhaltlicher roter Linien (die Abgeordneten stimmten z.B. einer Präventivhaft zu), kandidierten sie erneut auf vorderen Plätzen der Landesliste, was erhebliche Stimmenverluste nach sich zog. Der Landesverband konnte hier leider nicht als Korrektiv wirken.
6. All das hielt z.B. Kathrin Dannenberg nicht davon ab, bis heute als Co-Fraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburg zu arbeiten und Parteimitglied zu bleiben.
7. Der Tabubruch der Grundrechtseinschränkung kann aktuell jedem/r aktiven Politiker/in der LINKEN in jeder Talkshow oder öffentlichen Veranstaltung vorgeworfen werden, verbunden mit dem Hinweis, dass die Verantwortlichen in Brandenburg munter weiter Politik im Namen der LINKEN betreiben. Das kann dazu führen, dass die Themen Grundrechte und Polizeigesetze regelmäßig ausgespart werden, um nicht drauf angesprochen zu werden. So hätte der LV Brandenburg die Bundespartei sozusagen erfolgreich in Geiselnhaft genommen, was diese Themen belangt - entgegen allen offiziellen Programmen.

Die genannten Parteimitglieder haben für ihr Verhalten bis heute keinerlei persönliche Konsequenzen erleiden müssen. Sie haben weiterhin gut bezahlte Landtagsmandate. Wenn sie Mitglied der Partei bleiben, werden andere sich ermutigt fühlen, entgegen beschlossener inhaltlicher Richtlinien knallharte rechte Politik zu verfolgen und damit der Glaubwürdigkeit der LINKEN und der linken Bewegung in Deutschland zu schaden.

Antrag:

P. 18.

Antragsteller/innen:

Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

1 Abschaffung von Parteitagsreden und Vorverlagerung derselben ins Internet

- 2 Die Reden von Parteivorsitzenden und alle sonstigen Reden und Grußworte, die nichts mit konkreten
- 3 Anträgen oder Debatten auf dem Parteitag zu tun haben, finden auf den künftigen Parteitagen nicht
- 4 mehr statt. Stattdessen werden diese spätestens zwei Wochen vor dem Parteitag als Video auf
- 5 Webseiten der Partei hochgeladen.

Begründung:

Parteitage der LINKEN sind momentan sehr teuer, die Kosten liegen bei ca. 750.000 bis 1 Million Euro. Reden von Parteivorsitzenden etc. (und die manchmal stattfindenden »standing ovations« hinterher) verbrauchen viel Zeit, Zeit, die Geld kostet und für andere Anträge, Abstimmungen und Debatten fehlt.

Schon jetzt ist es so, dass nur ein Bruchteil aller Anträge, die für ein Parteitag gestellt werden, von den Delegierten abgestimmt werden können. In der üblichen Praxis werden diese dann vom Vorstand oder dem Bundesausschuss abgestimmt, obwohl der Parteitag laut Satzung weiterhin das höchste Organ der Partei ist und durch diese Verfahrensweise die demokratische Legitimation weiter absinkt

(durch weniger Menschen, die an der Abstimmung beteiligt sind, und durch eine so stattfindende Entmachtung der Delegierten).

Die Kosten an Zeit und Geld für diese Reden sind in keiner Weise gerechtfertigt. Wenn diese Reden z.B. zwei Wochen vor dem Parteitag im Netz hochgeladen werden, haben alle Delegierten (sowie alle übrigen Parteimitglieder) genügend Zeit, sich mit diesen auseinanderzusetzen, bevor der Parteitag beginnt. Bei der aktuellen Praxis kennen die Delegierten die Reden nicht vor dem Parteitag, obwohl die Reden schon fertig geschrieben sind, bevor der Parteitag beginnt. *Nachdem* die Reden gehalten sind, werden momentan die Videoaufnahmen davon im Netz hochgeladen. Es macht mehr Sinn, dies *vor* den Parteitagen zu tun, um Zeit und Kosten einzusparen und um den Delegierten und Parteimitgliedern mehr Zeit zu geben, sich mit den in den Reden transportierten Inhalten auseinanderzusetzen.

Der Sinn und Zweck dieser Reden scheint auch zu sein, Inhalte gegenüber den Medien kommunizieren zu wollen. Dafür sind andere Verfahren, wie z.B. Pressekonferenzen, besser geeignet.

Antrag:

P.19.

Antragsteller/innen:

Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Klimaneutrale Parteitage und Events**

- 2 Alle Partei-Events, Parteitage, Wahlkampf- und Diskussionsveranstaltungen, Sommerschulen der
3 Partei sind klimaneutral zu organisieren. Schon bei der Organisation der Veranstaltungen wird darauf
4 geachtet, möglichst viel CO₂ einzusparen bzw. möglichst viel Energiekosten und CO₂-Ausstoß zu
5 vermeiden. Die CO₂-Kosten jedes Events werden transparent aufgelistet und, wenn notwendig, durch
6 entsprechende Maßnahmen (Finanzierung von Baumpflanzungen etc.) kompensiert.

Begründung:

Auf meinem Kalender steht »2020«.

Antrag:

P.20.

Antragsteller/innen:

Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Vegane Essens-Option auf Partei-Events**

- 2 Bei allen Partei-Events, Parteitagen, Wahlkampf- und Diskussionsveranstaltungen, Sommerschulen
3 etc. pp. muss es bei dem von der Partei finanzierten Essen und Trinken mindestens ein veganes,
4 glutenfreies und laktosefreies Angebot geben. Dieses sollte nach Möglichkeit regional, bio und
5 saisonal sein. Es wird im Vorfeld immer so organisiert, dass keine übriggebliebene Nahrung wegge-
6 worfen wird, die Weiterverwertung von eventuell überschüssiger Nahrung wird von Anfang an
7 mitgedacht.

Begründung:

Auf meinem Kalender steht »2020«.

Antrag:**P.21.**

Antragsteller/innen:

Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:**1 Fairtrade/Solidarischer Kaffee bei Partei-Events**

- 2 Bei allen Partei-Events, Parteitagen, Wahlkampf- und Diskussionsveranstaltungen, Sommerschulen
3 etc. pp. ist der von der Partei finanzierte Kaffee aus Fairtrade-Handel und nach Möglichkeit von
4 progressiven Kooperativen (z.B. aus Chiapas) produziert.

Begründung:

Ist auf jeden Fall besser so.

Antrag:**P.22.**

Antragsteller/innen:

Benjamin Röhl

Der Parteitag möge beschließen:**1 Gründung Strategiekommision 200.000 Mitglieder**

- 2 Es wird eine Kommission gegründet, in welcher Mitglieder aus allen Landesverbänden vertreten sind.
3 Die Landesverbände entsenden jeweils ein Mitglied und bestimmen eine*n Stellvertreter*in für dieses
4 Mitglied. Diese Arbeitsgruppe entwickelt Strategien, um mittelfristig bundesweit insgesamt 200.000
5 Mitglieder für die Partei die LINKE zu gewinnen. Hierdurch sollte die Partei auch weiblicher, jünger,
6 inklusiver und internationaler werden.
7 Nach einem Jahr sollen die entwickelten Strategien ersten Praxistests unterzogen und womöglich
8 aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

Begründung:

60.000 Mitglieder sind zu wenig, um den Kapitalismus zu überwinden, außerdem sind das im Vergleich zu den Millionen, die in Deutschland von Lohnarbeit, Ausbeutung oder Armut betroffen oder bedroht sind, reichlich wenig. Mit 200.000 organisierten Menschen gibt es viel mehr Handlungsoptionen, außerdem kann weiteres Wachstum dann schneller stattfinden. Bisher ist keine solche Strategien, oder Anstrengungen, solche Strategien zu entwickeln, bei der Partei DIE LINKE zu erkennen.

Antrag:**P.23.**

Antragsteller/innen:

BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz

Der Parteitag möge beschließen:**1 Gendergerechte und inklusive Schreibweise in der Partei DIE LINKE**

2 Der Parteivorstand wird beauftragt, sich auf eine einheitliche Verwendung von gendergerechter und
3 inklusiver Schreibweise für die gesamte Partei zu verständigen.

4 Darüber hinaus sollte auch darauf hingewirkt werden, dass eine gendergerechte Sprache überhaupt
5 Anwendung findet.

Begründung:

Ob Gendersternchen, Binnen-I, Doppelpunkt oder Aufzählung von zwei Geschlechtern – in den verschiedenen Strukturen der Partei gibt es verschiedenste Ansätze für gendergerechte Schreibweisen. Durch diese unterschiedlichen Ansätze existiert allerdings kein einheitliches Auftreten. Dies macht es auch für Neumitglieder nicht einfacher, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Bei der Schreibweise ist auch zu beachten, dass Menschen, die auf Sprachassistenz angewiesen sind, nicht benachteiligt werden.

Da nicht nur die Art und Weise, sondern auch die Notwendigkeit einer gendergerechten Sprache und Schreibweise immer noch umstritten ist, sehen wir DIE LINKE in der Verantwortung, sich im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz für eine Gleichbehandlung einzusetzen.

Antrag:**P.24.**

Antragsteller/innen:

Landesvorstand Schleswig-Holstein

Der Parteitag möge beschließen:**1 Distanzierung von «Hygiene-Demos»**

2 DIE LINKE distanziert sich entschieden von den momentan bundesweit unter Namen wie «Hygiene-
3 Demos», «Corona-Spaziergänge» stattfindenden Demonstrationen, die ihren bisherigen Höhepunkt bei
4 der Großdemonstration am 29.08.2020 in Berlin hatten. DIE LINKE fordert ihre Mitglieder dazu auf,
5 sich weder an der Organisation der Demonstrationen noch aktiv an den Demonstrationen selbst, in
6 Form von Redebeiträgen, Transparenten, Fahnen etc. zu beteiligen.

Begründung:

Die bundesweite Bewegung, in die diese Demonstrationen eingebunden sind, ist im Kern antiaufklärerisch und nach rechts weit offen. Zu vielen der Demonstrationen, etwa zu der am 29.08.2020, rufen rechte Parteien und Gruppierungen mit auf und treten offen mit ihren Inhalten und Zeichen dort auf. Reichsfahnen und andere Zeichen rechter Gesinnung werden auf den Demonstrationen toleriert und die anwesenden Rechten, Nationalist*innen und Faschist*innen als Teil der sich hier formierenden Bewegung offensichtlich akzeptiert. Eine nachhaltige Distanzierung findet weder zu den Rechten

Organisationen und Einzelpersonen auf den Demonstrationen, noch zu Verschwörungsgläubigen statt, die sich in großer Zahl auf den Demonstrationen einfinden.

Natürlich muss es möglich sein, Kritik an den staatlichen Maßnahmen und deren Folgen für die Bevölkerung auch auf der Straße zu formulieren. Wenn etwa Kulturschaffende einfordern, dass die drastischen Folgen der Maßnahmen im Kulturbereich durch staatliche Programme abgedeckt werden müssen und es eine Hilfe zum Lebensunterhalt geben muss, bis der Betrieb wieder normal aufgenommen werden kann, wenn Pflegekräfte berechtigterweise einfordern, dass nicht nur geklatscht wird, sondern tatsächliche Verbesserungen im Pflegesektor und eine bessere Entlohnung erfolgen müssen, dann ist das gut so und DIE LINKE steht an ihrer Seite.

DIE LINKE ist aber als eine antifaschistische Partei in der Tradition der Aufklärung klar in ihrem Standpunkt, dass dort eine Grenze verläuft, wo antidemokratische, nationalistische, menschenfeindliche und antiaufklärerische Positionen Teil einer Bewegung sind. Linke Ideen und Mitglieder der LINKEN haben in einem solchen Umfeld keinen Platz.

Antrag: P.25.

Antragsteller/innen:

DIE LINKE KV Oldenburg-Land, Tom Dobrowolski (im Vorstand KV DIE LINKE Cloppenburg), Lars Leopold (Landesvorsitzender DIE LINKE Niedersachsen), Tino Ruschmeyer (im Vorstand KV DIE LINKE Heidekreis), Ramona Bartz, Vivien Sandt, Gerold Hohlen (Vorstand KV Wesermarsch), Klaus Rippl (Schatzmeister KV Hannover), Merret Victoria Hoffmann (im Vorstand KV Hannover) (*Reihenfolge nach Zugang*)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Verschlagwortetes übersichtliches Archiv aller LINKEN Bundestagsanträge und -**
2 **anfragen**

3 Der Bundesparteitag möge beschließen:

4 Die Bundestagsfraktion wird gebeten, ein verschlagwortetes Archiv zu erstellen über alle zurücklie-
5 genden und zukünftigen Anträge und Anfragen sowie das zugehörige Abstimmverhalten der Fraktio-
6 nen und die Antworten der Bundesregierung, so dass die Möglichkeit geschaffen wird, sich schnell zu
7 einzelnen Themen/Suchbegriffen zu informieren.

8 Im Idealfall sind eigene Anträge und Anfragen vollständig als Text bzw. Download-PDF verfügbar,
9 alternativ als Kurzbeschreibung und mit Verlinkung zur Langfassung im Archiv des Bundestages.

10 Ergänzend zu den eingestellten Anträgen und Anfragen sind Zusammenfassungen bzw. weiterführende
11 Links anzudenken, zum Beispiel zur Reaktion der Tagespresse, Statements unserer Abgeordneten,
12 Download-Material wie Info-Flyer, kommentierte Anträge von Gegenseite o.ä.

Begründung:

Derzeit erfordert es ein hohes Maß an eigener Recherchearbeit, wenn man wissen möchte, wie die Linksfraktion auf Bundesebene zu einzelnen Themen steht. Dabei ist es hilfreich in der Kommunikation über die Fraktionsarbeit, wenn dort schnell auf Aussagen, Argumente oder auch Antworten auf unsere Anfragen zurückgegriffen werden kann zu einzelnen Themen auf Basis einer Stichwortsuche.

Die professionelle wertvolle Arbeit der Bundestagsfraktion sollte transparent und nachvollziehbar für alle sein. Es sollte für alle Interessierten leicht möglich sein, zu einem bestimmten Thema zu erfahren, was unsere Fraktion dazu bereits an Anfragen und Anträgen eingebracht hat.

Antrag: P.26.

Antragsteller/innen:

Ates Gürpınar (München), Landesvorstand Bayern, Kreisvorstand München, Uschi Maxim (mittl. Oberpfalz), Christian Oberthür (mittl. Oberpfalz), Michael Müller (Frankfurt), Moritz Wittler (Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mitgliederzeitung**

2 Der Parteivorstand erarbeitet – möglichst in Zusammenarbeit mit interessierten Landes- und
3 Kreisverbänden beispielsweise auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz – ein Konzept einer Mitglieder-
4 zeitung. Ab 2022 wird eine papierne Zeitung mindestens zweimal im Jahr an alle Genossinnen und
5 Genossen der Partei verschickt – kostenfrei.

6 Das Konzept sollte umfassen:

- 7 ■ Begleitende digitale Lektüremöglichkeiten, allerdings mit dem Ziel, zumindest alle zwei Monate
8 papierne oder digital eine Mitgliederzeitung lesen zu können, z.B. viermal digital, zweimal (Januar,
9 Juli) papierne
- 10 ■ Die Mitgliederzeitung ist zunächst parteiinternes Medium. Sie soll Kampagnen bewerben, aber
11 auch parteiinterne Diskussionen bieten. Sie soll Möglichkeiten des Mitmachens aufzeigen, aber
12 auch Einbringungen von der Basis.
- 13 ■ Sie soll regionalisierte Einlagen ermöglichen.

14 Unter Berücksichtigung des Distanzgebotes sollten Absprachen mit Stiftung und Fraktion zur
15 Informationsverteilung an die Mitglieder geführt werden.

Begründung:

Derzeit erfordert es ein hohes Maß an eigener Recherchearbeit, wenn man wissen möchte, wie die Linksfraktion auf Bundesebene zu einzelnen Themen steht. Dabei ist es hilfreich in der Kommunikation über die Fraktionsarbeit, wenn dort schnell auf Aussagen, Argumente oder auch Antworten auf unsere Anfragen zurückgegriffen werden kann zu einzelnen Themen auf Basis einer Stichwortsuche.

Die professionelle wertvolle Arbeit der Bundestagsfraktion sollte transparent und nachvollziehbar für alle sein. Es sollte für alle Interessierten leicht möglich sein, zu einem bestimmten Thema zu erfahren, was unsere Fraktion dazu bereits an Anfragen und Anträgen eingebracht hat.

Antrag:**P.27.**

Antragsteller/innen:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:**1 Ein-Klasse-Apparat**

2 Der kommende Bundesvorstand hat Daten über die Parteistruktur zu erheben:

- 3 ▪ Über die Parteivorstände auf Europaebene, Bundesebene, Landesebene, Kommunalebene
- 4 ▪ Für die Vorsitzenden und Stellvertreter*innen dieser Gremien
- 5 ▪ Für die Schatzmeister*innen
- 6 ▪ Über die Mitglieder/Delegierten der Bundesparteitage/Landesparteitage
- 7 ▪ Über die Mitglieder des Bundesausschusses und der Landesausschüsse
- 8 ▪ Über die Kommissionen in Bund und Land.

9 Bei der Datenerhebung sind die folgenden Daten der Mitglieder der oben genannten Strukturen zu
10 erheben:

- 11 ▪ Zahl der Mandatsträger*innen mit Angabe der Ebene (Europa, Bund, Land, Kommune)
- 12 ▪ Zahl der Angestellten der Mandatsträger*innen bzw. Fraktionen mit Angabe der Ebene (Europa,
13 Bund, Land, Kommune)
- 14 ▪ Zahl der Angestellten der Partei (inklusive EL) mit Angabe der Ebene
- 15 ▪ Zahl der Angestellten der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- 16 ▪ Zahl der Angestellten in Firmen in Parteibesitz.

17 Bei allen erhobenen Daten ist aufzuschlüsseln, ob es sich um Vollzeit-/Teilzeitstellen handelt. Bei
18 Anstellungsverhältnissen ist die Stundenzahl zu ermitteln (Zahl der Vollzeitstellen/Zahl der Teilzeit-
19 stellen mit der durchschnittlichen Arbeitszeit).

20 Auf allen erhobenen Ebenen der Partei ist die Anzahl wie prozentuale Zusammensetzung zu ermitteln.

21 Der kommende Vorstand legt diese Zahlen erstmals ein halbes Jahr nach seiner Wahl vor. Ein
22 jährlicher Stichtag ist im Folgenden vom Parteivorstand festzulegen. Die Ergebnisse werden auf jedem
23 Parteitag, auf dem die Vorstände neu gewählt werden, dem Parteitag mit der Einladung vorgelegt. Die
24 Daten stehen auch den Ländern zur Verfügung.

Begründung:

Wer im Sozialbereich unserer Partei tätig ist, bekommt zunehmend das Gefühl, unsere Partei werde mehr und mehr aus dem Funktionsbereich der Partei gesteuert. Das schadet uns in vielerlei Hinsicht. Kolja Möller und Jörg Schindler wiesen schon 2014 in ihrem Artikel Funktions- und Sozialbereich – Linke Parteien zwischen Verstaatlichung und Autonomie (Prager Frühling Februar 2014, S. 46) auf wesentliche Probleme eines abgekoppelten Funktionärsbereichs hin:

»Bestimmte Entscheidungen im Funktionsbereich, die in hehrer Absicht oder aus verstaatlichter Logik heraus vollkommen vernünftig erscheinen, führen zum Einsturz des linken Sozialbereichs. Sie können auch nicht von linken Staatssekretären aus der Regierungsbank heraus den Vertretenen nachträglich erklärt werden. (...) Eine demokratische Mitgliederpartei muss versuchen solche Bewusstseinsformen zurückzudrängen. Manche unprofessionelle Form der Sozialbereichspolitik ist tausendfach emanzipierter als die durch die Agentur gelayoutete Broschüre, (...), auf denen Berufspolitiker von vorne ewig über die Welt dozieren.«

Bernd Riexinger hat in seinem Beitrag zur Strategiekonferenz das begrüßenswerte Ziel ausgegeben, wieder eine Partei der 100.000 Mitglieder zu werden (Partei eines sozialen und ökologischen

Systemwandels... in Beiträge zur Strategiekonferenz 29.2.-1.3.2020, Kassel, S. 439 – inzwischen wieder auf der Seite <https://strategiedebatte.die-linke.de/start/>. Er sieht eine einladende Parteikultur, Kampagnen, Stadtteilarbeit und der Erweiterung der Bildungsarbeit als zentralen Kern des Parteaufbaus. Hierzu müssen wir attraktiv für die eigene Basis werden – die Offenlegung des Klassencharakters in unseren Reihen kann hier helfen.

In unserem Programm heißt es: »Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. (...) Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.« Um dies zu gewährleisten, muss DIE LINKE aber in der Lage sein, ein strukturelles Eigenleben als Partei zu führen und sich von der parlamentarischen Ebene, die besonderen, gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt ist, zu emanzipieren. Diese parlamentarische Ebene ist nicht allein ein Ort, um die eigene Programmatik durchzusetzen, sie ist auch ein bewusst geschaffener systemintegrierender Faktor, der die Stabilisierung der Zustände, die wir als Partei mit demokratischen Mitteln überwinden wollen, zum Ziel hat. Die Integration des Führungspersonals in ein finanziell lukratives System, von dem die Partei selbst schnell abhängig wird, gerät in Widerspruch mit den programmatischen Zielen. Die Millionenbeiträge, die in Fraktionen und Stiftung fließen, bringen einen unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen, Informationen und zur Macht mit sich. Bei den im Politikbetrieb Beschäftigten wächst die objektive, ökonomische Notwendigkeit, dieses System möglichst ohne Stimmenverluste am Laufen zu halten. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Diese bürokratisierte Sozialschicht (nach Wolfgang Abendroth – nicht mit dem Sozialbereich oben zu verwechseln) ist dringend auf das Wohlwollen einer medialen Öffentlichkeit angewiesen und wirkt strukturell konservativ – nicht nur im parlamentarischen Sektor, sondern auch innerhalb der Partei. Die Bequemlichkeitsfehler, die bereits die SPD und die Grünen gemacht haben, müssen wir vermeiden, da DIE LINKE sonst ihre Existenzberechtigung verliert.

Die Kritik an diesen herrschenden politischen Strukturen, ob durch bürgerliche Philosophen wie Hans Herbert von Arnim als auch von Marxisten wie Wolfgang Abendroth oder Johannes Agnoli ist ernst zu nehmen. Die Partei sollte sich bewusst machen, welche strukturellen Folgen die Finanzierung durch die staatlichen Mittel mit sich bringt.

Es wird nicht gelingen, eine große Zahl an Genoss*innen dauerhaft und ehrenamtlich an DIE LINKE zu binden, wenn an der Basis der Eindruck besteht, sie führe die Kärrnerarbeit (Zettel verteilen, Stände betreuen, Haustürgespräche führen) nicht für eine Partei, sondern für eine elitäre, schwer erreichbare, Profiebene durch, die materiell oft auch besser steht und einflussreicher ist. Das Abwenden von den Genoss*innen an der Basis erfolgt meist still.

Die Visualisierung der Zusammensetzung der Entscheidungsebenen in der Partei wäre ein wichtiger Beitrag zur Transparenz und um Strategien zu debattieren, aus einer Parlamentsfixierung im Parteeleben heraus zu kommen. Sie hilft in Zeiten der Wahlen den Fokus auf Kandidat*innen zu richten, deren berufliche Erfahrung außerhalb des staatsfinanzierten Politikbetriebs liegt. Die Zahlen wären Basis dafür Methoden zu entwickeln, den Wandel zur 100.000 Mitgliederpartei zu forcieren. Sie könnten natürlich auch, Mitgliedern, die von der Dominanz des Funktionsbereichs ausgehen, ihren Irrtum belegen.

Es geht bei dem Antrag nicht um ein Schwarz-Weiß bezüglich Parlamentarismus/Berufspolitikertum/Regierungsbeteiligung, sondern um ein Instrument, strukturelle Probleme sichtbar zu machen und zu lösen. Viele Mandatsträger*innen, Mitarbeiter*innen, Parlamentarier*innen haben große Ziele und sind oft mit sehr großem Engagement und Einsatz bei ihrer Sache. Was die Funktionsebene oft nicht sieht und nicht immer zu verstehen scheint ist, dass die im Sozialbereich geleistete Arbeit, auch für Wahlerfolge notwendig ist. Diese wird nicht bedingungslos gegeben. Wie Möller und Schindler 2014 richtigerweise bereits geschrieben: »Sozial- und Funktionsbereich brauchen sich gegenseitig.« Das soll gefördert werden.

Die Antragsteller unterstützen den Parteivorstand gerne bei der Erstellung der notwendigen Abfragen. Intention ist ein Datenbestand, der datenschutzkonform ist.

Antrag: **P.28.**

Antragsteller/innen: Kreisverband Rostock

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Linke Kommunalpolitik stärken**

- 2 Der Parteivorstand lädt zweimal im Jahr Kommunalpolitiker*innen der Partei DIE LINKE zum Gedankenaustausch ein. Zu diesem Zweck teilt man die Bundesrepublik in vier Regionen ein, so dass binnen
3
4 zwei Jahren jede Region einmal dran war. Zusätzlich sollte nach dem TOP Kommunalpolitik ein
5 Vernetzungstreffen der Kommunalpolitiker*innen einer Region durchgeführt werden.

Begründung:

Kommunalpolitik hat im Vergleich zu bundespolitischen und internationalen Themenstellungen einen geringeren Stellenwert in der Arbeit des Parteivorstandes. Das wird der Bedeutung von kommunalpolitischer Arbeit für die gesellschaftliche Verankerung der LINKEN nicht gerecht. Linke Mandatsträger wünschen sich eine stärkere Unterstützung ihrer Arbeit durch die Bundespartei.

Antrag: **P.29.**

Antragsteller/innen: Kreisverband Herford

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Mehrfache Ausübung von Mandatszeiten**

- 2 Der Bundesparteitag bekräftigt, dass kein Mandat (Europaparlament, Bundestag, Landtag) länger als
3 zwei, in begründeten Ausnahmefällen maximal drei Legislaturperioden durch dasselbe Parteimitglied
4 ausgeübt werden soll. Die Kandidierenden sind angehalten, sich an diese Regel zu halten. Die
5 Delegierten von Vertreter*innen-Versammlungen sind aufgefordert, die Begrenzung von Mandatszei-
6 ten bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen.

Begründung:

DIE LINKE ist angetreten, um Politik mit und für die Menschen und nicht als ihre Stellvertreter*innen zu machen. Wir stehen dafür, dass die Wahrnehmung von Mandaten kein Beruf sein darf, sondern nur die zeitlich befristete Vertretung der Partei bzw. der Wählerinnen und Wähler im Parlament.

Das Mandat betrifft zudem nur einen Ausschnitt des politischen Wirkens der LINKEN. Als Partei haben wir uns auferlegt, dass Parteiämter nicht länger als acht Jahre durch dasselbe Parteimitglied ausgeübt werden sollen (§32 Abs.3 Bundessatzung). Diese Begrenzung ist richtig, aber inkonsequent, wenn wir bei der Wahrnehmung von Mandaten, die bei staatlichen Wahlen errungen werden, nicht ähnlich verfahren. Gerade auch Abgeordnete nehmen einen prägenden Einfluss auf die Partei und ihre Außendarstellung wahr. Mehr noch, sie verfügen zusätzlich über eine staatliche Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten. Es ist nicht einsichtig, warum wir hier nicht ebenfalls eine der Satzung vergleichbare »Soll«-Regelung vorsehen.

Antrag:**P.30.**

Antragsteller/innen:

Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Gründung eines Partei-eigenen Mobilitäts-Dienstes mit ehrenamtlichen Fahrerinnen**
- 2 **und Fahrer-Pool**
- 3 Der Parteitag von DIE LINKE möge die Gründung eines eigenen Partei-eigenen Mobilitäts-Dienstes mit
- 4 ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrer-Pool prüfen, anbieten, fördern und unterstützen

Begründung:

Viele Mitglieder von DIE LINKE setzen sich für eine sozio-ökologische Transformation ein und für eine Verkehrswende ein und engagieren sich für Klima-Schutz.

Mit einem eigenen Mobilitäts-Dienst können wir nach innen und nach außen hin ein Zeichen setzen, dass wir nicht nur über intelligente und kreative Verkehrskonzepte sprechen sondern diese, soweit wie möglich, in der Praxis auch in Tat und Wahrheit, realisieren und umsetzen.

Der Mobilitäts-Dienst kann von ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern, Mitglieder in DIE LINKE geleistet werden, die einen entsprechenden Führerschein für Klein-Transporter, etwa Transporter mit neun Sitzen haben und vergleichbar.

Der Mobilitäts-Dienst sollte angeboten werden etwa bei Veranstaltungen wie Landesvertreterversammlungen, Parteitag, Fortbildungen, Seminare, Vorträge, sonstige öffentliche Veranstaltungen von DIE LINKE und befreundeten Gliederungen und / oder Organisationen. Darüber hinaus könnte auch ein Mobilitäts-Dienst angeboten werden bei allen Wahlen für kranke, junge, alte, behinderte und schwerbehinderte Menschen, die die Wählerinnen und Wähler von zuhause abholen und zum Wahllokal fahren als Sonder-Service im Sinne der Teilhabe und politischen Teilhabe.

Für Menschen mit Behinderung, Schwerbehinderung kann der Partei-eigene Mobilitäts-Dienst von DIE LINKE künftig helfen, auch Menschen mit Behinderung die erleichterte Teilnahme, Teilhabe und politische Teilhabe entsprechend der Teilhabe-Gesetze und der U.N. Konvention zum Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung zu fördern, zu unterstützen und zu ermöglichen.

Wenn künftig neun Menschen in einem Klein-Transporter und auch in mehreren Klein-Transportern zu Parteitag anreisen, verringert sich die Gesamt-Verkehrs-Belastung, da statt mehrerer einzelner Fahrzeuge gemeinschaftliche Anreisen mehrerer Menschen in einem Klein-Transporter oder in mehreren Klein-Transportern, Mini-Vans, etc. möglich wären und sind und damit natürlich auch die Klima- CO₂- und Umweltbelastungen im Gesamten reduziert werden können. Grundsätzlich sollten wohl alle Mitglieder unserer Partei DIE LINKE ermutigt werden bei Anreisen zu Veranstaltungen unterschiedlichster Art von DIE LINKE auch Fahrgemeinschaften zu bilden bzw. sofern unser DIE LINKE Mobilitäts-Dienst gegründet werden sollte, natürlich künftig auch unseren Mobilitäts-Dienst in Anspruch zu nehmen. Der Mobilitäts-Dienst würde die Mitglieder von zuhause abholen, zur Veranstaltung fahren und auch wieder nach Hause fahren.

Antrag:

P.31.

Antragsteller/innen:

BAG Kommunalpolitik

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Kommunalpolitische Verankerung fördern**

2 Die Wahlergebnisse in NRW haben gezeigt, dass DIE LINKE an kommunalpolitischer Verankerung
3 verliert. Auch in den Städten stagnieren die Zustimmungswerte. Diese Entwicklung ist für unsere
4 Partei existenzbedrohend. Eine solide kommunalpolitische Verankerung ist die beste Voraussetzung
5 für gute Landtags- und Bundestagsergebnisse. Der neue Parteivorstand wird daher aufgefordert,

6 1. linken Kommunalpolitiker*innen in Stadt und Land mehr Unterstützung anzubieten und den
7 Beschluss des PV zum Bekenntnis zu den ländlichen Räumen über konkreten Maßnahmen mit
8 Leben zu füllen. Dafür wird eine AG mit Vertreter*innen aus dem PV, den Ländern und den Kom-
9 munen eingesetzt.

10 2. die vom Parteivorstand beschlossene Rekommunalisierungsoffensive verstärkt in die Kampagnen-
11 arbeit mit einfließen zu lassen und generell bei der Ausrichtung seiner Politik die Belange der
12 Kommunalpolitik stärker zu berücksichtigen.

13 3. bei der Auswertung der Kommunalwahlen den Kommunalpolitiker*innen die gleiche zeitliche und
14 inhaltliche Wertschätzung entgegenzubringen, wie bei Landtags- und Bundestagswahlen.

Begründung:

Ein deutlich höherer Stellenwert der Kommunalpolitik im Bundesvorstand würde durch konkrete organisatorische und inhaltliche Unterstützung zu einer besseren Verankerung der Partei in den Kommunen beitragen. Vor allem auch eine bessere Bündelung und breitere Nutzbarmachung schon vorhandener kommunalpolitischer Initiativen und Unterstützungsangebote, würde den dezentral agierenden und tätigen Kommunalpolitiker*innen helfen. Den ländlichen Raum dabei nicht zu vergessen, halten wir für eine zentrale Ausrichtung und auch einen Anspruch unserer Partei, wenn es uns ernst damit ist, allen Menschen die gleiche Teilhabe zu sichern, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Durch die wöchentlichen Privatisierungen in den Kommunen müssen konkrete Vorschläge für Rekommunalisierung und zur Verhinderung weiterer Privatisierungen erarbeitet und den Kommunalpolitiker*innen vorgeschlagen werden. Eine große Wertschätzung vieler Genoss*innen (z.B. 76 in NRW (-16 im Verhältnis zu 2014), die kommunale Mandate nach Wahlen erreicht haben, wird dadurch erfahren, wenn sie bei den Wahlauswertungen im Bundesvorstand auch entsprechende zeitliche und inhaltliche Würdigungen erfahren.

Antrag:

P.32.

Antragsteller/innen:

Andreas Klamm

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Aufnahme, Einbindung und Berücksichtigung einer politischen Aussage, politischer**
2 **Standpunkt und politische Kernaussage in die Partei-Programme unserer Partei**
3 **DIE LINKE**

4 Unsere Partei DIE LINKE möge in die aktuellen und künftigen Partei-Programme an geeigneter Position
5 folgenden Satz als politische Aussage, politischen Standpunkt und politische Kernaussage in die
6 Partei-Programme bitte aufnehmen und einbinden:

7 Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und Umwelt müssen immer Vorrang haben vor den
8 Interessen von juristischen Personen, Firmen, Konzernen, Großkonzernen, NGO´s, staatlichen und
9 allen sonstigen Vereinigungen und Organisationen. Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und
10 Umwelt müssen in Entscheidungsprozessen und Entscheidungssituationen immer mit Vorrang vor den
11 Interessen juristischer Personen, Firmen, Konzernen, Großkonzernen, NGO´s, aller sonstigen
12 Vereinigungen und Organisationen bedient werden. Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und
13 Umwelt sind grundsätzlich zu schützen und in besonderer Weise zu schützen.

Begründung:

In der Regel arbeiten nahezu alle Firmen, Unternehmen, Konzerne, Groß-Konzerne, inzwischen auch viele NGO´s, staatliche und sonstige zum Teil auch staatliche Einrichtungen, Vereinigungen und Organisationen nach dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz »Mit einem Minimum an Einsatz von Mitteln das Maximum an Profit zu erwirtschaften«. Aufgrund dieses betriebswirtschaftlichen Grundsatzes und weiterer betriebswirtschaftlicher Grundsätze werden die natürlichen und berechtigten Interessen von Menschen, Tieren, Natur und Umwelt schwer geschädigt, benachteiligt, ignoriert, verletzt oder gar eine Klima-Katastrophe oder gar sonstige Umwelt- und Natur-Katastrophen ausgelöst, die vermeidbar wären, würde grundsätzlich bei allen unternehmerischen, juristischen, politischen, gesellschaftlichen, sonstigen und weiteren Entscheidungs-Prozessen der Grundsatz gelten:

Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und Umwelt müssen immer Vorrang haben vor den Interessen von juristischen Personen, Firmen, Konzernen, Großkonzernen, NGO´s, staatlichen und allen sonstigen Vereinigungen und Organisationen. Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und Umwelt müssen in Entscheidungsprozessen und Entscheidungssituationen immer mit Vorrang vor den Interessen juristischer Personen, Firmen, Konzernen, Großkonzernen, NGO´s, sonstigen Vereinigungen und Interessen juristischer Personen, Firmen, Konzerne, Großkonzernen, NGO´s, sonstigen Vereinigungen und Organisationen bedient werden. Die Interessen von Menschen, Tieren, Natur und Umwelt sind grundsätzlich zu schützen und in besonderer Weise zu schützen.

Antrag: **P.33.**

Antragsteller/innen: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Ehrenamtliche Arbeit im strukturschwachen Räumen stärken –**
- 2 **Fahrtkostenentschädigung innerhalb der Partei DIE LINKE erhöhen**
- 3 Der Parteivorstand wird innerhalb von 3 Monaten nach Beschluss die Höhe der jetzigen Fahrtkosten-
- 4 entschädigung überprüfen und ggf. anpassen.

Begründung:

Momentan werden bei der Benutzung privater Pkw je gefahrenen km 20/21 Cent für Fahrtkosten, die im Rahmen der ehrenamtlichen politischen Arbeit entstehen, vergütet. Aufgrund stark gestiegener Betriebskosten dürfte dieser Betrag, der seit Jahren nicht angepasst wurde, kaum kostendeckend sein. (Bundesweit gibt es als Orientierung im öffentlichen Dienst unterschiedliche Regelungen (<https://www.dbb.de/lexikon/themenartikel/r/reisekosten.html>))

Natürlich sollten Fahrten zu Parteiveranstaltungen und im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit vorwiegend mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. Allerdings bestehen gravierende Unterschiede in der Verfügbarkeit des ÖPNV zwischen Großstädten und Ballungszentren und dem ländlichen Raum.

Besonders in den Abendstunden, an Wochenenden und in Ferienzeiten sind einzelne Orte in dünnbesiedelten ländlichen Gebieten nur mit Pkw erreichbar. Um Genossinnen und Genossen in diesen Gebieten eine Teilnahme am Parteileben, natürlich unter Nutzung von Fahrgemeinschaften, zu ermöglichen, sollte eine Anpassung der Fahrtkostenentschädigung erfolgen. Viele Genossinnen und Genossen im ländlichen Raum müssen weitere Strecken zurücklegen und entsprechend mehr Zeit für die politische Arbeit aufwenden als andere. Es sollte nicht sein, dass diese Genossinnen und Genossen auch noch finanziell »draufzahlen« müssen, um ehrenamtlich für die Partei tätig zu sein.

Berichte

Abschlussbericht des Bundesfinanzrates der LINKEN

zur Neuordnung der Beitragstabelle

Der Bundesparteitag in Leipzig 2018 hat den Beschluss gefasst, eine Debatte zur Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei sowie zur Erarbeitung einer neuen Beitragstabelle zu organisieren und dem kommenden Bundesparteitag entsprechende Beschlussanträge vorzulegen.

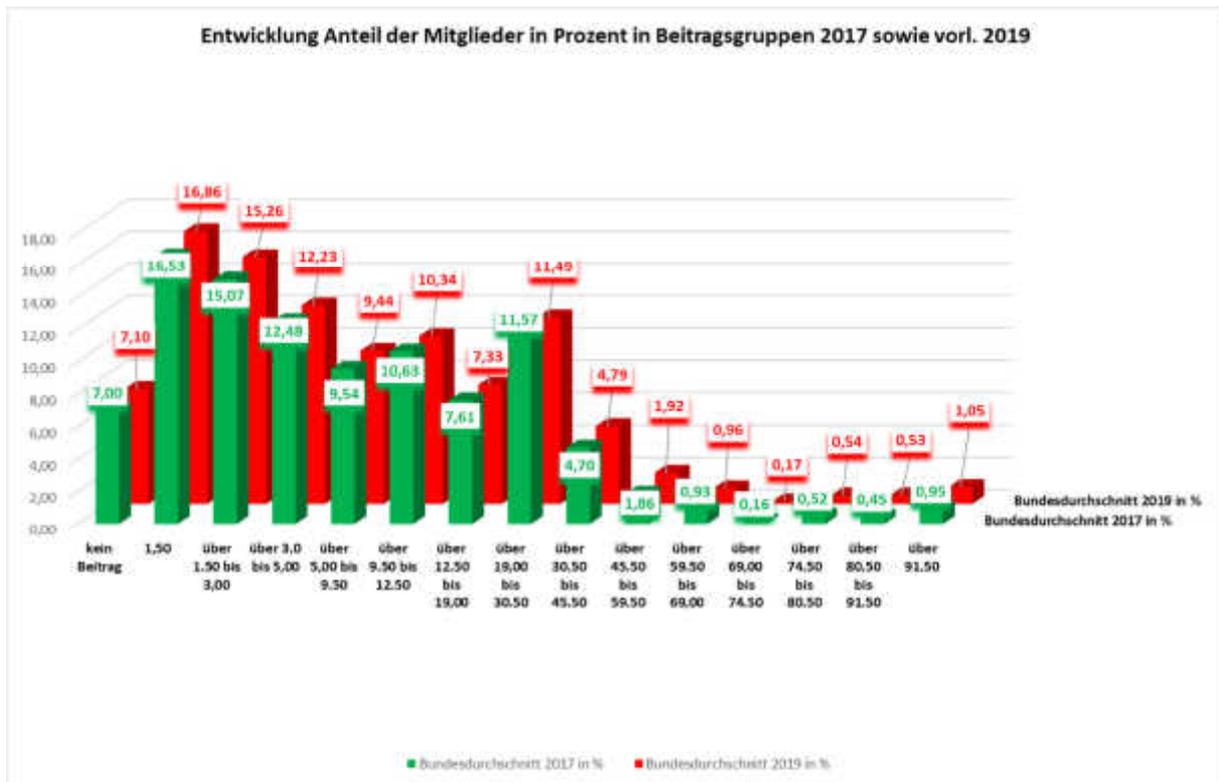
Der Bundesfinanzrat, befasste sich in seiner ersten Sitzung nach dem Leipziger Parteitag mit diesem Antrag und bildete eine Arbeitsgruppe. Deren Auftrag war es, Vorschläge für die Umsetzung dieses Beschlusses zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich zunächst mit der Neugestaltung der Beitragstabelle. Ein Vorschlag zur Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Landesverbänden wurde von mehreren Landesschatzmeistern vorgelegt und wird gegenwärtig diskutiert. Daher bezieht sich der nachfolgende Bericht über die Tätigkeit der AG nur auf die Neugestaltung der Beitragstabelle.

In der Arbeitsgruppe bestand Übereinstimmung, dass für die Erarbeitung einer neuen Beitragstabelle folgende Prämissen zu beachten sind:

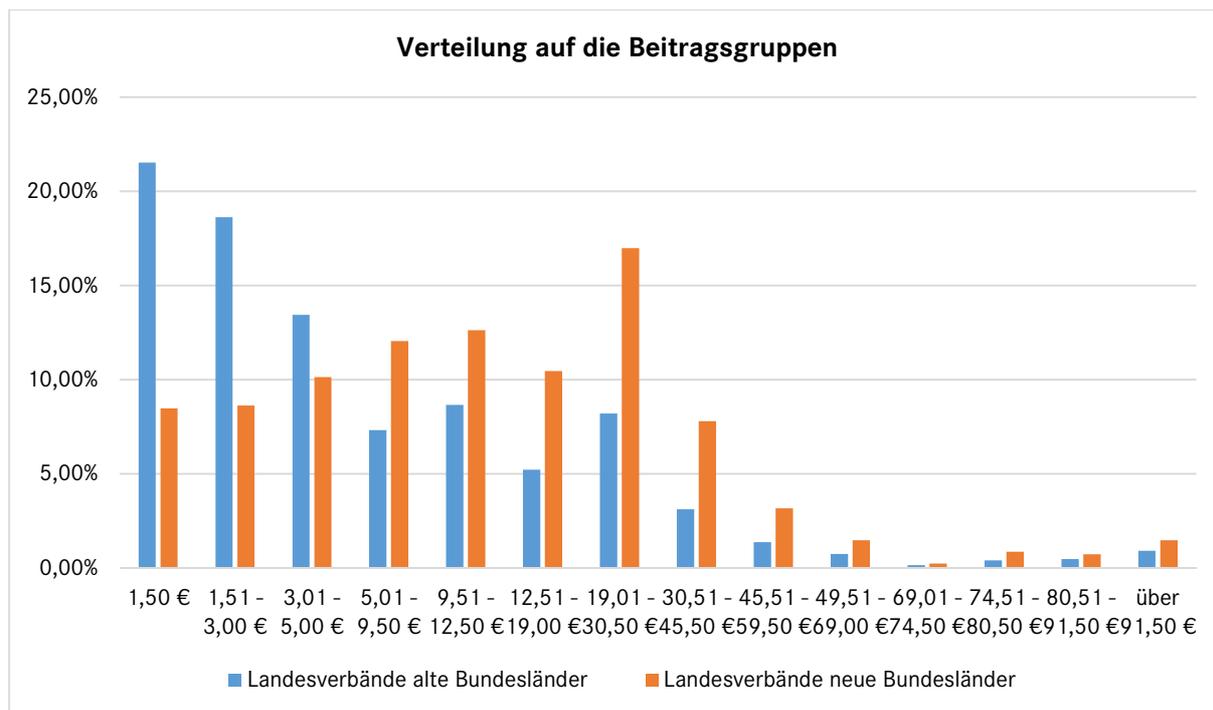
- Insbesondere die Finanzierung der Landesverbände steht und fällt mit den Beitragseinnahmen, auch die staatliche Teilfinanzierung ist zu einem erheblichen Teil von den Beitragseinnahmen der Gesamtpartei abhängig. Daher sollte bei jedem Vorschlag das gesamte Beitragsaufkommen im aktuellen Zustand abgebildet werden.
- Der überdurchschnittliche Anstieg des Beitrags bei mittleren Einkommen sollte abgemindert werden.

Ein erhebliches Manko für eine exakte Beitragsanalyse ist der Fakt, dass wir die Einkommenslage unserer Mitglieder nur im Einzelfall kennen. Die gegenwärtige Satzung gibt eine Selbsteinschätzung der Mitglieder vor und der so gewählte Beitrag ist satzungsgemäß. Das lässt sich mit den Regularien der Partei auch nicht auflösen. Natürlich können wir insbesondere bei Auszubildenden und Studierenden einschätzen, dass sie sich zu Recht bei niedrigen Beiträgen einordnen. Ein Blick auf die Mitarbeiter*innen der Partei und der Fraktionen, deren Einkommen uns exakt (Tarifvertrag) oder näherungsweise bekannt ist, zeigt aber bei vergleichbaren Einkommen eine erhebliche Spreizung des Mitgliedsbeitrags.

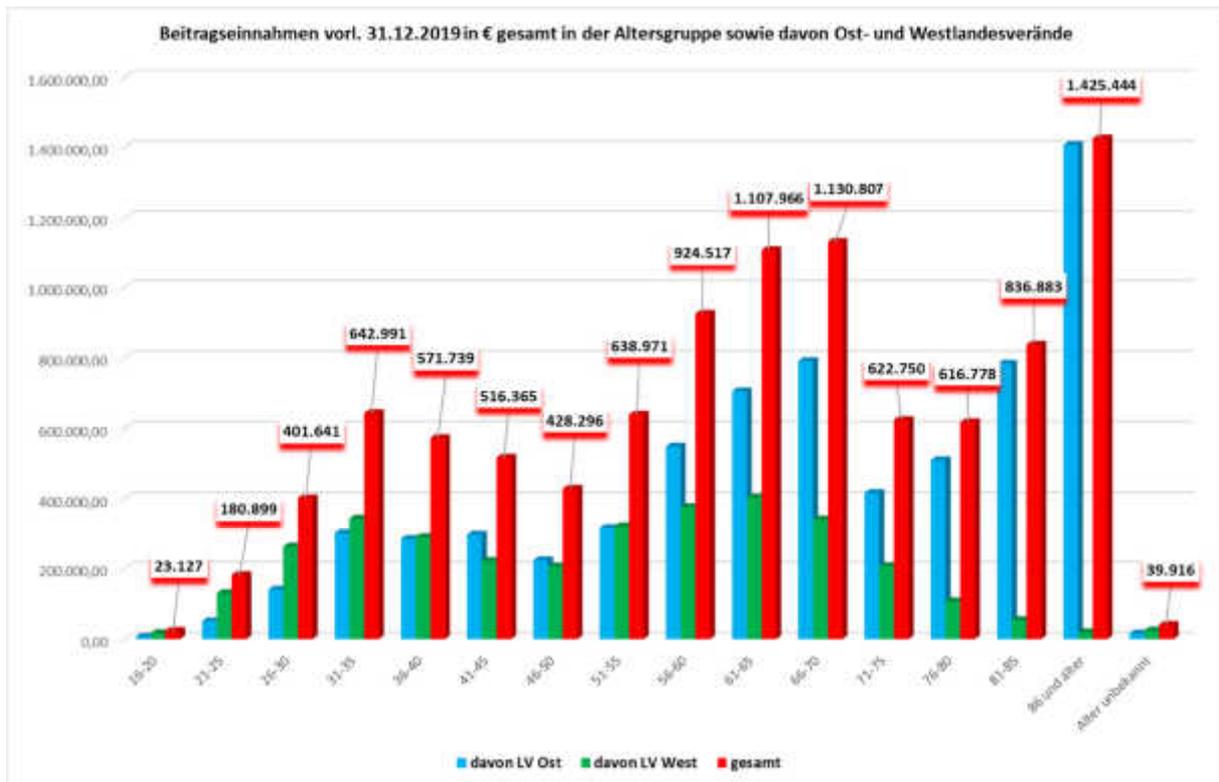
Ein Blick auf die Verteilung der gezahlten Mitgliedsbeiträge auf die Beitragsgruppen zeigt, dass ungefähr 50 Prozent der Mitglieder (bundesweit) einen Beitrag von bis zu 5 Euro (gefühltes Nettoeinkommen bis 600 Euro) bezahlen, aber nur ca. 5 Prozent einen Beitrag über 45,50 Euro (gefühltes Nettoeinkommen ca. 1.700 Euro). Das entspricht in der Mehrheit sicher nicht der realen Einkommenssituation.



Unterteilt nach den alten und neuen Bundesländern ergeben sich in Hinblick auf das Beitragsaufkommen deutliche Unterschiede. Während in den alten Bundesländern im Durchschnitt 53,52 Prozent der Mitglieder einen Beitrag von bis zu 5,00 Euro bezahlen, sind es in den neuen Bundesländern »nur« 27,23 Prozent. In allen Beitragsgruppen ab 5,01 Euro ist der prozentuale Anteil der zahlenden Mitglieder in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Auch wenn der Beitragsdurchschnitt in einigen alten Bundesländern in den letzten Jahren gestiegen ist, liegt er immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Obgleich im Jahr 2019 47,74 Prozent der zahlenden Mitglieder in den Landesverbänden West und 52,26 Prozent der Mitglieder in den Landesverbänden Ost ihren Beitrag gezahlt haben, lag das Beitragsaufkommen in den Westlandesverbänden nur bei 33,23 Prozent. Das entsprach einem Durchschnittsbeitrag von 9,96 Euro. Die Ostlandesverbände waren dementsprechend mit 66,77 Prozent am gesamten Beitragsaufkommen beteiligt, was einem Durchschnittsbeitrag von 18,28 Euro entsprach. Dies wird auch in der Analyse in einzelnen Beitragsgruppen deutlich.



Die Beitragssummen in den einzelnen Altersgruppen machen eine weitere Differenzierung sichtbar. Die Landesverbände Ost sind im Durchschnitt deutlich »älter« als die Landesverbände West. Ab der Altersgruppe ab 56 Jahren kommt der überwiegende Anteil am Gesamtbeitrag aus dem Osten. Das ist einerseits eine Folge der Altersstruktur, woraus den Landesverbänden Ost schon jetzt, aber vor allem zukünftig durchaus Probleme erwachsen können. In der Altersgruppe zwischen 31 und 55 Jahren sind die Summen etwa gleich, unter 30 Jahren kommt der überwiegende Anteil aus den alten Bundesländern.



Die erhebliche Differenz in den Beitragsdurchschnitten zwischen den neuen Bundesländern und der Mehrheit der alten Bundesländer sowie die Verteilung der anteiligen Beitragssummen auf die Altersgruppen in der Partei verdeutlicht, dass offensichtlich eine Korrelation zwischen dem Beitrag und der individuellen Bindung an die Partei besteht. Betrachtet man zudem die unterschiedlichen Durchschnittsbeträge bei der Beitragszahlung per Lastschrift und per Barzahlung wird deutlich, dass eine Ursache dafür der falsch verstandene libertäre Gedanke ist, Neueintritte (insbesondere Online-eintritte) nicht verpflichtend in Form einer Lastschriftvereinbarung zur Beitragszahlung zu zwingen. Neben einem nicht unerheblichen organisatorischen Mehraufwand befördert das die Auffassung, dass ein den Regularien der Partei entsprechender Mitgliedsbeitrag nicht so wichtig ist.

Durch die BGST erfolgten Modellrechnungen zur Auswirkung einer veränderten Beitragstabelle auf das gesamte Beitragsaufkommen der Partei. Dabei kristallisierte sich ein Vorschlag heraus, mit dem insgesamt ein dem bisherigen Beitragsaufkommen annähernd gleiches Aufkommen erreicht werden sollte (in folgendem Vorschlag 1 genannt). Kernpunkte sind ein Mindestbeitrag von 5 Euro bis zu einer Grenze von 1.150 Euro (angelehnt an die Pfändungsfreigrenze), ein nahezu linearer Anstieg des Beitrags bis zu einer Einkommensgrenze von 2.500 Euro und danach ein konstanter Beitrag in Höhe von 3 Prozent des Einkommens. Dieser Vorschlag sollte für die Gesamtpartei eine nahezu gleiche Beitragssumme wie die aktuelle Tabelle liefern. Modellrechnungen der SchatzmeisterInnen der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ergaben allerdings für diese Länder einen möglichen Einbruch der Beitragseinnahmen von 35 Prozent bis 45 Prozent. Ursächlich können diese Einbrüche darauf zurückgeführt werden, dass in allen Beitragsgruppen, in denen der höhere Anteil aus den Landesverbänden Ost kommt, die Beitragstabelle nach unten abgeschmolzen werden sollte. Ein Aufwuchs erfolgte nur in dem Bereich, in dem die BeitragszahlerInnen aus den alten Bundesländern die Mehrheit stellen. Hinzu kommt, dass sich in den neuen Bundesländern die deutliche Absenkung der hohen Beiträge erheblich in Richtung einer Verminderung des Beitragsaufkommens auswirkt. In den alten Bundesländern ergeben sich dagegen kaum Auswirkungen. Durch die deutlich höhere Zahl von Beitragszahler*innen bis 5 Euro würde sich die Erhöhung des Mindestbeitrags auf 5 Euro in den alten Bundesländern deutlicher auswirken als in den neuen Bundesländern.

Für die alten Bundesländer wurde darüber hinaus ein Beitragszuwachs vermutet, da man hoffte, mit der Absenkung der Beitragstabelle im mittleren Bereich die analog zum Gewerkschaftsbeitrag durchaus vorhandene 1-Prozent-Mentalität überwinden zu können. Die Umsetzung würde also reale Beitragsverluste in den neuen Bundesländern bei vagen Beitragsaufwüchsen in den alten Bundesländern zur Folge haben.

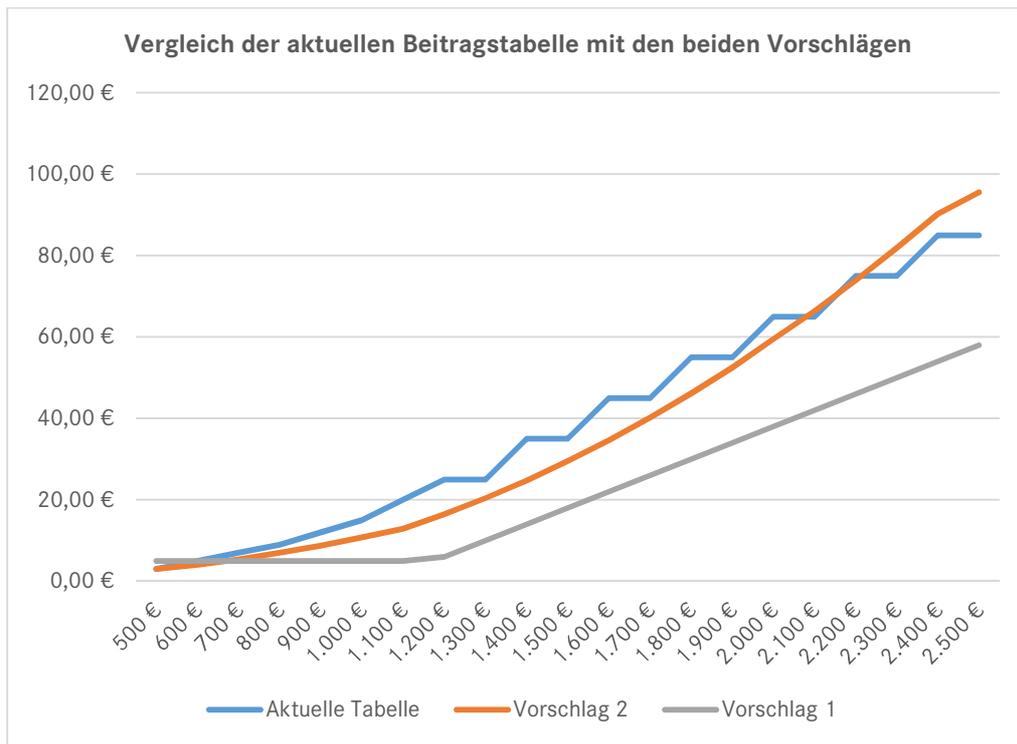
Eine Differenzierung der unteren Beitragsgruppen allein reicht nicht aus, um die möglichen Beitragsverluste zu kompensieren. Das ist nur dann näherungsweise möglich, wenn gleichzeitig die im Vorschlag 1 enthaltene überproportionale Absenkung der Beiträge in den Einkommensgruppen ab 2.500 Euro zurückgefahren wird.

Daraus ergäbe sich folgendes Modell:

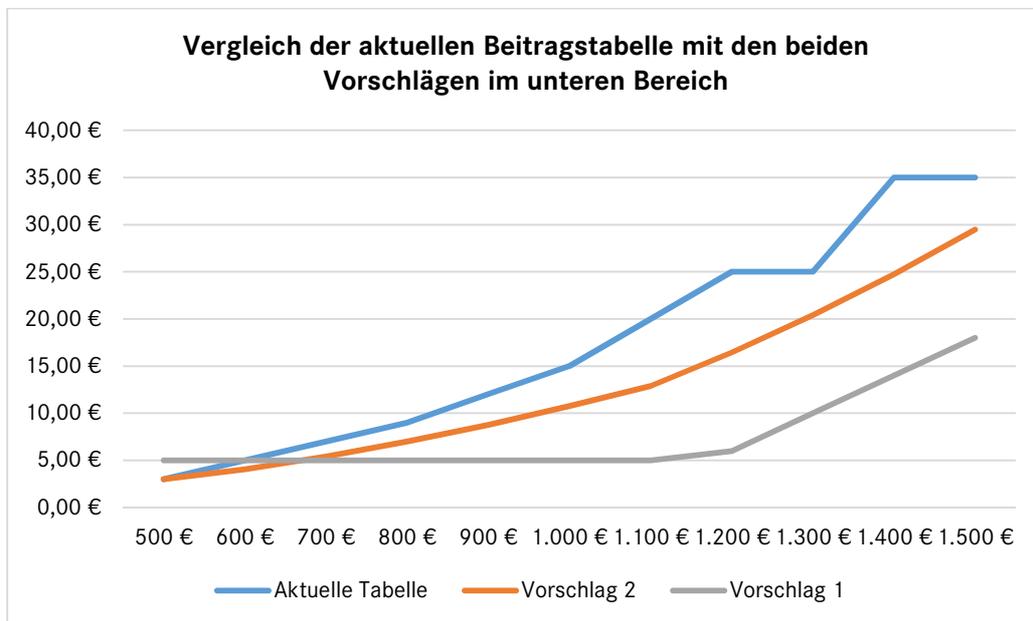
Einkommen	Beitrag	Prozent
Bezieher Transferleistungen	1,50 Euro	
bis 500 Euro	3,00 Euro	0,60
501 Euro bis 550 Euro	3,45 Euro	0,65
551 Euro bis 600 Euro	4,05 Euro	0,70
601 Euro bis 650 Euro	4,70 Euro	0,75
651 Euro bis 700 Euro	5,40 Euro	0,80
701 Euro bis 750 Euro	6,45 Euro	0,85
751 Euro bis 800 Euro	7,00 Euro	0,90
801 Euro bis 850 Euro	7,85 Euro	0,95
851 Euro bis 900 Euro	8,75 Euro	1,00
901 Euro bis 950 Euro	9,75 Euro	1,05
951 Euro bis 1.000 Euro	10,75 Euro	1,10
1.001 Euro bis 1.050 Euro	11,80 Euro	1,15
1.061 Euro bis 1.100 Euro	12,90 Euro	1,20
1.101 Euro bis 1.150 Euro	14,65 Euro	1,30
1.151 Euro bis 1.200 Euro	16,45 Euro	1,40
weiter in Schritten von 50 Euro		weiter in Schritten von 0,1
2.351 Euro bis 2.400 Euro	90,25 Euro	3,80
2.400 Euro bis 2.500 Euro	95,55 Euro	3,90
ab 2.501 Euro		4,00

Auch dieser Vorschlag führt in den neuen Bundesländern zu einem Beitragsverlust von 8 Prozent bis 15 Prozent. Die Berechnung ist infolge der unterschiedlichen Beitragsstufen und der damit zusammenhängenden recht willkürlichen Zuordnung von Mitgliedern in den Beitragsgruppen der aktuellen Tabelle auf die Stufen des Vorschlags mit einer gewissen Unschärfe versehen, die Tendenz ist aber durchaus realistisch.

Ein Vergleich der Vorschläge sieht dann wie folgt aus:



Bei einer moderaten Absenkung der Beitragssätze im Einkommensbereich von 700 Euro bis 1.900 Euro führt Vorschlag 2 im Vergleich zur aktuellen Beitragstabelle zu einem kontinuierlicheren Verlauf der Beitragskurve.



Trotzdem bleibt im Vergleich mit der aktuellen Beitragstabelle z.B. für Sachsen-Anhalt ein Beitragsverlust von 5 Prozent bis 10 Prozent.

Im Vergleich sehen die aktuelle Tabelle und die Vorschläge wie folgt aus:

Einkommen	Aktuell	Vorschlag 2	Vorschlag 1
Bez. Transferleistungen	1,50 Euro	1,50 Euro	1,50 Euro
Mindestbeitrag	3,00 Euro	3,00 Euro	5,00 Euro
500 Euro	3,00 Euro	3,00 Euro	5,00 Euro
600 Euro	5,00 Euro	4,05 Euro	5,00 Euro
700 Euro	7,00 Euro	5,40 Euro	5,00 Euro
800 Euro	9,00 Euro	7,00 Euro	5,00 Euro
900 Euro	12,00 Euro	8,75 Euro	5,00 Euro
1.000 Euro	15,00 Euro	10,75 Euro	5,00 Euro
1.100 Euro	20,00 Euro	12,90 Euro	5,00 Euro
1.200 Euro	25,00 Euro	16,45 Euro	6,00 Euro
1.300 Euro	25,00 Euro	20,40 Euro	10,00 Euro
1.400 Euro	35,00 Euro	24,75 Euro	14,00 Euro
1.500 Euro	35,00 Euro	29,50 Euro	18,00 Euro
1.600 Euro	45,00 Euro	34,65 Euro	22,00 Euro
1.700 Euro	45,00 Euro	40,20 Euro	26,00 Euro
1.800 Euro	55,00 Euro	46,15 Euro	30,00 Euro
1.900 Euro	55,00 Euro	52,50 Euro	34,00 Euro
2.000 Euro	65,00 Euro	59,50 Euro	38,00 Euro
2.100 Euro	65,00 Euro	66,40 Euro	42,00 Euro
2.200 Euro	75,00 Euro	73,95 Euro	46,00 Euro
2.300 Euro	75,00 Euro	81,90 Euro	50,00 Euro
2.400 Euro	85,00 Euro	90,25 Euro	54,00 Euro
2.500 Euro	85,00 Euro	95,55 Euro	58,00 Euro
3.000 Euro	120,00 Euro	120,00 Euro	78,00 Euro
4.000 Euro	160,00 Euro	160,00 Euro	118,00 Euro
5.000 Euro	200,00 Euro	200,00 Euro	150,00 Euro
6.000 Euro	240,00 Euro	240,00 Euro	180,00 Euro

Aus Gründen der Praktikabilität müssten die Tabellenwerte der Beiträge im Vorschlag 2 noch auf voll 0,50 Euro gerundet werden.

Der Vorschlag 2 hat zwar den Vorteil, dass er einen deutlich geringeren Beitragsverlust in den neuen Bundesländern zur Folge hat, die Auswirkungen auf die alten Bundesländer aber nicht eingeschätzt werden können. Er beseitigt auch das Manko der Erhöhung des Mindestbeitrags im Vorschlag 1. Allerdings wird er den Vorstellungen derer, die eine deutliche Absenkung der mittleren Beiträge

wünschen eher nicht gerecht. Zudem ist es zweifelhaft, ob der Aufwand einer Debatte wegen einer im Vergleich zur aktuellen Tabelle überhaupt Sinn macht.

Fazit:

Beide Modelle haben einen erheblichen Nachteil: Sie beruhen nur auf nicht zu verifizierenden Schätzungen, da die Partei keine belastbaren Daten darüber zur Verfügung hat, inwieweit die tatsächlich gezahlten Beiträge in etwa dem realen Nettoeinkommen der Mitglieder entsprechen. Insofern sind alle Annahmen über eine mögliche Beitragsentwicklung bzw. Veränderungen in der Beitragszahlung sowohl bei Modell 1 als auch bei Modell 2 in einem hohen Maße spekulativ.

Realistisch ist aber die Annahme, dass sich die Mitgliedsbeiträge in den Landesverbänden der neuen Bundesländer deutlich näher an der jetzigen Beitragstabelle orientieren als in den alten Bundesländern. Das ergibt sich aus den aktuellen Durchschnittsbeiträgen. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass eine neue Beitragstabelle mit gegenüber der aktuellen Beitragstabelle reduzierten Beiträgen, zu einer deutlichen Verringerung der Beitragseinnahmen führen kann.

Der Vorschlag 2 hat den Vorteil, dass er wahrscheinlich einen geringeren Beitragsverlust in den neuen Bundesländern zur Folge hat, da es eine größere Spreizung der Beitragsstufen bis 1.200 Euro gibt. Dies dürfte auch in den Landesverbänden der alten Bundesländer auf Zustimmung stoßen. Nicht auf Zustimmung wird aber der Vorschlag zur Neugestaltung der weiteren Beitragsstufen stoßen, da in diesem Bereich eine deutlichere Absenkung der Beitragsstufen erwartet wurde.

Die Akzeptanz für den Vorschlag 1 wäre wahrscheinlich insofern höher, da er für die mittleren Beitragsstufen (zwischen 1.200 Euro und 2.500 Euro Nettoeinkommen) realistischere Beitragssummen ausweist. Er hat aber den gravierenden Nachteil, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit insbesondere in den Landesverbänden der neuen Bundesländer zu Beitragssenkungen führt.

In der Konsequenz ergibt sich daraus, dass es derzeit nicht möglich ist, dem Parteitag eine neue Beitragstabelle vorzulegen, die breit akzeptiert werden könnte und gleichzeitig sicherstellt, dass es nicht zu einer Absenkung der Beitragseinnahmen in den Landesverbänden kommt.

Es ist zu prüfen, ob die Frage einer Neugestaltung der Beitragstabelle unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, die eine Abfederung möglicher Risiken erlauben, erneut aufgegriffen werden kann.

Bericht des Bundesfinanzrates der LINKEN

zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Im Konzept »LINKE 2020« hieß es: »Durch die Hauptamtlichen einer Landesgeschäftsstelle sind dabei mindestens folgende Funktionen auszufüllen:

- Sekretariat, Dokumentation, Archivierung, Technische Dienste, Organisation,
- Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen und Aktionen, Wahlen, Pressearbeit, Beratungsangebote,
- Parteilieben, Mitgliederentwicklung, Personalfragen, Praktika, Umsetzung und Koordinierung der Arbeit in den Regionen/Kreisverbänden/mit den Fraktionen,
- Politische Bildung, Jugendbildung, Grundsatzfragen,
- Finanzen, Mitgliederverwaltung.

Aus dieser Aufgabenstruktur wird eine Landesgeschäftsstelle in jedem Landesverband mit einer Mindestbesetzung von fünf hauptamtlichen Beschäftigten angestrebt.«

Diese Zielsetzung wurde nicht erreicht – in allen West-Landesverbänden liegt die Personalausstattung in den Landesgeschäftsstellen (zumeist deutlich) unterhalb dieser Zielmarke. Die Personalausgaben der Länder sind in den letzten zehn Jahren kaum gestiegen – von 2009 6.160 Mio. auf 6.471 Mio. Euro, wobei der Großteil des Zuwachses Tariferhöhungen geschuldet ist. Es ist notwendig, die Personalstruktur der Gesamtpartei den politischen Notwendigkeiten und den finanziellen Möglichkeiten anzupassen. Bisher erfolgte die Anpassung ausschließlich auf der Ebene der Landesverbände zu Lasten einer Arbeitsverdichtung. In den kommenden Jahren muss deshalb der Schwerpunkt auf der Stärkung des Personals in den Landesverbänden liegen.

Notwendig ist daher eine Verbesserung der Finanzausstattung der Landesverbände durch

- die Gewinnung neuer Mitglieder,
- eine Erhöhung der Durchschnittsbeiträge,
- eine Neuordnung der Bund-Länder Finanzbeziehungen.

Wir streben deshalb für die Zukunft folgende neue Finanzverteilung zwischen Bundesverband und den Landesverbänden an, wobei die Realisierung ggf. schrittweise erfolgen muss:

Bislang verblieben die der Bundespartei aus dem Stimmenanteil an Landtagswahlen der zugewiesenen Mittel bei der Bundespartei. Mit der Neuordnung verbleiben hiervon künftig lediglich 10 Prozent bei der Bundespartei, 90 Prozent der Mittel fließen den Landesverbänden über den zentralen Wahlkampffonds und dem Länderfinanzausgleich wie folgt zu:

Zentraler Wahlkampffonds:

Die Landesverbände erhalten je Wählerstimme in den Landtagswahlen 0,50 Cent. Diese Mittel gehen wie bisher in den zentralen Wahlkampffonds. Darüber hinaus gehen 15 Prozent der an die Bundespartei fließenden staatlichen Mittel aus den Stimmergebnissen der Landtagswahlen in den zentralen Wahlkampffonds.

Länderfinanzausgleich:

Das bisherige Niveau des Länderfinanzausgleichs wird um einen Betrag in Höhe von 75 Prozent des Bundesanteils an den Stimmergebnissen der Landtagswahlen aufgestockt.

Über den LFA sind die direkten Zuführungen an die Landesverbände, gemeinsame Aufgaben (ggf. Altersteilzeit) abgedeckt, nicht aber Investitionen (z. B. MGLWEB). Vorrangig sollen die Mittel für den organisationspolitische und strukturellen Aufbau der (West) Landesverbände genutzt werden. Neben

der Absicherung der Bereiche Mitglieder und Finanzen zählen dazu die Bereiche Geschäftsführung und Öffentlichkeitsarbeit. Die Verteilung der Mittel erfolgt durch Vereinbarung im Bundesfinanzrat, die Mittel können zweckgebunden werden. Die Vereinbarung im Kontext des Tarifabschlusses 2018 über eine Kompensation der mit diesem Abschluss verbundenen Tariferhöhungen in den Landesverbänden durch die Bundesebene bleibt von der Neuregelung des Länderfinanzausgleich unberührt und gilt auch über 2021 hinaus weiter. Zusätzliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich sind für die LV Ost zunächst nicht vorgesehen.

Bericht der Delegation DIE LINKE im Europaparlament

Mit den letzten Europawahlen im Mai 2019 schickten die Wähler*innen uns fünf Abgeordnete von DIE LINKE. ins Europaparlament (EP) nach Straßburg und Brüssel. Dort stellen wir eine der größten Delegationen – neben Syriza und France Insoumise – innerhalb der Linksfraktion GUE/NGL, die mit 39 Abgeordneten nunmehr die kleinste Fraktion in dieser Legislaturperiode des Parlaments ist. Am Anfang stand das konstruktive Mitwirken bei der Neuformierung der Linksfraktion GUE/NGL im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir mussten thematisch und inhaltlich die Herausforderung annehmen, zentrale Markenzeichen der GUE/NGL fortzuführen und die soziale, demokratische, solidarische und ökologische Stimme im Europaparlament mit klarem Profil erkennbar und handlungsfähig zu machen.

Mit **Martin Schirdewan** als Ko-Fraktionsvorsitzendem übernahmen wir zusammen mit France Insoumise die Verantwortung für die Leitung der Fraktion. **Martina Michels** wurde zur Delegationsleiterin der LINKEN im EP gewählt, um unsere Interessen innerhalb der Fraktion zu vertreten. Die tägliche Arbeit vollzieht sich im Europaparlament in 20 ständigen Ausschüssen und 44 parlamentarischen Delegationen zur Regelung der Außenbeziehungen des Parlaments, die wir mit nur fünf Abgeordneten nicht alle abdecken können. Deshalb haben wir thematische Schwerpunkte festgelegt, die jede/r Abgeordnete/r in durchschnittlich zwei Ausschüssen und mehreren Delegationen bearbeitet.

Das wichtigste Thema der nächsten Wochen werden die Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen EU- Haushalt (MFR) sein, der die Ausrichtung der EU von 2021 bis 2027 bestimmen wird. Mit großer Mehrheit unserer Genoss*innen in der Linksfraktion haben wir uns dafür eingesetzt, beim MFR zunächst die Verhandlungsposition des Parlaments gegenüber dem Europäischen Rat und seinen nationalen Egoisten zu stärken. Im Vergleich zum laufenden Haushalt wollen die Regierungschef*innen im Rat Kürzungen von 20 Milliarden Euro vornehmen. Betroffen sind vor allem die Kohäsionspolitik, die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung. Im Entwurf will der Rat bspw. für den neu einzurichtenden Fonds zur Unterstützung des Strukturwandels in Kohleregionen nur 7,5 Mrd. Euro einsetzen. Auch Geld gegen die Klimakatastrophe soll gekürzt werden. Das Europaparlament fordert dagegen insgesamt etwa 250 Mrd. Euro mehr als der Rat, neben den o. g. Bereichen vor allem für Sozial-, Bildungs-, Forschungs-, Kulturförderungsprogramme und digitale Politik. Für unsere Forderung nach einer sozialeren, ökologischeren und solidarischeren EU ist ein größerer Haushalt unerlässlich.

Özlem Alev Demirel streitet für unsere Ziele im Beschäftigungs- und Sozialausschuss ein. Der Grundsatz, dass das beste Mittel, um Armut zu bekämpfen, ein sicherer Arbeitsplatz ist, muss wieder zur Realität werden. Deshalb darf im Rahmen des Europäischen Semesters nicht weiter eine Politik der ökonomischen Interessen verfolgt werden, sondern die sozialen Interessen der Menschen gehören in den Vordergrund – hierfür machen wir Druck!

Deshalb setzt sie sich im Ausschuss für verbindliche Regelungen für armutsfeste Mindesteinkommen, -löhne und -renten, so wie Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigungen in Europa ein. Insbesondere gilt es auch Tarifverträge und die Rolle von Gewerkschaften europaweit zu stärken. Zu diesen Themen hat sie die Studie »Zwischen Armutslöhnen und Living Wages: Mindestlohnregime in der Europäischen Union« und den Initiativbericht des EP über die Verringerung der Ungleichheiten verfasst.

Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und als Vize-Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung ist für Özlem die Friedenspolitik ein Arbeitsschwerpunkt. Für uns gilt mehr denn je, uns der Aufrüstungsspirale entgegenzustellen und die Entwicklung der Europäischen Union hin zu einer Militärunion zu stoppen. Konkret heißt dies, in den kommenden Verhandlungen einen EU-Haushalt abzulehnen, der mit einer eigenen Budgetlinie für »Resilienz, Sicherheit und Verteidigung« Projekte wie PESCO, die »Military Mobility« oder die Erforschung und Entwicklung von (KI-gestützten)

Rüstungsgütern beinhaltet. Wir setzen uns außenpolitisch für eine Politik der Deeskalation ein: Krisen in der Welt brauchen diplomatische Antworten. Das bedeutet sich gegen Militärmissionen wie »Irinik« oder den Flüchtlingsdeal mit dem türkischen Staat zu stellen und diese scharf zu kritisieren. Dazu hat Özlem die Studie »PESCO – das Herz der Europäischen Aufrüstung« veröffentlicht.

Cornelia Ernst streitet als Obfrau der Fraktion im Ausschuss für Inneres und bürgerliche Freiheiten für humane Asylpolitik, den Schutz der Privatsphäre, den Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus, Homophobie. Die GUE/NGL kämpft entschieden für die solidarische Aufnahme von Asylbewerber*innen in der EU und ihre Evakuierung aus den griechischen Hotspots. Dort fordern wir u. a. Aufklärung über brutale Polizeigewalt gegenüber Geflüchteten. Cornelia Ernst wird in Kürze ein Schwarzbuch zur Gewalt an Geflüchteten an den EU-Außengrenzen vorlegen. In Kroatien wurde sie Zeugin illegaler »Pushbacks« und wandte sich damit an Kommission und UNHCR. Als Delegation unterstützen wir NGOs in aller Welt sowie Seenotretter*innen, zu deren Hilfe wir u. a. Anhörungen organisierten. Eine weitere zentrale Aufgabe im Innenausschuss ist die parlamentarische Aufsicht von Europol, insbesondere der Schutz der Grundrechte bei grenzüberschreitender Polizei- und Justizkooperation, online wie offline. In der »Intergroup für Anti-Rassismus und Diversität«, Anlaufstelle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen rassistische Diskriminierung, ist Cornelia Ernst eine der Co-Präsident*innen und organisiert mit dieser Gruppe u. a. die Roma-Woche und »#BlackLivesMatter«-Aktionen.

Außerdem kämpft Cornelia im Industrieausschuss gemeinsam mit unseren Genoss*innen für eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik, den Ausbau von erneuerbaren Energien und einen »Green Deal«, der diesen Namen verdient. Dazu legte die GUE/NGL einen Alternativvorschlag vor. Großes Thema ist der Kohleausstieg, der nur erfolgreich ist, wenn er mit einem gerechten und sozialen Strukturwandel verknüpft ist. Deshalb verlangen wir eine deutliche Aufstockung des »Fonds für den gerechten Übergang«. Im EP sind wir die einzige Fraktion, die den Kampf gegen Energiearmut thematisiert und das Recht auf Energie als Menschenrecht einfordert. Als Vorsitzende der EU-Iran-Delegation kämpft Cornelia Ernst für den Erhalt des Antiatomabkommen JCPOA und gegen die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Iran.

Martina Michels vertritt als Obfrau die Linksfraktion im Regionalausschuss des EP. Dort kämpften wir als DIE LINKE im EP im letzten Jahr für die Angleichung der Lebensverhältnisse, einen gerechten Strukturwandel in Industrie- und Kohleregionen und moderne, nachhaltige, lokal verankerte Wirtschaft, die gute und faire Arbeitsplätze bietet. In der Gesetzgebungsarbeit und mit öffentlichen Veranstaltungen setzten wir uns für die Interessen der Kommunen, Städte und ländlichen Regionen ein, in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden. Unser Ziel: EU-Gelder sollen für öffentliche Dienste und Infrastruktur wie Gesundheitsdienste, Integration von Geflüchteten, umweltfreundlichen ÖPNV und sozialen Wohnungsbau und zur Förderung von KMU, Solo-Selbständigen und der Sozialwirtschaft gerade in der Krise, aber auch künftig zur Verfügung stehen.

Außerdem arbeitet Martina für die Delegation im Kulturausschuss. So ist DIE LINKE im EP in allen Fragen zur Europäischen Bildungs- und Hochschulpolitik, zur Kultur- und Medienpolitik vertreten. Bei allen Verhandlungen um den neuen Haushalt für 2021 bis 2027 haben wir uns vor allem für einen besseren Zugang für alle am Kultur- und Informationsaustausch, für die stärkere Beteiligung von Frauen im Kulturbetrieb und die Stärkung von Medienfreiheitsinitiativen eingesetzt. Mit unserem neuen Blog unterstützen wir den europaweiten Austausch (<https://eu-copyright-implementation.info>) zur konkreten Umsetzung der EU-Urheberrichtlinie, die jetzt in den Mitgliedsländern ansteht. Darüber hinaus engagiert sich Martina in den Delegationen mit den Ländern des Südkaukasus und mit Israel. Dort streitet sie gegen die Siedlungspolitik und die Politik Nethanjahus. Außerdem baute sie die Beziehungen zwischen der GUE/NGL und der »Joint List« im israelischen Parlament weiter aus.

Martin Schirdewan ist unser Ko-Vorsitzender der Linksfraktion GUE/NGL und führt somit die Rolle fort, die Gabi Zimmer sieben Jahre übernommen hatte. Unter seiner und Manon Aubry's Leitung konnte die Linksfraktion mehrfach unter Beweis stellen, dass sie auch als kleinste Fraktion im EP wirksame Politik betreibt. Auf Initiative der Linksfraktion hat das erste Mal eine internationale Institution Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. In der Resolution sprach sich das Parlament auch klar gegen Polizeigewalt und Rassismus aus. Bei den Mehrheitsverhältnissen und der realen Situation in einigen Mitgliedsländern der EU ist das keine Selbstverständlichkeit.

Zusätzlich ist Martin Mitglied in der »Brexit-Leitungsgruppe« des Parlaments, das die Verhandlungen zum Brexit und zu den künftigen Beziehungen eng begleitet. In den harten Verhandlungen zum Brexit war es die Linksfraktion, die sich immer wieder für die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich eingesetzt hat. Hätte die Linksfraktion nicht an den Verhandlungen teilgenommen, sähe das Austrittsabkommen mit Großbritannien bedeutend unsozialer aus. Das betrifft auch den Frieden auf der irischen Insel. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Berichts ist noch nicht absehbar, wie die Situation zum Parteitag Ende Oktober sein wird, aber feststeht, dass mit jedem weiteren Tag, an dem sich die Regierung Johnson weigert, konstruktiv an den Verhandlungen zu den künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien teilzunehmen, der sogenannte »No-deal-Brexit« immer wahrscheinlicher wird, mit den entsprechenden negativen Konsequenzen für Jobs und Wirtschaft. Wir werden weiter für die Sicherung der Arbeitsplätze in den betroffenen Branchen kämpfen.

Martin ist Mitglied im Wirtschafts- und Währungsausschuss und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Im neuen Unterausschuss gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Finanzkriminalität, für den wir ein Jahr gekämpft haben, wird er eine aktive Rolle spielen. Jährlich entgehen den europäischen Staaten hunderte Milliarden Euro, die im Gesundheitsbereich, in der Bildung oder z. B. in der sozial ökologischen Transformation fehlen. Gelder mit denen auch die Wiederbelebung nach der Corona-Pandemie einfacher zu bewerkstelligen wäre. Der Ausschuss hat die Aufgabe dem Treiben der Multis ein Ende zu bereiten, damit künftig auch internationale Unternehmen und Megareiche ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft leisten. Da aber mehrere Länder der EU als Steueroasen von diesen Geschäftspraktiken profitieren, werden hier dicke Bretter zu bohren sein.

Helmut Scholz ist in dieser Legislaturperiode erneut Obmann der Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel sowie im Ausschuss für Verfassungsangelegenheiten. In dieser Rolle hat er für uns die Fraktionsposition zur Wahl und Zusammensetzung der neuen EU-Kommission, zum »Green New Deal«, zum Austrittsabkommen des Vereinigten Königreichs und zur Vorbereitung eines Neuen Vertragswerks für das künftige Verhältnis zum Vereinigten Königreich mitgestaltet. Besonders im Verfassungsausschuss wird dieser künftige Vertrag einen Großteil der Arbeit bis Ende 2020 einnehmen. Helmut Scholz widmet sich dort vor allem der Verteidigung des Karfreitags-Abkommens als Garant für den Frieden auf der irischen Insel und der Rechte der europäischen und britischen Bürger*innen. Mit unserer Linksfraktion konnten wir erfolgreich wichtige soziale und demokratische Aspekte in die EP-Positionen zum »Green New Deal« sowie zu den Wiederaufbauplänen gegen die schlimmsten Folgen der Corona-Krise einbringen. Helmut konnte maßgeblich die Verlängerung der Sammelfristen für Europäische Bürgerinitiativen und Schaffung von Sicherheit und Rechtsklarheit für die Organisator*innen durchsetzen. Er setzt sich für die geplante Konferenz zur Zukunft Europas ein und hat Vertragsänderungen als mögliches Ergebnis der Konferenz sowie die Forderung auf ein sozialeres Europa in den Mittelpunkt der Debatte gerückt. Er ist für uns an der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments beteiligt, um die rechtliche Sicherheit für alle Gesetzgebungsprozesse auch in Krisenzeiten wie gegenwärtig zu schaffen.

Im Ausschuss für Internationalen Handel sind wichtige Eckpunkte von Helmut die Kritik und Ablehnung des beabsichtigten EU-Mercosur-Assoziierungs- und Handelsabkommens, genauso wie der Einsatz für eine verantwortungsvolle europäische Gesetzgebung, die international verbindliche Lieferketten sicherstellen soll. Außerdem geht es ihm darum, Nachhaltigkeitskapitel in internationalen

Handelsverträgen mit sozialen, umweltpolitischen und menschenrechtlichen Eckpunkten durchzusetzen. Ziel ist, faire und ethische Handelsstrukturen und wirtschaftliche Zusammenarbeit gerade mit den Ländern im globalen Süden auszubauen und zu stärken. Für uns steht fest, dass die völkerrechtlich anerkannten 17 Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 zum entscheidenden Maßstab für alle Politikbereiche der EU gemacht werden müssen. Nur so sind die globalen Herausforderungen, wie der Kampf gegen Artensterben, den Klimawandel, für sauberes Wasser und für die Überwindung von Armut und Sicherung von Ernährungs- und Energiesicherheit für alle noch meistern. Hier haben wir Initiativen wie z. B. Biodiversitätsstrategie, Fair-Trade-City-Award-Wettbewerb, Verantwortliche Unternehmensführung und Lieferkettengestaltung (RBC) etc. als Bestandteile unserer Strategie des sozial-ökologischen Umbaus unternommen.

Als Delegation DIE LINKE im EP haben wir seit Beginn unserer Arbeit die Beziehungen zu den Gremien unserer Partei intensiviert. Inzwischen gibt es einen aktiveren Austausch mit dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion. Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Europäischen Linken stehen wir in einem ständigen Dialog und Informationsaustausch. Auch wenn die Ausstrahlung der Ergebnisse unserer Arbeit auf europäischer Ebene noch weiter ausbaufähig ist und wir weiter an der öffentlichen Wahrnehmung unseres europäischen Engagements innerhalb der Partei arbeiten müssen – wir sind auf dem richtigen Weg!

F.d.R.: Martina Michels, Delegationsleiterin, DIE LINKE im Europaparlament

Bericht der Europäischen Linken (EL)

Wir leben in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche – ökonomisch, sozial und politisch. Ökonomisch haben wir es nicht nur mit einer anhaltenden Krise und einem grundsätzlichen Versagen neoliberaler Politik zu tun, sondern stehen vor gewaltigen neuen Herausforderungen, verursacht insbesondere durch ökologische Bedrohungen wie dem Klimawandel. Es zeigen sich deutlich die Grenzen einer auf fossilen Energien beruhenden Produktionsweise. In sozialer Hinsicht erleben wir eine immer weiter sich verbreitende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und eine zunehmende soziale Ungleichheit. All dies wird durch die COVID-19-Pandemie noch erheblich verschärft. Dies hat Auswirkungen auf die Politik. Das traditionelle Parteiensystem ist im Umbruch. Die Sozialdemokratie befindet sich in einer tiefen Krise. Die Grünen dagegen befinden sich im Aufwind. Überall in Europa nimmt die extreme Rechte mit ihrem Nationalismus und Rassismus stark zu. Die politische Krise in Europa wird auch nicht zuletzt durch den Brexit verdeutlicht.

Stärke und politische Bedeutung der Linken in Europa sind sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insgesamt gesehen konnte sie sich nicht als wirksame alternative politische Kraft präsentieren. Sie ist zu wenig sichtbar. Dies zeigte sich auch bei den Europawahlen, wo die Linke Sitze verlor und im Übrigen auch mit unterschiedlichen Strategien angetreten war. Es gilt daher, sie politisch zu stärken und wieder sichtbarer zu machen, wozu auch eine stärkere Kooperation bei Anerkennung auch unterschiedlicher Positionen nötig ist.

In dieser Situation fand im Dezember letzten Jahres der 6. Kongress der EL in Málaga mit 400 Teilnehmern unter dem Motto »Reset Europe, Go Left« statt. Aufgabe des Kongresses waren sowohl die Neuwahl des Präsidiums und des Vorstands als auch eine strategische Neubestimmung der europäischen Linken.

Das neue Präsidium setzt sich folgendermaßen zusammen:

▪ Heinz Bierbaum (DIE LINKE, Deutschland)	Präsident
▪ Maite Mola (IU, Spanien)	1. Vizepräsidentin
▪ Paolo Ferrero (Rifondazione, Italien)	Vizepräsident
▪ Pierre Laurent (PCF, Frankreich)	Vizepräsident
▪ Anna Mikkola (Left Alliance, Finland)	Vizepräsidentin
▪ Margarita Mileva (Bulgarische Linke, Bulgarien)	Vizepräsidentin
▪ Natasa Theodorakopoulou (Syriza, Griechenland)	Vizepräsidentin
▪ Brigitte Berthouzoz (Partei der Arbeit, Schweiz)	Schatzmeisterin

Für DIE LINKE wurden erneut Judith Benda und Claudia Haydt in den Vorstand gewählt.

Mit großer Mehrheit wurde das vorgeschlagene politische Dokument angenommen. Darin wird nicht nur zur Stärkung der europäischen Linken aufgerufen, sondern es werden auch die wesentlichen Elemente einer alternativen Politik für Europa dargestellt. Im Mittelpunkt steht die sozial-ökologische Transformation. Gefordert werden gleiche Rechte für alle und die Demokratisierung Europas. Die Militarisierung Europas wird entschieden abgelehnt. Das Eintreten für Frieden und Abrüstung ist für die Linke von essentieller Bedeutung. Internationale Solidarität ist der EL äußerst wichtig, was sich auch in zahlreichen Resolutionen wie z. B. zur Aufhebung der Blockade gegenüber Kuba niederschlägt. Insgesamt gab der Kongress das Signal für eine stärkere politische Profilierung der EL und für mehr Zusammenarbeit linker und progressiver Kräfte. In diesem Zusammenhang spielt das Europäische Forum, wie es bereits auf dem 5. Kongress in Berlin beschlossen worden war, eine zentrale Rolle. Es stellt eine Plattform für eine breite Debatte der linken, progressiven und ökologischen Kräfte dar. Neben den politischen Organisationen zählen dazu auch soziale Bewegungen und die Gewerkschaften. Dieses Jahr soll es vom 27. bis 29. November in Athen stattfinden. Es steht unter dem Motto »The Covid-19 pandemic challenges humanity. REFOUNDING A EUROPE OF SOLIDARITY«.

Jüngst hat sich die EL auf eine Plattform mit dem Titel »Die Coronakrise und ihre Folgen für die europäische Politik« verständigt. Damit soll ein Weg aufgezeigt werden, wie man sozial aus der Krise kommt. Gefordert werden Aktivitäten in fünf Bereichen: Schutz der Bevölkerung, wirtschaftlicher Wiederaufbau und sozial-ökologische Transformation, Demokratie, Abrüstung und Frieden, internationale Solidarität. Für die Linke ist die Verbindung von ökologischen und sozialen Erfordernissen entscheidend. Wir brauchen eine grüne Industrie, aber zugleich auch einen Schutz der davon betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen. Insgesamt geht es darum, eine wirtschaftliche und soziale Alternative aufzuzeigen, die mit dem vorherrschenden neoliberalen Modell bricht, und auf eine nachhaltige Entwicklung im Interesse der Gesellschaft und der Menschen orientiert. Mit dieser Plattform will die EL eine politische Kampagne mit dem Motto »Protect the people. Not the system« starten. Damit will sich die EL aktiv in die gesellschaftliche Debatte einschalten und zu gemeinsamen Aktivitäten mit linken, progressiven und ökologischen Kräften kommen. Eine starke Linke ist die Voraussetzung dafür, dass wir dem Ziel der Schaffung eines demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europas näher kommen.

Bericht der Inklusionsbeauftragten an den Erfurter Parteitag 2020

Wir brauchen Solidarität durch Inklusion – ohne Vorbehalt!

Liebe Genoss*innen,

im Erfurter Programm vom Oktober 2011 unserer Partei ist verankert, dass wir für eine inklusive Gesellschaft kämpfen, »in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede und jeder sich einbringen kann.« Ich möchte im Folgenden darüber berichten, was ich in der letzten Wahlperiode zusammen mit der AG Teilhabe unternommen habe, um auf diesem Weg ein Stück weiter voranzukommen.

1 - Neues Teilhabekonzept beschlossen

Bereits im Jahre 2014 beschloss unsere Partei ein Teilhabekonzept, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich alle Genossinnen und Genossen tatsächlich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen und das Parteileben aktiv und gleichberechtigt mitgestalten können. Fünf Jahre nach Verabschiedung dieses Konzeptes waren wir als Mitglieder der AG Teilhabe der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, Bilanz zu ziehen und dieses Teilhabekonzept zu aktualisieren.

Auf einer Klausurtagung im Frühjahr 2019 stellten wir – die Mitglieder der AG Teilhabe und weitere Genoss*innen, die sich konkret für Inklusion und Teilhabe engagieren – folgende Fragen: Was haben wir erreicht? Wo müssen wir ansetzen, um in der gesamten Partei inklusivere, barrierefreie Strukturen zu entwickeln? Wie können wir die Probleme innerhalb der Partei weiter abbauen und eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Mitglieder ernst genommen fühlen? Welche Kriterien wollen wir in Zukunft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene anlegen, damit politische Beteiligung aller Genoss*innen auf Augenhöhe gelingen kann?

Nach einem konstruktiven Austausch wurde im September letzten Jahres das neue Teilhabekonzept einmütig vom Parteivorstand beschlossen. Darin sprechen wir uns klar dafür aus, dass wir uns auf der Grundlage unseres Programms von einem weiten Inklusionsbegriff leiten lassen wollen. Das heißt: Als LINKE kämpfen wir – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter – dafür, allen Menschen ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig anerkennen wir, – ausgehend von der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) – dass es für Menschen mit Behinderungen aufgrund fehlender Barrierefreiheit besonders viele strukturelle Zugangsbeschränkungen gibt: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der haupt- und ehrenamtlichen politischen Beteiligung.

Ja, in unserer täglichen politischen Arbeit – in der Partei und darüber hinaus – müssen wir immer wieder feststellen, dass es noch ein weiter Weg ist, um allen Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, sowohl als Mitglieder, Sympathisierende, Wählerinnen und Wählern oder Besucherinnen und Besuchern am Parteileben teilzunehmen als auch als Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten und an politischen Entscheidungsprozessen aktiv mitzuwirken. Wir haben im Teilhabekonzept erklärt, welche Kriterien zu berücksichtigen sind, um Barrierefreiheit in der haupt- und ehrenamtlichen politischen Arbeit herzustellen. Diese Kriterien gilt es, noch viel bekannter zu machen und immer wieder in den Fokus zu rücken, damit der Anspruch auf Barrierefreiheit Stück für Stück zur Normalität wird.

In Hinblick auf die Schaffung von Barrierefreiheit haben wir auf Bundesebene – vor allem hinsichtlich der barrierefreien Gestaltung von Parteitagen und anderen Veranstaltungen – schon viel erreicht. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen – auf allen Ebenen. Deshalb regen wir als AG Teilhabe an, auf Landesebene analog zu verfahren und Landesinklusionsbeauftragte nebst einer AG Teilhabe auf Landesebene zu berufen. Wir freuen uns, dass dieser Anregung schon vier Landesverbände gefolgt

sind: Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern. In einigen weiteren Landesverbänden wird über die Benennung von Landesinklusionsbeauftragten diskutiert. Insofern hoffen wir, im nächsten Jahr darüber berichten zu können.

Wichtig ist uns als LINKE, auf das Selbstvertretungsrecht von Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen nach dem Prinzip »Nichts über uns ohne uns!« zu verweisen. Denn Menschen mit Behinderungen können – wie alle anderen Menschen mit Diskriminierungserfahrungen – ihre Interessen am überzeugendsten selbst vertreten. Wenn wir als glaubwürdig wahrgenommen werden wollen, wenn wir Politik für die Menschen machen wollen, müssen sie selbst das Wort ergreifen (können). Gerade aufgrund ihrer Diskriminierungserfahrungen und des so oft erlebten Ausschlusses von politischen Entscheidungsprozessen haben sie die Legitimation, sich emanzipatorisch – nicht nur in Behindertenpolitik, sondern in alle Politikbereiche – einzubringen.

2 – Unser Preis für barrierefreie Geschäftsstellen: Barrierefreiheit? - DAS MUSS DRIN SEIN!

Als einen wichtigen Teil der Umsetzung unseres Teilhabekonzeptes betrachten wir die weitere Durchführung des Wettbewerbs »Barrierefreiheit? – DAS MUSS DRIN SEIN!« Mit diesem Preis zeichnen wir Büros und Geschäftsstellen der Partei und Fraktionen aus, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre Büros barrierefrei zu gestalten. Deutlich wird dabei: Stufenlose Zugänge zu unseren Büros, behindertengerechte Toiletten, beleuchtete Zugangswege, Dokumente in einfacher oder Leichter Sprache und Hörschleifen nutzen nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern allen Genossinnen und Genossen. Und gerade in Hinsicht auf unsere älteren Mitstreiter*innen sind auch eine gute Anbindung an den ÖPNV, Bahnhofsnähe, eigene Parkplätze oder Parkmöglichkeiten in der Nähe des Büros wichtig.

2020 ging der Preis an die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek. Die neue Fraktion, die es seit der letzten Wahl zur Wandsbeker Bezirksversammlung im Mai 2019 gibt, nimmt Inklusion als Querschnittsthema sehr ernst. Bisher lagen die Büroräume im zweiten Obergeschoss ohne Fahrstuhl. Aus diesem Grund schauten sich die Genoss*innen nach einem neuen Büro um und bezogen nach intensiver Suche zum 1.4.2020 neue Räumlichkeiten: Ein Ladengeschäft im Erdgeschoss. Für eine Stufe am Eingang wurde eine Teleskop-Rampe angeschafft, sodass diese Stufe nun problemlos überwunden werden kann. Einer der nächsten geplanten Schritte ist der barrierefreie Umbau der Homepage gemäß der BITV 2.0. Angedacht sind auch Gesprächskreise in Leichter oder Einfacher Sprache, um Bürger*innen den Zugang zu Politik zu erleichtern. Ebenso gibt es Überlegungen für die Produktion eines Gebärdensprachvideos, das in die Homepage eingebettet wird und darstellt, wofür DIE LINKE steht. Außerdem soll ein übersetztes Kurzwahlprogramm der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft bereitgestellt werden.

Das Geld aus dem Gewinn des Inklusionspreises soll nun für den barrierefreien Umbau der Toilettenräume genutzt werden. Wir gratulieren den Wandsbeker Genoss*innen und freuen uns auf eine Fortsetzung des Wettbewerbes mit vielen Bewerbungen im kommenden Jahr.

3 - Im Schatten der Corona-Pandemie Teilhabemöglichkeiten weiter beschnitten

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

gestattet mir am Ende meines Berichtes in Zeiten der Corona-Pandemie ein paar persönliche Gedanken über die aktuellen Möglichkeiten vieler Menschen, am gesellschaftlichen Leben in unserer Gesellschaft teilzunehmen – oder eben nicht teilzunehmen. Denn nach meiner Wahrnehmung haben Diskriminierungen und Ausgrenzungen von bestimmten Gruppen von Menschen aus dem so genannten normalen Leben in den vergangenen Wochen und Monaten eine neue Dimension erreicht. Worte, wie zum Beispiel »Risikogruppen« und »Triage«, waren und sind plötzlich in aller Munde. Das führte jedoch nicht dazu, Menschen besonders zu schützen.

Im Gegenteil – gerade in der Zeit des Shutdowns wurden viele Menschen allein gelassen. Ich denke unter anderem an diejenigen, die in den Alten- und Pflegeheimen wochenlang isoliert waren und zum Teil allein sterben mussten, statt würdevoll im Kreis ihrer Lieben. Ich denke unter anderem an die Beschäftigten mit Behinderungen in den Werkstätten, die noch arbeiten mussten, als alle anderen

schon im Homeoffice waren, obwohl viele von ihnen Vorerkrankungen haben. Jetzt müssen diejenigen, die durchschnittlich 180 EUR pro Monat verdienen und hart arbeiten müssen, um ihre Leistungsentgelte und ihre Urlaubstage bangen – obwohl es auf der anderen Seite für Konzernen und große Unternehmen Rettungsschirme im Wert von ca. **1.173 Milliarden Euro** gibt. Ich denke unter anderem an die intensivmedizinisch beatmeten Menschen, die im Schatten der Pandemie befürchteten und immer noch befürchten, durch das neue Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz von Herrn Spahn in Heime abgeschoben zu werden.

Wir müssen einschätzen, dass sich eine neue *Lebenswert*-Debatte entwickelt. Vor allem alte, kranke und behinderte Menschen sind zutiefst besorgt darüber, ob eine Einteilung in »lebenswertes« und »lebensunwertes« Leben wieder möglich werden könnte. Ich teile diese Befürchtung. Zugleich begreife die Ereignisse, die rund um die COVID-19-Pandemie unter anderem zur Debatte um die Frage der Priorisierung bei der Behandlung von COVID-19-Patient*innen führte, als ein Ausdruck dessen, was sich gegenwärtig insgesamt in der Gesellschaft vollzieht: Tausende von Existenzen werden weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Menschen werden zunehmend entsolidarisiert. Unsere Meinungs- und Pressefreiheit sowie Bürger- und Menschenrechte werden eingeschränkt. Alte und Junge, Gesunde und Kranke, Deutsche, Migrant*innen und Flüchtlinge, Gläubige und Ungläubige werden gegeneinander ausgespielt und verstärkt nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit beurteilt. Dem Schutz individueller Gesundheit wird ein höherer Wert beigemessen als dem der Menschenwürde.

Wie können wir dieser Entwicklung begegnen? Wie können wir der immer größeren Spaltung der Gesellschaft und der damit in Zusammenhang stehenden Entsolidarisierung der Menschen entgegen-treten? Wie können wir Selektion, Euthanasie und faschistische Tendenzen konsequent bekämpfen? All diese Fragen treiben mich um. Ich denke, wir brauchen eine breite Debatte – innerhalb unserer Partei und in der gesamten Gesellschaft – darüber, wo und warum Diskriminierungen und Ausgrenzungen entstehen und wie wir das Verbindende zwischen den einzelnen Gruppen von Menschen herausarbeiten können. Wir brauchen, vor allem angesichts der deutschen Geschichte, die besondere Sensibilität verlangt, eine neue Solidarität. Lasst uns diese Debatte führen!

Mit solidarischen Grüßen

Margit Glasow

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes

an die 1. Tagung des 7. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE
Erfurt, 30. Oktober bis 1. November 2020

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland und § 15 (2) e der Bundessatzung der Partei DIE LINKE legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf der 1. Tagung des 6. Bundesparteitages vom 8. bis 10. Juni 2018 in Leipzig. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 12. September 2020.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage des Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, des 2019 beschlossenen Europawahlprogramms, des 2017 beschlossenen Bundestagswahlprogramms und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Die 1. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE am 8./9./10. Juni 2018 in Leipzig mit folgenden Beschlüssen und Resolutionen:

- DIE LINKE – in Bewegung
- Abrüsten! – Deeskalation ist das Gebot der Stunde
- Für ein Leben in Würde – jenseits von Selektion, Menschenverachtung und Rassismus
- Für ein Recht auf gute Arbeit und gutes Leben
- Gegen Rassismus und rechte Hetze – unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit!
- Solidarität konkret: »nd« abonnieren! Zeitung und Arbeitsplätze sichern
- Nein zu BAMF-Untersuchungsausschuss
- Solidarität mit #Besetzen – Hausbesetzungen entkriminalisieren
- Völkerrecht einhalten – Atomabkommen mit dem Iran beibehalten
- Leipziger Gießerei »Halberg & Guss«
- Solidarität mit Venezuela

Die 2. Tagung des 6. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 22. bis 24. Februar 2019 in Bonn mit folgendem Beschluss (neben dem Wahlprogramm):

- Weg mit § 219 und § 218

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden von diesem behandelt.

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Zwei Mitglieder des Parteivorstandes traten im Berichtszeitraum zurück. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus zwölf Mitgliedern. Es waren dies, außer den vom Parteitag nach § 19 (1) a bis d gewählten Mitgliedern (Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jörg Schindler, Harald Wolf, Ali Al-Dailami, Simone Oldenburg, Tobias Pflüger, Martina Renner, Axel Troost, Janine Wissler), noch Christine Buchholz und Kerstin Köditz, die in der Beratung des Parteivorstandes am 9. September 2018 gewählt wurden. Die meisten Parteivorstandsmitglieder wurden als Verantwortliche für einzelne Politikfelder bestimmt.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen. Die Stellenpläne 2019 und 2020 wurden im Parteivorstand im Rahmen der Finanzpläne beraten und vom Bundesausschuss beschlossen.

Der Parteivorstand tagte 35-mal (zum Teil in Videokonferenzen) und der Geschäftsführende Parteivorstand führte 85 Beratungen (zu einem Teil auch als Telefon- oder Videokonferenzen) durch, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers im Internet und im Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht.

Regelmäßig berieten der Parteivorstand oder der Geschäftsführende Parteivorstand mit den Landesvorsitzenden und den Mitgliedern des Bundesausschusspräsidiums. Regelmäßige Abstimmungen fanden auch mit den LINKEN in Landesregierungen statt. Einmal im Jahr fand jeweils zum Jahresauftakt eine größere Beratung des Parteivorstandes mit den Landes- und Fraktionsvorsitzenden und dem Präsidium des Bundesausschusses statt. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers tagten ca. zweimonatlich die Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer.

Kommissionen

Der Parteivorstand berief Kommissionen und den Ältestenrat, von denen die Historische Kommission und der Ältestenrat dem Parteitag eigene Berichte vorlegen. Die Arbeiten der Kommission Politische Bildung und der Internationalen Kommission werden in diesem Bericht behandelt, darüber hinaus wurden zwei Kommissionen neu berufen.

Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Die Kommission des Parteivorstandes traf sich jährlich zwei- bis dreimal. In der Wahlperiode beschloss sie konsensual 2018 »Vielfalt entwickeln und verteidigen. DIE LINKE, das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Religion«, 2019 Thesen zur »Islamfeindlichkeit« und ein Positionspapier zur »Ablösung der Staatskirchenleistungen (Dotationen)«.

Letzteres war auch eine der Grundlagen für den Gesetzentwurf u. a. von der LINKEN dazu im Bundestag. Die Positionspapiere der Kommission sind online abrufbar.

Ethikkommission

Die Ethikkommission wurde im Sommer 2020 auf Initiative aus einem Parteitag gegründet. Sie hat ihre Arbeit im August aufgenommen und plant monatlich stattfindende Beratungen zu aktuellen, aber auch grundsätzlichen ethischen Fragen, die in die politischen Diskussionen eingebracht werden sollen. Der Parteivorstand wird regelmäßig über die Arbeit der Kommission informiert.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Schwerpunkte der Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus waren die Führung des Europawahlkampfes, die Durchführung, Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses, die Durchführung von Tagungen, Bildungsveranstaltungen, Konferenzen und Workshops und Vorbereitung und Unterstützung von Kampagnen und Aktionen der Partei. Im Berichtszeitraum lag die Mitarbeiter/innenzahl bei ca. 80.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich vor allem als Serviceeinrichtung für die Organe, Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei, für die Parteimitglieder und für die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören die Unterstützung der Parteimitglieder in der ehrenamtlichen Arbeit, die Beantwortung von

einigen Tausend Bürger*innen-Briefen und -Posts, die Betreuung von Besucher*innen, als auch die inhaltliche Unterstützung, z. B. durch kurze Analysen der aktuellen politischen Lage und Gegnerbeobachtungen von den Parteitagern anderer Parteien, Zuarbeiten und Vorschläge für die Fachtagungen oder Strategieberatungen. Die Arbeit der Kommissionen und des Ältestenrates fanden ebenso die Unterstützung des Karl-Liebknecht-Hauses wie die bundesweiten Zusammenschlüsse, u. a. durch die Bereitstellung von elementaren Arbeitsbedingungen, vom Arbeitsraum über Videokonferenzlösungen bis zur Cloud. Durch die Bundesgeschäftsstelle wurden regelmäßige Beratungen der Landesvorsitzenden, Landesgeschäftsführer*innen und Landesschatzmeister*innen (Bundefinanzrat) organisiert und unterstützt. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten im Karl-Liebknecht-Haus Praktikantinnen und Praktikanten (im Berichtszeitraum waren es über 25 Schülerinnen, Schüler und Studierende), deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind.

Wahlen

In den Berichtszeitraum fiel der Europawahlkampf, zu dem ein Abschlussbericht vorgelegt wurde, der diesem Bericht anhängt. Ferner unterstützte der Parteivorstand die Landtagswahlkämpfe in Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Sachsen, und Thüringen und wertete die Ergebnisse gemeinsam mit den Landesvorständen aus. Ferner wurden alle Kommunalwahlen wenigstens logistisch unterstützt.

Kampagnen

Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen! Die Pflegekampagne des Parteivorstandes.

Im Berichtszeitraum lag die Kampagne »Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!«. Die Kampagne hatte am 12. Mai 2018 begonnen und baute auf den Erfahrungen der Kampagne »Das muss drin sein.« auf, welche das Thema Pflege ebenfalls als einen Schwerpunkt hatte. Ziel der Kampagne ist es, den Druck auf die Bundesregierung zur Durchsetzung der Kampagnenforderungen zu erhöhen, Beschäftigte in der Pflege direkt und organisierend anzusprechen und neue Kontakte für die Parteiarbeit zu generieren.

Kreative Kampagnenelemente wie die vier Meter hohe sechs-armige Pflegekraft oder die Wall of Shame wurden von Kreis- und Landesverbänden insbesondere auch in den Wahlkämpfen in den vergangenen zwei Jahre häufig und gerne genutzt. Erfolgreiche Aktionsschwerpunkte der Kampagne waren jährliche Aktivitäten rund um den 8. März, den Internationalen Frauentag, sowie Aktionen zum Tag der Gesundheit (7. April) und Tag der Pflege (12. Mai). Außerdem beteiligte sich die Kampagne an den Protesten gegen die Gesundheitsministerkonferenz. Bundesweit fanden mehrere Hundert Aktionen statt, dabei wurden den Kreisverbänden über zwei Millionen Print-Materialien kostenlos zur Verfügung gestellt. Allein am 8. März 2020 fanden Aktionen in 218 Städten statt. In der Regel beteiligten sich bis zu 150 Kreisverbände an den Pflegeaktionen und verwendeten die Kampagnenmaterialien.

Die Kampagne wurde im Zuge der Corona-Krise zu einem zentralen Schwerpunkt der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit der Partei. Die Forderungen wurden präzisiert: 100 000 Pflegekräften mehr in den Krankenhäusern, 100 000 Pflegekräfte mehr in der Altenpflege, ein gesetzlicher Personalbemessungsschlüssel, 500 EUR mehr Grundgehalt in der Pflege und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, insbesondere auch auf dem Land, Abschaffung der Fallkostenpauschale und des Gewinn- und Ausgliederungsverbots für Kommunale Krankenhäuser.

Bezahlbare Miete statt fetter Rendite. Die mietenpolitische Kampagne des Parteivorstandes

Die Mietenkampagne startete im September 2018. Der Claim der Mietenkampagne lautet »Bezahlbare Miete statt fetter Rendite« und hat zum Start folgende vier Forderungen:

- 1) Jedes Jahr sollen 250 000 Sozialwohnungen gebaut werden,
- 2) runter mit den Mieten,
- 3) keine Spekulation mit Wohnraum und Überführung von Immobilienkonzernen in die öffentliche Hand,
- 4) für öffentlichen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau.

Alle Aktivitäten rund um die Mietenkampagne wurden in den sozialen Medien, über die Kampagnenwebseite, durch Printmaterialien und über einen Online-Aufruf nach außen und parteiintern kommuniziert. 1.147 Interessierte und Aktive konnten bis August 2020 für die Linksaktiv-Datenbank gewonnen werden. Sie wurden und werden regelmäßig über Aktionen und Inhalte zum Thema Miete informiert.

Erste Kampagnenschwerpunkte im Herbst 2018 waren der Wohngipfel der Bundesregierung und studentisches Wohnen unter Einbeziehung des Studierendenverbands DIE LINKE.SDS.

Zeitgleich wurde DIE LINKE Mitinitiatorin und Unterstützerin des neu gegründeten Verbändebündnisses »Wohnen ist Menschenrecht«. Im November 2018 fand eine erste Aktionskonferenz von Kampagnenaktiven in Göttingen mit 70 Teilnehmenden statt.

Die Mietenkampagne wurde in den Europawahlkampf einbezogen. DIE LINKE unterstützte die europäische Bürgerinitiative »Housing for All« und Demoauftritte von Gliederungen der Linkspartei beim europaweiten Aktionstag »Housing Action Day« im Frühjahr 2019.

Anfang 2019 wurde mit dem Start des Berliner Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« bundesweit eine Debatte um Vergesellschaftung von börsennotierten Wohnungsunternehmen ausgelöst. DIE LINKE positionierte sich für Enteignungen und unterstützte mit Unterschriftensammlungen das Volksbegehren praktisch. Mitte 2019 wurde in Berlin eines der progressivsten Gesetze zum Schutz von Mieterinnen und Mietern beschlossen und bestimmte bundesweit die Debatten zum Thema Miete. Im August 2019 wurden die Forderungen der Mietenkampagne auf drei Punkte zugespitzt:

- 1) Mietenstopp und Mietendeckel überall,
- 2) Vonovia & Co. enteignen und
- 3) 250.000 Sozialwohnungen mehr pro Jahr.

Dazu wurde für eine bundesweite Aktionsphase im Herbst 2019 neues Material produziert. Weitere Aktivitäten der Mietenkampagne für das Jahr 2020 wurden im Februar 2020 beschlossen und dann nach dem Corona Lockdown mit den Aktionen gegen die Klage der CDU gegen den Mietendeckel und der Unterstützung des europäischen Mietenaktionstages der Mieter*inneninitiativen fortgesetzt.

Während des Corona-Lockdowns fanden sowohl für die Mieten- als auch die Pflegekampagne viele inhaltliche Webinare und Videokonferenzen statt. Formate, die auch im Regelbetrieb weiter entwickelt werden.

Arbeitsschwerpunkte

Zu allen Arbeitsschwerpunkten des Parteivorstandes gab es im Berichtszeitraum in der Regel eigenes Material der Bundespartei, Info- und Aktionspakete für die Arbeit in den Kreisverbänden und der Kommunalpolitik, sowie eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen außerparlamentarischen Bewegungen, Bündnissen und Gewerkschaften.

Arbeitsschwerpunkt: Arbeit, die zum Leben passt.

Unter dieser Überschrift wurde im Berichtszeitraum – besonders mit dem Fokus auf prekär Beschäftigte – der Themenbereich Arbeit bearbeitet. Es wurden eine Homepage www.arbeitdiezumlebenpasst.de, eine Broschüre, Flyer und Türhänger erstellt, die von Kreisverbänden in lokalen Arbeitskämpfen genutzt wurden. Für den 1. Mai wurden jeweils Plakate und Verteilmaterial bereitgestellt.

Arbeitsschwerpunkt: Arbeit gegen Rechts, Antirassismus

Die Partei beteiligte sich an den Mobilisierungen gegen die Bundes- und Landesparteitage der AfD und nutzte ein Info- und Aktionspaket zum internationalen Tag gegen Rassismus. 2018 und 2019 gab es jeweils zwei mehrtägige Multiplikatorentrainings für einen Workshop »LINKE Argumente gegen rechte Parolen«. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus«.

Ein Schwerpunkt in der außerparlamentarischen Mobilisierung und Zusammenarbeit lag beim Bündnis #unteilbar Sowohl zur ersten Großdemonstration im Herbst 2018 in Berlin als auch zur Demonstration kurz vor der Landtagswahl 2019 in Dresden, wurde bundesweit mobilisiert und es gab eigene LINKE-Blöcke und Lautsprecherwagen.

Wegen der Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD in Thüringen fand in enger Abstimmung mit der Thüringer Linksfraktion und dem Landesverband am 15. Februar 2020 eine Großdemonstration in Erfurt statt. Dabei wurden Landes- und Kreisverbände bei der Koordinierung und Mobilisierung unterstützt. Es fuhren mindestens 13 Busse mit dem Ticket der LINKEN. Die Demonstration war mit 18 000 Teilnehmer*innen sehr erfolgreich, es gab einen eigenen Auftritt der LINKEN.

Für den Arbeitsschwerpunkt wurden den Kreisverbänden verschiedene Flyer, Plakate und eine Broschüre zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich äußerte sich die Partei zum Tag der Befreiung.

Der Parteivorstand hatte eine zur AfD gebildet, die sich aus Mitgliedern des Parteivorstandes, Genossinnen und Genossen aus Landtagen und Landesverbänden, der Bundestagsfraktion und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammensetzt. Sie traf sich jährlich zwei Mal, arbeitete konzeptionell und vernetzte die Aktivitäten der Landesverbände und Landtagsfraktionen gegen die AfD. Die Arbeitsgruppe initiierte mehrere Beschlüsse, u.a.: »Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD« 2016 und bestätigt nach der Bundestagswahl 2018. Für die Arbeit in den Kreisverbänden wurde 2017 eine Pocket-Broschüre »Stoppt die AfD. Linke Antworten auf die Gefahr von rechts« er- und 2018 überarbeitet.

Arbeitsschwerpunkt: Klima und Ökologie

Im Berichtszeitraum unterstützte der Parteivorstand intensiv die Proteste der globalen Klimabewegung. So beteiligte sich DIE LINKE z. B. an Protesten anlässlich der Weltklimakonferenz in Katowice (COP24) und unterstützte die vom 19. bis 24. Juni 2019 stattfindenden Klimaproteste von Jugendgruppen, NGOs, Umweltverbänden und dem Aktionsbündnis »Ende Gelände« im Rheinland. Die Partei war in Zusammenarbeit mit dem Jugend- und Studierendenverband Teil der globalen Klimastreiks von Fridays for Future und unterstützte die Proteste gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt am Main, sowie die jährlichen Großdemonstrationen des Bündnisses »Wir haben es satt« für eine soziale und ökologische Landwirtschaft. Darüber hinaus wurden den Kreisverbänden verschiedene Print- und Onlinematerialien für eigene Aktivitäten zur Verfügung gestellt.

Arbeitsschwerpunkt: Mobilität und ÖPNV

Mit dem Aktionsschwerpunkt zu Mobilität und ÖPNV verfolgt DIE LINKE in der Klimadebatte das Ziel einer echten sozial-ökologischen Verkehrswende. Unterstützt wurde die Verdi-Tarifrunde im kommunalen Nahverkehr, der Ausbau des ÖPNV und des Bahnverkehrs, die Re-Kommunalisierung des ÖPNV und die systematische Verbesserung des Nahverkehrs hin zu einem kostenfreien Angebot sowie die notwendige Konversion der Automobilindustrie bei Schutz der Arbeitsplätze. In Planung ist die Unterstützung der Kreisverbände beim Aufbau von regionalen Bündnissen, in denen Beschäftigte und Klimaaktivist*innen wie Fridays for Future für eine neue Verkehrspolitik zusammenarbeiten. Es wurde ein Flugblatt zur linken Verkehrswende produziert und an 160 interessierte Kreisverbände verschickt. Für kreative Straßenaktionen vor Ort wurde ein aufblasbarer großer LINKE-Bus produziert. Eine Webseite ist in Planung und soll Informationen, Mitmachmöglichkeiten und Materialien bündeln. Durch die Corona-Pandemie waren Straßenaktionen genauso wie Bündnistreffen bis Juni 2020 unterbrochen. DIE LINKE begleitete und unterstützte die Tarifrunde TV N (ÖPNV) im August/ September 2020 und den gemeinsamen Aktionstag von ver.di und FFF am 18. September 2020 mit eigenem Material.

Im November 2019 fand in Nürnberg die jährliche vom Parteivorstand unterstützte Kommunalpolitische Konferenz mit dem Schwerpunkt Mobilität statt.

Arbeitsschwerpunkt: Friedenspolitik und »Stoppt Defender 2020«

Der Arbeitsschwerpunkt wurde und wird regelmäßig mit Beschlüssen, Publikationen und Materialien für die Kreisverbände begleitet. Sowohl zu den Ostermärschen als auch dem Weltfriedenstag am 1. September gab es Info- und Aktionspakete für die Landes- und Kreisverbände mit eigenen Aufrufen des Parteivorstandes und eine enge Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung.

Der für 2020 beschlossene Aktionsschwerpunkt gegen das US-Manöver Defender wurde wegen der Corona-Pandemie am dem 10. März 2020 abgebrochen, als das US-Manöver 2020 abgesagt wurde. Bis dahin wurden viele Protestaktionen von Genoss*innen vor Ort organisiert und durch die Bundesgeschäftsstelle mit Material unterstützt: Es wurden Banner und Flugblätter gefertigt und in rund 155 Kreisverbände versendet. Es wurde ein »Auf den Punkt«-Informationsblatt erstellt sowie ein Plakatmotiv und eine Website zur Information und Sammlung der Proteste aufgesetzt (<https://kein-krieg.die-linke.de>). In Vorbereitung befand sich eine Spendenaktion, um entlang der Transportrouten Großflächen mit Anti-Defender-Motiven bestücken zu können.

Für den Weltfriedenstag/Antikriegstag am 1. September wurden jeweils Aktionskonzepte und Materialien für die Kreisverbände entwickelt und an mehr als 135 Kreisverbände verschickt, ein Aktionsvideo wurde produziert. Neben der allgemeinen Forderung nach einer friedlichen Welt und dem Verbot von Waffenexporten wurde 2020 der Schwerpunkt auf die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen gelegt.

Arbeitsschwerpunkt: Gegen Hartz IV

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Herbst 2019 beschlossen hatte, dass die Jobcenter Hartz-IV-Bezüge bei sogenannten Regelverstößen künftig nicht mehr pauschal sondern höchstens um 30 Prozent des Regelsatzes kürzen dürfen, startete der Parteivorstand eine Petition für die Durchsetzung der kompletten Sanktionsfreiheit von Hartz-IV-Bezügen, welche großen Zuspruch fand. Der Parteivorstand unterstützte die Weiterbildung für LINKE-Sozialberatungen. Für 2019 wurden vier Seminare »Rechtsdurchsetzung bei Sozialleistungsträgern« der BAG Hartz IV in Hamburg, Kassel, Berlin und Nürnberg geplant. Leider konnten aufgrund geringer Teilnehmendenzahlen nur die Seminare in Berlin und Kassel realisiert werden.

Arbeitsschwerpunkt: Digitalisierung

Die Partei hat in den vergangenen zwei Jahren zunehmend beim Thema Digitalisierung von links in der Öffentlichkeit Akzente gesetzt. Dazu gehören die gemeinsamen Papiere von Katja Kipping, Anke Domscheit-Berg und Katalin Gennburg »Digitale Demokratie statt Herrschaft der Monopole« sowie von Katja Kipping, Katalin Gennburg und Martin Schirdewan »Digitale Teilhabe für alle, statt digitaler Spaltung« sowie als Höhepunkt die Konferenz »(K)eine automatische Revolution« (siehe dazu mehr unter »Veranstaltungen und Aktionen«). Zuletzt hat der Parteivorstand das Thema »Soziale Gerechtigkeit und Digitalisierung« zu einem inhaltlichen Schwerpunktthema der Debatte gemacht.

Bündnisarbeit und Vernetzung

Die Bundespartei arbeitet nach Beschlüssen des Parteivorstandes in folgenden Bündnissen mit und unterstützt diese inhaltlich und teilweise auch finanziell: Aufstehen gegen Rassismus, Bündnis Umfairteilen, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, Bündnis gerechter Welthandel (TTIP, Ceta), Wohnen ist Menschenrecht, Housing for All, Deutsche Wohnen und Co enteignen, #unteilbar und #welcome United.

Bestehende Vernetzungen wie der »Bewegungsratschlag« wurden fortgesetzt. Im Bewegungsratschlag kamen zwei- bis dreimal pro Jahr Aktive aus unterschiedlichen Bewegungen mit den Parteivorsitzenden und anderen Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Die Gespräche dienten dem Austausch

über strategische Einschätzungen und Pläne. Neben regelmäßig teilnehmenden Gruppen bzw. ihren Vertreter*innen wechselte die Zusammensetzung z. T. mit dem thematischen Schwerpunkt. Gegenstand von Gesprächen waren z. B. die Klimaproteste, #unteilbar, Erwartungen für die strategische Situation »nach Merkel« und nach der Großen Koalition, die Mietenbewegung und vieles mehr. Stärker arbeitspolitische und gewerkschaftliche strategische Überlegungen wurden in einem »Berater*innenkreis Gewerkschaften« und einem »Berater*innenkreis Klassenpolitik« thematisiert, unter anderem betrifft das die Weiterentwicklung des Konzepts zum »Neuen Normalarbeitsverhältnis«, aus dem u.a. die Kurzbroschüre »Arbeit, die zum Leben passt« entstand.

Zur Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Positionen der LINKEN (sozialer und ökologischer Systemwechsel, Wirtschaftsdemokratie, Einschätzung der Corona-Hilfen) fanden verschiedene Fachgespräche mit externen Expert*innen, Parteivorstandsmitgliedern, Abgeordneten und befreundeten Gruppen und Organisationen statt (online und offline). Zur Entwicklung der Vorschläge für den »Zukunftspfad Ost« tagte eine Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen aus Parteivorstand und Landesvorständen und Abgeordneten der Bundes- und Landesebene der LINKEN. Strategieberatungen mit Gewerkschafter*innen, Betriebsrät*innen und Aktiven aus der Pflege, sowie Fachleuten und Vertreter*innen von befreundeten Bündnissen und Organisationen (Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Krankenhaus statt Fabrik, ver.di u.a. Pflegebündnisse) fanden mehrfach, besonders in Phasen der Justierung der Pflegekampagne und zur Abstimmung der gesundheitspolitischen (auch landespolitischen) Positionierungen statt.

Feministische Politik

Die bereits 2014 vom Parteivorstand eingesetzte (und 2016 und 2018 aktualisierte) Arbeitsgruppe »Feministische Offensive« widmete sich der Vernetzung feministischer Arbeit der Partei mit Partnerinnen und Bündnissen, der RLS und den Fraktionen, beriet inhaltliche und strategische Fragen und bereitete Aktionen und Veranstaltungen vor. Zur Unterstützung der feministischen Arbeit der Partei gehören der monatlich erscheinende Gendernewsletter und die Facebook-Seite LINKE Frauen- und Genderpolitik. Im Wahlkampf brachte sich die Feministische Offensive in die Arbeit am Wahlprogramm ein, zur Strategiekonferenz wurde eine feministische Intervention organisiert. In der Corona-Krise wurde mit einem Positionspapier »Frauen & Corona« aus der Bundestagsfraktion die besondere Belastung von Frauen und der teilweise Rückfall in alte Rollenklischees in der Gesellschaft thematisiert und eine Online-Veranstaltungsreihe »Feministische Politik in Zeiten von und nach Corona« aufgelegt. Feministische Ansprüche wurden in die Pflegekampagne, die sich naturgemäß vor allem an weibliches Pflegepersonal richtet, integriert.

Die Feministische Offensive beteiligte sich an jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen: Demonstrationen zum Frauenkampftag, Beteiligung am Frauen*Streik, Equal Pay Day, Girlsday bei der LINKEN, Frauenplenum beim Parteitag, Gegenaktionen gegen den »Marsch für das Leben«.

Für den Internationalen Frauentag wurden Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung gestellt, die an der Basis der Partei sehr aktiv genutzt wurden. Höhepunkte waren die jährlichen Verleihungen des Clara-Zetkin-Preises, 2019 an das Projekt »Heimatlos in Köln« e.V., das obdachlosen Frauen den Mut gibt, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, und an die SeaWatch-Kapitänin Pia Klemp, 2020 an die Fraueninitiative in Torgau (FIT), die die einzige Notwohnung für Opfer von häuslicher Gewalt in Nordsachsen betreibt. Dabei kam es zwischen den vielen anwesenden nominierten und den in den vorigen Jahren ausgezeichneten Projekte wieder zu dem erwünschten Austausch der verschiedenen Frauenprojekte.

In den Jahren 2019 und 2020 wurde ein einjähriges Mentoringprogramm für junge Frauen der LINKEN aus den Landesverbänden durchgeführt. Durch die Begleitung von Mentor*innen konnten die Frauen Einblick in parlamentarische Arbeit, Vorstandsarbeit, Netzwerke und Bündnisse sowie in den politischen Alltag gewinnen. An drei Bildungswochenenden wurden linke und feministische Inhalte und feministisches Empowerment vermittelt sowie Kompetenzen für die politische Arbeit vor Ort gestärkt.

Erstmalig fand im Juli 2019 nahe Kassel das viertägige Feministische Bildungscamp mit 17 Teilnehmerinnen statt. Die Veranstaltung war Teil einer gezielten Qualifizierung von Multiplikator*innen, um die Bildungsarbeit der LINKEN auf breitere Füße zu stellen. Ganz in diesem Sinne erwachsen aus dem Bildungscamp diverse Folgeveranstaltungen: Auf dem Feminist Futures Festival in Essen führten Teilnehmerinnen des Camps zwei Workshops durch, einen zur 4-in-1-Perspektive als Kompass für gesellschaftliche Befreiung, einen zu feministischen Utopien. Darüber hinaus bereiteten einige von ihnen die Feministische Bildungswerkstatt in Elgersburg mit vor, in der Bildungskonzepte gemeinsam erarbeitet wurden. Dies mündete in einige von den Teilnehmerinnen selbst in die Hand genommene kleinere Bildungsveranstaltungen zu feministischen Themen, u.a. ein Online-Seminar für migrantische Frauen in der LINKEN, eine Veranstaltung zu Geschlechterverhältnissen und Gewerkschaften sowie (in Vorbereitung) ein Quiz mit spielerischen Fragen zum Feminismus, gedacht als Material für Infostände, Neumitgliedertreffen oder Workshops. Im Sommer 2020 fand ein zweites feministisches Bildungscamp statt.

Im Rahmen der Linken Woche der Zukunft fand im September 2018 ein feministisches Labor (Fem-Lab) statt, im Jahr 2019 wurde im Rahmen des Feministischen Zukunftsfestivals in Essen ein weiteres FemLab durchgeführt. Für die Jahre 2018 und 2019 wurden die Gleichstellungsberichte erstellt und im Parteivorstand und bei den Landesgeschäftsführer*innen zur Diskussion gestellt.

Partei für den ländlichen Raum

Gleich in seiner konstituierenden Sitzung und dann wiederkehrend befasste sich der Parteivorstand mit der Situation im ländlichen Raum. Er beschloss im Juli 2018 unter dem Titel »Wie gewinnen wir die Dörfer zurück? – Den ländlichen Raum stärken und Kommunalwahlkämpfe unterstützen« alle an linker Kommunalpolitik Interessierten durch Anregungen und Konzepte inhaltlich, durch die Vermittlung von Wahlkampfunterstützer*innen und technischer Ausrüstung organisatorisch und durch Expert*innen und Redner*innen mit Knowhow zu unterstützen.

Politische Bildung

Die bundesweite innerparteiliche Bildungsarbeit wurde vom Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle in engem Austausch mit der Kommission Politische Bildung entwickelt und organisiert.

Ein Schwerpunkt lag bei der Unterstützung der Landesverbände, ihre Bildungsarbeit zu verstetigen und auszubauen. Mehrere Teamendenqualifikationen (siehe Feministisches Bildungscamp beim Punkt Feministische Politik), hatten das Ziel, Bildungsverantwortliche und ehrenamtliche Teamer*innen dabei zu stärken, eigene Bildungsangebote zu organisieren. Vier Sitzungen der Kommission Politische Bildung im Berichtszeitraum, Treffen mit Vertreter*innen der Landesverbände und der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ein Bildungstag 2019 in Schwerin dienten insbesondere der Stärkung der Bildungsstrukturen in den Landesverbänden.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der organisierenden Bildungsarbeit. Zwei Organizing-Seminare, ein Bildungstag und neues Bildungsmaterial zum Thema ‚Wohnen im Kapitalismus‘, zwei Fortbildungen für die Mietenkampagne und Seminare für Haustürgespräche in sozialen Brennpunkten verfolgten das Ziel, Kreisverbände interventionsfähig in lokale Konflikte zu machen und den sozialen Radius ihrer Aktivitäten zu erweitern.

Die Wahlkampfbildungsarbeit während des Europawahlkampfes und der Kommunal- und Landtagswahlen 2019 mit den Formaten Kandidat*innen-Seminar, Wahlkampfleiter*innen-Seminar und ‚Aktiver Wahlkampf vor Ort‘ hat über 300 Parteimitglieder in 14 Landesverbänden erreicht.

Die Frühlingsakademie 2019 fand zum zehnten Mal statt und wurde von über hundert Parteimitgliedern aus fast allen Landesverbänden besucht. 2020 wurde die Frühlingsakademie zum Thema ‚sozial-ökologische Transformation‘ coronabedingt ins Netz verlegt und hat dort 960 Teilnehmer*innen erreicht.

Die Corona-Pandemie war Anlass, das Themenfeld digitale Bildung weiterzuentwickeln und eine Reihe von Online-Seminaren anzubieten. In mehreren Online-Weiterbildungen zur Nutzung von Videokonferenz-Software und Durchführung digitaler Bildungsveranstaltungen wurden Parteimitglieder digital weiterqualifiziert.

Weitere Themen waren Bildungsarbeit für Neumitglieder, marxistische Grundlagenbildung, feministische Bildungsarbeit und Bildungsarbeit gegen rechts.

Satzungskommission

2019 wurde vom Parteivorstand erneut eine bundesweite Satzungskommission eingesetzt. Vertreten waren die Landesverbände, die bundesweiten Zusammenschlüsse, Mitglieder des Parteivorstandes und Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle. Für den Bundesparteitag 2020 wurde eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, welche vom Parteivorstand als satzungsändernde Anträge an den Parteitag eingebracht wurden.

Modellprojekte zur Organisierung in sozialen Brennpunkten

Im Jahr 2017 begann die Umsetzungsphase der vom Parteivorstand beschlossenen »Modellprojekte für LINKE Organisierung in sozialen Brennpunkten«. Vier Modellprojekte wurden ausgewählt, von denen zwei gut anliefen (Hamburg-Steilshoop, Berlin-Gropiusstadt) und zwei die Zusammenarbeit schon 2018 beendeten (Döbeln, Flensburg). Als Ersatz wurden im Januar 2019 Projekte in Weiden und Zeitz ausgewählt. Die Modellprojekte werden von der Bundesgeschäftsstelle mit Seminaren, Beratungen und mit Vor-Ort-Besuchen unterstützt. Alle vier Projekte machten bis zur Corona-Pandemie gute Fortschritte. Die Projektphase endete im April 2020. Sie wurde durch einen Abschlussbericht bilanziert, der Vorschläge für die Weiterentwicklung der Arbeit enthält. Es entstand ein Film über die Modellprojekte und LINKEs Organizing, der nun in weiteren Arbeitsschwerpunkten und der Politischen Bildung verwendet wird.

Veranstaltungen und Aktionen

Fest der Linken

Das »Fest der Linken« fand sowohl 2018, 2019 als auch 2020 statt. Die Besucher*innenzahlen entwickeln sich seit einigen Jahren kontinuierlich nach oben und die Veranstaltung gehört zu den größeren Events der Bundespartei. Verantwortlich ist dafür u.a. die Breite und Popularität der auftretenden Kulturacts. Es ist spürbar, dass das Publikum sich verjüngt und das Spektrum der Besucher*innen sich vergrößert. Neben dem Kulturprogramm fanden viele verschiedene Talkformate statt. Diese Programmpunkte spiegelten aktuelle Debatten und Schwerpunktthemen der Partei wider. Aufgrund der Covid19-Pandemie gab es 2020 ein digitales Fest der Linken. Es wurden Streams, selbst produzierte Videos und Talks angeboten. Einzelne Formate erreichten erfreulich hohe Klickzahlen.

Jahresauftakte

Im Jahr 2019 und 2020 wurden der Jahresauftakt und die anschließende Gremienberatung konzeptionell verändert. Der Kreis der geladenen Gäste wurde erweitert und beschränkte sich nun nicht mehr ausschließlich auf Funktionsträger*innen der Partei. Es wurden bewusst auch Personen des Parteiumfangs, Neumitglieder und Pressevertreter*innen eingeladen. Orientiert wurde sich verstärkt auf außerparteiliche Redner*innen und Kulturacts (Caroline Emcke, Idil Baydar, Jean-Philippe Kindler, Ulrich Schneider u.a.). Die Jahresauftaktveranstaltungen fanden dadurch mit mehr Teilnehmer*innen als die Jahre zuvor statt. Veranstaltungsort war sowohl 2019 also auch 2020 das Refugio Berlin – ein Projekt der Berliner Stadtmission, welches als Selbstorganisierungstreffpunkt für Geflüchtete dient.

Strategiekonferenz »Für einen sozial-ökologischen Systemwechsel«

Im Oktober 2019 beschloss der Parteivorstand, eine Debatte um die zukünftige Strategie der Partei in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu starten. Diese Debatte wurde auf der Konferenz am 29.2./1.3.2020 in Kassel, zu der sich über 400 Aktive der Partei trafen, fortgesetzt. Im Vorfeld der Konferenz erschien ein Reader, der 250 eingesandte Beiträge dokumentierte.

Linke Woche der Zukunft

Die linke Woche der Zukunft (LWdZ) fand vom 13. bis 16. September 2018 in Berlin statt. Über 700 Teilnehmer*innen aus der LINKEN und der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Grundströmung nutzten die Angebote der zahlreichen Workshops und Diskussionsveranstaltungen. Ein eigenständiges Kulturprogramm inklusive (Kultur-)Angebote für Kinder wurde realisiert, ebenso ein eigenständiges feministisches Labor. Die Konzeption der LWdZ hatte eine Reihe von linken Zukunftsfragen in den Mittelpunkt gestellt. Dazu gehörte u.a.: die Zukunft der Arbeit, der Kampf um mehr Zeit und ein neues Normalarbeitsverhältnis, Umverteilung von Arbeit und Zeit, auch zwischen Produktion und Reproduktion, Fragen von Digitalisierung und der Widersprüchlichkeit und Aneignung der neuen Technologien. Diese Fragen wurden unter feministischen wie gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aufgegriffen. Was heißt neue Klassenpolitik? Welche Kämpfe gibt es, an was knüpfen wir an, welche Perspektiven können verbunden werden? Zukunft der Einwanderungsgesellschaft. Hier wurde sowohl die innerparteiliche Debatte aufgegriffen als auch konkrete Praxis vorgestellt. Ein Strang Umverteilung des Reichtums, das Öffentliche und Gemeinsame (zurück)gewinnen wurde auf allgemeiner gesellschaftlicher und konzeptioneller Ebene debattiert. Diese Frage wurde auch für das kommunale und regionale Handlungsfeld aufgegriffen.

Den Umbau der Wirtschaft zu mehr Demokratie, ökologischer Gerechtigkeit, auf Lebensqualität statt Wachstum gerichtet, mit nachhaltigen Produktions- und Konsumtionsweisen, war ein weiterer Strang der Debatte. Ein Strang bearbeitete Abrüstung, Frieden und Vernetzung gegen Waffenexporte. Gegen rechts und gegen autoritären Kapitalismus. Hier führten wir die Debatte über den Aufstieg der Rechten – auch international – mit Blick auf laufende Vernetzungen und Mobilisierung, aber auch die Stärkung und Ausweitung der Demokratie. Organisation und Organisation – zwei zentrale Fragen für linke Zukunft – haben wir als Strang durch die verschiedenen Themen laufen lassen. So kamen zu inhaltlichen Veranstaltungen zu Veränderung der Städte, um Wohnen und Miete solche, die den Aufbau von (Selbst)Organisationen zum Gegenstand hatten. Das feministische Labor sprach feministisch Aktive in und um die LINKEN an und hat inhaltliche Fragen mit solchen der Aneignung von Räumen, Sprechverhalten, Politik und Partei verbunden (vgl. aaO).

Kultur und Politik: Die LWdZ war nicht nur auf Diskussion und Wissensvermittlung ausgerichtet, sondern hat Verbindungen in Kunst und Kultur gesucht. Der rechte Kulturkampf ist auch bei den Kulturschaffenden angekommen, was setzen sie/wir dagegen? Eine zentrale Rolle spielte dabei das Gesundheitstribunal inszeniert von Volker Lösch. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen war gerade für Aktive vor Ort und in der Kommunalpolitik interessant.

Für die einzelnen Foren und Workshops stand relativ viel Zeit zur Verfügung, was der Diskussionskultur zuträglich war. Viele Diskussionen waren leichter zugänglich für die Teilnehmenden, intensiv und konzentriert. Vielfach wurde erreicht, dass die Veranstaltungen den Charakter von miteinander-arbeiten-und-entwickeln hatten. »Verbindungen sehen, die sonst nicht bestehen« wurde oft als positive Rückmeldung genannt.

Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenzen

Am 23. und 24. März 2019 wurde die Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Erfurt durchgeführt. Zeitgleich fand das Austauschtreffen Organizing statt. Die Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz wurde als Austauschtreffen zwischen Parteivorstand und Verantwortungsträger*innen aus den Kreisverbänden gut angenommen. Der Bundesgeschäftsführer hat die Europawahlkampagne vorgestellt und mit den Anwesenden diskutiert. Weiter wurden inhaltlich Diskussionspanels zu den Europa- und Kommunalwahlen, Kampagnenentwicklung, Strategie und Praxis gegen rechts, sowie unsere Vision der LINKEN in 10 Jahren und Praxis-Workshops zu den Themen Rechtspopulismus, Kommunalpolitik,

Linksaktiv, Haustürwahlkampf, Öffentlichkeitsarbeit, (Re)Kommunalisierung von Wohnraum und Organizing angeboten.

Die für den 4. und 5. April 2020 geplante Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz in Düsseldorf mit dem Schwerpunkt Kommunalpolitik wurde auf Grund der Corona-Pandemie verschoben. Einzelne Teile wurden virtuell durchgeführt. Die nächste Konferenz ist für den 17. und 18. April 2021 geplant.

(K)eine automatische Revolution – Konferenz zu Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit

Mit der eintägigen Konferenz am 7. Dezember 2019 in Berlin hat DIE LINKE ein zentrales Zukunftsthema angepackt. Rund 250 Teilnehmer*innen (2/3 Parteimitglieder, 1/3 keine Mitglieder) nahmen daran teil. In sieben thematischen Schienen (Arbeit, Sozialstaat/Gesundheit, Bildung/Wissenschaft, Überwachung/Autoritärer Staat, Stadt/Land, Eigentum/Ökologie und Öffentlichkeit) wurden die Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung im 21. Jahrhundert bearbeitet.

Unter den mehr als 40 Referent*innen waren neben den Expert*innen unserer Partei, Wissenschaftler*innen, Netzaktivist*innen, Journalist*innen sowie Vertreter*innen von Gewerkschaften mit dabei. Die Idee der Konferenz ist maßgeblich von unserer BAG Netzpolitik vorangetrieben worden, die über den gesamten Planungszeitraum an den Vorbereitungen beteiligt war. Medienpartner war die Zeitung Neues Deutschland. Am Vorabend der Konferenz führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Veranstaltung »Das Produkt sind wir« mit Katja Kipping, Philipp Staab (Autor von »Digitaler Kapitalismus«, HU-Berlin) und Thomas Kaspar (Chefredakteur der Frankfurter Rundschau) durch, an der 150 Personen teilnahmen.

Evangelischer Kirchentag

Auf dem Evangelischen Kirchentag vom 20. bis 22. Juni 2019 mit rund 130.000 angemeldeten Teilnehmer*innen in Dortmund, war DIE LINKE mit einem Informationsstand auf dem »Markt der Möglichkeiten« vertreten. Wir haben von Donnerstag bis Samstag 10 Gesprächsrunden am Stand organisiert, bei denen ca. 400 Kirchentagsbesucher*innen u. a. mit Petra Pau, Bodo Ramelow, Christine Buchholz, Katrin Vogler, Ulla Jelpke, Friedrich Straetmanns, Ilseget Fink, Cornelia Hildebrand, Iris Bernert-Leushacke und Margit Glasow diskutiert haben. In einer Podiumsdiskussion haben wir in der Fußballstadt Dortmund »Antifaschismus in den Stadien« thematisiert.

Weitere Veranstaltungen

Der Parteivorstand unterstützte wieder die Aschermittwochsveranstaltungen in Passau, beteiligte sich am traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und führte 2019 eine Veranstaltung zum 100. Jahrestag der KPD-Gründung durch. Die Partei war traditionell jährlich am Christopher Street Day und am Welt-AIDS-Tag öffentlich präsent.

Partei- und Mitgliederentwicklung 2018–2020

I. Fakten zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Mitgliederentwicklung

Die LINKEN hatte zum 30. Juni 2020 61.077 Mitglieder, ein Saldo von 215 Personen gegenüber dem 31. Dezember 2019. Die Frauenquote ist mit 36,4 Prozent stabil. Die Entwicklung verlief bundesweit uneinheitlich. Die Landesverbände im Westen und Berlin verzeichnen eine positive Entwicklung, die Landesverbände im Osten und im Saarland verzeichnen eine negative Entwicklung. Der Anteil von unter 35-jährigen Mitgliedern stieg von 24 Prozent auf 27 Prozent der Mitgliedschaft. Bei den Neumitgliedern liegt der Anteil von unter 35-jährigen bei 63 Prozent bei den Austritten bei 43 Prozent damit verjüngt sich die Mitgliedschaft weiter deutlich.

b) Kreisverbände

Im Berichtszeitraum veränderte sich die Zahl der Kreisverbände von 356 auf 341. Dahinter stehen Zusammenlegungen auf Grund von Gebietsreformen oder Neuaufteilungen zum Zweck der Verbesserung der formalen Arbeitsfähigkeit in der Fläche. Gerade in den westdeutschen Flächenländern ist die Mitgliederichte noch nicht hoch genug, um in allen Landkreisen über eigenständige Strukturen verfügen zu können.

Regionalkreisverbände aus mehreren Landkreisen bieten dort eine bessere Möglichkeit des Parteaufbaus. Ziel ist es dann in der Fläche über den Aufbau von Ortsverbänden von unten strukturbildend zu wirken.

c) Zusammenschlüsse

Im Berichtszeitraum hat sich die Anzahl der bundesweiten Zusammenschlüsse von 24 auf 27 leicht erhöht. Dazu kommen weitere 11 Zusammenschlüsse, die beim Parteivorstand gemeldet sind, aber nicht die Kriterien für die Bezeichnung bundesweit erfüllen. Die Arbeit der Zusammenschlüsse wird vom Parteivorstand mit einem eigenen Budget unterstützt, erfolgt sonst aber politisch selbständig.

d) Jugend- und Studierendenverband

Zum 8.4.2020 betrug die Zahl der Mitglieder des Jugendverbandes der Partei rund 6.762. In den vergangenen fünf Jahren wurde die Anzahl der jährlichen Neumitglieder auf ca. 700 im Jahr 2019 verdoppelt. Von den Neumitgliedern 2019 gaben 35 Prozent an, auch Mitglied unserer Partei zu sein. Der Frauenanteil liegt bei einem Drittel. In diesen Zahlen nicht enthalten sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, das heißt junge Mitglieder der Partei, die ihre Mitgliedschaft im Jugendverband nicht aktiviert haben.

Auch der Studierendenverband DIE LINKE.SDS konnte weiter Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Hochschulgruppen hat sich im Berichtszeitraum auf 61 Gruppen erhöht. Die Zahl der Mitglieder stieg im Studierendenverband auf 626 an.

II. konkrete Maßnahmen

a) Maßnahmen der Mitgliedergewinnung und -beteiligung:

Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder, sowie zur Verbesserung der Mitgliederkommunikation und -beteiligung gehörten im Berichtszeitraum wieder zu den organisationspolitischen Schwerpunkten. Wichtig waren dabei die Unterstützung der Verantwortlichen für die Mitgliederarbeit in den Landes- und Kreisverbänden, sowie der Austausch mit und zwischen den Verantwortlichen der verschiedenen Gliederungsebenen unserer Partei.

Wertvolle Hinweise für bestehende Potenziale in der Mitgliederarbeit, die Interessen von Sympathisant*innen unserer Partei und die Gewinnung von neuen Mitgliedern, lieferten eine Kreisbandsum-

frage und eine linksaktiv-Umfrage, welche beide im Jahr 2018 durchgeführt wurden. Auf Basis dieser Daten wurden erste Vorschläge für eine Mitgliederoffensive erarbeitet und die Diskussion dazu mit den Verantwortlichen der Landes- und Kreisverbände begonnen. Die Mitgliederoffensive zielt darauf ab, DIE LINKE durch eine Erhöhung der Mitgliederzahl als Mitgliederpartei innerhalb von zehn Jahren nachweislich zu stärken. Erste konkrete Maßnahmen für die Bundespartei wurden mit dem Parteivorstandsbeschluss 2020/26 vereinbart.

Die bundesweite Koordinierungsgruppe für Mitgliederentwicklung, in der die Mitgliederarbeit des Bereichs Kampagnen und Parteientwicklung der Bundesgeschäftsstelle und der Landesverbände koordiniert wird, wurde weitergeführt und traf sich zuletzt im November 2019 in Leipzig. Gemeinsam wurden die unterschiedlichen Tendenzen in der Mitgliederentwicklung diskutiert, konkrete Konzepte und Materialien für die praktische Arbeit vor Ort ausgetauscht, sowie Vorschläge für eine Mitgliederoffensive vorgestellt und diskutiert.

Der »Tag der Mitgliederverantwortlichen« – das seit 2012 stattfindende bundesweite Treffen der Mitgliederverantwortlichen und an Mitgliederarbeit Interessierten der Kreisverbände – fand ebenfalls zuletzt im November 2019 in Leipzig statt. Dort wurden erste Ergebnisse der (Neu-)Mitgliederbefragung von Kevin Scheibel/TU Chemnitz präsentiert und die Vorschläge für die Mitgliederoffensive zur Diskussion gestellt. Daneben umfasste das eintägige Treffen den Erfahrungsaustausch und Workshops zur Weiterqualifizierung der praktischen Arbeit vor Ort.

Weitere Höhepunkte waren die jährlichen bundesweiten Neumitgliedertreffen, welche parallel zu den Festen der LINKEN von Freitag bis Sonntag in Berlin durchgeführt wurden. Der Austausch mit führenden Funktionsträgern und Bundestagsabgeordneten unserer Partei, sowie Neumitgliedern aus dem gesamten Bundesgebiet wurde von allen Seiten als spannend und motivierend empfunden.

Im September 2019 fand die bundesweite (Neu-) Mitgliederbefragung im Rahmen einer Studie der TU Chemnitz statt, deren Ergebnisse im Laufe des Jahres 2020 zur Verfügung stehen werden. Daran haben sich mehr als 6.000 Mitglieder der LINKEN beteiligt.

b) Linksaktiv - Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung von Unterstützerinnen und Unterstützern

Das Netzwerk Linksaktiv verfügt über rund 21.000 Kontakte, davon sind ein Drittel Mitglieder der LINKEN. Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt zur Europawahl- und den Landtagswahlen. Eine enge Zusammenarbeit fand mit den Kampagnen und Arbeitsschwerpunkten statt. Im Berichtszeitraum wurde eine Befragung des Netzwerkes (Siehe Grafik: An was hast Du Dich bei Linksaktiv beteiligt?) durchgeführt, an der sich 3.500 Personen beteiligten, zur Hälfte Mitglieder und Nichtmitglieder. Für die zukünftige Arbeit werden auf der Linksaktiv-Plattform Kampagnen und organisierende Arbeit zusammengebracht. Nächster Meilenstein sind die Bundestagswahlen 2021.



c) Aufsuchende organisierende Arbeit

Im Berichtszeitraum wurden Arbeitsmethoden und Elemente des Transformativ/Community Organizing und dem Canvassing für DIE LINKE nutzbar gemacht. Gleichzeitig wurde ein Netzwerk von Aktiven innerhalb und um DIE LINKE geschaffen, welches diese Methoden auch in der politischen Praxis der Partei zur Anwendung brachte. Jährlich findet ein bundesweites Organizing-Seminar statt. Im Jahr 2019 wurde die Teilnehmendenzahl auf 42 aufgestockt. Darüber hinaus unterstützte die Bundespartei eigene Seminare von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden. Im Jahr 2019 konnten durch zentrale und dezentrale Seminare 180 Genoss*innen geschult und für das Netzwerk gewonnen werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte über diese Arbeit die Broschüre LINKES ORGANIZING erstellt. Im Berichtszeitraum wurde, ausgehend von der organisierenden Arbeit, ein Schwerpunkt auf die Entwicklung der

Haustürarbeit der LINKEN gelegt. Schwerpunkte waren Seminare und Praxiseinsätze, sowie der Haustürwahlkampf in der Europawahl, in den Landtagswahlen und Kommunalwahlen. Dabei ging es um Unterstützung in 56 Städten zur Europawahl mit eigenen Schwerpunkten zu den parallelen Kommunal- und der Bürgerschaftswahl in Bremen. Höhepunkte waren im Landtagswahlkampf 2019/2020 die bundesweiten Haustüreinsätze in Thüringen und Hamburg, sowie in mehr als 20 Städten im Kommunalwahlkampf in NRW.

Es wurde ein Projekt »LINKE Politik jenseits der Metropolen« entwickelt, in dem gerade für ländlichere Kreisverbände die Erfahrungen aus dem Organizing für die Parteientwicklung nutzbar gemacht wurden.

d) »DIE LINKE hilft«

Die Vernetzung und Unterstützung von Beratungsangeboten (in erster Linie Sozial- und Mietrechtsberatung) der Partei und ihres Umfeldes wurde unter dem Titel »DIE LINKE hilft« im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die vorhandenen Sozialberatungsangebote der Partei, ihrer Abgeordneten und kooperierenden Einrichtungen können weiter über ein zentrales Portal erreicht werden (<https://www.die-linke.de/partei/die-linke-hilft/>). Eine umfassende Aktualisierung der Beratungsangebote fand 2018 statt und auch derzeit läuft eine Abfrage über deren Aktualität. Während der Corona-Pandemie wurden die Beratungen darum gebeten auf telefonische Angebote umzustellen. Im November 2018 und im Dezember 2019 fanden Vernetzungstreffen von »DIE LINKE hilft« statt. Schwerpunkt war die Frage, wie LINKE Beratungsangebote besser, mit einer Aktivierung und Organisation von Menschen, verknüpft werden können. Auch im Jahr 2020 wird ein Vernetzungstreffen von »DIE LINKE hilft« stattfinden. Zudem wurde das Handbuch »DIE LINKE hilft – beraten.organisieren.kämpfen« gedruckt und digital veröffentlicht.

e) Inklusion / Barrierefreiheit

Der Parteivorstand erneuerte das Teilhabekonzept, mit dem eine inklusive und barrierearme Parteiarbeit angestrebt wird. Margit Glasow wurde als Inklusionsbeauftragte bestätigt. Seit Februar 2020 arbeitet ein Mitarbeiter für die Bundespartei (die einzige dort vertretene Partei) im Konsortium DIN SPEC 33429 »Empfehlungen für Deutsche Leichte Sprache« mit, in dem eine DIN-Norm für Leichte Sprache erarbeitet wird.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Auf der Webseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind hier abrufbar. Die Website lädt zum (mit-)machen ein. Derzeit hat die Website durchschnittlich 2.570 Besucher*innen pro Tag. Während der Europawahlkampfphase 2019 (Anfang April 2019 bis zum Wahltag) informierten sich fast 400.000 Besucher*innen auf der Website über das politische Angebot. Insgesamt blieben die durchschnittlichen Besucher*innenzahlen zum Vergleichszeitraum 2017 bis 2019 stabil.

Neben der zentralen Website der Bundespartei (www.die-linke.de) werden zahlreiche kleinere Websites betrieben und betreut. So z. B. der Blog international.die-linke.de (ca. 10 Besucher*innen täglich) sowie die Kampagnen-Websites www.pflegenotstand-stoppen.de (über 200 Besucher*innen täglich) und www.miete-bezahlbar.de (ca. 100 Besucher*innen täglich). Zu zentralen Veranstaltungen des Parteivorstandes (z. B. Linke Woche der Zukunft 2018, Digitalisierungskonferenz »(K)eine automatische Revolution« 2019, Strategiekonferenz 2020) wurden Konferenzwebsites eingerichtet.

Über das vom Parteivorstand angebotene Linke CMS (LCMS) werden ca. 170 weitere Websites betrieben – zum überwiegenden Teil Websites von Untergliederungen. Rechnet man die Seiten dazu, die von eigenständigen Installationen des LCMS von Landesverbänden und Fraktionen betrieben werden, kommen noch einmal 500 weitere Websites hinzu.

Im Juli 2020 ging das Online-Mitgliedermagazin »Links bewegt« (www.links-bewegt.de) online. Es erreicht bereits in seiner Startphase bis zu 250 Leser*innen täglich. *Links bewegt* hat den Anspruch, über alle wesentlichen Ereignisse in und mit der Partei (Bundesparteitage, Kampagne, außerparlamentarische Aktivitäten, Kommunalpolitik, Landtags- und Kommunalwahlen ...) ausführlich und in unterschiedlichen journalistischen Formaten zu berichten. Gleichzeitig ist es eine Diskussionsplattform für Mitglieder. Grundlage für das Online-Mitgliedermagazin ist der Beschluss des Parteivorstandes zur Neugestaltung der Mitgliederkommunikation vom Januar 2020. Danach erfolgt die Mitgliederkommunikation nunmehr über ein Online-Magazin sowie einem zweimal jährlich erscheinenden Mitgliederbrief. Das digitale Magazin folgte damit der Anfang 2020 eingestellten gedruckten Mitgliederzeitschrift DISPUT. Dieser erschien bis Januar 2020 in einer Auflage von rund 5.000 Exemplaren. Zusätzlich wurde die kostenlose PDF-Version rund 150-mal im Monat direkt von unserer Website heruntergeladen. Im August 2019 wurde eine DISPUT-Ausgabe an alle Mitglieder verschickt, um mehr Abos zu gewinnen. Der Parteivorstand musste allerdings feststellen, dass die Rückläufe auf das Abo-Angebot sehr gering waren. Eine weitere Produktion vor dem Hintergrund des Ressourceneinsatzes war daher nicht mehr zu rechtfertigen. Aus diesem Grund erfolgte die beschriebene Umstellung.

Der wöchentliche Newsletter wird gegenwärtig an etwa 25.000 Abonnent*innen (+ 16 Prozent gegenüber dem letzten Berichtszeitraum) verschickt. Weil viele E-Mail-Programme eine statistische Auswertung der Öffnung unterbinden, gibt es keine präzise Angabe über die Öffnungsrate, geschätzt liegt diese bei 15 bis 20 Prozent. Zu besonderen Anlässen werden Sondernewsletter verschickt. Zudem gibt es den Kommunalpolitischen Newsletter mit 6.000 Abonnent*innen, einen neuen Newsletter zur Bildungsarbeit mit 840 Abonnent*innen sowie den Frauen- und Gender-Newsletter mit 1.100 Abonnent*innen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstandes sind die sozialen Medien ein integraler Bestandteil. Im Berichtszeitraum war DIE LINKE auf folgenden Plattformen aktiv vertreten: YouTube, Facebook, Flickr (mit ca. 12.000 Aufnahmen für die freie Nachnutzung), Twitter, Instagram und Telegram. Und berichtete dort direkt, unmittelbar und aktuell. Vermehrt wurde entsprechend den Kommunikationsgewohnheiten in den sozialen Netzwerken mit Videobeiträgen und Share-Pics kommuniziert. Während der Corona-Pandemie wurde wöchentlich ein interaktiver Zoom-Talk mit dem Bundesgeschäftsführer »DIE LINKE in Corona-Zeiten« produziert und live auf Facebook übertragen. Rund 100 Zuschauer*innen verfolgten die jeweiligen Veranstaltungen live auf Facebook und Zoom, weitere 1.000 User*innen schauten sich die Aufzeichnungen bei YouTube an. Die Facebook-Posts erhielten in der Regel mehrere Hundert (in seltenen Fällen auch über Tausend) Kommentare. Die Diskussionen werden moderiert und Fragen beantwortet.

Insgesamt hat DIE LINKE in den sozialen Netzwerken mehr als eine halbe Million direkte Kontakte:

- Twitter: 300.000 (+ 42.000)
- Facebook: 253.000 (keine Veränderung gegenüber dem letzten Berichtszeitraum),
- Instagram 88.000 (+ 67.300).
- YouTube: 21.000 (+ 8.000)
- Telegram: 4.800 (+ 4.800)

Damit werden monatlich weit über eine Millionen Personen erreicht. Im Berichtszeitraum hat sich vor allem Instagram neben Facebook und Twitter zu einem dritten wichtigen Kanal entwickelt, über den insbesondere jüngere Menschen unter 35 Jahren erreicht wurden und werden. Neu eingerichtet wurde ein Telegram-Newsletter. Bisher haben 4.800 Menschen das News-Angebot der LINKEN in diesem Messenger-Dienst abonniert.

Für die beiden zentralen Kampagnen *Pflegenotstand stoppen* und *Bezahlbare Miete statt fetter Rendite* wurden verschiedene Klappkarten, Flyer, Banner, Aufkleber, Hochhalteschilder und Aufkleber erstellt. Für die Mietenkampagne wurde 2018 noch ein zweiter großer Miethai, ein Keyvisual (Familie auf Balkon) und eine thematische Flyer- und Plakatserie (Deckeln, Bauen, Enteignen) produziert. Anlässlich von Aktionstagen (Gesundheitstag, Aktionstag gegen die Einreichung der Klage von Abgeordneten von

CDU/CSU und FDP gegen den Berliner Mietendeckel, Tag der Pflege) wurden Airframe-Motive für PR-Aktionen entwickelt. Für beide Kampagnen wurden zudem mehrere Videos gedreht und veröffentlicht.

Um dem Wunsch der Mitgliedschaft nach Aktivität nach dem Corona-Shutdown zu entsprechen und um der Fokussierung der Medien auf die Regierung und die sie tragenden Parteien eine linke Perspektive entgegen zu setzen, gab der Parteivorstand im Frühsommer 2020 eine achtseitige Verteilzeitung heraus. Das Interesse war überwältigend. 250 Untergliederungen bestellten und verteilten insgesamt eine Million Exemplare.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März, zum Tag der Arbeit am 1. Mai, zum Tag der Befreiung am 8. Mai und zum Weltfriedenstag am 1. September wurden Flyer, Plakate, Anzeigen, Social-Media-Sharepics und Kopiervorlagen produziert.

Weitere Druckerzeugnisse im Berichtszeitraum waren u. a.:

- Arbeit die zum Leben passt (Neues Normalarbeitsverhältnis): Broschüre, Türanhänger, Flyer;
- »DIE LINKE hilft«-Broschüre;
- Plakat zum BVerfG-Urteil zu Hartz-IV-Sanktionen;
- Defender-2020-Plakat /-Flyer;
- Imageflyer Feminismus;
- Corona-Nachbarschaftshilfe-Kopiervorlagen in neun Sprachen;
- Flyer »Partei ergreifen«;
- Themenfolder zu Klima, Frieden, Bildung, Umverteilen, Arbeit, Solidarität (Migration), Rente, Mindestsicherung, Verkehrswende.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 322 Videos und Livestreams auf dem YouTube-Kanal des Parteivorstandes veröffentlicht. Die Videos erzielten dabei insgesamt 2,8 Millionen Aufrufe. Darunter auch aufwendig produzierte Filme, wie z. B.: ein Gespräch zwischen Gregor Gysi und Janine Wissler, zwei Filme im Rahmen der Vorwahlkampagne zur Europawahl »Partei ergreifen«, Dokumentationen zum Clara-Zetkin-Frauenpreis, zur Digitalkonferenz und zur Strategiekonferenz, zwei Produktionen für das virtuelle Fest der Linken 2020 (Kochshow mit Bernd Riexinger und Idil Baydar sowie eine virtuelle Führung durch das KLH), verschiedene Produktionen für die Kampagnen *Pflegenotstand stoppen* (u. a. Kampagnenclip, »Ein Krankenpfleger berichtet«) und *Bezahlbare Miete statt fatter Rendite* (u. a. Mietendeckel überall) sowie eine fünfzehnminütige Dokumentation über die Organizing-Pilotprojekte.

Bürger*innendialog

Monatlich wurden ca. 700 E-Mails und 80 Briefe beantwortet, 300 Anrufe von Bürger*innen angenommen und im ganzen Berichtszeitraum neben den täglichen Besucher*innen 161 Besucher*innengruppen (darunter 148 aus den Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten) empfangen. Damit wurden im Berichtszeitraum ca. 7.550 Menschen in der Bundesgeschäftsstelle begrüßt. Dabei interessierten sich die Bürger*innen vornehmlich für Themen, die auch gesellschaftlich dominierten. Im Berichtszeitraum waren es besonders soziale Themen, aber auch Flucht und Migration, Corona/Impfpflicht, Koalitionsbildung, Friedenspolitik und Landtagswahlen. Die Veranstaltungsreihe »geDRUCKtes« mit Gesine Löttsch wurde Ende 2019 durch Beschluss des Parteivorstandes vom November 2019 eingestellt. Die Besucherzahl der sechs bis sieben Veranstaltungen im Jahr lag bei durchschnittlich 80 Personen. Zu jeder Veranstaltung wurde ein Livestream realisiert. Guten Zuspruch fand das Karl-Liebknecht-Haus an den »Tagen des Offenen Denkmals«. Das denkmalgeschützte Karl-Liebknecht-Haus wird jedes Jahr im September der Öffentlichkeit vorgestellt. In unregelmäßigen Abständen gab es Ausstellungen im KIZ, der Parteivorstand richtete eine Arbeitsgruppe ein, um weitere Ausstellungen in die Bundesgeschäftsstelle zu holen.

Dreimal im Berichtszeitraum fand der Red-Media-Day, ein Bildungsangebot der Öffentlichkeitsarbeit, statt. Der Red-Media-Day versucht theoretisches Wissen mit praktischen Übungen zu verbinden und findet daher im Kontext von Parteitagen oder größeren Veranstaltungen mit Workshops zu politischer Kommunikation via Social Media, Fotografie, Textarbeit und Videoerstellung statt. In der anschließenden

den Praxisphase wird das Gelernte in der Begleitung der jeweiligen Veranstaltung angewendet und vertieft. 2020 fand der Red-Media-Day aufgrund der Corona-Pandemie als Webinar statt.

Pressearbeit

Wesentliches Ziel der Außenkommunikation der Partei DIE LINKE ist das Erreichen einer möglichst großen Öffentlichkeit, das Vermitteln eines positiven Bildes der Partei in der Öffentlichkeit und das Mitwirken an der öffentlichen Meinungsbildung zu für die Partei relevanten Themen.

Praktisch täglich wurden mehrere Stellungnahmen von Mitgliedern der Parteispitze an die Presse übermittelt. Wöchentlich fanden Pressekonferenzen statt. Darüber hinaus wurden gelegentlich initiativ inhaltliche Vorschläge in Medien platziert, die regelmäßig für bundesweite Berichterstattung sorgten und im besten Fall für eine Debatte mit zahlreichen Stellungnahmen anderer Seiten auslösten. Das gelang zum Beispiel 2019 mit dem Vorschlag der Abschaffung der ersten Klasse von Bernd Riexinger und im Sommer 2020 mit dem Vorschlag der Einführung einer 4-Tage-Woche von Katja Kipping.

Die Initiativen, Kampagnen und Termine der Partei, wie z. B. Bundesparteitage und Wahlen wurden durch eine aktive Kommunikation mit den Medien begleitet, um eine möglichst umfangreiche und positive Berichterstattung zu erreichen. Täglich wurden den Aktiven eine »Tageslage« und ein Presse-spiegel zur Verfügung gestellt.

DIE LINKE International

Die Entwicklungen in der internationalen Politik waren im Berichtszeitraum vielfältig und dynamisch. Entsprechend umfangreich waren die internationalen Kontakte des Parteivorstandes. Die Pflege und Entwicklung der internationalen Beziehungen, Aktivitäten internationaler Solidarität und die Festigung des internationalistischen Charakters der Partei waren vordringliche Ziele des Parteivorstandes. Besondere Aufmerksamkeit galt der Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken (EL) und den bilateralen Kontakte zu ihren Mitgliedsparteien.

Beim 6. Kongress der EL im spanischen Benalmadena wurde Heinz Bierbaum zum neuen Präsidenten der EL gewählt. Er folgt damit Gregor Gysi nach, der dieses Amt ab Dezember 2016 innehatte. Der Kongress verabschiedete das Politische Dokument »Reset Europe, go Left!«. Judith Benda und Claudia Haydt wurden zu Mitgliedern des Vorstands gewählt. Im Berichtszeitraum richtete DIE LINKE drei Vorstandstreffen und fünf Sitzungen des Politischen Sekretariats der EL aus.

DIE LINKE beteiligte sich mit Delegationen an zwei Treffen des »Forums der Alternativen«, 2018 in Bilbao, 2019 in Brüssel. 2018 und 2019 beteiligte sich DIE LINKE an den Sommeruniversitäten der EL in Österreich und in Italien. Gregor Gysi traf im Berichtszeitraum unter anderem mit Papst Franziskus, Pablo Iglesias, Jean-Luc Melenchon und Wang Chen, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, zusammen.

Bernd Riexinger und Jörg Schindler trafen sich mit dem neuen Generalsekretär der KP Frankreichs Fabien Roussel und verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zu den Europawahlen. Mit dem im Mai dieses Jahres scheidenden Parteivorsitzenden der schwedischen Linkspartei Jonas Sjöstedt tauschte sich Katja Kipping über den sozial-ökologischen Umbau in Europa aus. DIE LINKE nahm im September 2018 an einer gemeinsamen Delegationsreise von Bundestagsabgeordneten und der RLS zu unserer Partner- und Regierungspartei SYRIZA in Athen teil.

DIE LINKE engagierte sich aktiv für die Freilassung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Lula da Silva und die Verteidigung der demokratischen Rechte in Brasilien. In Deutschland unterstützte sie mehrere Demonstrationen und stand mit unseren Partnerparteien in Brasilien, der PT, der PSOL und der PCdoB im engen Austausch. Mit dem Präsidentschaftskandidaten der PSOL, Guilherme Boulos, organisierte die Partei eine sehr gut besuchte öffentliche Veranstaltung in Berlin. Auf der Homepage wurde eine gesonderte Rubrik eingerichtet, die sich mit den Entwicklungen in Brasilien befasst. Im März 2020 trafen Bernd Riexinger und Heinz Bierbaum in Berlin mit Lula da Silva zusammen.

Im Januar 2019 führte DIE LINKE eine Kuba-Konferenz durch. Unter dem Titel »Das sozialistische Kuba vor neuen Herausforderungen« diskutierte die Partei zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der KP Kubas und der Wissenschaft. Verbunden damit traf Bernd Riexinger Abel Prieto, Schriftsteller und Mitglied der Nationalversammlung Kubas. Kurz zuvor wurde Hans Modrow bei einem Besuch in Kuba vom Präsidenten Kubas, Miguel Diaz-Canel, mit dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnet. Im Januar 2020 traf Katja Kipping den Direktor der Tageszeitung Juventud Rebelde, Yoerky Sánchez Cuelar, in Berlin.

Die Solidarität mit der türkischen Linkspartei HDP war ein Schwerpunkt der internationalen Arbeit: DIE LINKE beteiligte sich an Demonstrationen, die sich gegen die Repressionen in der Türkei wendeten und nahm als Prozessbeobachterin an zahlreichen Verfahren gegen HDP-Politikerinnen und Politiker teil. Die Vorsitzenden der HDP, Sezai Temelli und Mithat Sancar, trafen Bernd Riexinger und Katja Kipping zu verschiedenen Terminen in Berlin.

DIE LINKE steht in enger Zusammenarbeit mit der Frente Polisario der Westsahara. Zum Fest der Linken 2018 empfing der Parteivorstand eine Delegation von Frauen der Frente Polisario. Zum Fest 2019 wurden Filme aus der Filmschule der Westsahara präsentiert. Im Januar 2019 fuhr eine Delegation von Frauen aus dem Europaparlament und aus Brandenburg zu politischen Gesprächen in die Flüchtlingslager der Westsahara. Verschiedene Veranstaltungen und Ausstellungen zum Freiheitskampf der Sahauris wurden sowohl auf Europäischer Ebene als auch auf Länderebene initiiert und unterstützt.

Die Partei entwickelte enge Beziehungen zur kommunistischen Partei Nepals, die seit den letzten Wahlen in der Regierungsverantwortung ist. Ein politischer Austausch mit Regierungsvertreter*innen und einer Delegation der LINKEN fand im November 2019 in Kathmandu statt. Weitere Gespräche sind für die kommende Zeit geplant.

Ein Höhepunkt war das Netzwerktreffen im September 2019 von Frauen in linken und progressiven Parteien, welches in Zusammenhang mit dem Feminist Future Festival 2019 in Essen stattfand. 38 Frauen aus 25 Ländern nahmen teil. Aus dem Treffen erwachsen vielerlei Anknüpfungspunkte für die zukünftige internationale feministische Arbeit.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum unter anderem bei folgenden Parteitag, Konferenzen und Ereignissen vertreten: Parteitag der Partei der Arbeit (Brasilien), Parteitage des Linksbundes (Finnland), Parteitag Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), Parteitag Demokratische Sozialisten Amerikas (Vereinigte Staaten), Parteitag Linkspartei (Iran), das Seminar der Arbeiterpartei (Mexiko), Parteitag Frente Polisario (Westsahara), Parteitag Sinn Fein (Irland), Feierlichkeiten 100. Geburtstag Kommunistische Partei Österreichs, Parteitag Demokratische Partei der Völker (HDP, Türkei), Parteitag der Sozialistischen Linkspartei (Norwegen), Foro Sao Paulo (Kuba & Venezuela), Konferenz der Frente Amplio (Chile).

Am Parteitag der LINKEN in Bonn nahmen 61 Gäste (von 43 Parteien aus 34 Ländern) internationale Gäste und 11 diplomatische Vertreter*innen teil. DIE LINKE empfing außerdem Gäste und Delegationen aus verschiedenen Ländern, für die teilweise ein Besuchsprogramm organisiert wurde, beispielsweise mit dem Vorsitzenden der Irakischen Kommunistischen Partei Raid Fahmi, oder Zitto Kabwe, Vorsitzender des ACT aus Tansania und Mr. Samba Sy, Arbeitsminister von der PIT – Partei für Unabhängigkeit und Arbeit, Senegal. Im November 2019 empfing sie eine russische Delegation aus Politiker*innen und linken Aktivist*innen. Außerdem wurden Aktivist*innen und Politiker*innen aus u.a. Brasilien, Honduras, Chile, Kolumbien, Bolivien, Kuba, Iran, Türkei, Marokko, Palästina, Tunesien, Bangladesch, Westsahara, Sudan, Tansania, Togo, Südafrika, Indien, Nepal empfangen.

DIE LINKE unterstützte die Vereinigte Linke Spaniens, SYRIZA, die Irakische Kommunistische Partei, die iranische Linkspartei sowie die Brasilien-, Kolumbien- und Chile-Soli bei der Durchführung von Treffen und Veranstaltungen. Erneut beteiligte sich DIE LINKE an den Pressefesten linker Zeitungen bzw. an Volksfesten linker Parteien in Lissabon, Paris, Wien, Madrid und Bredene (Belgien). DIE LINKE steht im Kontakt zu den verschiedenen diplomatischen Vertretungen. Bernd Riexinger empfing den mexikanischen Botschafter S.E. Rogelio Granguillhome Morfin, Harald Wolf traf den Südafrikanischen Botschafter S.E. Phumelele Stone Sizani.

Die Internationale Kommission traf sich in regelmäßigen Abständen und tauschte sich zu internationalen Themen aus und bereitete Parteivorstandsbeschlüsse vor. Über die internationale Arbeit der LINKE wird in einem Blog DIE LINKE. International, mit einem englischsprachigen Newsletter und mit einer deutsch/englischen Facebook-Seite über informiert. Während der letzten Monate wurden verschiedene Online-Diskussionsformate durchgeführt (Sanktionspolitik, Corona in Südostasien, Entwicklungen in Belarus). Die Solidaritätsarbeit der BAG Cuba sí wurde wie in den Vorjahren personell und materiell unterstützt.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2017 und 2018 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister im Auftrag des Parteivorstandes, versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers, beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter <https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/finanzen/rechenschaftsberichte/> veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2019 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2018 lassen sich gegenüber 2017 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Gesamteinnahmen der Partei betragen 2018 33.148 T€ und waren damit um 1.553 T€ höher als 2017. Das ist im Wesentlichen auf die um 2.217 T€ gestiegenen staatlichen Mittel zurückzuführen.

Die Ausgaben 2018 in Höhe von insgesamt 25.850 T€ haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 7.428 T€ vermindert. Dieser Rückgang beruht vor allem auf den um 8.466 T€ niedrigeren Wahlkampfausgaben in 2018.

Der Überschuss betrug im Jahr 2018 insgesamt 7.298 T€. Im Jahr 2017 war dagegen ein Defizit von 1.683 T€ zu verzeichnen. Der Überschuss dient im Wesentlichen als Grundlage für die Bildung von Rücklagen zur Finanzierung von Europa-, Bundes- und Landtagswahlkämpfen.

Im Jahr 2018 betragen die Einnahmen aus **Mitgliedsbeiträgen** 10.472 T€. Sie sind gegenüber 2017 um 429 T€ gestiegen auf der Basis von 62.016 Mitgliedern, das sind 282 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Damit hat sich die Mitgliederanzahl in 2018 nur unwesentlich verändert. In 2019 betrug die Anzahl der Mitglieder 60.862.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied ist 2018 in der Gesamtpartei um 0,64 € auf 14,07 € gestiegen; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,65 € auf 17,85 € und in den Landesverbänden der alten Bundesländer um 1,00 € auf 9,76 €.

Die **Mandatsträger*innenbeiträge** haben sich 2018 um 243 T€ auf 5.087 T€ erhöht. Davon entfielen auf die Bundesebene 1.203 T€, auf die Landesverbände der neuen Bundesländer 2.039 T€ und auf die Landesverbände der alten Bundesländer 1.845 T€.

Die **Parteispenden**, fast ausschließlich von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, waren 2018 mit 1.964 T€ um 722 T€ niedriger als im Bundestagswahljahr 2017. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Der Anteil der Spenden von juristischen Personen an den Gesamteinnahmen der Partei betrug in den Rechnungsjahren 2018 und 2017 lediglich 0,01 Prozent. Das waren in 2018 2,2 T€ und 2017 3,4 T€.

Die **Einnahmen aus staatlichen Mitteln**, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträger*innenbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, betragen 2018 14.418 T€ gegenüber 12.201 T€ im Jahr 2017. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2019 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE insgesamt 14.393 T€, das sind 25 T€ weniger als für 2018.

In den staatlichen Mitteln für das Jahr 2018 sind 1.870 T€, für das Jahr 2019 1.866 T€ enthalten, die auf der Erhöhung der Obergrenze für die Parteienfinanzierung beruhen. Gegen die Erhöhung der Obergrenze und damit die Erhöhung der Parteienfinanzierungen klagen die Bundestagsabgeordneten der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Die finanziellen Mittel stehen daher unter dem Vorbehalt der Rückzahlung.

Das **Reinvermögen** der Partei wies per 31. Dezember 2018 eine Höhe von 38.594 T€ aus, davon 18.839 T€ im Parteivorstand und 19.755 T€ in den Landesverbänden. Es hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 7.298 T€ erhöht. Vom gesamten Vermögen betrafen 22.984 T€ die Geldbestände der Partei, darunter 6.841 T€ beim Parteivorstand und 16.142 T€ in den Landesverbänden.

Zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen im Jahr 2018 wurden aus dem **zentralen Wahlkampf-fonds** auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt Mittel in Höhe von

690 T€ für nachstehende Landesverbände bereitgestellt:

Bayern	366 T€
Hessen	324 T€

Im Jahr 2019 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung von Landtags- und Bürgerschaftswahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt 2.378 T€ den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

Brandenburg	730 T€
Bremen	220 T€
Sachsen	778 T€
Thüringen	650 T€

Für die Finanzierung der Bürgerschaftswahlkampfes 2020 in Hamburg wurde die Bereitstellung von 250 T€ vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates beschlossen.

Für den Europawahlkampf wurden im Jahr 2018 auf zentraler Ebene 163 T€ und im Jahr 2019 3.579 T€ ausgegeben. Geplant waren insgesamt 3.700 T€. Folglich wurden 42 T€ mehr ausgegeben als geplant.

Im Rahmen des Europawahlkampfes wurde eine zentrale Spendenkampagne durchgeführt. Dabei wurden einschließlich Plakatspenden 229 T€ eingenommen. Davon wurden 194 T€ den Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

Der Parteivorstand hat am 25. April 2020 beschlossen, für den Bundestagswahlkampf 2021 6.800 T€ aus dem Zentralen Wahlkampffonds bereitzustellen.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für 2019 und ebenso für 2020 beschlossen. Zugleich mit der Planung wurden dem Parteivorstand und dem Bundesausschuss im Februar bzw. März 2019 und Februar bzw. März 2020 die jeweiligen Finanzabrechnungen der Jahre 2018 und 2019 vorgelegt. Die Finanzpläne einschließlich der Abrechnungen sind im Internet veröffentlicht.

Die **Finanzplanung für 2020** berücksichtigt die aktuelle Entwicklung der finanziellen Mittel einnahme- und ausgabeseitig.

Der Finanzplan des Parteivorstandes für das Jahr 2020 sieht Gesamteinnahmen sowie Gesamtausgaben von jeweils 14.160 T€ vor, diese sind damit um 112 T€ niedriger als im Haushalt 2019 geplant.

Die Einnahmen aus zentralen staatlichen Mitteln betragen laut Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2019 sowie Berechnung der Abschlagszahlungen 2020 durch den Bundestagsprä-

sidenten vom 31. Januar 2020 insgesamt 13.052 T€. Da von den staatlichen Mitteln 1.866 T€ auf der Erhöhung der Obergrenze für die Parteienfinanzierung beruhen, sind nur 11.186 T€ finanzplanwirksam bzw. sind zur Finanzierung der Ausgaben in 2020 verfügbar.

Die Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln in Höhe von knapp 1.378 T€ dienen in gleicher Höhe der Bildung des zentralen Wahlkampffonds. Aus den zentralen Mitteln beträgt die Zuführung zum zentralen Wahlkampffonds 2.650 T€.

Die Personalausgaben sind unter Berücksichtigung des Stellenplanes in Höhe von 5.120 T€ geplant worden. Die Zuführung des Parteivorstandes zum Altersteilzeitfonds erfolgt in Höhe von 56 T€, weitere 56 T€ werden diesem Fonds aus dem gemeinsamen Fonds des Finanzausgleichs – Zuschüsse an Gliederungen – zugeführt. Die Zuführungen zum Altersteilzeitfonds sind jeweils um 6 T€ höher als im Vorjahr geplant.

Die Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs sind entsprechend des notwendigen Bedarfs geplant.

Der Fonds des Parteivorstandes wird um 78 T€ auf 777 T€ vermindert. Für Veranstaltungen und Konferenzen werden auf Grundlage vorliegender und zum Teil schon beschlossener Anträge 293 T€ geplant. Die finanziellen Mittel für die Kampagnenarbeit werden um 11 T€ reduziert und betragen 59 T€. Auch die finanziellen Mittel für die Frauenpolitik/feministische Arbeit wird im Vergleich zum Vorjahr um 5 T€ auf 30 T€ reduziert.

Für die Unterstützung des Kommunalwahlkampfes in Bayern sind 40 T€ bereitgestellt worden.

Die Zuschüsse an den Jugendverband werden wie im Vorjahr in Höhe von 315 T€ geplant.

Die Ausgaben für die Partei der Europäischen Linken (EL) sind in Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus EL-Mitgliedsbeiträgen von 280 T€ geplant worden. Hiervon werden in Abstimmung mit dem EL-Schatzmeister 125 T€ direkt an die EL abgeführt. Damit finanziert DIE LINKE weiterhin den größten Anteil aller EL-Mitgliedsparteien an den Gesamteinnahmen der EL.

Bei den Bereichen der Bundesgeschäftsstelle sind die Ausgaben entsprechend des Bedarfs geplant worden. Im Bereich Kampagnen/Parteientwicklung wurde im Europawahlkampfjahr das Bereichsbudget niedriger geplant, für 2020 wird das Bereichsbudget um 6 T€ auf 72 T€ angehoben. Die Bereiche Strategie und Grundsatzfragen und Bürgerdialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit wurden dagegen niedriger als im Vorjahr geplant.

Für die Zusammenschlüsse sind 145 T€ geplant und damit 5 T€ mehr als im Vorjahr. Die Aufteilung wurde in der gemeinsamen Beratung der Zusammenschlüsse mit dem Bundesgeschäftsführer am 26. Oktober 2019 abgestimmt. Daneben werden für von den Zusammenschlüssen genutzte Räume Mietkosten in Höhe von 20 T€ übernommen und für externe Publikationen der Zusammenschlüsse sind Kopier-, Versand- und Druckkosten von insgesamt 55 T€ vorgesehen.

Die Zuschüsse des Parteivorstandes an die Landesverbände im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden 1.100 T€ betragen, damit erfolgt eine Erhöhung um 100 T€.

Der **Bundesfinanzrat** hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum bisher neun Sitzungen durchgeführt. Darunter waren zwei jeweils zweitägige Beratungen, die gemeinsam mit den Landesgeschäftsführer/innen stattgefunden haben. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei
- die Entwicklung des zentralen Wahlkampffonds sowie die Bestätigung und Abrechnung von Mitteln aus diesem Fonds
- die zentrale Spendenkampagne einschließlich der Nutzung von online-Spenden
- die Planung der Zuschüsse an die Landesverbände (Länderfinanzausgleich) für 2019 bis 2021 unter Berücksichtigung der Tarifverhandlungen
- die Mitgliederentwicklung, Altersstruktur und Entwicklung der Mitgliedsbeiträge in der Partei
- die Finanzplanung und Finanzabrechnung des Parteivorstandes

- die Einführung eines zentralen Buchhaltungszentrums verbunden mit der Modernisierung der Buchhaltungssoftware und den Möglichkeiten zur elektronischen Bearbeitung und Archivierung im Belegwesen
- die Weiterentwicklung und Modernisierung des Mitgliederprogramms MGL4web sowie der Datenschutz
- die Finanzsituation des Landesverbandes Saar
- die Neugestaltung der Beitragstabelle und die Neuordnung der innerparteilichen Finanzstruktur. Zur Umsetzung des entsprechenden Beschlusses der 1. Tagung des 6. Parteitags (8.–10. Juni 2018) hat der BFR eine gesonderte Arbeitsgruppe gebildet.

In den Sitzungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses wurde regelmäßig umfassend über die Finanzsituation informiert und diskutiert. Mit dem Betriebsrat sowie dem Gesamtbetriebsrat gab es eine gute Zusammenarbeit.

Im November 2019 wurde eine zentrale Schulung für die Mitglieder der Revisionskommissionen durchgeführt.

Anlage 1: Beschlüsse des Parteivorstands

Beschlüsse des Parteivorstands vom 30. Juni 2018 bis zum 12. September 2020
(außer Personalmaßnahmen)

2018/100	Geschäftsordnung
2018/101	Sitzungsplan
2018/105	Personalverantwortung
2018/106	Hauptamtliche Ausübung von Parteiämtern
2018/107	Zuständigkeiten Parteivorstand
2018/108 G.6	Frauen in Bewegung – grenzenlos feministisch
2018/108 G.10	Keine Anrechnung von Kindergeld auf den Regelsatz
2018/108 G.21	Verbot von Zwangsunterbringung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
2018/108 G.22	Medikamentenversuche an ehemaligen Heimkindern
2018/108 P.9	Haltung der LINKEN zum bedingungslosen Grundeinkommen offen halten!
2018/111	Freilassung von Demitras
2018/112	Fahrplan Europawahlkampf
2018/114	Wie gewinnen wir die Dörfer zurück? - Den ländlichen Raum stärken und Kommunalwahlkämpfe unterstützen
2018/115	Für ein Ende der Blockade und Besetzung in Gaza
2018/116	Aufgaben des Parteivorstandes im Bereich Finanzen 2018 bis 2020
2018/117	Arbeitsvorhaben des Parteivorstandes der LINKEN 2018-2020
2018/119	Fiesta de Solidaridad
2018/120	Solidarität mit der Bewegung in Österreich gegen den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche
2018/121	Abrüsten statt aufrüsten
2018/123	Hochschulfinanzierung
2018/124GV	LINKER Kommunalkongress
2018/126GV	Aufruf gegen den »Marsch für das Leben«
2018/127GV	Protest gegen Polizeigesetze
2018/128	#unteilbar Demo
2018/108 C G.24	Aufrüstung, Rüstungsexport und Folgen für Menschen mit Behinderungen
2018/130	Grobfinanzplan für den Europawahlkampf 2019
2018/131	Free Gaza from Hamas Antrag und Stellungnahme
2018/132	Neuberufung internationale Kommission
2018/133	Berufung Wahlkampfleiter Europawahl 2019
2018/135	Bestätigung Inklusionsbeauftragte
2018/136	Preisausschreiben Inklusionsbüro
2018/137	Ausschreibung Clara-Zetkin-Frauenpreis 2019
2018/139	Aufstehen für die Stärkung unserer Partei und zur Bekämpfung der Rechten
2018/140	Seenotrettung
2018/141	Fachtagung Migration
2018/142	DIE LINKE stärken in den Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen!
2018/143	Smart City mit LINKS
2018/144	Situation in Nicaragua
2018/148	Ende Gelände
2018/152	Mietenbündnis
2018/153	keine Abschiebungen aus Frankfurt Oder
2018/154	Solidarität mit den Nestlé-Beschäftigten!

2018/155	Erdogan-Besuch im September 2018
2018/157	Präsidium Deutscher Städtetag
2018/158	Demonstration »welcome united« in Hamburg am 29. September 2018
2018/160	Sitzungsplan bis Juni 2019
2018/162	Finanzielle Unterstützung Weiterbildungsseminare BAG Hartz IV
2018/163	Frauenstreik 2019
2018/166	Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz 2019
2018/170	Ryanair
2018/172	100 Jahre Karl & Rosa und Jahresauftakt
2018/108 G.12	Geldauflagen
2018/108 G.27	Schuldenbremse
2018/175	Mentoringprogramm 2019/2020
2018/176	Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen
2018/177	Resolution Attentat Pittsburgh
2018/178	Einberufung des Europaparteitages und der Vertreter*innenversammlung
2018/180	Berufung Ältestenrat
2018/182	Entwurf Wahlstrategie
2018/183	Klimaproteste in Köln und Berlin
2018/184	Einführung eines Datenmanagementsystems in der Partei
2018/186	Vorstellung der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen«
2018/189	Jahresauftakt 2019
2018/190	Zeitplan Europaparteitag und VV
2018/191	Gremienbesetzung Vertreter*innenversammlung
2018/192	Vorschlag Stärke der Europaliste
2018/193	Fest der Linken 2019
2018/195	Aufstehen gegen Rassismus 2019
2018/198	Frauentag 2019
2018/200	Politischer Aschermittwoch 2019
2018/201	Antrag zur Änderung der Satzung
2018/202	Unterstützung der Proteste gegen den AfD-Parteitag
2018/203	Solidarität mit den sozialen Protesten der Gelbwesten in Frankreich
2018/204GV	Darlehen zur Sicherung des ND
2018/205GV	Materialnachdruck Paragraph 218 abschaffen!
2018/206GV	Elysée 2.0 ablehnen
2019/002	Finanzplan Parteitag
2019/003	Wahlkampfmittel aus dem zentralen Wahlkampffonds für den Landesverband Bremen
2019/004	geDRUCKtes
2019/005	Aktionstag Rassismus
2019/006	Vorwahlkampf
2019/008	Kirchentag 2019
2019/009	Finanzielle Unterstützung der Europatage Essen
2019/011	Frauen*streik und Frauen*kampftag 2019
2019/012	Venezuela
2019/013GV	Broschüre Normalarbeitsverhältnis
2019/014	INF-Vertrag erhalten
2019/015	Solidarität mit den linken Kräften Brasilien
2019/016	Kein Einmarsch der Türkei in Rojava – Abzug nicht nur der US-Truppen aus Syrien

2019/017	Türkei- Leyla Güven
2019/018	Solidarität mit den SchülerInnen-Streiks
2019/019	Selbstverteidigung zum Schutz MieterInnen
2018/108 P.1	Für eine bessere Welt durch Frieden und Völkerverständigung
2018/108 P.5	Überlegungen zu Ursachen der Rechtsentwicklung und daraus resultierende Schlussfolgerungen für linke Politik
2019/020	Jahrestag der Befreiung
2019/022	Finanzplan 2019
2019/023	Veranstaltung – In was für einer Gesellschaft wollen wir leben
2019/024	Fortsetzung der Pflege- und Mietenkampagne 2019
2019/026	Modellprojekte 2019
2019/027	Bündnis »Zusammenstehen – solidarisch vielfältig«
2019/028GV	Sektempfang Clara-Zetkin-Frauenpreis
2019/029	Demoaufruf »Ein Europa für alle: Deine Stimme...«
2019/031GV	Venezuela-Antrag an Bundesausschuss
2019/032GV	Demos gegen Urheberrechtsreform
2019/033GV	Aufruf zu den Mietendemos
2019/036	Mittel aus dem zentralen Wahlkampffonds Rheinland-Pfalz
2019/037	Mittel aus dem zentralen Wahlkampffonds Thüringen
2019/038	Mittel aus dem zentralen Wahlkampffonds Sachsen
2019/039	Mittel aus dem zentralen Wahlkampffonds Brandenburg
2019/040	Digitalisierung
2019/042	Sommeruniversität der europäischen Linken
2019/045	Antrag der Bundesfinanzrevisionskommission zu Reisekostenordnung
2019/048	Feministisches Labor 2019
2019/050	Unterstützung des Kommunalwahlkampf in Rheinland-Pfalz und Rostock
2019/51	Aufruf End the cage age
2019/052	Sitzungsplan 2. Halbjahr 2019
2019/053	Städtetag 2019
2019/054	Pressefeste 2019
2019/055	Aufruf zur Demo am 19.Mai
2019/056	Unterstützung der Bürger*innen-Initiative #NewRightsNow für ein EU-weites Mindesteinkommen für Beschäftigte von digitale Plattformen
2019/058	Pro Choice Sachsen
2019/060GV	Aufruf für #unteilbar Sachsen
2019/062GV	Klimaproteste/system change – not climate change
2019/063	Fiesta de Solidaridad 2019
2019/064	Unterstützung der bundesweiten Demonstration gegen Abschiebehaft
2019/066	Kompromiss Impfpflicht
2019/067	Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz April 2020
2019/068	Unterstützung Bürger*innen-Initiative Housingforall
2019/071	Unterstützung des Aufrufs »Kein Krieg gegen Iran- Verhandeln statt eskalieren!«
2019/072	Werbeversand DISPUT und nd DIE WOCHE an unsere Mitglieder
2019/073	Gründung einer gemeinnützigen Stiftung »Münzenbergs Erben«
2019/077GV	Bündnisarbeit Mieten- und Wohnungspolitik
2019/079	Arbeitsweise des Parteivorstandes
2019/082	Beschluss über den Delegiertenschlüssel für den 7. Parteitag und für den Bundesausschuss ab 2020

2019/083	Wahlkampfhilfe + #WannWennNichtJetzt + #unteilbar Sachsen
2019/084GV	Weltfriedenstag am 1. September / 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges
2019/085GV	Konferenz Armut als Bildungshemmnis
2019/087	Rekommunalisierungskampagne
2019/088	Wahlbilanz
2018/108 G.5 und G.9	Migration
2019/091	Kein Krieg gegen den Iran – jetzt aktiv werden gegen den Krieg!
2019/092	Lampedusa
2019/049 D.2 GV	Landesschuldenbremse Brandenburg
2019/049 G.1 GV	Erhöhung Mindestlohn
2019/049 P.7 GV	Gemeinsam für ein demokratisches und soziales Europa kämpfen
2019/049 D.5 GV	Weg mit §219 und §218
2019/093	Schutz für Rojava!
2019/095GV	Gegenaktionen zum »Marsch für das Leben« am 21.09.2019 in Berlin
2019/096	100 Jahre Kapp-Putsch-Gedenken
2019/097	Berufung Satzungscommission
2019/098GV	Keine Geschenke an Hohenzollern
2019/099GV	Schritt für Schritt zum kostenfreien ÖPNV
2019/100	Clara-Zetkin-Frauenpreis 2020
2019/101GV	Kommunaler Initiativpreis 2019
2019/103	Mietenkampagne 2. Halbjahr 2019
2019/106	Teilhabekonzept
2019/110GV	IIA-Proteste
2019/110PV	Solidaritätszuschlag
2019/111	Aufruf zum Globalen Klimastreik von Fridays for Future am 20.09
2019/113GV	Parteitag 2020
2019/114GV	Investitionsprogramm
2019/116	Abzug aller US-Streitkräfte und Schließung der US-Basen in Deutschland
2019/117	Solidarität mit HDP Bürgermeister*innen
2019/118	Preis Barrierefreiheit 2019
2019/049 P.6	Stromquellen am Arbeitsplatz auf Parteitag
2019/119GV	Kommunalkongress
2019/120GV	Klimagerechtigkeit
2019/121	Strategiekonferenz 2020
2019/122	Partei Vorstandstermine 2020
2019/124	Paritätsgesetz
2019/125	Kultur im KLH
2019/126	Jahresauftakt 2020
2019/127	Strategiekonferenz 2020
2019/128GV	Unterstützung OB-Stichwahl in Halle
2019/130	Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Braunschweig
2019/131	Aufstehen gegen Rassismus 2020 Finanzantrag
2019/133	Neubestimmung Höhe sanktionsfreie Mindestsicherung
2019/134	Politischer Aschermittwoch 2020
2019/135	Privatisierung von behördlichen Bürger*innenportalen
2019/138	Gemeinsame Initiative diskriminierungsfreie Sprachregelungen
2019/141	Demounterstützung gegen Einmarsch der Türkei in Syrien

2019/142	Fest der Linken 2020
2019/144	LL-Ehrung 2020
2019/146	Solidarität mit italienischen Aktivist*innen
2019/151	Erfolg in Seattle im Kampf gegen Amazon
2019/153	Solidarität mit dem Widerstand gegen den kalten Putsch in Bolivien
2019/155	Frauenstreik 2020
2019/161	Solidarität mit der VVN/BdA
2019/162	Unterstützung der Proteste gegen den AfD Bundesparteitag am 30.11 in Braunschweig
2019/163GV	Demo »wir haben es satt!«
2020/001	Die Kriegsgefahr im Nahen und Mittleren Osten
2020/002	Sozialstaat
2020/003	Vertreter*innen des Parteivorstandes im Bundesausschuss
2020/004	Mittel aus dem zentralen Wahlkampffonds Hamburg
2020/005	Kenntnisnahme BAG Bewegungslinke
2020/007	Aktionen anlässlich des Internationalen Tags gegen Rassismus
2020/009	Erneuerung der Mitgliederkommunikation
2020/010	Aktionstag 8. März zum Thema Pflege
2020/011	Friedenspolitik/Defender 2020
2020/012	Arbeitsschwerpunkt Mobilität/ÖPNV
2020/013	Aktivitäten Pflegekampagne
2020/017	Stand der Debatte Pflegekampagne
2020/022	Solidarität mit den streikenden Kolleg*innen bei Ameos
2020/023	Ausschreibung für barrierefreie Geschäftsstellen
2020/024GV	Beteiligung an einer Demonstration in Thüringen
2020/025	Einberufung Parteitag und Grobfinanzplan
2020/026	Mitgliederoffensive
2020/027	Fortsetzung Mietenkampagne 2020
2020/028	Fortsetzung Pflegekampagne 2020
2020/029	Housing Action Day 2020
2020/032	Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Offenburg
2020/033	Jahrestag der Befreiung, VVN
2020/034	1.Mai-Materialien 2020
2020/035	Finanz- und Stellenplan 2020
2020/036	LINKER Wirtschaftsgipfel
2020/038	Demo Frauen*kampftag 2020
2020/040	Trauer und Solidarität für die Opfer des rechten Terrors! die NSU Akten müssen offen gelegt werden
2020/045	Coronavirus und Folgen
2020/046	Plakat 1. Mai
2020/053	Solidarisch aus der Krise. Menschen vor Profite
2020/054	Konzept Öffentlichkeitsarbeit und social media
2020/055	Sitzungsplan
2020/056	Verschiebung Parteitag
2020/057	Vorschlag Verständigung BGE
2020/058	EU Ratspräsidentschaft
2020/059	Petition Handelsaufstand
2020/060	1.Mai 2020

2020/061	Dringlichkeitsantrag: Resolution der Beschäftigten an Charité und Vivantes Berlin unterstützen
2020/063	Wahlkampfbudget
2020/064	Kriterien für Kandidaturen zum Deutschen Bundestag 2021
2020/065	Frauen* und Corona
2020/067	Die Kosten der Corona-Krise gerecht verteilen!
2020/068	Bildung in der Coronakrise – Solidarität statt Konkurrenz
2020/069	Einberufung 7. Parteitag
2020/074	Onlineveranstaltung Fest der LINKEN
2020/075GV	Unterstützung Bündnis Krankenhaus statt Fabrik
2020/076GV	Solidarität mit Streikenden Booth
2020/077	Sitzungsplan bis zum Bundesparteitag 2020
2020/079	Schluss mit Sanktionspolitik!
2020/080	Antrag zu antiimperialistischer Aktionswoche Ende Mai
2020/084	Solidarität mit den Beschäftigten bei GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH
2020/085GV	Unterstützung der Erklärung »Solidarität heißt: niemanden vergessen!«
2020/087GV	Massenzeitung zur Corona-Pandemie
2020/088	Eigenständige Angebote der LINKEN in der Corona-Zeit
2020/090	»Solidarität durch Inklusion – ohne Vorbehalt!«
2020/092	Aktiv gegen »Hygiene«-Demonstrationen und Verschwörungsmythen
2020/096	Band der Solidarität
2020/097	Annahme einer Spende Cuba Si Heyner GmbH
2020/098	Annahme einer Spende Cuba Si Stockhausen Consulting GmbH
2020/099	Protest gegen Polizei-Rassismus in den USA
2020/100	Intensivierung und politische Zuspitzung der Pflegekampagne
2020/102	Neuer Sitzungsplan
2020/103	Votum des Parteivorstandes zum Mitgliederentscheid BGE
2020/104	Die Schuldenbremse streichen
2020/105	Finanzielle Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen sichern
2020/111	Unterstützung der internationalen Petition #Right2Cure
2020/118	Vernetzungstreffen im Rahmen der Weiterentwicklung der LINKEN als migrantische Partei
2020/119	1. September 2020 Weltfriedenstag/Antikriegstag
2020/120	Keine Abfrage der Staatsangehörigkeit im Rahmen strafprozessualer Ermittlungen
2020/121	Ausstellung Extreme Rechte
2020/122	Kommunalkongress 2020
2020/124	Finanzierung der Corona-Massenzeitung
2020/125	Wahlen Ecuador
2020/126	Gegenaktion »Marsch für das Leben«
2020/127GV	Unterstützung International Safe Abortion Day
2020/129	Für ein neues Belarus
2020/131	Drohende Vertreibungen von Landbesetzer*innen in Brasilien
2020/132	Leitantrag Parteitag
2020/133	Geschäftsordnung 7. Parteitag
2020/134	Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz 2021
2020/139	Linke Verkehrswende, Solidarität mit der Tariffbewegung öffentlicher Personennahverkehr
2020/140	Nachberufung historische Kommission

2020/143GV	Unterstützung des Aufrufs »Solidarität statt Schulterchluss mit Nazis«
2020/146	Bericht und Nachberufung Historische Kommission
2020/147	Nachkalkulation Bundesparteitag
2020/148	Vorschlag für einen Zeitplan zum Parteitag
2020/149	Vorschlag für die Gremien des Parteitages
2020/150	Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag
2020/151	Clara-Zetkin-Frauenpreis 2021
2020/152	Entnahme aus dem Zentralen Wahlkampffonds RLP
2020/153	Entnahme Mittel aus dem Zentralen Wahlkampffonds MV
2020/154	Entnahme Mittel aus dem Zentralen Wahlkampffonds BaWü
2020/155	Satzungsänderung Online-Parteitage
2020/156	Parteitagstrag Parteientwicklung
2020/159	Parteitagstrag Gegen rechte Netzwerke und institutionellen Rassismus. Die Polizei demokratisieren!

Abschlussbericht zum Europawahlkampf 2019

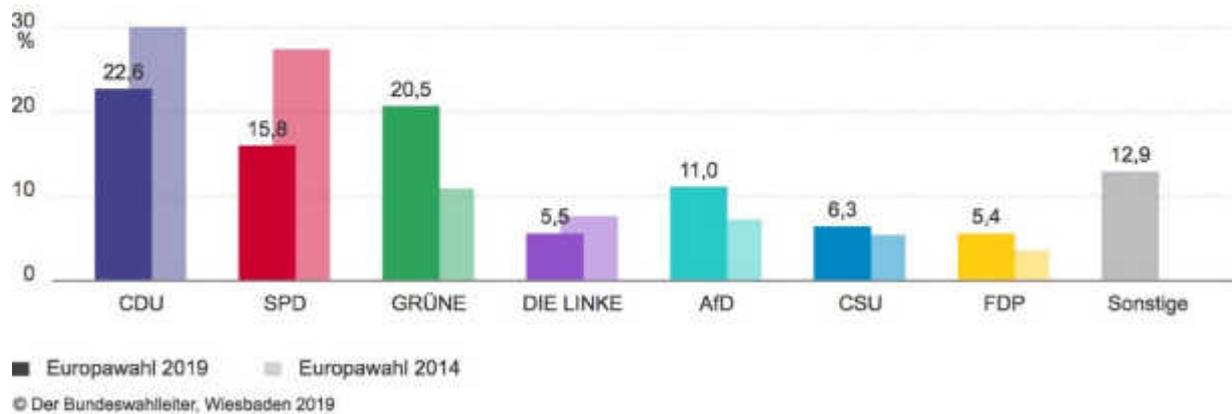
Jörg Schindler, Bundeswahlkampfleiter

1. Wahlergebnis

Stimmenanteile

Europawahl 2019, Deutschland

Zwischenergebnis: 27.05.2019 03:00:33 Uhr, 401 von 401 Kreisen ausgezählt



Europawahl 2019

infratest dimap Wahlanalyse

	2019		Diff. 2019-14		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%-Pkt.	Anzahl	%
Wahlberechtigte	61.568.304		-430.520		61.998.824	
Nichtwähler	23.759.665	38,6	-8.395.361	-13,3	32.155.026	51,9
Wähler	37.808.639	61,4	+7.964.841	+13,3	29.843.798	48,1
Stimmen						
ungültige	422.719	1,1	-65.987	-0,5	488.706	1,6
gültige	37.385.920	98,9	+8.030.828	+0,5	29.355.092	98,4
CDU/CSU	10.790.965	28,9	+410.864	-6,5	10.380.101	35,4
CDU	8.436.148	22,6	-376.505	-7,5	8.812.653	30,0
CSU	2.354.817	6,3	+787.369	+1,0	1.567.448	5,3
SPD	5.914.187	15,8	-2.089.441	-11,4	8.003.628	27,3
Grüne	7.675.018	20,5	+4.535.744	+9,8	3.139.274	10,7
Linke	2.055.754	5,5	-112.701	-1,9	2.168.455	7,4
AfD	4.103.173	11,0	+2.033.159	+3,9	2.070.014	7,1
FDP	2.028.175	5,4	+1.041.334	+2,1	986.841	3,4
FREIE WÄHLER	806.563	2,2	+377.763	+0,7	428.800	1,5
PIRATEN	243.300	0,7	-181.744	-0,8	425.044	1,4
Tierschutz	541.965	1,4	+175.367	+0,2	366.598	1,2
NPD	101.316	0,3	-199.823	-0,8	301.139	1,0
FAMILIE	273.742	0,7	+70.939	+0,0	202.803	0,7
ÖDP	370.001	1,0	+184.757	+0,4	185.244	0,6
DIE PARTEI	898.311	2,4	+713.602	+1,8	184.709	0,6
Ab jetzt	58.533	0,2	-30.002	-0,1	88.535	0,3
BP	81.878	0,2	+19.440	+0,0	62.438	0,2
DKP	20.418	0,1	-4.729	-0,0	25.147	0,1
MLPD	18.340	0,0	+142	-0,0	18.198	0,1
SGP	5.291	0,0	+5.291	+0,0	0	0,0
TIERSCHUTZ hier!	99.723	0,3	+99.723	+0,3	0	0,0
Tierschutzallianz	68.590	0,2	+68.590	+0,2	0	0,0
Bündnis C	66.228	0,2	+66.228	+0,2	0	0,0
BIG	68.653	0,2	+68.653	+0,2	0	0,0
BGE	40.831	0,1	+40.831	+0,1	0	0,0
DIE DIREKTE!	25.526	0,1	+25.526	+0,1	0	0,0
DIEM25	130.062	0,3	+130.062	+0,3	0	0,0
Ill.Weg	12.819	0,0	+12.819	+0,0	0	0,0
DIE GRAUBEN	71.279	0,2	+71.279	+0,2	0	0,0
DIE RECHTE	24.624	0,1	+24.624	+0,1	0	0,0
DIE VIOLETTEN	27.811	0,1			0	0,0
LIEBE	33.150	0,1	+33.150	+0,1	0	0,0

* Im Unterschied zum Bundeswahlleiter sind die Differenzen aus den ungerundeten Ergebnissen berechnet

Europawahl 2019

	2019		Diff. 2019-14		2014	
	Anzahl	%	Anzahl	%-Pkt.	Anzahl	%
DIE FRAUEN	55.255	0,1	+55.255	+0,1	0	0,0
Graue Panther	76.168	0,2	+76.168	+0,2	0	0,0
LKR	43.964	0,1	+43.964	+0,1	0	0,0
MENSCHL. WELT	34.440	0,1	+34.440	+0,1	0	0,0
NL	15.942	0,0	+15.942	+0,0	0	0,0
ÖkoLinX	35.790	0,1	+35.790	+0,1	0	0,0
Die Humanisten	62.608	0,2	+62.608	+0,2	0	0,0
PARTEI FÜR DIE TIE	85.719	0,2	+85.719	+0,2	0	0,0
Gesundheitsforsch	71.003	0,2	+71.003	+0,2	0	0,0
Volt	248.805	0,7	+248.805	+0,7	0	0,0
			2019 nicht angetreten		318.124	1,1

* Im Unterschied zum Bundeswahlleiter sind die Differenzen aus den ungerundeten Ergebnissen berechnet

Die **Wahlbeteiligung** ist von 48,1 Prozent im Jahr 2014 auf 61,4 Prozent gestiegen. Am **niedrigsten** war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt (54,76 Prozent), gefolgt von Hessen und Mecklenburg-Vorpommern (beide 58,5 Prozent). Die Kreise mit der höchsten Wahlbeteiligung sind St. Wedel (SL) mit 74,4 Prozent, Münster (73,7 Prozent), Starnberg (71,9 Prozent), gefolgt von einigen Kreisen in RP, München, Heidelberg, Tübingen, Bonn.

Europawahl 2019

Wahlbeteiligung

Bundesrepublik Gesamt	
Wahlberechtigte	61.568.304
Wähler %	61,4 +13,3
Absolut	37.808.639
	+7.964.841

Alte und neue Bundesländer

West	61,7 +13,4
Ost	60,3 +12,8

Einwohnerdichte

Metropolen	62,3 +15,4
hohe Dichte	60,8 +12,5
mittlere Dichte	62,2 +12,9
geringe Dichte	59,6 +13,6

Bundesländer - sortiert nach Wahlbeteiligung

Saarland	66,4 +12,3
Rheinland-Pf.	64,9 +7,9
Baden-Württg.	64,0 +11,9
Sachsen	63,7 +14,5
Bremen	62,8 +22,4
Hamburg	61,7 +18,2
Thüringen	61,6 +10,0
Niedersachsen	61,5 +12,5
Nordrhein-W.	61,4 +9,0
Bayern	60,9 +20,0
Berlin	60,6 +13,9
Schleswig-H.	59,8 +16,5
Brandenburg	59,5 +12,8
Mecklenburg-V.	58,5 +11,7
Hessen	58,5 +16,2
Sachsen-Anh.	54,7 +11,7

Veränderungen zur Europawahl 2014

Wahlergebnisse der Parteien u.a. nach Alter, Geschlecht, Beruf, wirtschaftliche Lage

Europawahl 2019

infratest dimap WahlANALYSE

Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	Sonst.
Alter							
18-24 J.	12 -15	8 -12	34 +16	8 0	5 -3	8 +5	25 +9
25-34	18 -11	10 -9	25 +9	7 -1	11 +3	6 +3	24 +7
35-44	23 -10	11 -11	24 +9	5 -2	13 +5	6 +2	18 +7
45-59	26 -5	14 -14	24 +10	5 -3	13 +6	5 +2	12 +3
60+	41 -1	22 -10	13 +8	5 -2	9 +3	5 +1	6 +2
Frauen							
18-24 J.	10 -17	8 -12	41 +18	9 +1	4 -1	5 +3	23 +8
25-34	18 -12	11 -8	30 +11	6 -1	8 +3	4 +1	23 +6
35-44	23 -11	12 -10	28 +10	5 -2	9 +3	5 +2	17 +7
45-59	25 -7	14 -13	28 +11	5 -3	9 +4	5 +2	14 +6
60+	42 -3	22 -10	14 +9	5 -1	6 +2	4 +1	6 +1
Männer							
18-24 J.	12 -15	8 -12	28 +15	7 -2	7 -2	10 +6	28 +10
25-34	18 -10	10 -9	21 +8	7 -1	12 +2	7 +3	25 +7
35-44	22 -10	10 -11	21 +8	5 -2	15 +5	7 +2	19 +7
45-59	27 -3	15 -14	20 +8	5 -3	16 +7	6 +3	11 +2
60+	39 -1	22 -11	12 +8	5 -2	11 +3	5 +1	5 +1
Beruf/ Tätigkeit*							
Arbeiter	24 -8	15 -11	14 +7	6 -4	23 +13	4 +2	14 +1
Angestellte	24 -9	13 -12	26 +12	6 -1	9 +1	6 +3	17 +7
Beamte	28 -2	17 -13	31 +15	3 -2	6 -2	3 +1	12 +3
Selbstständige	26 -12	9 -8	25 +10	3 -4	12 +4	12 +3	13 +7
Rentner	41 0	23 -12	11 +6	5 -2	10 +4	4 +1	5 +2
Arbeitslose	14 -7	14 -14	17 +6	13 -3	21 +16	3 +1	18 +1
Bildung*							
hoch	23 -7	13 -11	30 +13	6 -2	7 0	6 +1	15 +6
mittel	30 -8	15 -11	15 +8	6 -2	15 +7	5 +2	13 +3
niedrig	40 -1	23 -12	9 +5	3 -3	13 +7	4 +2	8 +2
Persönliche wirtschaftliche Lage*							
Zufriedene	30 -7	15 -13	22 +11	5 -1	10 +3	6 +2	12 +5
Unzufriedene	18 -7	17 -9	16 +6	9 -6	19 +10	3 +1	17 +4
Konfession*							
katholisch	42	13	20	3	7	5	10
evangelisch	29	19	21	4	10	6	11
andere	17	16	22	7	13	3	22
Keine	17	14	22	9	16	5	18

Datenbasis: 55.319 Wähler
8.776 Wähler*

Zellen: % Differenzen zu 2014 in %Punkten

ARD | infratest dimap-Exit Poll

infratest dimap

Motive der Wahlentscheidung

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD	FDP	Gesamt
Wahl aus ...							
Überzeugung	79 +1	73 +1	71 +5	61 +6	37 +4	57 -13	66 -1
Enttäuschung	15 -2	22 0	25 -4	34 -6	59 -1	38 +13	29 +1
Haben Sie Ihre Partei gewählt, weil Sie von ihr überzeugt sind, von anderen enttäuscht sind?							
Wahl wegen ...							
Bundespolitik	51 -14	42 -9	42 -1	51 -3	61 +15	47 +1	47 -7
Europapolitik	41 +12	51 +8	51 -1	40 +1	27 -20	45 -3	45 +6
Was hat bei Ihrer Wahl die entscheidende Rolle gespielt?							
Haltung zur EU-Mitgliedschaft							
Mitgliedschaft bringt Deutschland ...							
eher Vorteile	70 +22	70 +17	82 +24	56 +23	15 +4	61 -3	63 +17
eher Nachteile	4 -8	6 -6	2 -6	7 -16	42 -3	7 -4	9 -7
beides gleich	22 -13	20 -13	14 -18	33 -7	39 -2	29 +7	24 -11
Deutschland hat von der EU-Mitgliedschaft...							
Zeitpunkt der Wahlentscheidung							
Entscheidung ...							
am Wahltag	16 -3	19 +2	13 -6	19 +1	16 +2	22 0	18 -1
letzte Tage	16 -3	20 -1	23 -3	19 +3	10 -8	23 +3	19 -2
Kurzentscheider	32 -6	39 +1	36 -9	38 +4	26 -6	45 +3	37 -3
letzte Wochen	19 0	18 -3	26 +5	19 0	17 -6	19 -5	21 +1
vor längerer Zeit	32 +5	28 +2	31 +6	33 +1	50 +7	28 +5	31 +4
wähle immer gleich	14 0	13 0	7 -1	8 -5	6 +5	7 -2	9 -2
Wann haben Sie Ihre Wahlentscheidung zur Europawahl getroffen?							

Spalten-% Differenzen zu 2014 in 8 Punkten

Datenbasis: 8.778 Wähler

ARD | infratest dimap-Exit Poll

infratest dimap

1.2 Ergebnisse der LINKEN

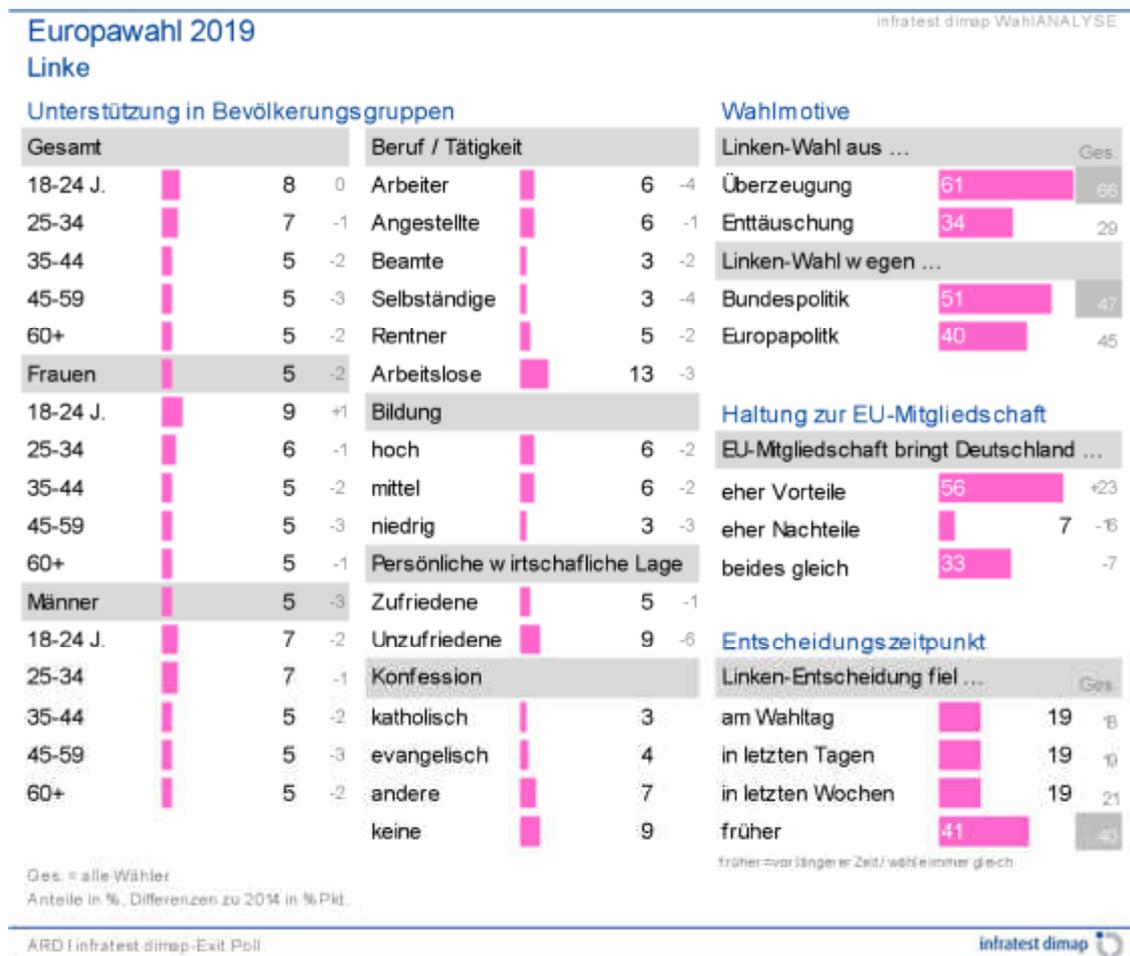
DIE LINKE hat rund 112 000 Stimmen verloren, was sich bei gesteigerter Wahlbeteiligung in 1,9 Prozent der Stimmen übersetzt. Zur Bundestagswahl 2017 lag der Anteil der Spätentscheider*innen unter den LINKE-Wähler*innen bei 33 Prozent. Zur jetzigen Europawahl entschieden sich 38 Prozent der LINKE-Wähler*innen erst am Wahlsonntag bzw. in den letzten Tagen vor der Europawahl für ihre Partei. 41 Prozent gaben an, sich bereits vor längerer Zeit festgelegt zu haben bzw. generell für die LINKE zu stimmen. Dies entspricht etwa dem bundesweiten Durchschnitt.

LINKE-Wähler*innen orientierten sich ähnlich wie 2014 an der Bundespolitik, sind jedoch deutlich positiver gegenüber der EU eingestellt als vor fünf Jahren. Für sechs von zehn LINKE-Wähler*innen überwiegen Deutschlands **Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft** – eine **Steigerung um 23 Prozentpunkte**. DIE LINKE mobilisiert wie die meisten anderen Parteien bei der Europawahl in erster Linie Wähler*innen, die inhaltlich auch von den Positionen der LINKEN überzeugt sind. Nach 40 Prozent 2014 geben bei dieser Europawahl noch 34 Prozent an, aus Enttäuschung gegenüber anderen Parteien für DIE LINKE gestimmt zu haben.

Nach Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf

Die Verluste zeigen sich in fast allen Altersgruppen außer bei **Frauen** zwischen 18 und 25 Jahren, wo DIE LINKE um ein Prozent auf 9 zulegte. Überdurchschnittliche Werte erzielte sie bei **Arbeitslosen** (14 Prozent), bei Menschen, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen (10

Prozent) und bei nicht (9 Prozent) oder nicht christlich (7 Prozent) religiös gebundenen Wähler*innen. Unterdurchschnittliche Werte erreichte DIE LINKE bei Beamten, Selbständigen, Katholik*innen und Menschen mit formal niedriger Bildung (alle 3 Prozent). 7,4 Prozent der **Gewerkschafterinnen** und Gewerkschafter, Gewerkschaftsfrauen mit 8 Prozent.



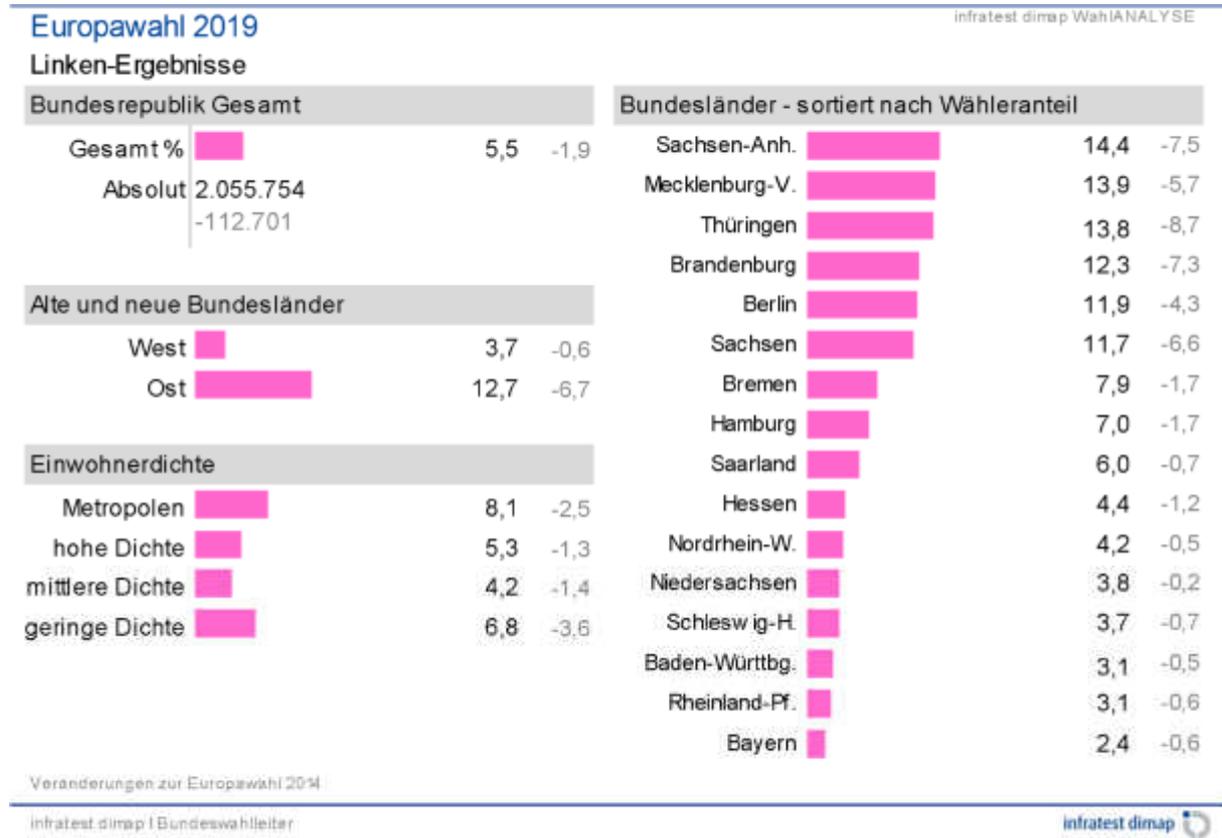
Regionale Besonderheiten

DIE LINKE büßt gegenüber der letzten Europawahl Stimmenanteile ein, insbesondere in den **ostdeutschen Flächenländern Thüringen und Sachsen-Anhalt**. Ihre bundesweit besten Ergebnisse erzielt sie trotz starker Verluste in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von den anderen ostdeutschen Bundesländern. Schwerer tut sie sich in Bayern und Rheinland-Pfalz. Ihre besten Ergebnisse im Westen erzielt sie in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen.

Der Wahlkreis mit dem **besten Ergebnis** für DIE LINKE ist **gleichzeitig der mit den höchsten Verlusten** im Vergleich zur EW 2014: 19,5 Prozent SK **Suhl in Thüringen** (-13,9). Auch in den anderen Wahlkreisen mit höchsten LINKEN-Ergebnissen sind die Verluste (und waren die vorherigen Ergebnisse) überdurchschnittlich: Frankfurt/Oder 18,4 (-7,9), Gera 17,3 (-12,2).

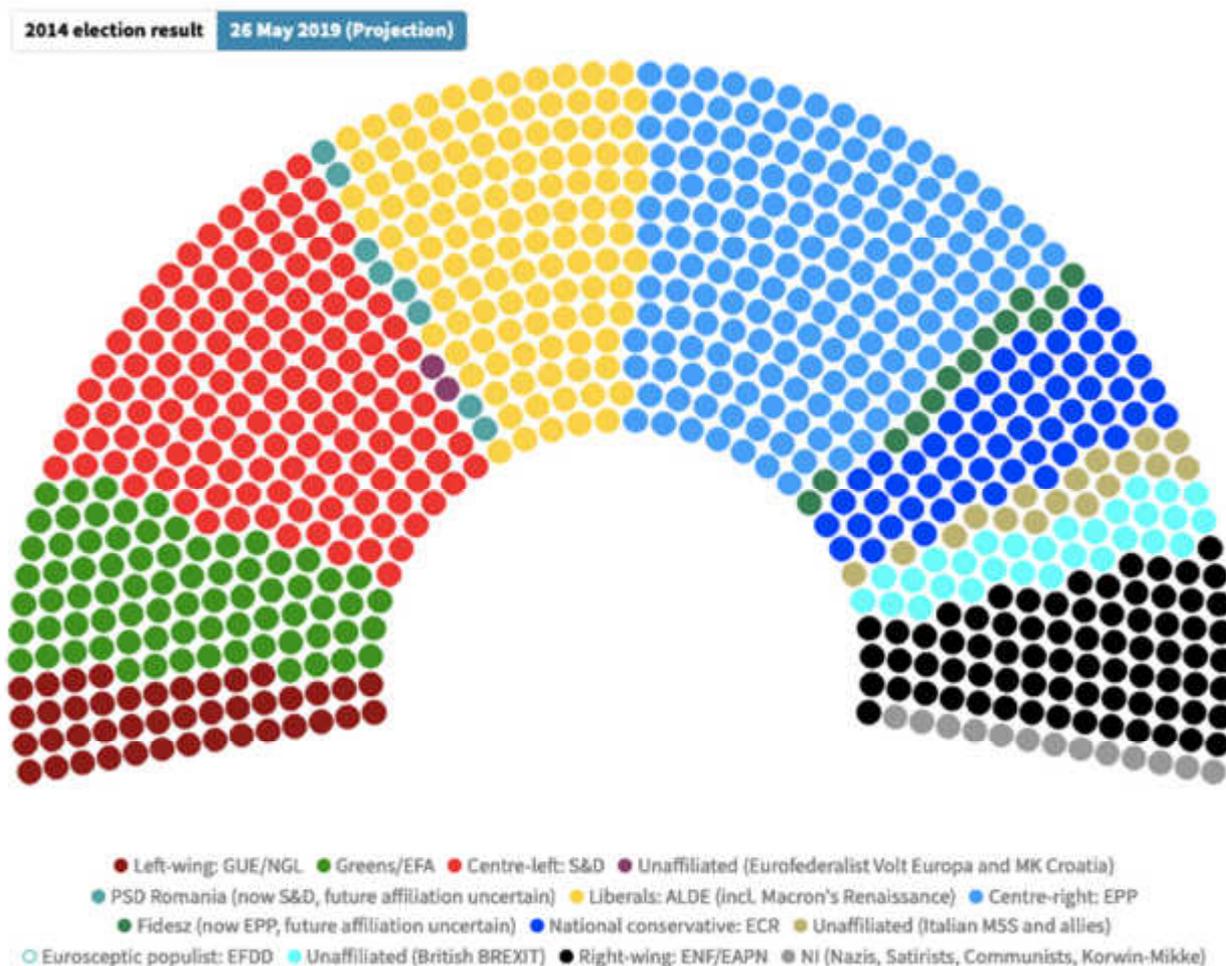
DIE LINKE verliert in den westlichen **Metropolregionen** unterdurchschnittlich, deutlich überdurchschnittlich allerdings in Berlin (-5,4 Prozent) und Halle-Leipzig (-7 Prozent).

In **den Ländern mit Kommunalwahlen verliert sie stärker** (-3,3) als in denen ohne Kommunalwahlen (-0,9)¹. Die Wahlkreise mit den schwächsten Ergebnissen liegen in Bayern.



¹ Die SPD verliert in den Ländern ohne Kommunalwahl mehr, die CDU in den Ländern mit Kommunalwahl.

1.3 Europäische Ergebnisse

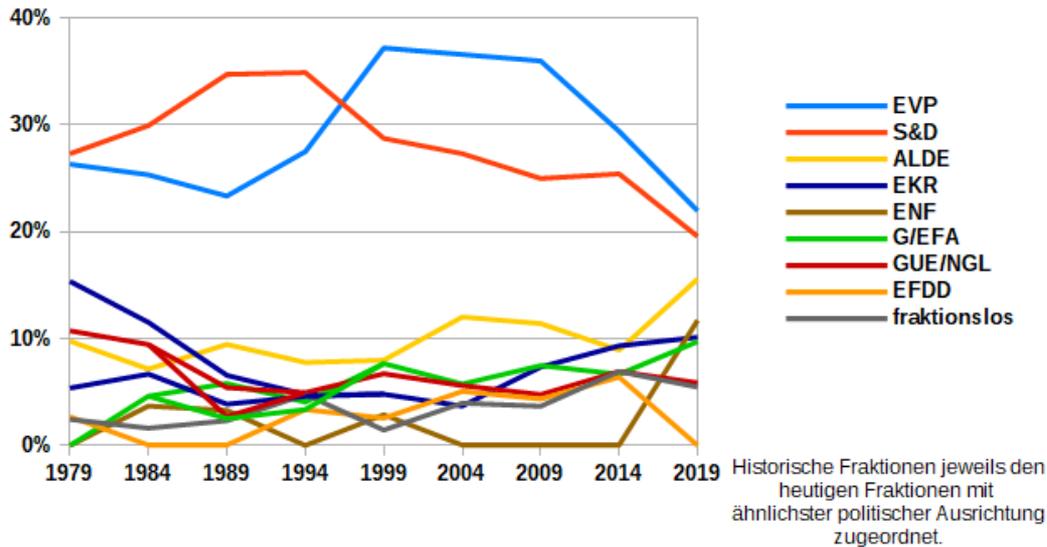


	GUE/ NGL	Grüne/ EFA	S&D	ALDE	EVP	EKR	EDD	ENF	f'los	Weitere
alt	52	52	187	69	216	77	42	36	20	–
neu, mit UK	42	69	144	113	177	61	45*	71	11	18*
dynamisch	44	73	147	117	165	76	–	88	41	–
neu, ohne UK	41	62	139	101	180	59	16*	75	10	22*
dynamisch	44	67	142	105	168	74	–	93	12	–

Erstmals nach Jahrzehnten zurückgehender Werte überschritt die **Wahlbeteiligung knapp die 50 Prozent**. Und erstmals war Ökologie ein wahlentscheidendes Thema.

Die »historischen **Volksparteien**« haben starke **Verluste** hinnehmen müssen, Die **S&D** erreichte ihr mit Abstand **schlechtestes Wahlergebnis** überhaupt; und auch die **EVP** befindet sich nahe an ihrem Tiefpunkt von 1989 und könnte noch darunter fallen, falls sich die ungarische Fidesz dazu entschließt, die Fraktion zu verlassen. Gemeinsam kommen die beiden Fraktionen der informellen Großen Koalition, deren Zusammenarbeit seit jeher den Ton im Europäischen Parlament angab, erstmals **nicht mehr auf eine absolute Mehrheit der Sitze**.

Sitzanteil der Fraktionen im Zeitverlauf (Europawahl-Ergebnisse; 2019: dynamisches Szenario mit UK)



Die linken Parteien, die bisher als Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (**GUE/NGL**) im Europäischen Parlament (EP) sitzen, kommen statt auf 52 nur noch auf 38 Sitze.

Kleine linke Erfolgsgeschichten: Die belgische Partei der Arbeit (PTB) hat erstmals ein Mandat im EP errungen, der portugiesische Linksblock um ihre charismatische Spitzenkandidatin Marisa Matias konnte mit gut 9 Prozent seinen Stimmanteil im Vergleich zu 2014 verdoppeln. SYRIZA in Griechenland konnte seine sechs Mandate verteidigen.

Die linken skandinavischen Parteien aus Schweden, Dänemark und Finnland erreichen jeweils ein Mandat und wiederholen damit ihre Ergebnisse von 2014, bleiben also stabil. Ebenso die AKEL auf Zypern. In Osteuropa hat sich die Lage der Linken weiter verschlechtert – die Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSCM) schickte 2014 noch drei Abgeordnete nach Brüssel – jetzt verlieren sie zwei Mandate. Im kleinen Slowenien reichen auch gute 6,5 Prozent von Levica, der Partei der Spitzenkandidatin der Europäischen Linken Violeta Tomić, nicht für ein Mandat. Und in Polen verblieb Razem bei wenigen Prozent.

Das schwache Abschneiden der Linken vollzieht sich vor allem in den großen, bevölkerungsreichen Ländern der EU: In Italien hat sich die zersplitterte Linke zwar auf ein gemeinsames Wahlbündnis geeinigt, doch die 4-Prozent-Sperrklausel, die in Italien für die EP-Wahlen gilt, wurde deutlich verpasst. In Spanien markierte die Europawahl 2014 den Beginn des Aufstiegs der spanischen Linken: Vereinte Linke und Podemos erreichten gemeinsam 18 Prozent, in den Wahlen 2019 konsolidierte sich der jüngste Erfolg (bei den Parlamentswahlen) der sozialdemokratischen PSOE, wohingegen die Linke nur noch auf 10 Prozent kommt. In Frankreich konnte Jean-Luc Mélenchons France Insoumise respektable 6 Prozent erreichen – doch im Vergleich zur Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2017 stellt das Ergebnis eine Enttäuschung dar. Die Französische Kommunistische Partei, einst zusammen mit der italienischen IKP die größte kommunistische Partei Westeuropas, ist nicht mehr mit Abgeordneten im EP vertreten – die allein antretenden Kommunisten, ein Entschluss des letzten Parteitag, scheiterten deutlich an der in Frankreich gültigen 5-Prozent-Sperrklausel.

Die Sozialistische Partei (SP) der Niederlande, die seit Jahren erfolgreich Politik macht, wurde bei den Europawahlen abgestraft und verlor ihr Mandat – die SP hatte einen sehr EU-kritischen Wahlkampf geführt. Podemos wiederum bezog sich zwar kritisch, aber nicht ablehnend auf die EU – und auch Podemos verlor in der Wählergunst.

Ebenfalls fällt auf: Auch wenn Ökologie und die Verknüpfung des Umweltschutzes mit der sozialen Frage in den Programmen und im Wahlkampf der europäischen Linksparteien eine große Rolle

eingonnen haben – profitiert haben sie vom Aufschrei der Generation Klimagerechtigkeit nicht. Die Statistiken zu den Jungwählerinnen und Jungwählern sprechen eine deutliche Sprache – nicht überall so deutlich wie in Deutschland, aber die Tendenz ist die Gleiche.

Die skandinavischen Linksparteien gaben sich bei ihren Gründungen Anfang der 90er Jahre eine sozialistische und eine grüne Identität – und haben dadurch jahrelang stabil den Erfolg grüner Parteien in ihren Ländern eindämmen können. Die Frage wird sein, ob solch eine Transformation der Partei-identität noch zu erreichen ist.

Ergebnisse rechte Parteien

Aus insgesamt 20 der 28 EU-Mitglieder sind Parteien aus dem rechten Spektrum auf EU-Ebene vertreten. Obwohl rechte Parteien der unterschiedlichsten Facetten – über nationalistisch, populistisch bis zu offen neofaschistisch – mit hoher Zustimmung rechnen konnten und es einige Länder gibt, in denen sie stärkste Kraft wurden, fielen die Ergebnisse insgesamt doch schwächer aus als erwartet. Bis zu einem Drittel der Sitze wurden für die Fraktionen EKR (Europäische Konservative und Reform), EFDD (Europa der Freiheit und direkten Demokratie) und ENF (Europa der Nationen und Freiheit) prognostiziert. Nach den letzten Auszählungen (27.5.) kommen sie derzeit auf etwa 174 – 194 Sitze, wenn man die neuen Abgeordneten, die sich noch keiner Fraktion zugeordnet haben, hinzuzählt.

Das Fortbestehen der bisherigen rechten Fraktionen im EP bleibt ebenfalls offen, die EFDD wird sich wegen zu weniger Mitglieder wohl auflösen, während die ENF in der Allianz von Salvini aufgehen könnte. Salvinis Allianz könnte das neue Zuhause sowohl für die AfD als auch Le Pens' Rassemblement National, die österreichische FPÖ, den niederländische Vlaams Belang sowie rechte Parteien aus Skandinavien wie die Schwedendemokraten oder die Dänische Volkspartei werden. Laut aktuellen Prognosen käme sie auf 71 Sitze.

Die Regierungsparteien Ungarns und Polens Fidesz und PiS erhielten jeweils 51 und 46 Prozent und wurden damit wiederholt stark bestätigt. Obwohl die Partei unter Ungarns Premier noch der EVP angehört, zeigt sie klar nationalistische Züge und wird sich mit ihren 13 Sitzen potenziell der neuen Allianz Salvinis anschließen. Die PiS gehört derzeit mit 23 Sitzen der EKR Fraktion an. Die faschistische Jobbik aus Ungarn verliert im Vergleich zu 2014 stark (- 8 Prozent) und kann statt mit drei nur noch mit einem Abgeordneten ins EP einziehen.

Italiens Lega sowie der französische Rassemblement National (RN) wurden in ihren Ländern stärkste Kraft. Die Lega wird mit 33,6 Prozent (2014: 6,15 Prozent) 28 Sitze in der von ihrem Vorsitzenden initiierten neuen Fraktion einnehmen (+23) und kommt in Italien klar vor Demokratischer Partei und ihrem Regierungspartner 5 Sterne Bewegung (M5S), die im Vergleich zu den letzten Parlamentswahl herbe Verluste einstecken musste (-16 Prozent). Damit steht auch die Regierungskoalition in Frage und die Forderung nach Neuwahlen wird lauter, da die Lega sich mit dem Europawahlergebnis Chancen erhofft, bei erneuten Wahlen zum italienischen Parlament zu gewinnen. Es ist offen, welcher Fraktion M5S sich mit ihren 14 Abgeordneten anschließen wird. Darüber hinaus konnte die ebenfalls rechte Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) fünf Sitze erringen und wird wohl der EKR-Fraktion angehören.

Die Brexit Partei von Nigel Farage bekam unter den Rechten zwar absolut die meisten Sitze (29; 31,7 Prozent), ihre zukünftige Rolle im Parlament ist aber wegen des schwebenden Austritts des Vereinigten Königreiches unklar. Derzeit wird eine Koalition unter Einschluss der M5S als möglich erachtet.

Der RN ließ in Frankreich mit 23,3 Prozent Präsident Macrons En Marche (22,4 Prozent) hinter sich, liegt allerdings hinter seinem Ergebnis der letzten Europawahlen (24,8 Prozent). 22 Abgeordnete werden den RN nun im EP vertreten.

Auch die **AfD** kann mit elf Sitzen im Parlament rechnen, Vorhersagen sahen sie zeitweise allerdings bei 14 Prozent. Sie gewinnen damit im Vergleich zu 2014 vier Sitze und vier Prozent Zustimmung.

Die österreichische FPÖ verlor sicher aufgrund des Strache-Skandals und wird mit drei Abgeordneten in die ENF Fraktion/Salvini Allianz einziehen. Wurde sie in den letzten Umfragen noch bei 23 Prozent gesehen, erreichte sie nun nur noch 19,7 Prozent.

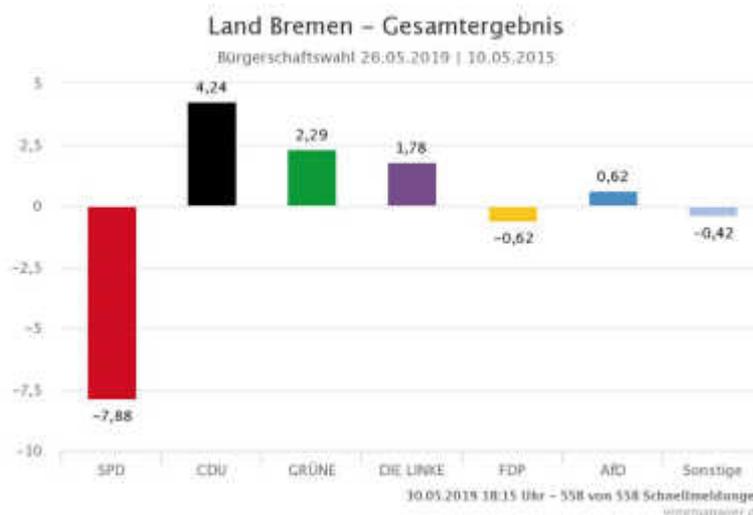
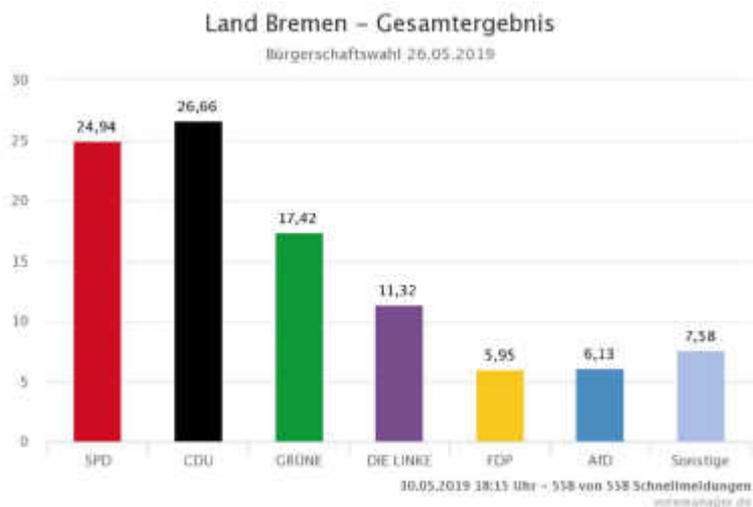
Die spanische Vox lag in den Umfragen teilweise bei acht Prozent, konnte jetzt aber nur 6,2 Prozent und somit drei Sitze erringen.

Die Schwedendemokraten, die belgischen Parteien Neue Flämische Allianz und Vlaams Belang sowie das niederländische Forum für Demokratie errangen jeweils drei Sitze. Die rechtspopulistische PVV von Gert Wilders ging dagegen leer aus.

Die tschechische Freiheit und direkte Demokratie Partei SPD, die Finnenpartei (vormals Echte Finnen), die slowakische L'SNS und die lettische Nationale Vereinigung bekommen jeweils zwei Sitze.

Einen Sitz bekamen jeweils die Dänische Volkspartei, die nordirische DUP, die litauische Partei Ordnung und Gerechtigkeit, die Goldene Morgenröte aus Griechenland sowie EKRE aus Estland.

1.4 Landtagswahl Bremen



Land Bremen – Gesamtergebnis – Sitzverteilung

Bürgerschaftswahl 26.05.2019



10.05.2019 18:15 Uhr - 158 von 158 Schnellwertungen - wahlmanager.de

Gemeinde	Stand	Wahlberechtigte	Wähler	gültig	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Sonstige
Stadt Bremen	492 von 492	392.733	66,42 %		24,93 %	27,23 %	17,65 %	11,77 %	5,98 %	5,55 %	6,89 %
Stadt Bremerhaven	95 von 95	81.370	52,55 %		24,99 %	23,09 %	16,62 %	8,49 %	5,77 %	9,07 %	11,97 %

Die Wahlbeteiligung lag bei 64,04 Prozent, 303 617 Wählerinnen und Wähler nahmen teil (aufgrund des Wahlsystems im Land Bremen sind die Zahl der Stimmen davon unterschieden). DIE LINKE konnte 165 752 (11,32 Prozent) Stimmen erreichen (kombiniert Partei und Kandidat*innen), davon 113 047 für die Partei. Die Spitzenkandidatin der LINKEN Kristina Vogt erreichte 21 481 Stimmen und 44,2 Prozent.

Ihr stärkstes Ergebnis erreichte DIE LINKE im Ortsteil **Bremen Steintor, wo sie 27,1 Prozent** der Stimmen erreichte. In acht Wahlbezirken wurde DIE LINKE **stärkste Partei**, im Wahlbezirk Ostertor02 erlangte sie 30,08 Prozent.

Wahlbezirk	Stand	Wahlberechtigte	Wähler	gültig	SPD	CDU	GRÜNE	DIE LINKE	FDP	AfD	Sonstige
113-02 Ostertor	eingetragen	1.282	53,04 %		16,14 %	10,29 %	29,57 %	31,06 %	3,23 %	1,48 %	8,19 %
311-01 Steintor	eingetragen	801	53,31 %		18,21 %	9,08 %	30,15 %	30,81 %	2,04 %	0,86 %	8,84 %
312-03 Feserfeld	eingetragen	1.282	55,46 %		18,75 %	10,43 %	29,06 %	29,56 %	2,50 %	1,03 %	8,65 %
311-05 Steintor	eingetragen	1.231	51,18 %		16,03 %	7,77 %	35,05 %	29,22 %	2,42 %	1,23 %	8,30 %
314-04 Hulsberg	eingetragen	547	50,46 %		16,58 %	13,28 %	27,38 %	29,18 %	3,45 %	2,85 %	7,30 %
311-04 Steintor	eingetragen	1.163	55,03 %		18,80 %	8,61 %	30,61 %	28,50 %	2,88 %	2,27 %	8,32 %
211-04 Alte Neustadt	eingetragen	1.148	57,58 %		17,08 %	10,43 %	27,24 %	28,16 %	3,00 %	2,75 %	11,33 %
213-02 Neustadt	eingetragen	1.235	53,36 %		18,25 %	12,19 %	28,33 %	27,44 %	3,83 %	1,38 %	8,58 %
113-98 Ostertor I Briefwahl	eingetragen	0			18,73 %	15,03 %	29,10 %	27,12 %	3,76 %	0,79 %	5,46 %
312-04 Feserfeld	eingetragen	1.489	52,12 %		17,13 %	14,80 %	33,60 %	26,82 %	3,35 %	1,15 %	3,16 %
113-03 Ostertor	eingetragen	1.208	55,05 %		17,18 %	14,27 %	32,38 %	26,78 %	3,31 %	0,96 %	5,12 %
311-03 Steintor	eingetragen	1.417	53,21 %		20,28 %	14,43 %	27,06 %	26,76 %	3,52 %	0,46 %	7,47 %

216-03 Buntentor	eingegangen	1.251	55,00 %		22,36 %	12,09 %	26,82 %	26,28 %	2,97 %	1,75 %	7,74 %
311-97 Staintor II Briefwahl	eingegangen	0			17,80 %	12,74 %	32,44 %	26,00 %	2,29 %	1,51 %	7,23 %
312-02 Fesenfeld	eingegangen	1.308	55,58 %		18,80 %	12,20 %	29,68 %	25,94 %	3,82 %	1,69 %	7,87 %
311-02 Steintor	eingegangen	1.098	56,56 %		19,20 %	8,86 %	31,99 %	25,88 %	3,79 %	2,26 %	8,00 %
216-04 Buntentor	eingegangen	1.210	56,51 %		19,87 %	12,53 %	28,97 %	25,66 %	4,46 %	1,47 %	7,03 %
113-05 Ostertor	eingegangen	1.355	45,02 %		22,41 %	11,81 %	27,00 %	25,62 %	3,41 %	2,09 %	7,85 %
312-97 Fesenfeld II Briefwahl	eingegangen	0			20,66 %	15,23 %	26,23 %	25,32 %	3,21 %	2,09 %	7,26 %
433-01 Westend	eingegangen	1.081	55,13 %		26,25 %	15,21 %	18,45 %	25,15 %	2,28 %	3,45 %	9,20 %
434-03 Walle	eingegangen	1.120	46,75 %		21,65 %	17,47 %	16,15 %	25,00 %	3,82 %	7,98 %	7,82 %
313-01 Peterswerder	eingegangen	1.465	56,31 %		19,47 %	14,01 %	30,91 %	24,81 %	3,66 %	1,80 %	5,34 %
312-01 Fesenfeld	eingegangen	1.332	50,00 %		19,33 %	11,91 %	32,13 %	24,50 %	3,61 %	1,38 %	7,14 %
212-03 Hohentor	eingegangen	1.111	49,23 %		22,13 %	13,93 %	22,84 %	24,49 %	3,83 %	3,86 %	9,15 %
311-86 Steintor I Briefwahl	eingegangen	0			17,49 %	13,10 %	29,29 %	23,99 %	3,59 %	2,35 %	10,19 %
212-01 Hohentor	eingegangen	1.081	43,20 %		22,14 %	9,84 %	20,82 %	23,91 %	4,63 %	4,98 %	13,66 %
313-02 Peterswerder	eingegangen	1.215	60,08 %		19,68 %	13,54 %	31,95 %	23,77 %	3,81 %	1,88 %	5,36 %

1.5 Ergebnisse der Kommunalwahl

Bundesland ²	CDU		SPD		AfD		LINKE			Grüne		FDP		
	2019	Gewinne Verluste	2019	Gewinne Verluste	2019	Gewinne Verluste	2019	Gewinne Verluste	Wähler* innen	Gewinne Verluste	2019	Gewinne Verluste	2019	Gewinne Verluste
Baden-Württemberg	28,3	-7,4	14	-3,6	5,5	4,6	2	0,2	77 319	19 864	17,5	5,2	6,2	1,6
Brandenburg	18,3	-6,4	17,7	-6,9	15,9	12	14,1	-6,1	174 000	-22 000	11,1	4,8	4,9	0,9
Hamburg	17,5	-14,6	20,1	-12,3	3,8	-0,4	10,7	0,5	86 000	29 000	35,6	22,9	7,1	2,3
Mecklenb.-Vorp.	25,4	-7,5	16,3	-2,6	14	9,8	16,3	-3,4	128 000	2 000	10,3	4,5	4,3	1
Rheinland-Pfalz	31,1	-7,5	22,6	-7,2	8,3	5,3	3,5	0,3	67 924	12 130	16,1	6,6	6,1	2,0
Saarland	34	-4,3	30	-4,7	8,5	8,5	7,5	0,2	37 451	6 237	11	5,4	4,2	1,8
Sachsen	28,74	-7,6	8,34	-4,3	23,66	17,8	11,21	-7,2	161 000	-137 000	6,12	-1	5,74	0,9
Sachsen-Anhalt	24,6	-9,7	13,7	-4,6	16,4	14,1	15	-6,5	146 000	-39 000	8,4	2,9	5,9	1,5
Thüringen	27,3	-7,7	13,4	-4,9	17,7	17,1	14	-7,9	152 000	-54 000	7,5	2,5	4,8	1,4

² Wahlergebnisse der Kreis- bzw. Stadtratswahlen und Bezirksversammlungen in Hamburg. Auf "000" endende Zahlen eigene Berechnungen zur Schätzung der Anzahl der Wähler*innen wegen Mehrfachstimmen bei Kommunalwahlen. Teils vorläufige Ergebnisse, Stand 6.6.2019, 10 Uhr

<https://www.statistik-bw.de/Wahlen/Kommunal/02045000.tab?R=KR311>

<https://wahlen.brandenburg.de/wahlen/de/presse/~27-05-2019-vorlaeufiges-ergebnis-kommunalwahlen>

https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bezirksversammlungenwahlen/2019/Analyse/Wahlanalyse_2019_Teil_1.pdf

https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2019/kreistagswahl/html/k_99.html

<https://www.wahlen.rlp.de/de/kw/wahlen/kk/ergebnisse/index.html>

https://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/STALA_WAHL_EW_und_KW_2019_vord_Ergebnis.pdf

<https://wahlen.sachsen.de/veroeffentlichungen-downloads-7200.html>

<https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw19/index.html>

<https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2019&zeigeErg=Land>

Einige exemplarische Ergebnisse in ausgesuchten Städten

Baden-Württemberg

Freiburg	6,9	-2,3	(Linke Liste – Solidarische Stadt; neu: Junges Freiburg 3,8)
Mannheim	6,0	-0,2	
Karlsruhe	7,0	+1,0	
Tübingen	11,2	+1,6	(Wählervereinigung Tübinger Linke/DIE LINKE)
Stuttgart	5,3	+0,8	(dazu: SÖS 4,4; -1,0)

Brandenburg

Frankfurt/O.	22,8	-7,8	(stärkste Partei)
Potsdam	18,1	-7,1	
Märkisch Oderland	17,6	-8,1	

Hamburg

Altona	15,7	+1,7	
Mitte	16,7	+2,6	

Mecklenburg-Vorpommern

Rostock	19,9	-6,5	
Schwerin	15,5	-9,1	
Neubrandenburg	22,9	-5,8	
Mecklenb. Seenplatte	17,2	-4,1	

Rheinland-Pfalz

Kaiserslautern	5,5	-1,9	
Trier	6,3	+0,8	
Mainz	5,9	+1,3	
Ludwigshafen	4,5	+0,5	

Saarland

Saarbrücken	10,1	-1,8	
Saarlouis	7,0	+1,6	
Homburg	7,5	+0,2	

Sachsen

Chemnitz	16,7	-7,1	
Leipzig	21,4	-6,1	
Dresden	16,2	-4,7	
Zwickau	14,4	-5,5	

Sachsen-Anhalt

Magdeburg	15,3	-6,9	
Halle	17,8	-6,5	(erneut stärkste Partei)
Altmarkkreis Salzwedel	17,8	-3,3	
Landkreis Harz	17,1	-4,0	

Thüringen

Erfurt	16,5	-5,5
Jena	20,4	-3,6
Gera	18,3	-13,2
Suhl	18,3	-14,3
Eisenach	21,6	-7,7

2. Wahlstrategie

Zur Vorbereitung der Wahlstrategie wurden im Vorfeld Befragungen an Haustüren (n=377), Fokusgruppen (6 Gruppendiskussionen mit je 10 TN) und eine quantitative Telefonbefragung (n= 1012, im Oktober 2018) durchgeführt. Zur Feinsteuerung der Plakatmotive wurden außerdem zwei Gruppendiskussionen und ein Online-Test durchgeführt. Darüber hinaus wurden die regelmäßigen Befragungen des Eurobarometers ausgewertet.

Die Studien zeigten, dass sich Wähler*innen im LINKEN Potenzial für einen europäischen Kurs einsetzen, der konkret empfundene Probleme der EU entschlossen angeht. Das Interesse an Europapolitik war größer als 2014 und im linken Potenzial größer als im Durchschnitt. Die EU ist als Fakt im Alltag der Menschen angekommen, auch ihre Probleme waren gegenwärtig. Die Sicherheit der Wahlentscheidung ein halbes Jahr vor der Wahl lag nur bei 31 Prozent. In den Gruppendiskussionen zeigte sich eine interessiert-distanzierte Haltung gegenüber den Parteien des linken Spektrums. Wahlgründe im Verhältnis (auch: in Abgrenzung) zur politischen Konkurrenz zu geben, war daher besonders wichtig, auch weil die Befragten wenig auf Europa bezogene Politik der LINKEN nennen konnten. Die »Ist-Soll-Spannung« in der Wahrnehmung der EU sollte so aufgenommen werden, dass die Vision eines anderen, sozial gerechten, lebenswerten Europas deutlich wird – verbunden damit, was verändert werden muss und wie das geht. Thematisch waren humane Flüchtlingspolitik, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit die Wahrnehmung, dass sich manche nicht an die Regeln halten müssten wichtige Anliegen im linken Potenzial. Politikvorschläge in den Kernthemen der LINKEN, etwa im Bereich bezahlbaren Wohnraum in der EU schaffen, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, Klimaschutz, hohe Vermögen besteuern und sichere Fluchtwege schaffen im linken Potenzial mit hoher Zustimmung (und höher als in der Summe der Befragten insgesamt), lediglich in der Frage der europäischen Armee waren die linken Befragten ähnlich unentschlossen wie die Gesamtheit der Befragten (51 Prozent dafür).

3. Wahlkampfmaterialien in Zahlen

3.1. Großflächen, Printmaterial, Kleinwerbemittel

Im Europawahlkampf wurden bundesweit 213 484 Themenplakate (A1 und A0 Easyplates und Papier) mit sechs verschiedenen Motiven in unterschiedlich hoher Auflage sowie 23 950 Personenplakate der Kandidat*innen auf den ersten zehn Plätzen ausgeliefert. Insgesamt wurden 1 900 mobile Großflächen und 283 Festnetzflächen von der Bundespartei aufgestellt, in drei Wellen mit unterschiedlichen Motiven. Durch Plakatspenden kamen 110 weitere Großflächen bundesweit hinzu.

3.2. Print außer Plakaten

Das Wahlprogramm wurde in einer Auflage von 70 000 Stück produziert. Das Kurzwahlprogramm wurde in einer Auflage von 2,862 Mio. Stück produziert, als Download war es in 14 Sprachen abrufbar. Ferner wurde das Kurzwahlprogramm in einfacher und leichter Sprache produziert sowie als Audioversion eingesprochen und ein Video in Gebärdensprache zur Verfügung gestellt.

Das zentrale Verteilmaterial war unsere Wahlzeitung mit einer Auflage von 6,55 Millionen Exemplaren. Hierzu wurden neben dem achtseitigen Mantelteil 21 Regionalteile produziert. Ein Landesverband hat in Eigenregie 14 weitere Regionalteile produziert. Die Regionalausgaben waren insbesondere für die Landesverbände mit Kommunalwahlen wichtig, um die Verbindung zwischen Europa- und Kommunalthemen herstellen zu können. Der Rücklauf des Preisrätsels der Wahlzeitung lag bei rund 2 500 Zusendungen.

Die Türhänger mit der Wahlaufforderung wurden in einer Auflage 708 000 Stück Anfang Mai an die Gliederungen als Verteilmaterial für den 48-Stunden-Wahlkampf zur Verfügung gestellt.

Von der Bundespartei wurden 288 730 Personenfolder für die Kandidat*innen auf den Plätzen 1–10 produziert. Für alle Kandidat*innen wurden individualisierte Visitenkarten zur Verfügung gestellt.

3.3. Kleinwerbemittel zur Bundestagswahl

An Kleinwerbemitteln wurden folgende von der Bundespartei finanzierten Formate den Gliederungen zur Verfügung gestellt: 125 000 Kugelschreiber, 20 000 Sonnenbrillen, 100 000 Samentütchen, 250 000 Aufkleberkarten.

Ein Großteil der Landesverbände stockte ihre Bestellungen aus eigenen Mitteln auf bzw. setzte zusätzliche Kleinwerbemittel ein.

3.4. Online und TV, Hörfunk

Online-Wahlkampf ist integrierter Wahlkampf. Er integriert sowohl die Mobilisierung der eigenen Mitglieder und Sympathisierenden, die Information als auch den Dialog und bedient vielfältige Kanäle – Social-Media-Dienste, Messenger-Dienste und die Website.

3.4.1. Social Media

Unser Fokus im Social-Media-Wahlkampf lag auf Facebook, Twitter, YouTube und Instagram. Unsere Social-Media-Strategie folgte dabei unserer Wahlstrategie. Wir kommunizierten unsere Botschaften, mobilisierten zur Mitwirkung im Wahlkampf und griffen, wo es möglich war, den politischen Gegner an. Durch das Video »Die Zerstörung der CDU« durch den YouTuber Rezo, das in der Woche vor der Wahl veröffentlicht und bis zum Wahltag über 10 Millionen Mal aufgerufen wurde, bekam YouTube in der Schlussphase des Wahlkampfes eine besondere Bedeutung. Wir reagierten darauf, nachdem die CDU ihr Antwortvideo nicht veröffentlichte, mit einem eigenen Antwortvideo, das organisch, d. h. ohne Werbung, bis zum Wahltag alleine auf YouTube rund 27 000 Mal (mittlerweile über 40 000 Aufrufe) gesehen und ausgesprochen positives Feedback in der Community erhalten hat.

Zu den Maßnahmen der einzelnen Social-Media-Kanäle:

Facebook

Im Zeitraum 1. April bis 27. Mai wurden unsere Beiträge 9 011 700 Mal angezeigt, dabei haben wir 5 342 377 Menschen erreicht. Insgesamt haben diese Beiträge 487 622 Interaktionen (Reaktionen, Kommentare, Shares) erzielt. Reichweitenstärkster unserer 93 Facebook-Beiträge im Zeitraum war der Wahlsport, der 1 125 157 Menschen (2 583 319 Impressionen) erreicht hat. Auf Platz 2 folgt der Briefwahl-Aufruf, der an 284 338 Menschen (516 264 Impressionen) ausgespielt wurde und auf Platz 3 ein Post zur Drogenpolitik (142 346 Reichweite/211 677 Impressionen). Auf den weiteren Plätzen mit einer Reichweite von über 100 000 Facebook-User*innen folgten: »Unsere Antwort auf Rezo« (115 850), Post zum Tag der Befreiung am 8. Mai (113 925), Motiv zum Thema Seenotrettung »Europa verliert seine Seele« (106 850) sowie ein Beitrag zur Unternehmenserin Verena Bahlsen (100 938 Reichweite).

Die organische Reichweite unserer Posts im Vergleich zu Bundestagswahl hat dabei merklich nachgelassen. Hauptgrund dafür ist der seit 2018 von Facebook veränderte Algorithmus des Newsfeeds, der Seitenbeiträge weniger häufig ausspielt. Bemerkbar machte sich aber auch in den sozialen Medien die im Vergleich zu Bundestagswahl signifikant niedrigere Bereitschaft, aktiv Content

zu teilen. Es bleibt daher eine bestehende Aufgabe, das Bewusstsein in der Mitgliedschaft und dem sympathisierenden Umfeld dafür zu erhöhen, dass das Teilen von Content ein nicht zeitaufwendiger, aber dennoch wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Partei, insbesondere in Wahlkämpfen, ist.

Unser Ziel, weiterhin stärkste demokratische Partei der im Bundestag vertretenen Parteien auf Facebook zu sein, konnten wir erreichen. Dabei konnten wir unsere Follower*innenzahlen leicht von rund 251 000 auf rund 254 000 Follower*innen ausbauen.

Werbung bei Facebook:

Wir schalteten insgesamt 415 zielgruppenspezifische Anzeigen. Wir erreichten dabei 3,2 Mio. Nutzer*innen, wovon gut ein Drittel auf den Wahlspot (480 492 erreichte Nutzer*innen), auf die Bewerbung von Wahlkampfveranstaltungen (384 748) und auf den Briefwahlspot (259 261) entfielen. Bei den restlichen Anzeigen handelte es sich um zielgruppenspezifische thematische Anzeigen, darunter u. a. unsere 5-Punkte-Pläne-Animationen. Im Vergleich zu den anderen Parteien war unser Werbemittelseinsatz bei Facebook dabei allerdings überschaubar. Wir sollten daher prüfen, ob wir unseren Werbemittelmix bei den kommenden Wahlen neu justieren sollten.

Ausgaben der Parteien für Werbung auf Facebook und Instagram vom 27. April bis 26. Mai 2019.



(Vergleich der öffentlich bei Facebook ausgewiesenen Werbeausgaben von netzpolitik.org)

Instagram

Instagram hat in den letzten zwei Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Bei dem bildbasierten Social-Media-Kanal haben wir mittlerweile rund 60 000 Abonnent*innen (Platz 2 im Vergleich der Bundestagsparteien). Bezüglich der Reichweiten und Interaktionen einzelner Posts übertrifft Instagram mittlerweile Twitter und reicht bei einzelnen Posts bereits an Reichweite von Facebook heran, hinsichtlich der Interaktionsrate wird Facebook oftmals auch übertroffen.

Reichenweitenstärkster Post unserer insgesamt 123 Instagram-Beiträge während des Wahlkampfes war »Unsere Antwort auf Rezo« (83 580), gefolgt vom Klima-Parteiencheck zur Wahl (80 588), »AfD plakatiert ‚Diesel retten‘ – DIE LINKE ‚Menschen retten‘« (Jörg Schindler) (75 690), einem Sharepic zum Tag gegen Homophonie (67 290) und einem Sharepic zum Tag der Befreiung (63 748). Bei den Interaktionen steht auf Platz 1 das »Wir sagen Danke«-Sharepic (8 007), gefolgt vom Sharepic zum Tag gegen Homophonie (7 935) und »Unsere Antwort auf Rezo« (7 520). Im Wahlkampf haben wir insgesamt 67 Insta-Stories veröffentlicht, davon die meisten Motive Bilder der Wahltour. Diese wurden den User*innen insgesamt 582 693 Mal angezeigt.

Twitter

Der Reichweitenstärkste unserer insgesamt 375 Tweets mit 80 795 Impressionen und 8 092 Interaktionen war »Unsere Antwort auf #Rezo«, gefolgt vom Tweet zum Statement der 70 YouTuber*innen (56 081 Impressionen/1 813 Interaktionen) und dem Wahlwerbespot (52 108 Impressionen / 1 365 Interaktionen). Die Gesamtreichweite während des Wahlkampfes betrug 3.3 Millionen Impressionen. Auf Twitter begleiteten wir ausgewählte Wahlkampfveranstaltungen (u. a. den Auftakt in Bremen und den Wahlkampfsprint in Berlin) sowie verschiedene TV-Sendungen (Maybrit Illner zur Europawahl mit Katja Kipping, Anne Will mit Martin Schirdewan, den Schlagabtausch der Spitzenkandidat*innen mit Özlem Demirel sowie das Gipfeltreffen der Parteivorsitzenden mit Bernd Riexinger).

Messenger

Auf dem Bundesparteitag in Bonn starteten wir unseren Messenger-Dienst auf den Kanälen WhatsApp und Telegram. Über diesen Messenger-Dienst haben wir im Wahlkampf 14 WhatsApp-/Telegramm-Aussendungen an insgesamt 20 333 Empfänger*innen versandt. Mittlerweile haben wir rund 1 500 Messenger-Abonent*innen. Diese Zahl ist zwar im Vergleich zu anderen Diensten niedrig, allerdings haben unsere Beiträge eine hohe Öffnungsrate und damit Wahrnehmung. Diesen Dienst wollen wir daher über den Wahlkampf hinaus beibehalten und fortentwickeln.

YouTube

In diesem Wahlkampf haben wir insgesamt 50 Videos, vom Wahlkampf-Spot über Kandidatenclips der ersten zehn Kandidierenden auf der Europawahlliste und Animationen zu unseren Fünf-Punkte-Plänen bis zu Videos zu Aktionen und Livestreams von unseren Wahlkampfveranstaltungen. Insgesamt wurden diese Videos 275 470 Mal aufgerufen und den Nutzer*innen 1,2 Millionen Mal zum Ansehen bei YouTube vorgeschlagen. Probleme bereitete uns Google bei der Schaltung von Anzeigen für unseren zentralen TV-Spot in der letzten Wahlwoche, was aber Dank einer öffentlichen Thematisierung noch rechtzeitig vor dem Wahlwochenende beigelegt werden konnte.

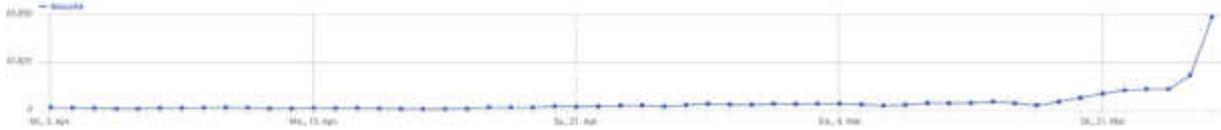
Die zehn reichweitenstärksten Videos im Einzelnen:

Nr.	Video	Minuten	Aufrufe
1.	DIE LINKE: Für ein solidarisches Europa! Unser Wahlwerbespot zur Europawahl 2019	238 697	188 576
2.	Unsere Antwort auf Rezo Video »Die Zerstörung der CDU«	4 796	26 698
3.	Martin Schirdewan: Rede zur Kandidatur für die Europawahl 2019	30 668	11 879
4.	Sahra Wagenknecht: Wahlkampfreden zur Europawahl in Düsseldorf	40 512	6 304
5.	Özlem Demirel (DIE LINKE) - Spitzenkandidatin zur Europawahl 2019	2 610	2 697
6.	Überzeuge andere Menschen davon, DIE LINKE zu wählen!	1 308	2 199
7.	Özlem Alev Demirel - Spitzenkandidatin zur Europawahl 2019 stellt sich vor	1 171	1 951
8.	Martin Schirdewan - Spitzenkandidat zur Europawahl 2019 stellt sich vor	1 662	1 925
9.	Murat Yilmaz - Kandidat zur Europawahl 2019 stellt sich vor	1 072	1 730
10.	Ali Al-Dailami - Kandidat zur Europawahl 2019 stellt sich vor	1 110	1 665

3.4.2. Website

Für den Wahlkampf richteten wir eine eigene Unterseite zur Europawahl ein, die auch direkt über die Vorschaltseite der Startseite sowie über einen Navigationsreiter der ersten Ebene erreichbar. Insgesamt besuchten in der Wahlkampfphase unsere Website mindestens 376 062 Besucher*innen, die insgesamt 950 768 Seiten aufriefen.³ Über die Hälfte (517 438) der Zugriffe erfolgte dabei auf unsere Europawahlseite. 180 324 entfielen davon auf unsere Wahlprogramm-Seite, rund 131 000 auf die Seite unserer Europa-Wahlliste und 84 337 Aufrufe auf unsere Kurzwahlprogramm-Seite.

Signifikant ist, dass fast 10 Prozent (83 650) der Besucher*innen am Wahlsonntag auf unsere Website zugriffen. Zudem ist ein signifikanter Anstieg der Zugriffe auf unsere Website in der letzten Woche vor der Wahl festzustellen.



*(Verteilung der Besucher*innen auf unserer Website zwischen am 3. April und 26. Mai 2019)*

Die wichtigsten Download-Dokumente während des Wahlkampfes waren:

1. Europawahlprogramm: 15 059 Downloads
2. Einfache Sprache: 2 784 Downloads
3. Leichte Sprache: 2 203 Downloads
4. Audio-Version, komplett: 292 Downloads
5. 5-Punkte-Pläne: 414 (davon Klimaschutz: 223)

Barrierefreiheit: Auf der Website haben wir unser Wahlprogramm als Audiodatei und unser Kurzwahlprogramm in einfacher und leichter Sprache angeboten. Unser Kurzwahlprogramm wurde zudem in Gebärdensprache übersetzt und die Videos auf der Website zur Verfügung gestellt.

3.4.3. TV-Spot

Unser 90-sekündiger TV-Spot wurde in ARD und ZDF insgesamt achtmal ausgestrahlt.⁴ Sat.1 Bayern stellte uns zudem insgesamt 140 Sekunden für die Ausstrahlung zur Verfügung. Um diese Sendezeit optimal auszuschöpfen, produzierten wir eine gekürzte 70-Sekunden-Fassung. Diese Fassung wurde zweimal ausgestrahlt. Unser Hörfunk-Spot wurde im WDR, NDR, SWR und Deutschlandradio insgesamt 16-mal ausgestrahlt.

3.4.4. Online-Werbung

Neben Werbung in den sozialen Netzwerken schalteten wir Online-Bannerwerbung auf verschiedenen Websites, u. a. auf www.taz.de, www.freitag.de, www.superillu.de, www.emma.de, www.queer.de, www.siegessäule.de und www.heise.de. Insgesamt wurden die Banner 2 110 939 Mal ausgeliefert (Impressions).

3.5. Veranstaltungen

Für den Europawahlkampf wurden 6 Großbühnenveranstaltungen, 45 Kleinbühnenveranstaltungen (KBV) mit dem Eventtrailer, der Europakonvent, die Rheinmetall-Aktion, sowie die Wahlparty umgesetzt. Wir waren damit in 45 Städten und hatten in jedem Bundesland mindestens eine Veranstaltung. In knapp 30 Tagen hat das Team Veranstaltungsmanagement 54 Veranstaltungen

³ Benutzer*innen, die einen Ad-Blocker nutzen, sind dabei nicht erfasst. Es ist daher davon auszugehen, dass die realen Besucherzahlen und Seitenaufrufe noch etwas höher lagen.

⁴ ARD: 3.5., 21:58 Uhr, 8.5., 23:28 Uhr, 13.5., 22:43 Uhr, 24.5., 17:53 Uhr;
ZDF: 29.4., 19:20 Uhr, 7.5., 23:10 Uhr, Freitag, 17.5., 17:05 Uhr, 23.5., 17:55 Uhr.

umgesetzt. Jede im Vorfeld geplante Veranstaltung konnte stattfinden. Lediglich zwei Veranstaltungen (Trier und Braunschweig) wurden im Vorfeld bereits abgesagt. Wir haben im gesamten Bundesgebiet (7 000 km Route) Präsenz gezeigt. Die meisten Besucher*innen waren in Bremen, Nürnberg, Halle und Berlin zu verzeichnen. Die Anzahl der Teilnehmer*innen waren unabhängig von der Größe der Bühne. Entscheidend ist das Bühnenprogramm und die Mobilisierungsstärke vor Ort gewesen.

Im Großen und Ganzen wurde sich von den Genoss*innen vor Ort für zentrale Plätze in der Stadt entschieden, was in strukturärmeren Regionen sinnvoll war. Wir haben es trotzdem auch geschafft an sozialen Brennpunkten präsent zu sein, und unsere Veranstaltungen dort durchzuführen.

Die Umsetzung der Tour wäre ohne die engagierte Arbeit der Genoss*innen vor Ort nicht möglich gewesen. Sie hatten die Aufgaben im Vorfeld zu mobilisieren, die KBVs zu moderieren und im besten Fall inhaltlich mitzugestalten (beispielsweise durch die Einladung einer regionalen Initiative). Die Zusammenarbeit mit unseren technischen Dienstleistern, die die ganze Tour begleiteten, war sehr gut. Das produzierte Außenbild mit dem Wohnmobil und der Anhängerbühne kam gut an. Das Format wurde im Vergleich zu dem großen Eventtruck vom Bundeswahlkampf als sympathisch und angenehm wahrgenommen.

Insgesamt waren zu häufig zu wenige Besucher*innen vor Ort. Das war häufiger vormittags der Fall – aber mitunter auch bei Großbühnenveranstaltungen. Hauptgrund hierfür ist vermutlich ein allgemein niedriges Interesse an Europawahlkampfveranstaltungen (aller Parteien). Weitere Faktoren waren sicher, wie gut im Vorfeld vor Ort mobilisiert werden konnte oder dass beispielsweise in vielen Städten vormittags weniger Publikumsverkehr war. Es war nicht immer besonders leicht für die Redner*innen, die Moderation und die Musiker*innen vor einem Duzend Zuhörenden zu performen – umso motivierender war es in Bremen vor 1 000 oder in Halle vor 400 Menschen zu sprechen.

Viele der Veranstaltungen, selbst wenn sie weniger gut besucht waren, haben vermutlich einen positiven Empowerment-Effekt auf die Genoss*innen vor Ort. Das Aufwerten der Veranstaltungen durch große Elemente, die auffallen (Mietenhai, Pflegekraft, Popcorn) war eine richtige Entscheidung. Die Veranstaltungen waren dadurch attraktiver und gaben einen größeren Anreiz für Schaulustige. Wir haben viel positives Feedback erhalten. Dennoch stellt sich die Frage, ob der hohe finanzielle und organisatorische Aufwand im Verhältnis zu den erreichten Effekten steht. Die Arbeitsbelastung während der Tour ist sehr hoch. Die alltägliche Büroarbeit musste in Pausen, während der laufenden Veranstaltungen oder spät abends im Hotel erledigt werden.

Es stellt sich daher insgesamt die Frage, ob man sich beim nächsten Europawahlkampf beispielsweise auf fünf große Veranstaltungen, verteilt im ganzen Bundesgebiet konzentriert. So werden immer Bilder mit vielen Besucher*innen erzeugt und es besteht eine bessere Chance auf ein positives Aufbruchssignal. Parallel dazu könnten die Landesverbände mit klassischen Infoständen dafür sorgen, dass wir wieder an vielen Orten Präsenz zeigen. Das kostet vergleichsweise wenig und auch der organisatorische Aufwand ist eher gering. Des Weiteren könnten die fünf Z-Veranstaltungen von Kommunikationsguerilla-Aktionen begleitet werden, um mediales Aufsehen zu erzeugen und direkt auf Missstände hinzuweisen.

Die große Anzahl der Tour-Events und der parallel stattfindenden Veranstaltungen (Konvent, Wahlparty usw.) wurden vom Bereich Eventmanagement organisiert. Auf der Tour selbst bekamen wir Unterstützung aus der Bundesgeschäftsstelle, für die wir uns bei allen Beteiligten bedanken wollen. Für kommende Wahlkämpfe geben wir die dringende Empfehlung den Bereich Eventmanagement personell aufzustocken, damit auch die Planung im Vorfeld mehr verteilt werden kann.

3.6. inhaltliche Abfragen

Zur Europawahl wurden etwa 166 **Wahlprüfsteine** mit durchschnittlich 9 Fragen beantwortet und veröffentlicht, darunter ca. 10 **Wahl-O-Maten** mit bis zu 100 Fragen. Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung wurde fristgerecht und umfangreich beantwortet (81 Fragen, die nur zum Teil veröffentlicht wurden). Hinzu kamen zahlreiche inhaltliche Ausarbeitungen für Namensbeiträge u. ä. der Kandidierenden.

Battlecards wurden (z. T. auf Anfrage der Kandidierenden) erarbeitet zu den Themen: Europäische Arbeitslosenversicherung, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Entsenderichtlinie, Mindestsicherung / Armutssicherung, Kindergeld, Jugendarbeitslosigkeit, Krankenpflege, Altenpflege, Rente, bezahlbares Wohnen, Konzerne besteuern, Rüstungsexporte, PESCO, Verkehrswende, Kohleausstieg, Landwirtschaft, Uploadfilter und schnelles Internet.

Darüber hinaus wurde eine umfangreiche **Synopse** der **Wahlprogramme** der Konkurrenz und Gegner der LINKEN (im Verhältnis zum LINKEN Wahlprogramm) erstellt.

Die Argumentationshilfe **Auf den Punkt gebracht** wurden erstellt zu den Themen Sozialstaats-Konzept der SPD und Enteignung und bezahlbares Wohnen in Europa.

Entsprechend den vereinbarten Kernthemen wurden im Verlauf des Wahlkampfes **Politikpläne** für gute Arbeit in Europa, bezahlbares Wohnen, friedliches Europa. Sofortprogramm für gute Pflege, Klimagerechtigkeit, Zukunftsplan Ost und Konzerne zur Kasse erarbeitet.

Ein merkliches Mehraufkommen an **Bürgermails, -telefonaten und -briefen** konnte erst festgestellt werden, nachdem der Wahlkampf Ende April an Fahrt aufnahm und vor Ort Material verteilt wurde. Allerdings blieb das Interesse gering – vom 8. April bis zum Wahltag gab es gerade einmal 128 Anfragen zu Wahlthemen. Inhaltlich ließ sich kein dominantes Thema feststellen – insbesondere keine verstärkten Nachfragen zu dem den Wahlkampf laut Umfragen dominierenden Thema Klima. Wie zu Zeiten außerhalb des Wahlkampfes stellten die Bürger*innen Fragen zu Themen wie Rente, Hartz IV und Zuwanderung oder rund um innerparteiliche Konflikte.

3.7. Mediale Widerspiegelung

Thematisch war der Wahlkampf von zwei Themen dominiert. Zum einen war das sich abzeichnenden Erstarken der Rechtspopulisten ein Thema, das sowohl in der Presse als auch über verschiedene Großveranstaltungen immer wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückte. Zum anderen dominierte das Thema Klima, bzw. der Klimaschutz.

Auch dieses Thema wurde sowohl von den Medien als auch von Bewegungen in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Den Parteien ist es nur bedingt gelungen, eigene Themen zu setzen. So zum Beispiel in der Wohnungspolitik im Fahrwasser der »Deutsche Wohnen enteignen« Debatte und mit der Eigentumsfrage im Fahrwasser der Kühnert-Debatte.

Der Wahlkampf aller Parteien wurde immer wieder als inhaltsleer und unambitioniert kritisiert. Innerhalb dieser Kritik wurde DIE LINKE für den Versuch gelobt, eigene thematische Schwerpunkte zu setzen.

Die Zusammenstellung unseres Europaprogrammes in thematische Papiere (5 Punkte Pläne) haben wir erfolgreich an verschiedenen Zeitungen vermitteln können. Hier ist es uns gelungen unsere konkreten Forderungen in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Diese Beiträge erfuhren aber, wie viele andere erfolgreich platzierte Beiträge, wenig virale Verbreitung.

Insgesamt war der Europawahlkampf medial kein ganz einfaches Feld. Wenngleich in Bezug auf den erstarkenden Rechtspopulismus immer wieder die Frage nach sozialer Gerechtigkeit gestellt wurde, ist es wenig gelungen, unsere Antworten auf europäischer Ebene sichtbar zu platzieren.

Insbesondere für die mediale Positionierung als Opposition gegen die AfD war es für DIE LINKE hinderlich, dass Grüne und AfD sich frühzeitig als Pole in dieser Debatte positioniert hatten, mit expliziten Bezügen aufeinander. Neben dieser Konstellation wurde DIE LINKE als unentschieden oder uneinheitlich wahrgenommen. Diese Wahrnehmung war kein Resultat des Europawahlkampfes, sondern hatte sich bereits vorher im Verlauf des Konfliktes zwischen Fraktionsvorsitzenden und Parteivorsitzenden entwickelt.

Explizite Angriffe von außen hat es auf die Partei praktisch nicht gegeben. Die gelegentlich von Wahlkämpfer*innen berichtete Wahrnehmung der Partei als uneindeutig in ihrem Bekenntnis zu Europa ist medial nicht dominant wiedergegeben worden.

Die beiden Spitzenkandidat*innen waren medial in unterschiedlichsten Formaten und mit hoher Frequenz präsent. Sowohl in Debatten als auch in Interviews ist es dabei immer wieder gut gelungen, unsere Visionen für Europa inhaltlich zu verdeutlichen. Sowohl Martin Schirdewan als auch Özlem Demirel konnten dabei die Themen Klima und Migration/Opposition zum Rechtspopulismus gut platzieren. Erwartungsgemäß war es aber nicht möglich, das Image der Partei in den Wochen des Wahlkampfes zu klären, das hätte deutlich früher angegangen werden müssen.

4. Wahlkampf in der Umsetzung

4.1. Kandidierendenbetreuung

Für die 22 Kandidierenden zur Europawahl wurde ein zentraler Kandidierenden-Service zur Unterstützung eingerichtet.

Der Kandidierenden-Service versendete ab Anfang März an alle Kandidatinnen und Kandidaten regelmäßig die »Kandidierenden-Info« per E-Mail, um Materialien zur Wahlkampagne, die verschiedenen 5-Punkte-Pläne, Argumentationshilfen wie Battlecards, sowie Musterantworten für Kandidaten-Checks und Wahlprüfsteine oder organisatorische Hinweise zu verbreiten. Insgesamt erhielten die Kandidierenden 14 »Kandidierenden-Infos«.

Neben der Information der Kandidierenden lag der Schwerpunkt der Arbeit des Kandidierenden-Service auf inhaltlichen Hilfestellungen und Zuarbeiten auf Anfrage, wobei für die Spitzenkandidatin ein eigenes Team für die Koordination ihrer Unterstützung zuständig war. Knapp 50 bearbeitete Anfragen wurden vom Kandidierenden-Service erfasst, darunter auch Anfragen von Genoss*innen, die selbst nicht kandidierten, aber Wahlkampftermine wie Schuldiskussionen wahrnahmen. Überwiegend benötigten die Kandidierenden Antworten für Wahlprüfsteine und inhaltliche Unterstützung für Podiums- oder Schuldiskussionen.

Problematisch für die Recherche des Kandidierenden-Service und die Kandidierenden selbst war, dass die Antworten auf die Wahlprüfsteine erst eine Woche vor der Wahl auf der Webseite veröffentlicht wurden. Zwar konnten die Kandidierenden zuvor auf die Wahlprüfsteine im Kandidierenden-Portal zugreifen, dort stand allerdings im Gegensatz zur Webseite keine Volltextsuche oder Filterfunktion zu Verfügung. Verbessert werden kann in Zukunft auch die Information der Kandidierenden, über die Versendung der Wahlprüfsteine, die sie zur Beantwortung weitergeleitet haben. Dazu sollte bei der Bundestagswahl ein klares Verfahren zwischen dem Kandidierenden-Service und dem Team der Wahlprüfsteine abgestimmt werden.

Auf der Webseite unserer Partei wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten mit ihrem eigenen Webprofil präsentiert. Dieses Profil umfasste für alle Kandidierenden den Namen, den Listenplatz, Kontaktdaten und ein Foto, das professionell von allen Kandidierenden auf dem Parteitag gemacht wurde. Für die ersten Listenplätze wurde zudem der Text von den Kandidierenden-Flyern zur Ansprache an die Wähler*innen verwendet, während die Kandidierenden ab Platz 11 selbst einen kurzen Text mit ihren politischen Schwerpunkten verfassen sollten. Außerdem konnten die Kandidierenden ihr Profil um Angaben zur ihrer Person und ihrem politischen und beruflichen Werdegang ergänzen. 19 Kandidierende verfügten über ein vollständiges Profil auf der Webseite.

Der Kandidierenden-Service beobachtete außerdem auch die Anfragen von Bürger*innen auf Abgeordnetenwatch kontinuierlich und nahm mit Kandidat*innen, bei denen Fragen länger unbeantwortet blieben, Kontakt auf und bot ihnen Hilfe an. Insgesamt waren mit 64 Fragen nur wenige Fragen für LINKE-Kandidat*innen zu verzeichnen, davon wurden 54 bzw. 84 Prozent beantwortet.

Als problematisch für die Arbeit des Kandidierenden-Service hat sich neben der späten Veröffentlichung der Wahlprüfsteine (wieder) die späte personelle Unterstützung erwiesen. Obwohl in der Anfangszeit, d. h. spätestens mit dem Europaparteitag, der organisatorische Aufwand besonders hoch war, kam dauerhafte Unterstützung erst ab April 2019. Bei zukünftigen Wahlkämpfen muss die

Unterstützung frühzeitig geklärt und auch für die Vorbereitungs- und Anfangszeit des Kandidierenden-Service gewährleistet sein.

Mit der letzten Kandidierenden-Info wurde nicht nur ein Dankeschreiben des Wahlkampfleiters und Bundesgeschäftsführers an alle Kandidierenden versendet, sondern auch der Zugang für eine Online-Befragung der Kandidierenden. Auf Grundlage der Ergebnisse der Online-Befragung wird noch eine ausführliche Auswertung des Kandidierenden-Service erstellt.

4.2. Linksaktiv/ Aktivenwahlkampf

Der Schwerpunkt im Rahmen des Europawahlkampfes lag auf fünf Aspekten für die Aktivierung:

- Zeitungs- und Materialversand an Mitglieder/Sympathisant*innen, die nicht in Wahlkampfstrukturen eingebunden sind,
- Telefonaktionen zur Mobilisierung/Aktivierung von Sympathisant*innen sowie die Betreuung unserer Servicehotline für Interessierte,
- Unterschriftensammlung/Kontaktgenerierung mittels Petitionen (z. B. Aufruf für ein anderes Europa),
- Hilfestellungen bei den örtlichen Wahlkampfstrukturen/Handreichungen für lokale Wahlkämpfe
- Spendensammlung und Mitgliedergewinnung.

Grundsätzlich ließ sich feststellen, dass die Gesamtmobilisierung und die Rückmeldungen auf sehr niedrigem Niveau spielten, was die schwere Mobilisierbarkeit des LINKEN-Umfeldes im Europawahlkampf belegt. Die personelle Ausstattung des Linksaktiv-Teams blieb mit vier Personen deutlich unter dem Plan und damit den Möglichkeiten zurück.

Im Rahmen des Europawahlkampfes wurde die Datenbank (vTiger) für das Projekt Linksaktiv erneuert. Hierzu mussten eine Reihe von Programmierungen am System vorgenommen werden um die Datenbank für Endnutzer*innen komfortabler und einfacher zu gestalten. Die eigentliche Bewerbung von Linksaktiv erfolgte daher zu einem relativ späten Zeitpunkt. Die E-Mail-Vorlagen in der Linksaktiv-Datenbank wurden vollständig auf HTML umgestaltet. Aufgrund neuer Funktionen konnten einzelne Arbeitsabläufe (Begrüßungsmail, Zuordnung zu Kreisverbänden) automatisiert werden.

In der Summe haben alle 16 Landesverbände sowie 150 Kreisverbände Zugang zur Datenbank erhalten. Damit konnten in der Vorbereitungsphase die Zugänge deutlich gesteigert werden. Hierzu wurden die Kreisverbände abtelefoniert.

Die Bewerbung von Linksaktiv erfolgte über eine eigene URL mit einem Registrierungsformular und über Webseiten und Social-Media-Kanäle. Landes- und Kreisverbände wurden angehalten, über die eigenen Kanäle ebenfalls zu werben. Auf der Bundesebene wurden Abfragen zum Wahlkampf-Mitmachen und Zeitungsbestellungen gemacht. Dabei wurde erstmals nach dem Prinzip des Micro-Targeting verfahren. Die vorhandenen 23 627 Datensätze wurden in 116 Gruppen aufgeteilt um eine individuelle, nach Interessen und Zugehörigkeiten sortierte, Ansprache zu ermöglichen. Mittels eines Response-Tool konnten so die Rückmeldungen direkt in die Datenbank eingespielt werden. Von den 23 000 Datensätzen haben 3 956 Mitglieder der LINKEN sowie 4 181 Nicht-Mitglieder angegeben, im Wahlkampf mitmachen zu wollen. Von diesen Personen haben 268 Nicht-Mitglieder und 203 Mitglieder Wahlkampfzeitungen bestellt. Die bestellte Gesamtauflage hierzu betrug 213 905 Exemplare. Das blieb jedoch weit unter den geplanten Zahlen zurück und deutet auf eine deutlich schwächere Mobilisierung im Sympathisant*innenumfeld der LINKEN zur Europawahl.

An die Personen aus der Datenbank wurden im Zeitraum 23. April bis 25. Mai 11 E-Mails versendet. Inhaltlich wurden die 5x5-Papiere, die zu verbreitenden Kopiervorlagen sowie die Aktions- und Mitmachvorschläge versendet. Dazu kamen Spenden- und Mitglied-werden-Aufrufe sowie – allerdings an alle Mitglieder gerichtet – Aktionsvorschläge für den Wahlkampfendspurt. Neues Element war eine Onlinepetition für Konzernbesteuerung, die jedoch nicht den gewünschten Effekt brachte. Die Öffnungsraten der in den Mails enthaltenen Links betrugen zwischen 2,04 und 8,08 Prozent. Desto konkreter das Angebot in den E-Mails, desto höher lag die Klickrate. Neben den aktivierenden E-Mails

wurden die Truck-Tour-Termine über Linksaktiv beworben. Zu jedem Termin gab es eine Einladung für die jeweilige Stadt/Region, insgesamt 44 E-Mails. Operativ wurden vom Linksaktiv-Team Aktionen zu Frieden, Konzernbesteuerung und Miete vorbereitet und durchgeführt. Telefonaktionen zur Mitglieder-mobilisierung wurden nur zusammen mit dem LV Bremen durchgeführt (mehr wurden aus den Landesverbänden nicht abgefragt).

In den Kreisverbänden wurde die Datenbank sehr unterschiedlich genutzt: Während vor allem schwächere Kreisverbände diese kaum nutzen, haben andere KV's die passiven und Nicht-Mitglieder zu ihren Wahlkampftreffen eingeladen und in den Wahlkampf eingebunden. Eine detaillierte Auswertung zusammen mit den Kreisverbänden ist in Arbeit. Die extra für Linksaktiv-Verantwortliche eingerichtete Telefon-Hotline wurde allerdings nur selten genutzt.

Für die Vorbereitung von Aktionen als Vorschläge für die Wahlkampfstrukturen bedarf es auch in der Planung eines größeren Vorlaufes. Musteraktionen müssen mindestens einen Monat vor Beginn der »heißen« Phase für die Kreisverbände zur Verfügung gestellt werden. Das Instrument der Telefonmobilisierung sollte in Zukunft noch stärker bei den Landesverbänden beworben werden.

4.3. Haustürwahlkampf

Der Haustürwahlkampf wurde zur Bundestagswahl 2017 als Kernbestandteil des Wahlkampfes erfolgreich etabliert. Zur Europawahl 2019 wurde darauf aufgebaut und die Praxis weiter in der Partei verankert. Während zur Bundestagswahl in 28 Städten/Kreisverbänden Einsätze stattfanden, waren es zur Europawahl mindestens 56 Gebiete.⁵ Zum Abgabezeitpunkt dieses Papiers lagen erst aus 26 Einsatzgebieten Detailzahlen vor, in der Summe gab es an 39 Tagen Haustüreinsätze bei denen im Schnitt 4,5 Genoss*innen an 104 Türen geklopft und 35 Gespräche geführt haben. Die »Positiv für die LINKE Quote« lag dabei bei ca. 55 Prozent. Es fanden in 15 Bundesländern (mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern) Aktivitäten statt. Außerdem wurden Haustürwahlkämpfe nicht nur in urbanen Zentren geprobt sondern stärker auch in kleineren Städten im ländlichen Raum. In neun weiteren Städten waren Einsätze geplant, die aufgrund von Überlastung der lokalen Aktiven nicht zustande kamen. Denn leider konnte die Bundesgeschäftsstelle erst sehr spät (Personalunterstützung drei Monate später als geplant) Unterstützung bei Haustürwahlkämpfen anbieten, so dass parallel zu den herkömmlichen Wahlkampfaktivitäten wie dem Plakate aufhängen und der Wahlmaterialverteilung auch die Haustürwahlkämpfe stattfanden. Von den Kreisverbänden wurden 530 Taschen, 570 Klemmbretter und 11 000 Türanhänger abgerufen. Alle digitalen Arbeitsmaterialien, die bereits zur Bundestagswahl im Einsatz waren, wurden aktualisiert, die Leitfäden diversifiziert. Es gab Leitfäden zur Europa-, zur Kommunalwahl und regionalisierte Leitfäden in Berlin, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen. Aus dem Arbeitsbereich der Bundesgeschäftsstelle wurden sechs Schulungsveranstaltungen und Workshops organisiert. Ein bundesweites Auswertungsseminar fand am 22./23.6.19 in Düsseldorf statt.

In der Partei gibt es ein inzwischen flächendeckendes und wachsendes Interesse an der Haustürarbeit. Gleichzeitig erschöpfen sich die Möglichkeiten der Organisationsentwicklung, so lange die zusätzliche Stelle zur Haustürarbeit in der Bundesgeschäftsstelle nur wenige Monate vor einer Wahl eingerichtet wird. Bildungsangebote zur organisierenden Ansprache und Praxistrainings müssen zwischen Wahlkämpfen organisiert werden, damit sie in den »heißen Wahlkampfphasen« eine Rolle spielen, da in diesen die Belastung für die Genoss*innen vor Ort am höchsten ist. Zudem erhöht sich die Qualität der Ansprache, wenn diese mit regionalen Konflikten verbunden wird. Doch auch für diese Detailarbeit braucht es eine längere Vorlaufzeit.

4.5. Qualifizierung

Der Bereich Politische Bildung konnte in nahezu allen Landesverbänden (LV) mindestens ein Bildungsangebot durchführen. Einige LV fragten die Bildungsangebote auch mehrmals nach. Insgesamt

⁵ Für eine bessere Vergleichbarkeit zählen Hamburg, Bremen und die Berliner Bezirksverbände als »Gebiet«. In beiden Fällen kann die Anzahl der stattgefundenen Einsätze aufgrund noch fehlender Rückmeldung höher sein.

konnten wir so insgesamt 285 Genoss*innen auf 20 Seminaren für den Wahlkampf weiterbilden, darunter 117 Kreiswahlkampfleiter*innen und 139 Kommunkandidat*innen. Die Nachfrage bei den Basisgenoss*innen war sehr hoch, teilweise höher als die Bundesgeschäftsstelle bearbeiten konnte.

*Kreiswahlkampfleiter*innenseminare* fanden in Thüringen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern statt. *Kandidat*innenschulungen* wurden in Brandenburg (Landtagskandidat*innen), Bremen (2x), Hamburg, Sachsen-Anhalt und in Baden-Württemberg (2x) durchgeführt. Außerdem gab es eine *Schulung für EU-Kandidat*innen* im Karl-Liebknecht-Haus. Das Seminar *Aktiver Wahlkampf vor Ort* führten wir in Niedersachsen als Ganztagesseminar durch, sowie einzelne Lerneinheiten daraus beim EU-Wahlcamp in Berlin und dem Kommunalpolitischen Forum Brandenburg. Zudem gab es ein *Mapping-Seminar* in Thüringen.

Alle Seminare – ausgenommen das Mappingseminar – waren gut besucht mit 15 bis 20 Teilnehmer*innen. Dabei stechen NRW mit 45 Teilnehmer*innen (TN) hervor, sowie eine Kandidat*innenschulung in Baden-Württemberg mit 30 TN.

Gänzlich eigenständige Bildungsangebote durch Strukturen vor Ort konnten in Sachsen und Hessen angeboten werden. Hier ist beim nächsten Mal eine engere Absprache sinnvoll, damit der Bereich Politische Bildung nachvollziehen kann, welche Seminare stattfinden.

Die zwei geplanten Seminare in Rheinland-Pfalz mussten aufgrund kurzfristiger Erkrankung abgesagt werden, was nicht zuletzt aufgrund der hohen Anmeldezahlen (jeweils rund 20 Anmeldungen) schwer ins Kontor schlägt. Hier machte sich der geringe Personalbestand im Bereich Politische Bildung bemerkbar, da aufgrund anderer Einsätze kurzfristig kein Ersatz gefunden werden konnte. Wir bemühen uns, die ausgefallenen Seminare nachzuholen.

Lediglich im Saarland gestaltete sich die Kontaktaufnahme als sehr schwierig, weshalb wir uns entschieden, saarländische Genoss*innen zu den Seminaren in Rheinland-Pfalz einzuladen. Rückmeldungen dazu sowohl von möglichen TN oder aus der Landesgeschäftsstelle (LGS) kamen aber nicht.

Vorbereitung

Die jeweiligen Landesgeschäftsstellen und Landesbildungsstrukturen organisierten Seminarort und Verpflegung. Die Kosten für die Seminare wurden über den zentralen Wahlkampffonds durch die Bundesgeschäftsstelle getragen.

Anfang bis Mitte November 2018 begann die Bewerbung der Bildungsangebote zum Wahlkampf. Hier und da musste Überzeugungsarbeit geleistet werden, insbesondere die Kostenfrage und die Skepsis gegenüber dem Interesse der Basismitglieder an diesen Seminaren standen hier im Vordergrund. Die Seminare für Kreiswahlkampfleiter*innen wurden tendenziell zu spät angefordert. Ziel sollte es sein, 3 Monate vor der Wahl alle Kreiswahlkampfleiter*innenschulungen durchgeführt zu haben.

Bildungsmaterial

Der Bereich Politische Bildung erstellte einen Bildungsbaustein »Einwände am Infostand« zur Europawahl: <https://www.die-linke.de/partei/politische-bildung/bildungsbausteine/bildungsbaustein-zur-eu-wahl/>

Das Material wurde in den Seminaren als Handreichung mitgegeben und via E-Mail und Social Media verteilt.

Rückschlüsse für die zukünftige Arbeit

Bei den *Kandidat*innenschulungen* besteht ein großer Bedarf der TN an vertieften Argumentationstrainings, sowie an rhetorischen Stilmitteln und öffentlichem Auftreten. Des Weiteren besteht hohes Interesse an Öffentlichkeitsarbeit und sozialen Medien. Hierzu müssen die quer durch die LV vorhandenen Kompetenzen vernetzt und ausgebaut werden. Dabei bietet sich eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Bereich Bürgerdialog, Medien und Öffentlichkeitsarbeit an. Schließlich wurde mehrfach der Wunsch nach Seminaren für die kommunalpolitische Arbeit geäußert.

Bei den *Kreiswahlkampfleiter*innenseminaren* besteht ein großer Bedarf im Bereich der Mitglieder-gewinnung und -aktivierung. Dies betrifft insbesondere Flächenlandkreise und kleinstädtische Kreisver-bände. Wie aktive Parteiarbeit auch in der Fläche bei dünner Personaldecke gestaltet werden kann, sollte in Zusammenarbeit mit dem Bereich Kampagnen und Parteientwicklung, den Landesgeschäfts-stellen sowie Landesbildungsstrukturen diskutiert werden. Des Weiteren braucht es Angebote, wie der Wissenstransfer und das institutionelle Gedächtnis gerade bei mitgliederschwachen Kreisverbänden mit vielen neuen Mitgliedern und hoher Fluktuation verbessert werden kann.

Aus diesen Eindrücken ergeben sich folgende Weiterbildungsbedarfe aus Sicht des Bereichs Politische Bildung, die in Zusammenarbeit mit den LV und Landesbildungsstrukturen entwickelt werden müssten:

Argumentationstechniken/Rhetorik:	Hohe Priorität
Kommunalpolitik für Einsteiger*innen:	Hohe Priorität
Mitgliederentwicklung/-aktivierung:	Mittlere Priorität
Öffentlichkeitsarbeit/Social Media:	Mittlere Priorität
Mapping:	Mittlere Priorität

Eine Kernaufgabe des Bereiches ist der weitere Aufbau der Landesbildungsstrukturen und die Verbreiterung des Netzes von Multiplikator*innen und Teamenden, die den LV längerfristig zur Verfügung stehen. Das Ziel sollte sein, bis zur nächsten Bundestagswahl die Zahl der eigenständig durchgeführten Wahlkampfbildungsseminare in den LV signifikant zu erhöhen. Dies erfordert die Unterstützung, den Aufbau und eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Bereich Politische Bildung, den LV und Landesbildungsstrukturen auch zwischen den Wahlkämpfen.

5. Wahlkampforganisation

5.1. Wahlkampfleitung, WahlQuartier

Zur operativen Wahlkampforganisation und zur Entscheidungsvorbereitung für den Bundeswahlkampf-leiter und die Parteivorsitzenden wurde ein Wahlstab eingerichtet, in dem unter Leitung des Wahl-kampfleiters die Mehrheit der Bereichsleiter*innen, die Pressestelle, die Vorsitzendenbüros sowie die Kreativagentur und die Produktionsagentur sich 14-tägig oder wöchentlich berieten.

In der Bundesgeschäftsstelle wurde der Switch in den Wahlkampf durch einige räumliche Veränderun-gen – u. a. Konzentration der operativen Wahlkampfleitung in der 3. Etage und des Aktivierungsteams im KIZ – sichtbar gemacht.

Knapp ein Jahr vor der Europawahl waren erstmals die Agenturleistungen mit einem Pitch ausge-schrieben worden. Nach Bewerbungen von vier Agenturen gab es die einvernehmliche Entscheidung für die Berliner Botschaft als Kreativagentur. Die Zusammenarbeit war kooperativ und vertrauensvoll. Mediaservice erwies sich wiederholt als eingespielter und zuverlässiger Partner in Produktion und Vertrieb.

Die Anforderungen an die Bundesgeschäftsstelle waren wie in jedem Wahlkampf höher, als mit dem üblichen Personalbestand zu leisten möglich ist. Diesem Bericht ist an einigen Stellen anzumerken, dass mit mehr Leuten auch noch mehr zu machen gewesen wäre. Es gab einige ehrenamtliche Unterstützung, an den meisten Stellen musste aber durch Mehrarbeit die Arbeit erledigt werden. Insbesondere in der Zeit um den Parteitag war die Belastung sehr hoch. Den Mitarbeiter*innen gebührt großer Dank für den enormen Einsatz.

5.2. Kooperation mit den Landesverbänden

Die Fragen der Konzeption und die Organisation des Wahlkampfes mit den Landesverbänden wurden in den regelmäßig stattfindenden Beratungen des Bundeswahlbüros und der Landesgeschäftsfüh-rer*innen besprochen.

Die Zusammenarbeit des Wahlquartiers mit den Wahlkampfverantwortlichen der Landesverbände war sehr gut. Auch kurzfristige Verabredungen oder Anforderungen konnten problemlos getroffen und umgesetzt werden. Obwohl die Bedarfsabfragen zu Print- und Kleinwerbemitteln aufgrund der Fristen häufig kurzfristig erfolgen mussten, waren die Rückmeldungen aus den Ländern in den meisten Fällen fristgerecht und vollständig.

Die Logistik der Print- und Werbematerialien stellte alle Beteiligten vor eine große Herausforderung angesichts der zahlreichen Lieferadressen und individuellen Anforderungen und Bedingungen vor Ort. Trotz der hohen Anforderungen war die Auslieferung im Großen und Ganzen problemlos, Schwierigkeiten konnten individuell und auf dem direkten Weg behoben werden.

5.3. Internationale Kooperation

Da der Europäische Rat die Schaffung eines EU-weiten Wahlkreises und damit verbunden die EU-weite Wahl einer begrenzten Anzahl von Mandaten ablehnte, blieb der nationale Charakter der Europawahl im Wesentlichen bestehen. Die Spitzenkandidaturen der europäischen Parteien konnten diesen Ausfall nicht kompensieren. Im Vergleich zu den Wahlen von 2014 fand hier zwar eine intensivere Medienarbeit statt, doch die nationalen Parteien blieben auch bei dieser Wahl die wesentlichen Akteure. Violeta Tomic und Nico Cué nahmen als Spitzenkandidaten der EL an zahlreichen Veranstaltungen der im Wahlkampf befindlichen EL-Parteien teil, darunter in Deutschland, ihr Bekanntheitsgrad blieb trotzdem relativ gering. Wahlmaterialien der EL wurden in geringem Umfang gedruckt (Wahlplattform, Poster) und kamen vermehrt in den Ländern mit kleineren EL-Mitgliedsparteien zum Einsatz. Die Wahlplattform der EL spielte im deutschen Wahlkampf, auch weil diese aufgrund des Konsensprinzips der EL relativ unkonkret blieb, keine Rolle.

6. Finanzabrechnung

Der Wahlkampfetat von 3,7 Millionen Euro wurde (unter Einbeziehung des Spendenaufkommens von 35.400,00 Euro, die bei der Bundesgeschäftsstelle verbleiben) ausgeschöpft, wenngleich die einzelnen Positionen sehr unterschiedlich ausgelastet und teilweise deutlich überzogen oder unterschritten wurden. Die größte Überziehung gibt es im Drucketat durch größere Printbestellungen aus den Landesverbänden und durch erhöhte Vertriebskosten, die zum Teil in den Druckkosten enthalten sind. Das Spendenaufkommen blieb mit 229.162,94 Euro (einschließlich Plakatspenden) unter dem Spendeziel von 300.000 Euro und spiegelt damit die mangelnde Wahlkampfmobilisierung wider.

7. Schlussfolgerungen

Zur politischen Einschätzung und zu Schlussfolgerungen liegen mehrere Papiere vor, die Diskussion ist auf der politischen Ebene zu führen. Dies betrifft vor allem die oft getroffene Feststellung, der Wahlkampf war zu brav, atmete zu viel Kompromiss und entfachte keinen Spirit, worunter die ganze Mobilisierung und Motivation litt – dies war sicher eine Folge der Konfliktbearbeitung in der Partei. Zu den organisatorischen Schlussfolgerungen wird hier festgehalten:

- Die Planung des Wahlkampfes muss früher beginnen, der weichenstellende Parteitag früher stattfinden, damit sehr arbeitsintensive Phasen wie die unmittelbare Parteitagsvorbereitung und -durchführung sowie die Freigaben für Plakate und andere Printprodukte nicht zeitgleich stattfinden. Die Gliederungen wünschen sich eine frühere Auslieferung der Wahlkampfmaterialien, seriöser Weise sollten aber die Printprodukte erst nach dem Parteitag und der Entscheidung über das Wahlprogramm erfolgen. Für die Planung von Entscheidungsketten ist auch die Kompetenz der verschiedenen Gremien (Bundeswahlbüro, Wahlstab) transparenter zu klären. Die Kommunikationslinien müssen mindestens zwei Monate vor Beginn des Wahlkampfes in die Partei kommuniziert werden.

Die Reihenfolge Wahlstrategie, Kommunikationsstrategie, Claim, Dramaturgie muss geplant und eingehalten werden.

- Der Vertrieb der Wahlkampfmaterialien entwickelt sich zu einer größeren und sehr kostenintensiven Aufgabe, die von den Landesverbänden sehr unterschiedlich gelöst wird. Hier sollte ein transparentes und gerechtes Verfahren gefunden werden. Ähnlich verhält es sich auch mit neuerdings anfallenden hohen Gebühren (für die Anbringung von Plakaten) und Kosten für die Entsorgung. Unter ökologischen und logistischen Aspekten muss eine einvernehmliche Entscheidung über Easyplates und/oder Papp-Plakate (»Vordermann«) getroffen werden.
- Die Mobilisierung und Motivation der Wahlkämpfer*innen muss als eigene Aufgabe bearbeitet werden. Dafür muss die Mitgliedschaft zu einem frühen Zeitpunkt in die Wahlkampfplanung einbezogen werden. Die direkte Kommunikation mit den Mitgliedern (Mitglieder-Mailings) hat sich bewährt, aber sie muss noch dialogischer werden, ggf. ist eine Mitgliederbefragung einzusetzen. Die Vorwahlkampfmaterialien waren zu unübersichtlich (gleichzeitige Verschickung von »Ergreif Partei«, Frauentagsmaterialien mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und diversen Themenfeldern). Die Korrelation zwischen Wahlergebnissen, Mitgliederzuwachs, Modellprojekten und Ansprache per Haustürwahlkampf muss mehr Gewicht bekommen.
- Die Sprache der Mitglieder über die Partei und ihre Positionen muss (wieder stärker) von Wertschätzung geprägt sein, gemeinsame Zielsetzungen müssen in den Mittelpunkt gerückt werden: Die Ergebnisse des Parteitags nicht etwa »nur ein schlechter Kompromiss«, sondern durchaus auch der Versuch, verbindende politische Inhalte und konstruktive, gemeinsam getragene Positionen im Wahlkampf zu artikulieren. Keineswegs war dominierendes Ereignis des Europawahlparteitags die Interpretation »der Russland-Antrag wurde abgelehnt«, und auch die Bühnenaktion einiger Parteitagssteilnehmer*innen mit Bekenntnis zur Venezuela-Solidarität war nicht das, was in den Erzählungen als prägendes Parteitagsbild gelten sollte, sondern unsere europapolitischen Inhalte, die über laufende Kameras zu den Wähler*innen gelangen.
- Auch die Kommunikation mit den Wähler*innen muss dialogischer und mehr aufsuchend werden, wir können immer weniger erwarten, dass die Leute zu uns kommen (auf unsere Website, zu unseren Veranstaltungen, uns anrufen oder schreiben), wir müssen zu ihnen gehen und mit ihnen sprechen.
- Das Veranstaltungskonzept ist zu überprüfen: Große Bühnenveranstaltungen sollten ggf. deutlich reduziert werden und nur stattfinden, wenn Zeit und Ort sowie die Anwesenheit von zugänglichen Promis eine gute Teilnehmer*innenzahl erwarten lassen. Die Veranstaltungen sollten dialogorientierter werden.
- Parallele Wahlkämpfe wie hier die kommunalen Wahlkämpfe, der Bürgerschaftswahlkampf und der Europawahlkampf müssen besser verzahnt werden.
- Jenseits der politischen Gewichtung von urbanem Raum und ländlicher Fläche müssen die Wahlkampfmittel stärker an den Zielgebieten orientiert werden. Hier sollte auch der verstärkte Einsatz von A0-Plakaten geprüft werden.
- Die Kandidat*innenliste muss im Europawahlkampf länger sein und (z. B. für die vielen Schulveranstaltungen) ausreichend viele Kandidierende in den Landesverbänden aufweisen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Kandidat*innen hängt auch daran, dass man von ihnen vorher schon hört, was DIE LINKE im Europaparlament tut. Hier muss die Öffentlichkeitsarbeit, vielleicht auch die Schwerpunktsetzung der Delegation mehr auf den Punkt gebracht werden: Kontroversen, Skandale, interessante Studien – Maßstab für die Arbeit der Delegation muss auch sein, mit einigen Themen in die Öffentlichkeit zu kommen.
- Eine zentrale Promi-Koordinierung ist effektiv und kostet weniger Zeit und Nerven, wenn alle Beteiligten sich diszipliniert daran halten. Diese Disziplin sollte wieder aufgebracht werden.
- Die Abstimmung der Wahlprüfsteine mit der Fraktion muss wieder flüssiger werden. Hier sollten sich die Beteiligten frühzeitig vor dem nächsten Wahlkampf zusammensetzen, die nötigen Strukturen wieder einrichten und Abläufe besprechen, die das für alle wertvolle Fachwissen im Wahlkampf schneller nutzbar machen.
- Der Personalaufwand im Wahlkampf übersteigt regelmäßig die Möglichkeiten der Bundesgeschäftsstelle und die Akquise von ehrenamtlicher Unterstützung ist nervenaufreibend. Für mehr

Planungssicherheit braucht es hier ein anders Verfahren. Welche Möglichkeiten gibt es für Freiwilligenteams, z. B. für PR-Aktionen und Social-Media-Arbeit? In der Bundesgeschäftsstelle ist auch klar zu definieren, welche Aufgaben im Wahlkampf liegen bleiben (müssen), weil der Wahlkampf Priorität hat.

- Der Medienmix muss auf den Prüfstand: Derzeit wird ca. 30 Prozent des gesamten Wahlkampfbudgets für die Anmietung von Großflächen ausgegeben, für den Online-Wahlkampf weniger als ein Zwanzigstel (und damit weniger als bei den anderen Parteien) – hier müssen erreichbare Zielgruppen und die Zahl möglicher Kontakte ins Verhältnis gesetzt werden.

Kandidaturen

Susanne Hennig-Wellsow

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Thüringen



Liebe Genoss*innen,

ich bewerbe mich für den Vorsitz unserer Partei, weil ich an ihre Stärke glaube, weil ich weiß, welches Potenzial wir haben, und weil ich mir sicher bin, dass es eine lebendige, selbstbewusste LINKE gerade jetzt braucht. Lasst uns jetzt gemeinsam die nächsten Schritte gehen.

Es ist viel mehr drin: Für soziale Sicherheit.

Verteilen wir um: Für mehr Gerechtigkeit.

Verändern wir die Regeln: Für gute Arbeit.

Holen wir uns das Öffentliche zurück: Für uns alle und ein gutes Leben.

Verändern wir uns: Für das Klima.

Machen wir den Osten stark: Für einen selbstbewussten Aufbruch.

Schützen wir die Republik: Für mehr Demokratie.

Beginnen wir das Umsteuern: Für neues Wirtschaften.

Lösen wir Konflikte: Für Frieden und Menschenrechte.

Reden wir mit: Für ein menschlicheres Europa, für eine bessere Welt.

Ermöglichen wir echte Freiheit.

Es stehen bundespolitisch wegweisende Entscheidungen an. Ich möchte dazu beitragen, dass die Richtung stimmt: sozial, ökologisch, internationalistisch. DIE LINKE hat die Chance, für einen neuen Aufbruch in der Gesellschaft zu sorgen. Die Herausforderungen sind uns allen bekannt: von der Klimakrise bis zur sozialen Ungleichheit, von der Bedrohung von Rechts bis zum Wandel in der Wirtschaft. Wir LINKE können mitentscheiden, ob es gerechte, solidarische und nachhaltige Lösungen geben wird. Es kommt also auf uns an. Ich möchte meine Erfahrungen und Stärken einbringen. Es braucht progressive Mehrheiten, auf der Straße, in den Betrieben und Kommunen und auch in den Parlamenten. Für eine ebenso eigenständige wie bündnisorientierte LINKE mit dem Mut zum Machen. Für eine sozialistische Politik auf der Höhe der Zeit.

Wir sind Partei. Und wir brauchen Bewegung.

Wir bewegen uns selbst. Und wir ergreifen Partei.

Lasst unsere Vielfalt zu neuer Stärke werden.

Mit radikaler Haltung und kritischem Realismus.

Streitbar, für einen neuen Blick nach vorn.

Mit linkem Optimismus für eine bessere Welt.

Offen für neue Ideen, klar in unseren Zielen, damit Veränderung gelingt.

Janine Wissler

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Hessen



Zur Person:

- geboren am 23. Mai 1981
- seit 2014 stellvertretende Parteivorsitzende
seit 2009 Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag
- seit 2011 Vorsitzende Kreisverband Frankfurt am Main
- Mitglied bei verdi, Pro Asyl und attac

Liebe Genossinnen und Genossen,

für unsere Partei steht ein personeller Umbruch an und das in politisch schwierigen Zeiten – angesichts der Corona-Krise, der zunehmenden sozialen Spaltung und der bevorstehenden Verteilungskämpfe, der Klimakrise, der wachsenden Gefahr von rechts, militärischer Spannungen und der anstehenden Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Umso mehr braucht es einen starken Gegenpol, eine politische Kraft, die einen Pol der Hoffnung von links bildet. Wir brauchen eine LINKE, die verankert ist in Gewerkschaften und in den sozialen Bewegungen, die innerhalb und außerhalb der Parlamente für soziale Gerechtigkeit, den ökologischen Umbau, Antirassismus, eine konsequente Friedenspolitik, Bildungsgerechtigkeit und Demokratie eintritt und eine antikapitalistische Perspektive aufzeigt.

DIE LINKE muss eine aktive Mitgliederpartei sein, die Partnerin und Sprachrohr der gesellschaftlichen Bewegungen ist und an der Seite all derer steht, die nicht auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft stehen; die soziale Kämpfe aufgreift und verbindet – seien es Arbeitskämpfe, Klimaschutzbewegungen wie Fridays for Future, die Friedensbewegung oder der Kampf gegen Rassismus und Abschiebungen; die sich für die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Religion, einsetzt. Wer sich gegen die existierenden Ungerechtigkeiten dieses Systems wehrt, wer um seine Existenz bangen muss und für eine bessere Welt streitet, sollte DIE LINKE an seiner Seite wissen – innerhalb und außerhalb der Parlamente.

In diesem Sinne möchte ich mich einbringen und kandidiere als Parteivorsitzende.

Tobias Pflüger

Kandidatur als Stellv. Parteivorsitzender

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit kandidiere ich wieder als stellvertretender Parteivorsitzender.

Die Corona-Pandemie hat politisch Einiges geändert. Typisch für diese CDU/CSU-SPD-Bundesregierung ist, dass sie im Konjunkturpaket bis zu 10 Milliarden Euro für Rüstungsprojekte vorgesehen hat. Es findet eine massive Aufrüstung statt, Rüstungsvorhaben für 137 Milliarden Euro sind in Planung. Besonders schlimm sind Projekte, wie die »Nukleare Teilhabe« mit teuren Kampffliegern für die Bundeswehr und die Drohnen-Bewaffnung, die die Koalition noch vor dem Ende der Legislaturperiode durchbringen will.

Wir wissen: Diese Milliarden für Rüstung wären in anderen Bereichen wie Gesundheit und Pflege viel besser ausgegeben.

Auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen endlich beendet werden! Wir LINKE fordern ein Ende der Rüstungsexporte und die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zur Herstellung ziviler Produkte. Waffen aus deutscher Produktion werden in alle Welt exportiert. Einige Länder setzen sie direkt in Krisen- und Kriegsgebieten ein, so die Türkei beim Einmarsch in Nordsyrien/Rojava. Damit muss Schluss sein!

In den letzten Jahren habe ich mich im Parteivorstand besonders um die Themenbereiche Außen- und Friedenspolitik gekümmert, habe manche Initiative mit auf den Weg gebracht, war bei den Beschlüssen des Parteivorstands dazu meist wesentlich mit beteiligt und habe unsere Aktivitäten im Bereich Türkei/Kurdistan mit koordiniert.

Mir liegen klare antifaschistische, antirassistische Positionen und der Kampf gegen Rechtsentwicklung sehr am Herzen. Konkret habe ich mit dafür gesorgt, dass neonazistische Fälle beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr aufgedeckt wurden.

Dass wir LINKE zusammen mit sozialen Bewegungen kämpfen, ist mir besonders wichtig. Gemeinsam mit Euch will ich für eine Stärkung linker Positionen und der LINKEN auf allen politischen Ebenen und eine gute Verankerung vor Ort kämpfen.

Ich bitte um Eure Unterstützung.

Jörg Schindler

Kandidatur als Bundesgeschäftsführer



Landesverband Sachsen-Anhalt

Wir tragen gemeinsam Verantwortung für eine starke Partei, die für den demokratischen Sozialismus kämpft. Kontinuierliches Handeln ist erforderlich. In den letzten beiden Jahren habe ich als Bundesgeschäftsführer mit unseren bisherigen Parteivorsitzenden, Bernd Riexinger und Katja Kipping, gut und konstruktiv zusammengearbeitet. Zudem sind unter meiner Führung bereits die Vorbereitungen zum Bundestagswahlkampf 2021 angelaufen. Das möchte ich fortführen.

Vom Bundesparteitag soll zugleich ein Signal des Aufbruchs ausgehen. Als Partei sind wir erfolgreich, wenn wir dreierlei tun: die gesellschaftlichen Probleme und Konflikte analysieren, politische Veränderungen konkret formulieren und eine aktive, treibende Rolle im Kampf um diese Alternativen einnehmen. Das wird von uns verlangt: Rebellischer Optimismus.

Ich stehe für einen neuen Sozialstaat, der geschlechtergerecht ist sowie eine ökologische Wende ermöglicht. Beim Kampf um Frieden gibt es keine Kompromisse, beim Kampf um Humanität ebenfalls nicht. Ich stehe für eine offene und solidarische Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch unsere gelebte Praxis, die Stimme und Vernetzung linker migrantischer Mitglieder zu stärken.

Wer Ziele durchsetzen will, muss dies konzentriert tun. Deshalb ist es richtig, dass DIE LINKE politische Kampagnen umsetzt. Zugleich will ich unsere Kampagnenarbeit aber viel enger mit unserem kommunalen Engagement verknüpfen. Und: Wir müssen nicht nur besser, sondern auch anders nach außen kommunizieren – wendiger, schneller und angriffslustiger. Unsere Partei wandelt sich, muss mehr auf die Bürger*innen zugehen.

Wir haben sehr gute Konzepte. Was uns gelegentlich noch fehlt ist die Haltung, dass wir auch gewinnen wollen – und uns zutrauen, gewinnen zu können. Lasst uns Mut machen, andere mitreißen und so Hoffnung auf eine gerechte, friedliche und solidarische Welt geben. Als Bundesgeschäftsführer will ich dazu beitragen.

www.joergschindler.de

Harald Wolf

Kandidatur als Bundesschatzmeister

Landesverband Berlin



Zur Person:

1986–1990 Mitglied der AL Berlin, 1991–2002 Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, 1996–2002 Fraktionssitzender, 2002–2011 Wirtschaftssenator. 2011–2020 direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses. Parteivorstandsmitglied seit 2014, Bundesschatzmeister seit 2018. Mitgliedschaft u. a. bei ver.di, dem BUND, im Präsidium des Arbeitersamariterbundes Landesverband Berlin und dem Vorstand der dt. Sektion von Eurosolar.

Liebe Genoss*innen,

unsere Partei lebt von dem Engagement ihrer Mitglieder – auch bei den Parteifinzen. Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an und sind mehr als andere Parteien auf Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge und die vielen Spenden ihrer Unterstützer*innen angewiesen. In den letzten Jahren ist es gelungen, die durchschnittlichen Mitgliedsbeiträge und die Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen zu erhöhen. Aber es gibt weiter deutliche Unterschiede zwischen Ost und West und zwischen den westdeutschen Landesverbänden. Hier sind weitere Anstrengungen der Schatzmeister*innen und der Vorstände auf allen Ebenen notwendig. Und wir müssen weitere an einer Neufassung der Beitragstabelle arbeiten, um Eintrittsbarrieren zu senken.

Seit 2012 wurde die Bundesgeschäftsstelle gestärkt, die Kampagnenfähigkeit erhöht, Konzepte wie Organizing und Haustürwahlkampf entwickelt. Künftig muss die hauptamtliche Arbeit in den Landesverbänden gestärkt werden, um die ehrenamtliche Aktivität unserer Mitglieder besser unterstützen zu können. Im Bundesfinanzrat haben wir deshalb eine Neukonzeption der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt.

2021 wird mit sechs Landtagswahlen und den Bundestagswahlen ein entscheidendes Wahljahr. Wir sollten in all diesen Wahlkämpfen deutlich machen, dass es einen grundlegenden sozial-ökologischen Politikwechsel und neue linke Mehrheiten nur mit einer starken LINKEN und einer Mobilisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen geben kann.

Tobias Bank

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Die Kommunalpolitik wird oft als Herzstück unserer Partei bezeichnet. Sie ist die politische Ebene, die uns einst den Ruf der Kümmerer-Partei eingebracht hat. Diesen Ruf möchte ich aufpolieren und das kommunalpolitische Profil unserer Partei weiter schärfen. In der vergangenen Wahlperiode des PV ist mir das mit zahlreichen Initiativen gelungen. Zwei der wichtigsten waren der Anstoß für eine Rekommunalisierungsoffensive und das Bekenntnis zu den ländlichen Räumen. Daran möchte ich anknüpfen. Denn: Kommunalpolitik muss in unserer Partei immer eine zentrale Rolle spielen! Eine kommunalpolitische Verankerung ist die beste Voraussetzung für gute Ergebnisse in den Ländern und im Bund und gleichzeitig eine vortreffliche Prävention gegen Rechts.

Teils gegenteilige Äußerungen führender Parteimitglieder zu Inhalten der LINKEN und die Auseinandersetzungen darum, machen uns für Wähler*innen unattraktiv. Dabei nimmt die soziale Spaltung der Gesellschaft zu. Dies braucht unseren Widerspruch im Bund, in den Ländern und in den Kommunen. Darauf sollten wir uns konzentrieren und dazu möchte ich mit kommunaler Entschlossenheit beitragen. Täglich findet der Kampf um eine gute Daseinsvorsorge für alle irgendwo statt. Auch in den Kommunen. Sei es, wenn es um mangelnden sozialen Wohnraum, marode Schulen und fehlende Busverbindungen oder um nicht barrierefreie Bahnhöfe und eine auf den Autoverkehr fokussierte Ortsentwicklung geht. Oftmals geht es darum, Verschlechterungen abzuwenden, bis sich überhaupt mit progressiven Ideen aktiv an eine Gestaltung gewagt werden kann. Die Privatisierung von Boden nimmt im Kleinen wie im Großen massiv zu und kommunalen Krankenhäusern droht immer wieder der Verkauf.

Hier muss linke Kommunalpolitik ansetzen und für Verbesserungen kämpfen. Hierfür müssen linke Kommunalpolitiker*innen Rückendeckung, Wertschätzung und bei Bedarf inhaltliche und organisatorische Unterstützung erhalten. Hier sehe ich weiterhin meine Aufgaben im PV und kandidiere daher erneut.

Janis Ehling

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

- Mitgliedschaften: ver.di, Imkerverein, MFG
- 2009 Parteieintritt und seitdem in der Partei aktiv
- 2008-2017 aktiv im Studierendenverband DIE LINKE.SDS (u.a. im Bundesvorstand und als Bundesgeschäftsführer)
- 2013-2015 Kreisvorsitzender DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
- 2015-2017 Parteivorstand DIE LINKE
- 2015 basisaktiv in Friedrichshain, u.a. AG Mieten
- 2017 wiss. Mitarbeiter von Bernd Riexinger

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Partei ist in einem großen – nicht einfachen - Umbruchprozess. Der alte Konsens unserer Partei war die gemeinsame Gegnerschaft gegen die neoliberalen Eliten in (West-)Deutschland. Das trägt heute nicht mehr. Lange Auseinandersetzungen waren die Folge. In den vergangenen Jahren ist daher zu viel Energie in innerparteilichen Kämpfen verbraucht worden. Der politische Gegner steht aber rechts. Mit Trump, Johnson, Höcke haben wir gefährliche Gegner bekommen. Diese neuen Gegner können wir nur mit einer starken LINKEN stellen. Dazu gehört auch: mehr leben und leben lassen in der Partei. Gewerkschaftliche Arbeit, Antifaschismus, Kampf gegen den Klimawandel, Friedenspolitik, Interessenvertretung in Kommunen und Bewegungen schließen sich nicht aus, sondern bilden zusammen den Kern einer linken Partei. Aus diesem Nebeneinander ein Miteinander zu machen, ist unsere Herausforderung als LINKE.

Unsere Aufgaben:

Wir befinden uns in der größten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg. Millionen Menschen sind von Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit betroffen. Existenzen sind bedroht. Es ist unsere Aufgabe die Interessen dieser Menschen gemeinsam mit ihnen zu vertreten. Die Auseinandersetzung darum, wer diese Krise zahlt, dürfte die nächsten 2 Jahre und den Bundestagswahlkampf bestimmen. In dieser Auseinandersetzung dürfen wir den Rechten keinen Meter lassen. Die Krisenkosten dürfen nicht auf die Mehrheit abgewälzt werden – und auch nicht auf die ohnehin sozial und rechtlich Ausgegrenzten. Wenn wir das schaffen, haben wir viel erreicht!

Ecevit Emre

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Zu meiner Person:

45 Jahre, geboren in der Türkei, Bundessekretär des Geistlichenrates der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V., in der LINKEN Baden-Württemberg hatte ich bereits mehrere Funktionen inne (u.a. Mitglied des Landesvorstands, Kandidatur für die Landtags- und Bundestagswahlen)

Liebe Genossinnen und Genossen,

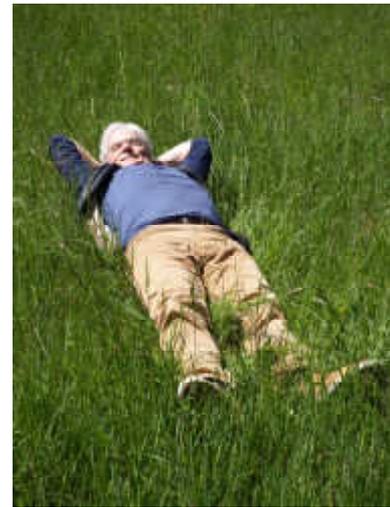
was hat mich – einen Migranten und Repräsentanten der alevitischen Gemeinden in Deutschland – bewogen, mich in der LINKEN zu engagieren? Wie viele migrantische und einheimische Menschen sehe ich mich von den zerstörerischen Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistischer Gewalt bedroht. Mich überzeugt, dass DIE LINKE gleichermaßen gegen soziale Ungerechtigkeit und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eintritt. Außerdem ist DIE LINKE eine Partei, die soziale Bewegungen, gesellschaftliche Gruppen und Selbstorganisationen hört und mit ihnen gemeinsam Politik macht. In Deutschland leben etwa 900 000 Alevitinnen und Aleviten, viele haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Wir wissen, was es bedeutet, marginalisiert und diskriminiert zu werden. Persönlich bin ich überzeugt, dass migrantische Selbstorganisationen wie die Alevitischen Gemeinden und DIE LINKE natürliche Bündnispartner sind.

In den Parteivorstand möchte ich die migrantische Perspektive einbringen. Treten wir gemeinsam für eine Welt ein, in der jede und jeder von uns seine Sprache sprechen, ihre/seine Religion leben und für die Werte, an die sie oder er glaubt, einstehen darf. Ebenfalls habe mich dazu entschieden, Teil der Veränderung zu sein und für eine Welt, in der – um es mit den Worten des türkischen Poeten Nazim Hikmet zu sagen – jeder »frei wie ein Baum, aber brüderlich und schwesterlich wie ein Wald leben« kann, einzustehen.

Thies Gleiss

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



Zur Person:

- Köln
- 65 Jahre alt
- Internationalist, Gewerkschafter, Maschinenschlosser, langjähriger Betriebsrat im deutschen Mittelstand, lesender Arbeiter, Rentner, Bewegungsaktivist

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich bewerbe mich um eine Wiederwahl in den Parteivorstand. Dafür gibt es zwei Gründe:

Der kleine Grund:

Der Parteivorstand muss mehr Mitglieder haben, die nicht aus Berlin sind, die nicht Abgeordnete im Land, Bund oder Europa sind, die nicht Angestellte von solchen Abgeordneten sind, die nicht Hauptamtliche einer Gewerkschaft oder Parteistiftung sind.

Der Vorstand muss den Willen der breiten Mitgliedschaft ausdrücken und die sich ausbreitende Vormundschaft der Parlamentsfraktionen zurückdrängen. Primat der Partei – sonst droht der LINKEN ein Schicksal wie anderen linken Parteien: Zahnlos, zu jedem Kompromiss bereit, langweilig und zu keiner radikalen Kritik und Veränderung mehr fähig.

Der große Grund:

Zum zweiten Mal in der Geschichte der LINKEN befindet sich der Kapitalismus in einer tiefen Krise. Und leider sieht es so aus, als ob DIE LINKE auch dieses Mal nicht Krise kann.

Das System stellt sich auf allen Ebenen in Frage – dann muss das doch eine linke Partei auch machen. Stattdessen sehe ich Anstrengungen, den Kapitalismus reparieren zu wollen. Arzt und Ärztin am Krankenbett des Kapitalismus – das war noch nie gut für die Linke.

DIE LINKE orientiert sich zu sehr an dem, was andere machen. Sie hat ein Selbstbewusstsein, nur politisches Korrektiv zu sein. Das reicht nicht aus.

Das gipfelt in den Träumereien, mit SPD und GRÜNEN regieren zu wollen, jenseits aller Realitäten. Mit den GRÜNEN, diesen in den Kapitalismus vernarrten Neo-Konservativen? Mit der SPD, die noch immer Olaf Scholz für das Beste hält, was sie zu bieten hat?

»Mit diesen Arschlöchern koaliere ich nicht.« – das ist in Kürze meine Meinung dazu.

<https://thiesgleiss.wordpress.com/> und auf Facebook und Twitter.

Ich bin einer der Bundessprecher der AKL (<http://www.antikapitalistische-linke.de/>)

Bettina Gutperl

Kandidatur für den Parteivorstand

DIE LINKE.SDS



Zur Person:

Seit 2012 Mitglied von DIE LINKE.SDS und seit 2013 Mitglied der LINKEN, bis 2015 in Marburg, jetzt Berlin. Ich studiere Politikwissenschaft und schreibe derzeit meine Masterarbeit.

Liebe Genoss*innen,

ich kandidiere auf Vorschlag des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS für den Parteivorstand.

Corona stellt uns keine neuen Fragen, sondern die Alten neu. Wie wollen wir leben, arbeiten, produzieren? Wenn wir etwas grundlegend verändern wollen, müssen wir vom ganzen Leben her denken. Das heißt dafür kämpfen, dass sich niemand mehr zwischen Job, Sorge- und Hausarbeit, Freund*innen und Familie aufreiben muss, sondern alle Arbeit neu verteilt und neu bewertet wird. Es heißt dafür zu kämpfen, dass alle Zeit haben politisch mitzumischen und nicht nur einmal alle vier Jahre ein Kreuz machen zu dürfen. Das heißt dafür kämpfen, dass wir solidarisch und ökologisch produzieren; in von uns Arbeitenden geleiteten Betrieben, nicht profitorientiert, sondern nach unseren Bedürfnissen.

Um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, brauchen wir Partner. Mit Gewerkschaften und Bewegungen organisieren wir Demos und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das menschenverachtende Grenzregime Europas und gegen Rechts, wir unterstützen die Streikenden vor dem Werkstor wie vor dem Eingang zur Kita.

Für Veränderung müssen wir mehr werden. Wir brauchen eine starke Basis, die zum Mitmachen einlädt, die auch mal einen Kinoabend oder einen Wanderausflug plant. Denn letztlich entscheiden sich Menschen in den Basisgruppen dafür ein Teil unserer Partei zu werden und nicht aufgrund von TV-Talkshows.

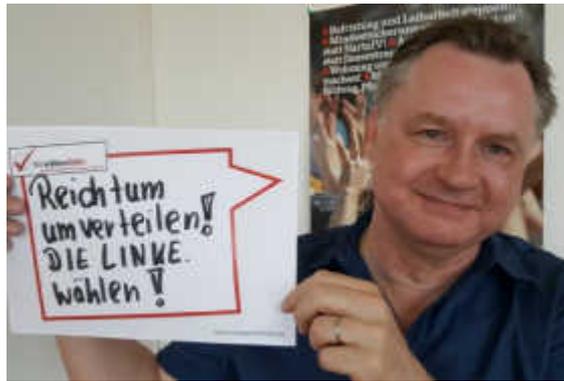
DIE LINKE muss neue Mitglieder in die Partei einbinden. Viele von ihnen sind unter 35 und das erste Mal politisch aktiv. Unsere klassenpolitische Bildungsarbeit in Partei und SDS ist dabei zentral, damit Menschen lernen ihre eigenen Interessen zu erkennen und kämpferisch zu vertreten. Die Welt verstehen, um sie zu verändern.

Diese Punkte möchte ich in einer zweiten Legislaturperiode im PV weiter voran bringen.

Ralf Krämer

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

Ich arbeite seit 2002 als Gewerkschaftssekretär beim ver.di-Bundesvorstand im Bereich Wirtschaftspolitik, habe zwei Kinder und bin verheiratet. Ich bin Mitglied u.a. in Attac, im Netzwerk Steuergerechtigkeit, der AG Betrieb und Gewerkschaft und im BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die nächsten zwei Jahre werden wichtig für die weitere Entwicklung der Partei. Deshalb will ich meine Positionen, Erfahrungen und Kompetenzen auch künftig aktiv im Parteivorstand einbringen. DIE LINKE muss sich als die soziale, ökologische und friedliche Alternative gegen die herrschende Politik, den Kapitalismus und gegen Rechts profilieren. Sie muss als sozialistische Partei für die Interessen der Arbeitenden und der sozial Benachteiligten eintreten, gleich welches Geschlecht, Alter oder Herkunft sie haben.

DIE LINKE kann nur stark sein, wenn diese Menschen sie als ihre Partei erkennen und aktiv werden. Und wenn die Partei ihre Breite und Einheit wahrt, über Differenzen in Einzelfragen hinweg. Darum und weil die Forderung illusionär und irreführend ist, muss DIE LINKE beim bedingungslosen Grundeinkommen weiter offen für Gegner*innen wie Unterstützer*innen sein, wie es ihr Gründungskonsens ist. www.grundeinkommen-kritik.de

Ich hatte als Mitbegründer der WASG meinen Anteil an der Bildung der LINKEN und habe erheblich am Grundsatzprogramm der LINKEN mitgeschrieben. Meine politischen Schwerpunkte sind Wirtschaft und Soziales, Arbeit und Digitalisierung, gerechte Steuern, sozial-ökologischer Umbau. Ich bin in diesen Bereichen gut vernetzt, stehe für linke marxistisch fundierte Positionen und vertrete die gerne auch streitbar, mit Argumenten. Texte von mir zu meinen Schwerpunkten, zu Kapitalismusanalyse und linker Strategie finden sich auf meiner Website www.ralf-kraemer.de. Bildungsarbeit ist mir ein Anliegen, insbesondere zur Politischen Ökonomie. Wichtig ist mir auch <https://nie-wieder-krieg.org/>.

Ralf Krämer

Lucy Redler

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zu meiner Person:

- geb. 1979
- Dipl.-Sozialökonomin
- 2004 Mitglied der WASG, Ende 2006/2007 WASG-Bundesvorstand
- seit 2016 Parteivorstand DIE LINKE
- aktiv in DIE LINKE Berlin Neukölln und in der Solidaritätsarbeit für Krankenhausbeschäftigte
- Mitglied: AKL (Bundessprecherin), Betrieb und Gewerkschaft, Gesundheit und Soziales, LISA, SAV, ver.di

*Liebe Genoss*innen,*

ich möchte meine Arbeit im Parteivorstand (PV) aus diesen Gründen fortsetzen:

- Als Verantwortliche im PV für Gesundheit/Pflege habe ich mich für die Ausweitung unserer Kampagne auf die Abschaffung der DRGs und Rekommunalisierung von Krankenhäusern eingesetzt. Ich möchte die Kampagne weiter politisch und praktisch stärken.
- Ich stehe für eine aktive Mitgliederpartei, Kontrolle der Fraktionen durch die Partei, Facharbeiterlohn für Mandatsträger*innen und mehr innerparteiliche Demokratie. Mit Thies Gleiss berichte ich schriftlich aus jeder PV-Sitzung, um die Transparenz zu verbessern.
- Werden Reiche und Unternehmer oder die Arbeiter*innenklasse für die Krise zahlen? Darüber entscheidet vor allem der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht. Ich will eine Partei, deren sozialistische Klassenpolitik sich in der Stärkung und Verbindung von Protesten und der Verankerung in Betrieben und Gewerkschaften ausdrückt.
- Als Stimme der Vernunft gegen die Illusion einer linken Regierung aus Rot-Rot-Grün im Bund. Eine Regierung unter Olaf Scholz würde den Reichen nicht den Kampf ansagen, keine Auslandseinsätze stoppen, das mörderische EU-Grenzregime fortführen und keinen sozial-ökologischen Systemwechsel bringen. Ohne linke Opposition im Bundestag sehe ich schwarz.
- Mehr Mut zu radikalen Antworten: Von Deutsche Wohnen & Co enteignen über Nulltarif im Nahverkehr, eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich bis zur Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftssektoren und einer demokratischen sozialistischen Ökonomie.

lucy.redler@die-linke.de

Werner Schönfeldt

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin

Mein Name ist Werner Schönfeldt und ich möchte mich für den Vorstand unserer Partei bewerben.

Ich bin am 26.8.1947 in Berlin geboren und bin seit 1968 Mitglied. Seit meiner Jugend trete ich für ein einheitliches standardisiertes Leichtbausystem ein, dass mit seinen in Größe und Material aufeinander abgestimmten Baukörpern, Baugruppen und Zusatzmaterialien eine Vielzahl von Einsatzbereichen ermöglicht.

Sozusagen Spitzentechnologie auf dem Gebiet der derzeit allzu oft vernachlässigten Einfachtechnologie.

Auf politischem Gebiet kämpfe ich seit 2009 für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis, sowohl auf Landes – als auch auf Bundesebene.

Meine Gedanken und Vorschläge habe ich dazu in meinem Schönfeldt-Memorandum, in Friedensvorschlägen sowie in dem Buch »Achtzig verrückte Erdenjahre und ich mittendrin« dargelegt.

Unlängst habe ich 20 führende Mitglieder der 3 Parteien angeschrieben, ihnen meine Vorschläge für mögliche Eckpunkte einer solchen Zusammenarbeit dargelegt und darum gebeten, dass sie sich so schnell wie möglich zu einem ersten, unverbindlichen Gespräch ohne jegliche Vorbedingungen treffen sollten.

Im Resümee eines Materials von 2010 unter dem Titel »Das Leben ist bunter« , erarbeitet von Mitgliedern unserer Partei, der SPD sowie des Bündnisses 90/Die Grünen heißt es:

»Der rechtzeitige Beginn des Dialogs zwischen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kräften kann neue politische Perspektiven eröffnen.«

Ich sehe als Nahaufgabe unserer Partei in diesem Bündnis die Gestaltung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, in der der Mensch mehr als bisher im Mittelpunkt des Handelns steht .

Die Fernaufgabe ist und bleibt der demokratische Sozialismus.

W. Schönfeldt

Julia Schramm

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Liebe Genoss:innen,

2020 hat es in sich. Corona stellt uns vor eine Zerreißprobe. Für einige mag die Krise eine Chance sein, für viele ist Corona nur auf die allgemeinen Probleme draufgekommen. *Der Normalzustand war für viele schon vorher Mist.*

Soziale Ungerechtigkeit, Finanzmafia, Kinderarmut, zwischenmenschliche Verwerfungen und Klimanotstand waren bereits vorher heftige Krisensymptome. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass unser Kampf um Soziale Sicherheit richtig war und ist – ich will mir Corona nicht ausmalen, hätte sich so manche *Sozialstaatszerstörungsphantasie* der 2000er-Jahre durchgesetzt.

2021 geht der Kampf in eine neue Runde: Corona wird uns weiterhin beschäftigen, die Kosten der Krise müssen verteilt und die Gesellschaft zusammengeführt werden. Je stärker die Linke, desto weniger wird diese Runde zu Lasten der Vielen ausgehen.

Wir blicken auf ein *Superwahljahr*: Neben wichtigen Wahlen im Osten und unseren Regierungsländern, sowie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, steht mit der Bundestagswahl eine Wahl an, die entscheidend sein wird. Eine Wahl, die eine neue Ära einleiten wird.

Auch für uns Linke steht eine neue Ära an: Wir wählen eine neue Parteiführung, die vor der großen Aufgabe steht, die Partei geschlossen in den Wahlkampf zu führen. Wir können zweistellig werden. Das muss unser Ziel sein. Das geht nur gemeinsam nur, wenn wir *strategisch klug, rebellisch handelnd und inhaltlich klar* sind.

Gemeinsam heißt Kompromisse schließen. Seit ich dabei bin, habe ich bei einigen komplizierten Kompromisse mitgewirkt. Die Erfahrung mit der Piratenpartei lehrte mich, was wichtig ist: Austausch, Kommunikation und die Bereitschaft sich auf andere einzulassen, zuzuhören, das Beste für alle rauszuholen. Ich bin hart in der Sache und fair im Umgang; unabhängig in meinen Urteilen, aber verbindlich. *Los geht's!*

Julia Schramm

Autorin und Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Ilja Seifert

Kandidatur für den Parteivorstand

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik



Liebe Delegierte,

demokratisch-sozialistische Politik muss sowohl kollektive soziale Sicherheit als auch fähigkeitsadäquate Arbeitsaufgaben als auch die freie Persönlichkeitsentfaltung jedes Individuums ermöglichen. Selbstbestimmte Teilhabe braucht die Ächtung jeglicher Stigmatisierung und Bestrafung von Diskriminierung. Das betrifft junge und alte Menschen, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Lesben und Schwule, Arbeitende und Ausgesonderte, kurz: fast jede und jeden. Manche sind lebenslang in »Minderheiten-Situationen«: Sie leben mit körperlichen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen bzw. mit psychischen oder anderen chronischen Krankheiten. Seit Jahren verzeichnen wir jedoch nicht nur kaum noch Fortschritte, sondern sehen uns sogar in immer heftigere und zahlreichere Abwehrkämpfe gezwungen. Die organisierte Behindertenbewegung, in der ich seit Jahrzehnten tief verwurzelt bin, hat emanzipatorischen Charakter. Diese zivilgesellschaftliche Erfahrung weiterhin in unserm Parteivorstand einzubringen, ist Hauptmotivation für meine erneute Kandidatur, die von der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik unterstützt wird. Es geht um Schaffung umfassender Barrierefreiheit und um bedarfsdeckenden Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Es geht um Inklusion, um Gleichheit in Vielfalt.

Die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Welt zeigt sich u.a. darin, dass sie durchaus hehre ethische Ziele formuliert, diese aber in der Praxis ständig unterläuft. Wir können an die Menschenrechts-Ethik anknüpfen und versuchen, sie gegen die brutale Kosten-Nutzen-Logik real werden zu lassen. Zwar stoßen wir dabei immer wieder hart an die Grenzen der kapitalistischen Wirklichkeit, aber wir können durchaus auch Keime einer fortschrittlicheren Gesellschaft pflanzen.

Damit dieses Potential innerhalb der LINKEN stets präsent bleibt, erbitte ich von Euch erneut ein Mandat, im Parteivorstand aktiv sein zu können.

Euer

Ilja Seifert

Nadia Slim

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Persönliches

- Studentin, 23 Jahre
- Mitglied im erweiterten Landesvorstand DIE LINKE. Baden-Württemberg
- Sprecherin der LAG Digitale Linke Baden-Württemberg
- Mitgliedschaften in Arbeitsgemeinschaften: LAG Digitale Linke und LAG Bildung Baden-Württemberg, BAG Netzpolitik und BAG Bildungspolitik

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche braucht es eine starke und vereinte LINKE mit einem klaren Zukunftsprojekt: Die sozial-ökologische Transformation. Diese verbindet unsere Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, die wir gemeinsam mit Bündnispartnern auf die Straße und in die Parlamente tragen.

Wir wollen gemeinsam vorankommen – dafür braucht es die Mitglieder. Ich möchte mich deswegen für mehr Regionalkonferenzen und Basisbeteiligung einsetzen. Eine gute und kreative Social-Media-Arbeit in unserer Partei, die ich auch auf Kreisverbands- und Landesebene seit Jahren mache, möchte ich mit mehr Schulungen, Austauschtreffen und gemeinsamen Vorgehen vorantreiben. Ob online oder offline: Die Arbeit der Mitglieder muss im Vordergrund stehen. Hierzu braucht es einen Aktionsplan wie wir in der Fläche Präsenz schaffen können. Der Parteaufbau im ländlichen Raum muss endlich gestärkt werden.

Inhaltlich liegt mir der Einsatz gegen Kinderarmut und für eine chancengerechte Bildung für alle besonders am Herzen. Bildungspolitik muss in unserer Partei ein stärkeres Gewicht erhalten. Die Diskussion um die Digitalisierung, die nicht nur das Bildungswesen, sondern alle möglichen Lebensbereiche betrifft, müssen wir als LINKE entscheidend prägen.

Mit eurer Unterstützung möchte ich diese Ideen für eine moderne Mitmach- und Mitgliederpartei gerne in den nächsten Parteivorstand einbringen. Mein geschäftsführender Landesvorstand in Baden-Württemberg unterstützt meine Kandidatur und ich würde mich sehr über eure Stimme freuen!

Liebe Grüße

Nadia

Shaked Spier

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

- Geb. 1985 in Israel, seit 2008 in Berlin
- Studium: Bibliotheks- u. Informationswissenschaft & Gender-Studies, seit 2019 Doktorand in Technikethik (Uni Twente)
- Beruf: IT-Projektleiter
- Seit 2012 Mitglied DIE LINKE, Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg
- Seit 2015 Sprecher BAG Netzpolitik
- Förder-/Mitgliedschaften: Merez, Breaking the Silence, Peace Now, Digitale Gesellschaft, Friedrichshain hilft

Liebe Genoss*innen,

mein politischer Ansatz ist, dass die politische Arbeit Spaß machen soll und dass die Politik eine Zukunftsvision haben muss. Die Voraussetzung dafür ist Mitbestimmung und innovatives politisches Denken. Denn bewährte linke Konzepte lassen sich mit neuen politischen Kämpfen verbinden – von der Digitalisierung bis zur Corona-Krise.

Digitalisierung mitgestalten

Die Digitalisierung ist keine technische, sondern eine gesellschaftliche Entwicklung. Die damit verbundenen Fragen sind politisch und demokratisch zu lösen. Denn emanzipatorische Politik erhebt einen Gestaltungsanspruch – auch in der Digitalisierung! Für DIE LINKE heißt das: Unsere Haltung zu offenen Fragen der Digitalisierung klären, politische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und umsetzen sowie eine positive Zukunftsvision entwickeln.

Partei öffnen und demokratisieren

Die Partei gehört ihren Mitgliedern. Wir sind in den Communities, sozialen Bewegungen und Kämpfen vor Ort und verankert. Ich möchte eure Stimme stärken: Programmgestaltung partizipativ gestalten, Zeit für Anträge mit einer Mindestzahl an Einreicher*innen verbindlich einplanen, Antragsbearbeitungsprozesse digitalisieren (z. B. Antragslinks im LV Bayern), Online-Mitgliederentscheid u.v.m.

Frieden, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Auch nach 12 Jahren in Berlin pflege ich meine Kontakte zu den israelischen Linken und Friedensbewegung. Eines habe ich in dieser Zeit gelernt: Weltweite Kämpfe gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratie- und Sozialabbau haben viel gemeinsam und müssen miteinander arbeiten!

Ich bitte um eure Stimme!

Melanie Wery-Sims

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Rheinland-Pfalz



Liebe Genoss*innen,

Nachdem ich bereits einige Jahre ehrenamtlich im Elternausschuss der hiesigen KiTa und dem Beirat der Grundschule aktiv war, kam ich irgendwann an einen Punkt, an dem die Einflussmöglichkeiten nicht mehr ausreichten, um Dinge zu verändern. Gerade beim Thema Schulschließungen wurde mir bewusst, dass nur eine linke Vorgehensweise etwas bewegen kann – und so war es dann auch. Durch Proteste, einem vom Elternbeirat verfassten Positionspapier und dadurch, dass Schüler*innen und Eltern gemeinsam den Finger immer wieder in die Wunde legten, konnte die Schließung unserer »Zwergenschule«, die mittlerweile wieder mehr Schüler beherbergt, verhindert werden. Seitdem bin ich aktiv dabei.

Seit knapp 3 Jahren arbeite ich nun als Mitarbeiterin für Finanzen für den Landesverband, bin seit etwa anderthalb Jahren Vorsitzende des Kreisverbands Bernkastel-Wittlich und Fraktionsvorsitzende im Kreistag.

Bei den Landtagswahlen 2021 gehe ich mit David Schwarzendahl als Spitzenduo der LINKEN Rheinland-Pfalz ins Rennen – eine Herausforderung, an der ich bereits jetzt gewachsen bin, die mir jedoch nochmals zeigte, wieviel Arbeit noch vor uns liegt. Ganz besonders im ländlichen Bereich.

Es ist mühsam, aber nach und nach verändert sich etwas. Wir ziehen extrem nach links, um die anderen wenigstens wieder einigermaßen weiter in die Mitte zu bekommen.

Ich bin mir sicher, dass es vielen anderen Einzelkämpfer*innen gerade im ländlichen Bereich aber auch generell genauso geht – aus diesem Grund, bewerbe ich mich hiermit für den Parteivorstand; denn ich möchte Euch dort repräsentieren. Die, die alleine oder in einer kleinen Fraktion im Kreistag oder Stadtrat sitzen und die, die sich genau wie ich auf dem Land durchsetzen müssen.

Meine ausführliche Bewerbung findet Ihr hier:

https://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2020/2020-09-04_bewerbung_wery-sims_parteivorstand.pdf

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr mir Euer Vertrauen schenkt.

Mit solidarischen Grüßen

Melanie Wery-Sims

